Die Danziger Privat-Aktien-Bank 1856—1912.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

einer Hohen Staatswissenschaftlichen Fakultät der

Königl. Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen

ACAD.
LUGD.BAT.
BIBL.

vorgelegt von

Ewald Gerchel

aus Zoppot.

Borna-Leipzig

Buchdruckerei Robert Noske

1914.

Referent:
Prof. Dr. L. Stephinger.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung: Die wirtschaftlichen Verhältnisse Danzigs um die Mitte des 19. Jahrhunderts und der Ruf nach einem Kreditinstitut 1

1. Abschnitt: Die geschichtliche Entwicklung der D.P.A.B. 10
I. Die Gründungsaktion 1856/57 11
II. Erste Periode: Die D.P.A.B. unter dem Notenprivileg 1857—1890 13
III. Zweite Periode: Die Übergangszeit der D.P.A.B. 1891 bis 1897 51
IV. Dritte Periode: Die D.P.A.B. als reine Kreditbank 1898 bis 1912 58

2. Abschnitt: Die Bank als privatwirtschaftliches Unternehmen . . 81
I. Die Kapitalbeschaffung 82
II. Die Einnahmen 87
III. Die Unkosten 92
IV. Die Abschreibungspolitik 93
V. Die Reservenpolitik 94
VI. Die Liquidität 95
VII. Die Lage der Angestellten 97
VIII. Der Kursstand der Aktien, die Dividendenpolitik und die Realverzinsung 99

3. Abschnitt: Die D.P.A.B. und die Volkswirtschaft. Der Nutzen der Bank für das Wirtschaftsleben Danzigs und der östlichen Provinzen Deutschlands 101
A. Die Stellung der Bank zur Volkswirtschaft 101
I. Das Wirkungsgebiet der D.P.A.B. 102
II. Die Formen der geschäftlichen Tätigkeit der D.P.A.B. in ihrer Wirkung auf die Gesamtwirtschaft des deutschen Ostens 106
1. Der Zahlungsverkehr 107
a) Die Regelung des Geldumlaufs 107
b) Der Zahlungsausgleich 108
α) im Giro- und Abrechnungsverkehr 108
β) im Scheckverkehr 110
2. Der Kreditverkehr 111
a) Die Beschaffung der Betriebsmittel 111
α) durch Noten 111
β) durch fremde Gelder (Depositen- und Kontokorrentkreditoren) 111
b) Die Kreditgewährung 114
α) Das Wechsel- und Akzeptgeschäft 114
β) Das Lombard- und Reportgeschäft 117
γ) Das Kontokorrentgeschäft 118
δ) Das Emissions- und Gründungsgeschäft . . 120
c) Die übrigen Geschäfte der D.P.A.B. 122
III. Die Bank in Krisen- und Kriegszeiten 123
B. Die D.P.A.B. und die Produktivstände 125

Anhang: Tabellen und Diagramme 128

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41552714_0053

Literaturverzeichnis.

Berichte über den Handel und die Schiffahrt zu Danzig von 1849 bis 1870 (gegeben von den Ältesten der Kaufmannschaft), von 1871 bis 1912 (gegeben von dem Vorsteheramt der Kaufmannschaft) erscheinen jährlich. (Im Text: B.d.K.)

Berliner Börsenzeitung Jahrg. 1856 Nr. 88.

Bichmann, Heinrich, Der Zinsfuß seit 1895. Berlin 1912.

Bosenick, Alfred, Neudeutsche gemischte Bankwirtschaft. Bd. 1. München und Berlin 1912.

Danziger Zeitung (Verlag A. Kasemann, Danzig).

Danzigs Handel und Industrie (Herausgeg. von der Danziger Verkehrszentrale 1912).

Denkschrift zum 50jährigen Bestehen der Danziger Privat-Aktien-Bank vom 17. Juni 1907. Darin: I. Erweiterte Rede des Herrn Kommerzienrats Otto Münsterberg, gehalten am 15. Juni 1907. (Im Text bezeichnet als: Denkschrift I.) II. Dr. Carl Mollwo, Die Gründung der D.P.A.B. und ihr Zettelbankprivileg. (Im Text: Denkschrift II.)

Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger.

Drucksachen des Hauses der Abgeordneten VIII. Legislaturperiode, II. Session 1865, Bericht Nr. 155.

Dullo, A., Gebiet, Geschichte und Charakter des Seehandels der größten deutschen Ostseeplätze seit der Mitte dieses Jahrhunderts. Jena 1888.

Geschäftsberichte der D.P.A.B. von 1857 bis 1912, jährlich erscheinend. (Im Text: Nur Jahreszahl.)

Gutachten der Ältesten der Kaufmannschaft zu Danzig betr. Gründung einer Privatbank vom 24. April 1856.

Handbuch der Aktiengesellschaften Jahrg. 1908/09, 1909/10.

Hartung, H., Die Notenbanken unter dem Bankgesetz von 1875. In Conrads Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik Bd. 65 3. Folge 1. 1891 I.

Jacobi, Salomon Stephan, Versuch einer volkswirtschaftlichen Unterscheidung der Bankdepositen. Diss. Tübingen 1912.

Instruktionen der D.P.A.B. (1857—1877).

Jeidels, Otto, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie (mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie). Leipzig 1905. In: Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen von Schmoller-Sering Bd. 24 Heft 2.

Lansburgh, Alfred, Das deutsche Bankwesen. Berlin-Charlottenburg 1909.

Münsterberg, Otto, Der Handel Danzigs. Berlin 1906.

Münsterberg, Otto, Vor 40 Jahren. Danzig 1911.

Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie. 8. Aufl. 1909.

Rießer, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentrationsbewegung im Zusammenhange mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland. 4. Aufl. 1912.

Salings Börsenpapiere Jahrg. 1910/11, 1913/14.

Sitzungen des Verwaltungsrats der D.P.A.B. (1881—1899).

Statutensammlung der D.P.A.B.

Thieß, K., Danzig und Skandinavien. In „Nordland" 1912 Heft 9.

Einleitung: Die wirtschaftlichen Verhältnisse Danzigs um die Mitte des 19. Jahrhunderts und der Ruf nach einem Kreditinstitut.

Als Danzig in der zweiten Teilung Polens zu Preußen kam, ließen ein paar Jahre des Friedens die Stadt unter der neuen Herrschaft aufatmen, nachdem sie vorher durch zahlreiche Kriege auch wirtschaftlich arg mitgenommen war.

Dem kurzen wirtschaftlichen Aufschwung der ersten Jahre unter der neuen Herrschaft machten allerdings schon die Invasion des französischen Heeres, die Belagerung und Eroberung der Stadt 1807 ein Ende. Die Stadt kam im Tilsiter Frieden als Freistaat unter Frankreichs, Preußens und Sachsens Schutz, bis sie 1814 wieder Preußen als ihren Herrn anerkannte. Erst 1824 hatte die Stadt sich von dem Aussaugesystem Napoleons und den ungeheuren Kriegskontributionen, an denen Danzig noch bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu tragen hatte, einigermaßen erholt.[1]) Trotz der nun einsetzenden politisch ruhigen Periode konnte die Stadt bis zu den 1850er Jahren seine alte Weltmarktstellung, die sie um das Jahr 1600 eingenommen hatte, doch nicht wieder erobern. Allerdings stand sie, wie wir sehen werden, am Anfang einer neuen Zeit des Aufschwungs.

Danzigs Handel war in der Mitte des vorigen Jahrhunderts überwiegend Exporthandel, und das war natürlich; denn seine Lage, $^3/_4$ Meilen von der Ostsee, sowie die Wasserstraße der Weichsel, die das Hinterland: Westpreußen, Polen, Rußland und Galizien durchströmt, stempelten Danzig zu einem Stapelplatz der Produkte aus jenen Gegenden. Es waren besonders landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohprodukte anderer Art, die den Weg nach Danzig nahmen[2]): Weizen aus dem sogen. Oberland rechts der Weichsel, aus Österreich und besonders aus Polen; Holz aus den reichen Wäldern Rußlands; ferner Ölsaaten, wie Raps und Leinsaat,

---

[1]) Otto Münsterberg, Der Handel Danzigs, Berlin 1906 S. 7.

[2]) A. Dullo, Gebiet, Geschichte und Charakter des Seehandels der größten deutschen Ostseeplätze seit der Mitte dieses Jahrhunderts, Jena 1888, S. 65.

endlich Hülsenfrüchte und Knochen. Polen selbst hatte allerdings ein Ausfuhrverbot für alle Getreidesorten außer Weizen erlassen, was naturgemäß eine große Beschränkung der Zufuhr nach Danzig ausübte.

Von Danzig ging das Getreide und Holz in der Hauptsache nach England und Frankreich, doch auch mit Amerika wurde ein reger Verkehr unterhalten.

Während so der Export der 1850er Jahre bis auf die (noch zu besprechenden) mangelhaften Kommunikationsmittel recht günstig gestellt war, kann man von der Einfuhr jener Zeit nur das Gegenteil feststellen. Durch die mannigfachsten Beschränkungen wurde sie zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, und die Klagen hierüber seitens der Ältesten der Danziger Kaufmannschaft hörten in jener Zeit nicht auf.

Einerseits lag nämlich von der Seeseite her auf dem größten Teile der Importartikel Danzigs der Sundzoll, eine seit Jahrhunderten von Dänemark erhobene Auflage, die 1—$1^1/_4$ % des Warenwertes ausmachen sollte, die sich jedoch tatsächlich zwischen 2 % und 12 % hielt.[1]) So kam es, daß Danzig allein 1854 an Sundzoll 415000 Mk. entrichten mußte.[2]) Die Haupteinfuhrartikel Danzigs, die englische und schottische Kohle, besonders aus Aberdeen, und Heringe blieben allerdings von dem Sundzoll frei, doch auch so wirkte er naturgemäß außerordentlich erschwerend auf den Importhandel Danzigs. Erst die Aufhebung des Sundzolles 1857 machte den Handel von der Seeseite aus frei.

Länger jedoch als der Sundzoll blieben die einschränkenden Bestimmungen für den Handel landeinwärts bestehen.

Einerseits hatte Rußland das ihm aus der Teilung zugefallene Stück Polens zur russischen Provinz gemacht und sofort mit einer Zollgrenze umgeben, die einer chinesischen Mauer gleich kam. Zwar waren in der Wiener Schlußakte[3]) mit Preußen billige Verkehrsnormen vereinbart worden, doch an diese kehrte sich niemand. Es wurde von Polen nach wie vor ein sogen. „Chausseegeld“[4]) von 15 Sgr. pro Zentner von bedeutenderen Artikeln für Befahrung der Weichsel erhoben, preußische Kaufleute durften nicht ihre Waren in Polen selbst verkaufen, für Tee und Tabak bestand ein Einfuhrverbot nach Polen, für Gold und Silber war die Ausfuhr verboten. Dazu kamen die hohen Zölle auf Rohstoffe,

---

[1]) Dullo a. a. O. S. 51.

[2]) V.d.K. (Berichte des Vorsteheramts der Kaufmannschaft zu Danzig) 1854 S. 13 und Dullo a. a. O. S. 51.

[3]) Am 3. Mai 1815 in Wien, am 15. Dezember 1818 in Petersburg.

[4]) V.d.K. 1854 S. 13.

wie Baumwolle, Farbhölzer, Blei, Zinn und auf Genußmittel, wie Pfeffer, Heringe und Spirituosen.[1])

Andererseits mußte Danzig auch auf die Lieferung von Salz nach Polen verzichten, da der Salzhandel Polens von Rußland monopolisiert war und die Einfuhr von Salz aus dem Auslande nur über bestimmte österreichische Grenzämter gehen durfte. In das nördliche Polen aber, soweit es nicht russische Provinz war, führten Königsberg und Memel das Salz auf dem Niemen ein. Gerade diesen Salzimport hätte Danzig mit Leichtigkeit bewerkstelligen können, da es nach den sogen. Salzhäfen[2]) in England bezw. Frankreich einen lebhaften Verkehr unterhielt. So mußten die Getreide- bezw. Holzschiffe meistens mit Ballast nach Danzig zurückgehen.

Endlich waren die Abgaben an Preußen selbst in Form des Transitzolls[3]) auf Kolonialwaren nach Polen bis zu ihrer Aufhebung 1861[4]) eine erhebliche Belastung der Einfuhr.

Unter diesen Umständen ist der hinter dem Export weit zurückbleibende Import — für 1860 steht dem Wert der Gesamtausfuhr mit 62,6 Mill. Mk. eine Gesamteinfuhr im Werte von nur 15,8 Mill. Mk. gegenüber — leicht zu begreifen, zumal wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung des Hinterlandes Danzigs, teilweise slavischen Stammes, besonders in Russisch-Polen ärmlich und anspruchslos ist und daher ein Luxusbedürfnis nicht kennt. Dafür kommen fast nur die verhältnismäßig dünn gesäten Städte jener Landstriche in Betracht.

Einen großen Teil der Einfuhr nahmen dagegen Kohlen aus England zu Industriezwecken ein, ferner Metalle und Halbfabrikate für die nur in den Gegenden von Marienburg und Marienwerder, weiterhin in Warschau, Praga und Lodz etwas stärker vertretene Industrie.[5]) [6])

Ein besonderes Kapitel der Handelsgeschichte Danzigs bildeten damals und bilden noch heute die Verkehrsprobleme.

Die natürliche Wasserstraße der Weichsel, die dazu berufen erscheint, ein zuverlässiger und billiger Verkehrsweg in das Innere des Landes zu sein, genügte dieser Aufgabe nicht entfernt. So erhoben sich Jahr für Jahr die Klagen über das versandete, nicht regulierte Strombett der Weichsel und ihres Nebenflusses Bug,

[1]) V.d.K. 1850 S. 16.
[2]) In England Liverpool, Gloucester, Bristol; in Frankreich St. Ubes, Torrevieja, Mareunes. Vgl. V.d.K. 1851 S. 13.
[3]) V.d.K. 1853 S. 13.
[4]) V d.K. 1861 S. 7.
[5]) Dullo a. a. O. S. 65.
[6]) In Lodz besonders die Textilindustrie.

das selbst für die flachen Oderkähne oder für Galeeren oft unbrauchbar war.

Hinzu kam, daß Danzig länger als andere Hafenplätze an der Segelschiffahrt festhielt. Die Ursachen sind zu suchen einmal darin, daß Danzig als Holzhafen hauptsächlich Segelschiffe zum Holztransport benutzte, da die Dampfer noch nicht dazu eingerichtet waren, längere Balken zu stauen; dann auch, weil der auf dem Eisen liegende Einfuhrzoll den Bau selbst kleinerer Weichselschleppkähne so verteuerte, daß die Herstellungskosten sich dadurch um rund 25 % erhöhten. Unter diesen Umständen und da das Hinterland für wertvollere Importgegenstände einen lohnenden Absatz doch nicht gewährte, überließ man den Schleppdampferverkehr auf der Weichsel Polen, das ihn 1851 mit drei Remorqueurs (flach gebauten Personen- und Frachtdampfern) aufnahm. Erst später folgten dann Bromberg, Elbing und Danzig.

Auch Seedampfer finden wir in den 1850er Jahren in Danzig verschwindend wenig. 1849 war der Bestand der Danziger Reederei zusammen 103 Segel- und 3 Dampfschiffe,[1]) die bis 1860 auf 108 bezw. 11 Stück stiegen.[2]) Auch die Zahl der einlaufenden Dampfer waren im Verhältnis zur Gesamtanzahl der eingekommenen Schiffe überhaupt sehr gering. 1860 waren nämlich von 2535 eingekommenen Schiffen nur 147 oder 5,8 % Dampfer.[3]) Dagegen wurden immer mehr größere Segelschiffe mit einer Eisenhaut beschlagen und so auch für Mittelmeerreisen brauchbar gemacht, eine Maßregel, welche die Danziger Reeder ergreifen mußten, um bei den damals üblichen niedrigen Frachten überhaupt arbeiten zu können.

Im Gegensatz zu der zurückgebliebenen Seeschiffahrt Danzigs stand die Erweiterung der Transportmöglichkeiten im Binnenhandel. Dieser wurde in jener Zeit durch den Bau mehrerer Kanäle zugunsten Danzigs beeinflußt: der 1850 eröffnete Tiegenhöfer Kanal[4]) nämlich erleichterte den Verkehr mit Elbing und Königsberg, während der neu regulierte Pinsker Kanal,[5]) der den Bug mit dem Dniepr durch dessen Nebenfluß Pripet verbindet, 1855 während der Blockade der russischen Häfen und des Schwarzen Meeres durch England und Frankreich bedeutende Quantitäten Talg, Leinsaat und Hanf nach Danzig führte. Die entgegengesetzte Wirkung hatte dagegen der Bau des Bromberger Kanals. Er leitete den Verkehr an Danzig südlich vorbei nach Westen.

[1]) V.d.K. 1849 S. 12.
[2]) V.d.K. 1860 S. 29.
[3]) Dullo a. a. O. S. 149.
[4]) V.d.K. 1850 S. 11.
[5]) Dullo a. a. O. S. 53 Anm. 3 und V.d.K. 1855, S. 5.

Mit der Verkehrserweiterung durch diese künstlichen Wasserstraßen ging Hand in Hand der Eisenbahnbau.

Danzig hätte vor allem einen direkten Schienenweg nach Warschau und dem Hinterlande benötigt, der neben der Weichsel von steigender Bedeutung sein mußte, wie das Beispiel von Stettin, Königsberg und besonders Hamburg zeigt. Diese Städte hatten infolge ihrer bereits in den 1840er Jahren bestehenden direkten Eisenbahnverbindungen mit ihrem Hinterlande das rivalisierende Danzig überflügelt und sogar den Exportverkehr mit seinem Hinterlande zum Teil direkt von ihm abgezogen.

Ebenso ging der größte Teil des Imports nach Polen an Danzig vorbei über Hamburg.

Die beiden Bahnstrecken aber, die Danzig wirklich erhielt, konnten ihm eine solche direkte Verbindung mit seinem Hinterlande nicht ersetzen: Es waren das die 1852 eröffnete erste Verbindung Danzigs mit Berlin über Dirschau—Kreuz—Stettin und die 1857 eröffnete abgekürzte Strecke nach Berlin über Frankfurt a. O. Während die erste dem Ostseehafen Pommerns infolge der größeren Nähe Berlin tatsächlich größere Vorteile brachte als Danzig, vermochte auch die zweite verkürzte Strecke Danzigs Handelsbeziehungen keineswegs in bedeutendem Maße nach Westen zu ziehen. Vielmehr schnitt die letzte Linie Danzig gewissermaßen von seinem westpreußischen Hinterlande ab, das jetzt sein Getreide statt nach Danzig per Bahn nach Berlin gehen ließ.

So war der Ausbau der Eisenbahnen in Westpreußen, das, nach Ostpreußen, zu jener Zeit und noch bis in die 1880er Jahre hinein das weitmaschigste Eisenbahnnetz des preußischen Staates aufwies, in den 1850er und 1860er Jahren für Danzig eher schädlich als von Nutzen.

Auch die Frachtpolitik der Bahnen ließ Danzig oft im Nachteil gegenüber seinen Konkurrenten an der Ostseeküste. —

Eine nähere Betrachtung der Landwirtschaft, die in der Provinz Westpreußen hauptsächlich heimisch ist, können wir uns versagen, da ihre Beziehungen zu Danzig in dem Handel, in der Zufuhr von Rohstoffen landwirtschaftlicher Provenienz sowie dem Import von Lebensmitteln und Kolonialwaren zum Ausdruck kommen werden. —

Um das Bild der wirtschaftlichen Tätigkeit Danzigs um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zu vervollständigen, werfen wir dagegen noch einen kurzen Blick auf die Industrie in Danzigs nächster Umgebung.

Diese mußte sich in Danzig wie im deutschen Osten überhaupt, im wesentlichen auf die Bearbeitung der vom Hinterlande zugeführten oder in Westpreußen selbst vorhandenen Rohstoffe

beschränken und mußte dabei noch den Nachteil mit in Kauf nehmen, die nötige Kohle aus England und Schottland über See zu beziehen. Soweit sie sich auf Eisenbearbeitung erstreckten, mußte das Rohmaterial gleichfalls über See hauptsächlich aus Schweden, England und Holland eingeführt werden.

In der Hauptsache befaßte man sich mit der Bearbeitung von Ölfrüchten zu Rüböl und Rübkuchen in den mit Wasserkraft getriebenen Mühlen, mit der Holzbearbeitung in den Schneidemühlen, mit der Bearbeitung von Knochen in den Knochenmühlen sowie mit der Papierfabrikation. Ferner existierten 1856 schon drei Dampfschneidemühlen.

Einen Hauptzweig bildete die Bearbeitung von Bernstein, dessen Versand hauptsächlich nach Wien, Konstantinopel, dem übrigen Orient und nach China erfolgte.

Von über See eingeführten Rohmaterialen wurden Zementstahl in Stahlöfen, altes Eisen in den zahlreichen wassergetriebenen Eisenhämmern zu groben Halbfabrikaten verarbeitet. Die stattliche Anzahl von 80 Eisenhämmern in der Umgebung Danzigs im Jahre 1862 ging allerdings stetig zurück.

Von größeren Maschinenfabriken existierten im Jahre 1863 in Danzig 2 Stück, die sich mit der Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen, Dampfmaschinen, Kesseln und mit der Einrichtung von Fabrikanlagen befaßten. Der einen von ihnen war eine Eisengießerei angegliedert, die einen bedeutenden Teil der Munition für Heer und Marine lieferte.[1])

Besonders wichtig waren neben dem Kgl. Marine-Stations-Kommando — der späteren Kaiserlichen Werft — die Privatwerften von J. W. Klawitter und F. Devrient, die meistenteils für Rechnung Danziger Reeder, nur selten für fremde Rechnung bauten. Die Zahl der jährlich von Stapel gelassenen Schiffe schwankte in den fünfziger Jahren zwischen 3 und 7 Stück.

Diese wenigen Striche mögen genügen, ein Bild des Danziger Wirtschaftslebens um die Mitte der 1850er Jahre uns vor Augen zu führen. Wir sahen mannigfache Momente zusammenwirken, die ein starkes Emporblühen des daniederliegenden Handels der alten Hansestadt beeinträchtigten. So kam es, daß man in den 1850er Jahren nur ein langsames, allerdings stetes Anwachsen des Danziger Handelsverkehrs konstatieren kann.

Dieser und in geringerem Maße die anderen Erwerbszweige beanspruchten naturgemäß ein starkes, besonders in Krisenzeiten widerstandsfähiges lokales Bank- und Kreditwesen. Dieses

---

[1]) V.d.K. 1862 S. 17.

wurde Mitte der 1850er Jahre in Danzig durch das Bankkontor der Preußischen Bank beherrscht.

Die im Jahre 1856 einsetzende und in den beiden folgenden Jahren noch andauernde Geldkrisis, die, hervorgerufen durch übertriebene Spekulation in Aktien und Kreditpapieren, von Berlin ausgehend auch Danzig nicht unverschont ließ, führte im Herbste zu einem empfindlichen Mangel an Umlaufsmitteln und einer großen Geldknappheit. Da war das Danziger Kontor der Preußischen Bank allein nicht entfernt imstande, dieser Kalamität wirksam zu begegnen. Die Ältesten der Kaufmannschaft berichteten hierüber in ihrem Jahresbericht für 1856 folgendes[1]):

„Trotz des in wenigen Tagen von 4 auf 6 % erhöhten Zinsfußes sah sich die Kgl. Bank veranlaßt, ihre Geschäfte am hiesigen Platze derart zu beschränken, daß die unbedingte Sicherheit gewährenden Lombardgeschäfte (Darlehen auf von Polen zum Verkauf eingesandte Produkte) fast ganz abgewiesen wurden und sie auch bei Diskontierung von Wechseln schwer empfundene Restriktionen eintreten ließ. Zum Glück bewegte sich unser Handel um diese Zeit im Monat September schon innerhalb sehr enger Grenzen. Bei der Ausdehnung der Geschäfte früherer Jahre wären aber durch diese nicht vorherzusehende Maßregel der Kgl. Bank Störungen der verderblichsten Art in unserer Handelswelt verursacht, und hoffen wir, daß die Gewährung der nachgesuchten Konzession für die neu zu errichtende Privatbank unseren Effektivhandel vor Oszillationen schützen wird, die das Börsenspiel mit unzähligen neugeschaffenen Wertpapieren in so bedrohlicher Weise heraufbeschworen hat".

Der hier angedeutete Gedanke einer Rettung vor dieser auch sonst schon seit 1846 oft beklagten monopolisierenden Bankpolitik der Preußischen Bank durch Gründung einer Privatnotenbank in Danzig ist fast so alt wie seine Ursache.

Denn diese Knappheit an Umlaufsmitteln herrschte schon seit den 1840er Jahren und machte sich nicht nur in Danzig, sondern in der ganzen preußischen Monarchie bemerkbar. Man hätte sich nun dadurch helfen können, daß man Privatbanken nach dem Muster der bereits 1824 in Stettin gegründeten Ritterschaftlichen Privatbank in Pommern die Ausgabe von Banknoten gestattet hätte, doch dieser Lösung widerstrebte der damalige preußische Finanzminister Rother als Chef der Preußischen Bank,[2]) der die Zentralisation der Notenausgabe möglichst erhalten wissen wollte.

[1]) V.d.K. 1856 S. 4.
[2]) Denkschrift II S. 32.

Der einzige, jedoch keineswegs ausreichende Schritt der preußischen Regierung auf diesem Wege war damals die Reform der Preußischen Bank vom 5. Oktober 1846, die unter Beteiligung privaten Aktienkapitals von zuerst 10, dann 15 Mill. Tlr. in eine Aktiengesellschaft unter staatlicher Leitung umgewandelt wurde.[1]) Die Erhöhung der Notenemission um jenen Betrag war für den Geldumlauf in Preußen ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Es fehlte eben an Dezentralisation des Geld- und Kreditverkehrs, die man endlich, dem Druck der Verhältnisse nachgebend, durch Erlaß der Normativbestimmungen für Privatnotenbanken innerhalb der preußischen Monarchie vom 15. September 1848[2]) zu erreichen suchte.

Hierin wurde auch neu zu gründenden Privatbanken das Recht zuerkannt, Noten bis zur Höhe ihres in jedem Falle auf 1 Mill. Tlr. begrenzten Grundkapitals auszugeben. Die Bank mußte dafür in bezug auf Sicherheit ihrer Geschäfte auf ihren Charakter als Notenbank Rücksicht nehmen.

Schon in demselben Jahre tauchte denn auch in Danzig der Plan einer Privatnotenbank auf Grund der Normativbestimmungen[3]) auf. Der mecklenburgische Konsul und Fayencehändler G. E. Gerlach unterbreitete das Projekt eines Privatbankinstitus am 21. Dezember 1848 den Ältesten der Kaufmannschaft, die jedoch aus Mangel an Vertrauen auf die Persönlichkeit des Antragstellers diesem gegenüber die Ausrede benutzten: „Die am hiesigen Orte begründeten königlichen Institute der Bank und der Darlehnskasse bieten vollständig alle Mittel dar, welche der Handelsverkehr verlangt, und würden selbst für ein bedeutend größeres Bedürfnis, als es sich bis jetzt herausgestellt hat, ausreichen." Daß dieser Bescheid eine Ausflucht war, ersieht man aus den steten Klagen in den Akten der Ältesten über Mangel an Zahlungsmitteln und Kredit in Danzig. Damit war dieser Gedanke einer Privatbank für Danzig bis auf weiteres unter den Tisch gefallen.

Inzwischen wurden dann in den folgenden Jahren in Preußen auf Grund der Normativbestimmungen mit je 1 Mill. Tlr. Aktienkapital und einer Notenemission in gleicher Höhe gegründet[4]):

I. der Berliner Kassenverein, konzessioniert am 15. April 1850;
II. die Kölner Privatbank am 10. Oktober 1855 bezw. 30. Juni 1858;

---

[1]) Denkschrift II S. 33.

[2]) vgl. Drucksachen des Hauses der Abgeordneten, VIII. Legislaturperiode, 2. Session 1865, Bericht Nr. 155.

[3]) Normativbestimmungen für Privatnotenbanken innerhalb der preußischen Monarchie vom 15. September 1848.

[4]) Denkschrift II S. 34.

III. die Magdeburger Privatbank am 30. Juni 1856 bezw. 7. Juni 1858 bezw. 29. Juni 1861,
IV. die Königsberger Privatbank am 13. Oktober 1856 bezw. 30. Juni 1858;
V. die Posener Privatbank am 16. März 1857, dazu die Nachtragskabinettsorder vom 9. Oktober 1858;
VI. die Danziger Privat-Aktien-Bank, ebenfalls am 16. März 1857 bezw. 30. Juni 1858 bezw. 13. Februar 1855;
VII. die städtische Privatbank in Breslau am 10. Juni 1858.

Die Preußische Bank hatte indessen durch Gesetz vom 7. Mai 1856 das Recht unbeschränkter Notenausgabe erhalten und brachte auch in demselben Jahre ihre Notenemissionen auf 47 134 900 Tlr., während diese 1855 nur 20 379 600 Tlr., also weniger als die Hälfte betragen hatte.[1])

Die Monopolstellung der Preußischen Bank war zwar durch diese völlige Freigabe der Notenemission noch mehr erstarkt, daß indessen das Danziger Kontor der Preußischen Bank dem Bedürfnis der Stadt an Zahlungs- und Kreditmitteln keineswegs genügte,[2]) zeigen die Zahlen der Jahre 1854/55.[3]) Im Jahre 1854 betrug nämlich

der Umsatz des Danziger Handels	26,7	Mill. Tlr.
der Umsatz des Danziger Bankkontors	10,9	„ „

1855 stellten sich die Zahlen:

Umsatz des Danziger Handels	25,8	Mill. Tlr.
Umsatz des Danziger Bankkontors	13,3	„ „

woraus zu ersehen ist, daß die Kgl. Bank nur zum kleineren Teil in Aktion trat.

Dabei ist zu beachten, daß die Geschäfte und somit auch die Kreditansprüche des Handels in den genannten Jahren verhältnismäßig gering waren, daß ferner in jenen Umsatzzahlen hauptsächlich nur der Vermittlungshandel zwischen Hinterland und Ausland zum Ausdruck kommt, daß dagegen das Konsumgeschäft der Stadt selbst nicht darin enthalten ist.

Hinzu kam, daß infolge des lebhaften Geschäfts in Industriepapieren, in denen das Publikum gern Anlage suchte,[4]) die preußische Bank ihre Geldkräfte für Berlin reservieren mußte, wodurch ihren Filialen die Geldmittel entzogen wurden.

---

[1]) Denkschrift II S. 35.

[2]) Hierzu und zum folgenden vgl. Gutachten der Ältesten betr. Gründung einer Privatbank in Danzig vom 24. April 1856.

[3]) Ebenda.

[4]) Berliner Börsenzeitung Nr. 88 Jahrg. 1856: Allein in preußischen Eisenbahnen sind 300 Mill. Tlr., in anderen neuesten Unternehmungen 200 Mill. Tlr., zusammen also 500 Mill. Tlr. zur Kenntnis zu bringen.

Schlimmer noch als in der Provinzialhauptstadt waren die Geldverhältnisse in der Provinz, da die Sparkassen dort keine Bankgeschäfte machten, die Filialen der Kgl. Bank aber — es handelt sich um Marienwerder und Culm — den Kredit in zu engen Grenzen hielten und zu jedem Geschäft erst von Danzig Ermächtigung einholen mußten.

So war hier offenbar für ein Privatinstitut ein weites Feld offen, das einer Staatsbank im Prinzip verschlossen war. Eine Privatbank mußte nach Meinung der Ältesten der Kaufmannschaft Kreditgewährungen nach der Provinz durch Agenturen leicht und glatt ausführen können.

In Danzig selbst war die Hauptaufgabe einer neuen Bank die Einrichtung eines umfassenden Giroverkehrs, da die Kgl. Bank nur durch 100 teilbare Summen abrechnete. Ferner gab die Einziehung von Wechseln sowie Verwertung von Effekten, womit sich die Kgl. Bank gar nicht befaßte, ein lohnendes Gebiet der Betätigung für eine Privatbank.

Die 13—20 Mill. Tlr. von Wechseln auf das Ausland, die bisher in Berlin diskontiert wurden, konnte gleichfalls eine Privatbank in Danzig leicht selbst zum Diskont hereinnehmen und damit dem Handel bedeutende Provisionen und Maklerkourtage in Berlin ersparen.

Auch der Lombardverkehr erschien noch erheblich erweiterungsfähig, da die Lombardpolitik der neu zu errichtenden Privatbank sicher nicht so leicht durch Fluktuationen am Berliner Geldmarkte zu beeinflussen war, wie es bei dem Kgl. Bankkontor leider der Fall war.

Dafür, daß eine Privatbank Danzig und der Provinz Westpreußen bei guter Leitung zum Wohlstande verhelfen konnte, war nach Ansicht der Ältesten ein genereller Beweis in dem Aufschwung zu sehen, den andere Provinzen genommen hatten, in denen bereits eine Privatbank bestand.

1. Abschnitt: Die geschichtliche Entwicklung der D.P.A.B.

In der Entwicklungsgeschichte der D.P.A.B. sind deutlich drei Perioden zu unterscheiden: die erste von 1857 bis 1890, charakterisiert durch das Recht der Notenausgabe; die zweite als Übergangsperiode zur neuzeitlichen Kreditbank von 1891 bis 1897, während die dritte von 1898 an die neuzeitliche Epoche ist, in der wir heute stehen.

Nach den einschränkenden Bestimmungen der Jahre bis 1890,

denen die D.P.A.B. als Notenbank ebenso wie die Preußische Bank bezw. später die Reichsbank folgen mußte, brauchte die Privatbank einige Jahre, von 1891 bis 1897, um ihren Geschäftsbetrieb im Rahmen einer Kreditbank den neuen Verhältnissen anzupassen, die mit dem 20. Jahrhundert für Danzig in die Erscheinung traten. Daß wir nun die moderne Periode der Bank vom Jahre 1898 an rechnen, ist zwar nicht so durch ein äußerlich sichtbares Ereignis motiviert, wie es die Aufhebung des Notenprivilegs für die Privatbank 1890 gewesen war, indes findet sie ihre volle Berechtigung in inneren Gründen. Es ist einmal die Beteiligung der Privatbank an den fortschreitenden Bestrebungen der Industrialisierung Danzigs seit dem Amtsantritte des Oberpräsidenten von Goßler in Westpreußen im Jahre 1899, dann die Entwicklung des Kontokorrentverkehrs, die diese Art der Einteilung rechtfertigen.

I. Die Gründungsaktion 1856/57.

Am 14. März 1856 reichten mehr als 50 Firmen unter Führung von G. H. Behrendt & Co. und G. F. Focking dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ein Gesuch um landesherrliche Bestätigung einer Privatbank in Form einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Danziger Privat-Aktien-Bank" ein. Gleichzeitig nahm man Bezug auf die inzwischen eingeholten Gutachten der Kgl. Provinzialregierung, der Ältesten der Kaufmannschaft zu Danzig sowie des Oberpräsidenten von Westpreußen, die alle die Bedürfnisfrage bejaht hatten.

Es kam bei der Gelegenheit noch einmal das Projekt des oben erwähnten Konsuls Gerlach zur Sprache, der für sich das Prioritätsrecht in Anspruch nahm und jetzt die Gründung einer Privatbank in die Hand nehmen wollte. Man stellte seine Befähigung, ein solches Institut zu leiten, gänzlich in Abrede und ging über seinen Antrag mit Stillschweigen hinweg.[1])

Das Grundkapital der Gesellschaft war auf 1 Mill. Tlr. normiert, geteilt in 2000 Namensaktien zu je 500 Tlr. Von diesen wurden bereits am 21. November 1856 in Danzig 1240 Aktien mit zusammen 620000 Tlr. von 61 ersten Danziger Geschäftsleuten, die zugleich zu dem vorgelegten Statut ihre Zustimmung gaben, in notarieller Verhandlung gezeichnet.

Am 20. Dezember 1856 ergab die analoge Zeichnung in Berlin 842 Aktien mit insgesamt 421000 Tlr.[2]) Es waren bekannte Namen darunter, wie: Breest & Gelpcke, M. Güterbock & Co.,

[1]) Denkschrift II S. 39.
[2]) Denkschrift II S. 40.

Mendelssohn & Co., F. M. Magnus, Jacobsohn & Rieß, Veit & Co. u. a.

Am 16. März 1857 erfolgte dann die Bestätigung durch den König; zugleich wurde die Ausgabe von Noten bis zum Betrage von 1 Mill. Tlr. sowie das Statut genehmigt.

Dieses lehnte sich eng an die Normativbestimmungen sowie an das Statut der im Vorjahre gegründeten Kölner Privatbank an.

Die Dauer der Gesellschaft wurde auf 10 Jahre festgesetzt mit der Maßgabe, daß bei Aufhebung der Bankordnung vom 5. Oktober 1846 während der gedachten Zeit die Konzession der D.P.A.B. innerhalb 6 Monaten erlöschen sollte.[1] Die Bank durfte ferner in ihren Geschäften nicht über die Grenzen der Provinz Preußen hinausgehen.[2]

Um das Unternehmen von vornherein vor Majorisierung zu schützen, wurde die Höchstzahl der in einer Person zu vereinigenden Aktien auf 100 Stück festgesetzt[3] sowie auf je 5 Aktien eine Stimme gewährt. Mehr als 20 Stimmen durfte niemand, auch nicht in Auftrag oder Vollmacht in sich vereinigen.[4]

Die Einzahlung des Kapitals ging in der Weise vonstatten, daß 50 % sogleich nach landesherrlicher Bestätigung des Statuts eingezahlt wurden, von welcher Tatsache der provisorische Verwaltungsrat die Kgl. Regierung bereits am 25. Juli 1857 benachrichtigen konnte,[5] während die zweite Hälfte nach Ausschreibungen von 10—25 % je binnen 4 Wochen in bar gezahlt werden sollte.

Der provisorische Verwaltungsrat, dessen Amt bis zur ersten Generalversammlung dauerte, bestand aus 10 Gründern. Es waren die folgenden Danziger[6]:

1. Kaufmann Max Behrendt, i. Fa. Theodor Behrend & Co.;
2. Kaufmann Theodor Ludwig Heinrich Bischoff, i. Fa. Th. Bischoff & Co.;
3. Konsul Hermann Theodor Brinckmann, i. Fa. H. Brinckmann, an dessen Stelle bei seinem bald erfolgten Ausscheiden Kaufmann J. Palleske trat;
4. Konsul Gustav Friedrich Focking, i. Fa. G. F. Focking;
5. Kgl. Kommerzien- und Admiralitätsrat Karl Robert von Frantzius, i. Fa. Hendr. Soermanns & Soon;

[1] Statut 1857 § 3.
[2] Statut 1857 § 13, 5.
[3] Statut 1857 § 9.
[4] Statut 1857 § 40.
[5] Denkschrift II S. 40.
[6] Statut 1857 § 22.

6. Kaufmann Laser Goldschmidt, in Fa. Levin Hirsch Goldschmidts Söhne;
7. Kaufmann Bernhard Theodor Haußmann, i. Fa. Haußmann & Co.;
8. Kaufmann Samuel Mankiewicz, i. Fa. S. Mankiewicz;
9. Generalkonsul Samuel Neumann, i. Fa. M. M. Normann;
10. Kaufmann Samuel Benedix Rosenstein, i. Fa. Rosenstein & Hirsch.

Aus ihrer Mitte war zum Präsidenten S. Normann, zum Vizepräsidenten C. von Frantzius gewählt.

Vier Mitglieder des Verwaltungsrates waren zugleich als Mitglieder der Direktion bestellt. Vollziehender Direktor wurde Schottler, während A. Raschke das Amt des Rendanten und stellvertretenden Direktors versah.

Das Recht der staatlichen Oberaufsicht vertrat der von der Staatsregierung zum Bankkommissar ernannte Regierungsrat von Meusel. Seine Befugnisse bestanden in Teilnahme an den Generalversammlungen, an Sitzungen der Direktion und des Verwaltungsrates ohne Stimmrecht; ferner durfte er jederzeit Bücher und Korrespondenz einer Prüfung unterziehen.[1])

II. Die D.P.A.P. unter dem Notenprivileg 1857—1890.

Am 17. Juni 1857 begann die D.P.A.B. ihre Tätigkeit in ihrem Hause Langgasse 59.

Inzwischen waren von dem Aktienkapital

	am	5. Mai	20 % eingezahlt worden,
denen	„	20. Juni	30 %,
	„	12. September	25 %,
	„	25. November	25 % folgten,

so daß also innerhalb 137 Tagen, bis auf eine Verspätung in einem Falle, die Bank im Besitze des vollen Grundkapitals war, obwohl sämtliche Zeichnungen ohne Hinterlegung einer Kaution geleistet waren.

Neben diesem Aktienkapital mußte die Bank die Hauptquelle ihres Betriebskapitals in der Emission von Banknoten finden, die sie bis 1 Mill. Tlr. ausdehnen durfte. Zugleich übernahm sie damit die Verpflichtung der sofortigen Einlösung der Noten bei Präsentation gegen klingend preußisch Kurant.[2])

Zur Deckung der Noten diente ein dem Betrage der

[1]) Statut 1857 § 52.
[2]) Statut 1857 § 17.

zirkulierenden Noten gleicher Bestand von mindestens $^1/_3$ in bar, mindestens $^1/_3$ in Diskonten und dem Reste in Effekten.

Eine wichtige und für den Erfolg der Notenemission bestimmende Frage war die zweckentsprechende Stückelung der Noten. Von der ursprünglich beabsichtigten Stückelung der Noten, von denen allein 500 000 Tlr. à 100 Tlr. ausgegeben werden sollten, nahm man Abstand, da die Befürchtung bestand, die vielen 100-Tlr.-Noten infolge ihrer Größe schlecht unterbringen zu können. Daher wurden schon im nächsten Jahre Verhandlungen mit der Regierung geführt, welche die Erlaubnis erwirkten, nur 200 000 Tlr. à 100 Tlr., dagegen 300 000 Tlr. mehr 20-Tlr.-Noten in Verkehr setzen zu dürfen.

Allerdings hatten die Noten der Privatbank bei ihrem Umlaufe mit recht erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Da nämlich die Preußische Bank, durch das ihr im Jahre 1856 verliehene Recht der unbeschränkten Notenausgabe in ihren monopolistischen Bestrebungen gestärkt, ihre Macht durch Heranziehung von Privatkapital zu vergrößern suchte, mußte ihr die Gründung der neuen Bank sehr ungelegen kommen. Da ferner die Privatbank als Notenbank mit der Preußischen Bank, wenn auch nicht die Rechte, so doch die vollen Pflichten einer Notenbank teilte — z. B. die Pflicht der sorgfältigen Auswahl der Geschäfte —, so mußte es zu einer Interessenkollision beider Banken auf dem ureigentlichsten Gebiete einer Notenbank, im Giro-, Diskont- und Lombardverkehr, kommen.

Da die Kgl. Bank nun aber zur prompten Annahme der Privatbanknoten durch Erlaß des Handelsministers verpflichtet war, so suchte sie auf andere Weise der Konkurrenzbank das Dasein nach Möglichkeit zu erschweren. Das gelang ihr auch dadurch, daß sie die an ihrer Kasse präsentierten Noten der Privatbank zwar glatt einlöste, sie jedoch täglich der ausgebenden Bank zur Einlösung einreichte, wodurch die Emittentin vor die Alternative gestellt wurde, entweder einen großen täglichen Kassenbestand zur Einlösung der präsentierten Noten zu halten oder die Notenemission einzuschränken. Der erste Weg brachte naturgemäß große Zinsverluste mit sich, zumal die Kgl. Bank es ablehnte, für die präsentierten Noten solide Wechsel, die länger als 15 Tage liefen, anzunehmen. Ferner bedeutete das ein Brachliegen von Geldern, die dem Verkehr entzogen wurden. Beschränkte die Privatbank dagegen ihre Notenemission, so nahm sie sich selbst das nötigste Betriebskapital. So wählte sie als kleineres von beiden Übeln den ersten Weg.

Erst in den folgenden Jahren nach häufigen, aber vergeblichen Anträgen auf Besserung dieses Einlösungsmodus erreichte

das Notenprivileg der Privatbank mehr seinen gewollten Zweck, als die Preußische Bank die Einlösung der Noten von 8 zu 8 Tagen vornahm.

Übrigens nahmen die Staats- und Kgl. Kassen Noten von Privatbanken überhaupt nicht an[1]) und bestärkten dadurch nur noch die Preußische Bank in ihrer ablehnenden Haltung gegen Privatnotenbanken.

Sonst wurden die Noten der D.P.A.B. gerne angenommen und zirkulierten zumeist in Westpreußen. Die Präsentation der Noten an der Kasse der Bank von privater Seite geschah nur selten, z. B. beim Wechseln größerer Appoints.

Von den der Bank im Jahre 1857 zur Verfügung stehenden 700 000-Tlr.-Noten waren als höchste Summe 526 000 Tlr. in Umlauf. Da von diesen ca. 25 % wöchentlich von der Preußischen Bank zur Einlösung präsentiert wurden, so war der Durchschnittsumlauf ca. 400 000 Tlr. Als dann August 1857 infolge genehmigter Statutenänderung die restlichen 300 000 Tlr. à 20 Tlr. rasch in den Verkehr traten, belief sich die wöchentliche Einlösung sogar auf 163 000 Tlr., während durchschnittlich 715 000 Tlr. kursierten.

Diese erste Wirksamkeit der jungen Bank fiel in eine wirtschaftlich unruhige Zeit, die, veranlaßt durch die von Westen kommende Geldkrisis der Jahre 1856/57 sich auch in Danzig, wenn auch in abgeschwächtem Maße, geltend machte. Hier hatte die Spekulation selbst zwar keine beträchtlichen Formen angenommen — es war von Aktienunternehmungen überhaupt nur die D.P.A.B. gegründet worden —, doch es machte sich ein Mangel an Vertrauen im Geschäftsleben geltend, der größer war als der Mangel an effektiven Geldmitteln. Dazu gestaltete sich infolge fortwährend sinkender Getreide- und Holzpreise das Geschäft außerordentlich schwierig.

Doch trotz dieser ungünstigen Verhältnisse konnten die Ältesten der Kaufmannschaft zu Danzig sich über das Eingreifen der neuen Bank während der Krisis im Jahre 1857 mit Genugtuung folgendermaßen äußern: „Mit Liberalität und Umsicht hat sie bei dem erschütterten Vertrauen dem Geldmangel abgeholfen und darin die übrigen Geldinstitute unserer Stadt kräftig unterstützt".[2])

Diese anderen Geldinstitute waren das Bankkontor der

---

[1]) Denkschrift II S. 45 Anm.: „Die Posener Privatbank hat daher tatsächlich in derselben Situation den Antrag gestellt, ihr das unter diesen Umständen lästige und nutzlose Notenrecht, das sie entsprechend den Normativbestimmungen von mehreren sonstigen Bankgeschäften ausschloß, wieder abzunehmen. Dem Antrage ist aber nicht Folge gegeben".

[2]) V.d.K. 1857 S. 9.

Preußischen Bank und der Danziger Sparkassenverein. Letzter, im Jahre 1821 mit einem Garantiefonds von 3000 Tlr. gegründet, hatte rein charitativen Charakter und sollte hauptsächlich der ärmeren Bevölkerung Danzigs die Anlegung ihrer Ersparnisse ermöglichen. Die Gewinnüberschüsse sollten dem Garantiefonds zufließen und gemeinnützigen Zwecken dienen. Das Institut erwies besonders in schweren Zeiten oft seine Nützlichkeit, da jeder deponierte Betrag auf Verlangen sofort zurückgezahlt wurde.

Die durch die Normativbestimmungen eng beschränkten Geschäfte der Privatbank erstreckten sich 1857 in der Hauptsache auf den Wechsel-, Lombard-, Effekten- und Giroverkehr.

Trotz der statutenmäßig festgelegten Bestimmung der Annahme von Wechseln mit mindestens drei soliden Unterschriften mit einer Laufzeit von höchstens 3 Monaten ist ein lebhafterer Zug doch eigentlich nur im Wechseldiskontgeschäft zu bemerken (vgl. Tab. V). Hier war die Bank oft nicht imstande, den Anforderungen zu genügen, und mußte wegen Mangels an Mitteln Diskonten zurückweisen. Im Laufe des Halbjahres 1857 kaufte die Bank für über 12 Mill. Mk. Wechsel an, darunter 1 124 000 Mk. Wechsel auf das Ausland. Es war sehr anzuerkennen, daß die Privatbank diesen letzten Geschäftszweig, der von der Preußischen Bank fast ganz vernachlässigt wurde, aufnahm und damit nicht nur sich selbst den Vorteil verschaffte, in Krisenzeiten eine Geldquelle im Auslande zu haben, sondern auch dem Handelsstande Danzigs die Möglichkeit gab, seine gegen Lieferung ins Ausland auf dieses trassierten Wechsel in Danzig selbst billiger zu verwerten als in Berlin.

Von den gesamten Devisenbeständen per Ultimo 1858 waren unter anderem:

126 000 Hfl. per Amsterdam
91 000 Lst. per London
1 750 S.-R. per Petersburg.

Diese Zahlen zeigen das Mißverhältnis des Danziger Exporthandels nach Holland und England zu dem geringen Export nach Rußland. Auch in den folgenden Jahren ist Rußland unter den Devisen nur selten vertreten.

Im Gegensatz zu diesem lebhaften Zweig des Diskontgeschäfts, der auf Jahre hinaus der maßgebende war, trat das Lombard- und Effektengeschäft verhältnismäßig sehr zurück.

Die Gewährung von Darlehen gegen Faustpfand mußte unter der häufigen Präsentation der Noten seitens der Preußischen Bank sehr leiden und gewann erst mit der Zunahme der Depositen der Bank eine erheblichere Ausdehnung. Doch trotz der Beschrän-

kung wurde das Geschäft nach Kräften ausgenutzt, wenn dringende Hilfe erforderlich und sichere Unterlagen vorhanden waren.

Die Unterlagen konnten sehr verschieden sein und wurden je nach Schätzung der dazu bestellten Taxatoren beliehen:

Kursfähige, leicht verkäufliche Papiere mit 10% unter Börsenkurs, schwer absetzbare, z. B. Chausseebauaktien, Stadtobligationen kleinerer Städte und leichtere Spekulationspapiere 20—25% unter Kurs, bei Papieren, deren Kurs weit über Pari stand, mit einem Abschlage von 15 bis 20%. Wechsel wurden mit $^9/_{10}$ ihres Wertes beliehen. Bei Waren spielte die Absatzfähigkeit eine große Rolle: Bei gutem Getreide und Kolonialwaren war der Satz etwa $^2/_3$ unter Berücksichtigung des Börsenpreises, bei Holz je nach Lagerung und Kontrollmöglichkeit $^1/_2$ bis $^7/_{12}$ der Taxe. Wurden Konnossemente über Schiffsladungen verpfändet, so mußte das betreffende Schiff dem Taxator bekannt sein. Auf Gold und Silber, gemünzt oder in Barren, war ein Abschlag von 5% zu berechnen, bei Silber außerdem eine legale Probe einzureichen.

Die Kredite liefen zumeist nach 3 Monaten ab und mußten dann gegebenenfalls prolongiert werden.

Bis zum Jahre 1865 befinden sich die ausgeliehenen Summen in stetem Wachsen, von ca. 800 000 Mk. im Halbjahr 1857 auf knapp 3 Mill. Mk. in 1858 und auf fast 8 Mill. Mk. in 1865. Erst das Kriegsjahr 1866 brachte einen Rückgang der Lombarddarlehen (vgl. Tab. VI Rubrik 1).

Wie die Bank im Lombardgeschäft Zurückhaltung üben mußte, so hielt sie auch ihre Effektenbestände in den ersten Jahren sehr niedrig, um bei plötzlichem Zurückströmen der Noten gewappnet zu sein. Die Bestände hielten sich bis 1864 zwischen 71 000 Mk. und 105 000 Mk.; auch der gegen geringe Provision vorgenommene kommissionsweise An- und Verkauf von Effekten für dritte Rechnung bezifferte sich sehr niedrig (vgl. Tab. VII).

Einen Vergleichsmaßstab des Umfangs der drei genannten Kreditgeschäfte der Bank, des Wechsel-, Lombard- und Effektengeschäfts, gibt uns am besten das Erträgnis dieser Konten. Wir greifen bis zum Jahre 1865 das Halbjahr 1857, das Jahr 1858 und das den höchsten Gewinn auf den drei Konten ergebende Jahr 1864 heraus. Dann bietet sich folgendes Bild:

Jahr	Zinsen- und Kursgewinn auf Wechsel		Zinsen auf Lombarddarlehen		Erträgnis auf Effekten		Gesamterträgnisse der drei Konten	
	Mk.	%	Mk	%	Mk.	%	Mk.	%
1857	75 858	85,87	11 764	13,32	717	0,81	88 339	100
1858	172 436	78,53	40 764	18,57	6 351	2,90	219 551	100
1864	331 719	77,88	90 009	21,13	4 193	0,99	425 921	100

Wir ersehen aus obigen Zahlen die prozentuale Beteiligung des Wechselgeschäfts am Gesamtertrage der drei Konten zugunsten des Lombardkontos von fast 86% auf fast 78% sinken, während das Lombardkonto von 13% auf 21% des Gesamtergebnisses stieg. Das Effektenkonto endlich kam nach einer minimalen Aufwärtsbewegung auf seinen Anfangsstand von ca. 1% zurück.

Die erwähnten Kreditgeschäfte der Privatbank wurden ergänzt durch das zahlungsausgleichende Girogeschäft.

Von allen Privatnotenbanken eröffnete als erste die D.P.A.B. auf Anregung hervorragender Mitglieder des Danziger Handelsstandes im August 1857 diesen Giroverkehr zur Erleichterung der Kassenführung ihrer Kunden. Der Kontoinhaber mußte 50 Tlr. als zinslosen Girobestand der Bank überlassen, unter den der Kontostand nie heruntergehen durfte. Ein durch völlige Abhebung geschlossenes Girokonto wurde nur gegen eine Gebühr von 10 Tlr. wieder aufgenommen.

Allerdings erstreckten sich diese Umschreibungen nur auf den lokalen Verkehr, während der interlokale Überweisungsverkehr erst mit der Einführung durch die Reichsbank möglich und üblich wurde.

Ende des Jahres 1857 zählte die Teilnehmerzahl 24 mit einem Umsatz von 4,3 Mill. Mk.

Mit der weiteren Verbreitung mußte natürlich auch der Nutzen dieser Einrichtung mit der durch sie bewirkten Bargeldersparnis für die Bank selbst wie für die Allgemeinheit zunehmen. Die Bank suchte daher dem Publikum diese Einrichtung möglichst geläufig zu machen und übernahm so auch für ihre Girokonteninhaber die Einziehung von am Tage der Übergabe in Danzig zahlbaren Wechseln, Anweisungen, Effekten, Rechnungen, Quittungen usw. über Summen von 100 Tlr. und darüber, die sie ihnen nach Eingang gutschrieb.[1])

Trotz des steten Hinweises auf diese volkswirtschaftlich sowohl wie für die Kassenführung der beteiligten Firmen nützlichen Einrichtungen des Giro- und Inkassoverkehrs und trotz des außerordentlichen Entgegenkommens der Bank konnte sich der Handelsstand Danzigs doch erst ganz allmählich damit vertraut machen.

Aus anderen Teilen Deutschlands dagegen, die den Vorteil dieser Einrichtungen schon erkannt hatten, wandten sich häufig Geldinstitute und Privatpersonen an die D.P.A.B. um Eröffnung einer Einziehungsstelle für Wechsel und sonstige Papiere.

Auch der mit der Giroeinrichtung so eng verbundene Scheckverkehr entwickelte sich bei der Privatbank erst allmählich, als die

[1]) Instruktionen 1857.

Bank auf sie ausgeschriebene Anweisungen annahm, was sie anfangs der Stempelkosten wegen nicht getan hatte.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß die Privatbank das Geschäft des Wechselns verschiedener Geldsorten, das sogen. Sortengeschäft, pflegte und auch die Einlösung von Kupons für fest verzinsliche Papiere vornahm (vgl. Tab. VIII).

Wir sehen den Kreis der Tätigkeit der Privatbank in ihrem ersten Jahre eng umgrenzt, zu eng für die lebhafte Inanspruchnahme durch das Publikum.

Das Wechselgeschäft vor allem erschien erweiterungsfähig, und schon am 30. Juni 1757 wurden die dahingehenden Bemühungen der Bank mit Erfolg gekrönt. Für die Annahme von Wechseln trat eine statutenmäßige Erleichterung mit Wirkung vom 1. September 1857 dahin ein, daß für Wechsel bei eingehender Prüfung des Papiers fernerhin auch zwei Unterschriften genügten.

Eine weitere Erleichterung für die Bank trat insofern ein, als die umlaufenden Noten fernerhin mit $^1/_3$ in bar, mit dem Rest nur in Wechseln gedeckt sein sollten, wodurch die Bank der Verpflichtung enthoben wurde, ihre verfügbaren Mittel in Effekten festzulegen.

Die wichtigste der Geschäftserweiterungen aber war die Erlaubnis der Annahme verzinslicher Depositen seit dem 1. September 1857. Diese durften bis zur Höhe von 1 Mill. Tlr. unter dem Vorbehalte einer gegenseitigen Kündigungsfrist von mindestens 2 Monaten aufgenommen werden. Damit begann die Bank, Kapitalien, die für kürzere oder längere Zeit ohne feste Anlage waren, für sich heranzuziehen und als Betriebskapital nutzbar zu machen. Dieses lag natürlich im Interesse des Depositengläubigers wie -schuldners. Sind doch unsere heutigen Großbanken das, was sie dem deutschen Wirtschaftsleben sind, durch den Depositenverkehr geworden.

Zweckmäßigkeitsgründen entsprach es, wenn die Privatbank die Depositengelder nach der verschiedenen Kündbarkeit einteilte. So richtete sie drei Konten ein, eins mit 2 monatlicher Kündigung und 3 % Zinsen, eins mit 6 monatlicher Kündigung und $3\,^1/_3$ % Zinsen, endlich ein drittes für unverzinsliche Depositen.

Der Gesamtbestand an Depositen Ultimo Dezember 1858 belief sich auf 234 000 Mk., das sind 7,8 % des Aktienkapitals der Bank.

Nun kam der Italienische Krieg des Jahres 1859, der für Preußen die Gefahr enthielt, mit hineingezogen zu werden. Er

brachte in Danzig eine pessimistische Stimmung hervor, die lebhaft zu Realisationen drängte.

Infolgedessen schränkte auch die D.P.A.B. ihre Kreditgewährungen in Lombarddarlehen bedeutend ein. Die Zunahme der Gesamtumsätze der Bank war denn auch in diesem Jahre nur ca. $^1/_5$ der Zunahme des Vorjahres. Die weitere Folge war, daß die Bank sogar zeitweise einen großen Teil der ausgegebenen Noten dem Verkehr entzog.

Da die Vorstellungen bei der Regierung wegen Erweiterung der Gerechtsame der Privatbanken gegenüber der Preußischen Bank bisher ohne Erfolg geblieben waren, als ferner die erwähnten drohenden politischen Verhältnisse hinzukamen, da machte sich in Berlin unter den Aktionären der Privatbank eine Strömung bemerkbar, die diese Gelegenheit benutzte, die Auflösung der D.P.A.B. bei deren Verwaltungsrate zu beantragen mit der Begründung der erschwerten Notenemission der Bank sowie der Entwicklungsunfähigkeit des Handels der Ostseeprovinzen.

Die am 6. Juli 1859 daraufhin zusammengetretene außerordentliche Generalversammlung sprach sich mit schwacher Majorität gegen die Auflösung aus. Da die nach § 51 des Statuts erforderliche $^3/_4$-Majorität nicht erreicht war, war die Auflösung damit abgewendet.

Über dieses Resultat äußerten sich die Ältesten der Kaufmannschaft sehr zufrieden und hoben den soliden Charakter des Instituts lobend hervor.

Die folgenden drei Jahre mit ihrer ruhigen politischen Konstellation boten der Bank reichlich Gelegenheit, ihre 1859 angezweifelte Lebensfähigkeit durch Erweiterung ihres Betriebes zu beweisen.

Auch das wirtschaftliche Leben Danzigs begann lebhafter zu werden.

Der seewärtige Export von Getreide, Saaten, Holz und anderen Rohmaterialien wies von 1860/61 eine beträchtliche Zunahme auf, nämlich von . . . . . 20 861 000 Tlr.
auf rund . . . . . 25 200 000 „
also um rund . . . . . 4 400 000 „
während sich der Import von . . . . . 5 260 000 „
auf rund . . . . . 5 400 000 „
hob.[1])

Es fällt außerdem hier deutlich das früher erwähnte Miß-

[1]) V.d.K. 1860 S. 3, 1861 S. 3.

verhältnis zwischen Aus- und Einfuhr in die Augen, das 1861 etwa 5 : 1 war.

Eine Erklärung dieser Zunahme — besonders des Exports — ist außer in den günstigen Ernten des Hinterlandes zu suchen in der Eröffnung des oberländischen Kanals, der aus den Kreisen Osterode und Deutsch-Eylau Getreidezufuhren über Elbing brachte.[1])

Auch das Eisenbahnnetz erweiterte sich zu Danzigs Vorteil. Wenn die 1862 eröffnete Strecke Thorn—Lowicz[2]) auch eine nichts weniger als direkte Verbindung des Ostseehafens mit Warschau darstellte, und wenn auch die Konkurrenz Hamburgs sehr bedeutend war, so war dennoch damit die lange erwünschte erste Verbindung Danzigs mit seinem weiteren Hinterlande hergestellt. Petersburg wurde durch seine Verbindung mit Warschau gleichfalls in das Importgebiet Danzigs hineingezogen.

Es kam hinzu, daß der Güterverkehr des Danziger Bahnhofs eine bedeutende Steigerung aufwies, indem er sich von 1854 bis 1861 verdreifachte.

Diese günstigen Verhältnisse mußten der Privatbank ein lohnendes Betätigungsfeld eröffnen.

Schon äußerlich erwies sich das Banklokal als nicht mehr ausreichend, und man siedelte am 28. Juni in das neue geräumigere Lokal über, das in dem käuflich erstandenen Grundstücke Langgasse 33 eingerichtet war.

Hand in Hand mit dieser äußeren Erweiterung ging ein Ausbau der Geschäftsbeziehungen der Bank.

Die Depositen strömten ihr reichlich zu, und selbst eine durch die Geldflüssigkeit im Oktober 1861 veranlaßte Herabsetzung des Zinsfußes für 2 monatlich kündbare Gelder von 3 % auf 2 ½ %, für 6 monatlich kündbare von 3 ⅓ % auf 3 % hatte keine Verminderung des Zuflusses zur Folge; im folgenden Jahre wurde sogar fast die Maximalgrenze von 1 Mill. Tlr. erreicht. Die Bank bestand nicht absolut auf Einhaltung der Kündigungsfristen, zahlte jedoch bei sofortiger Abhebung der 2 monatlich kündbaren Depositen überhaupt nur dann Zinsen, wenn der Betrag mindestens 1 Monat der Bank verblieben war, bei sofortiger Abhebung der 6 monatlich kündbaren den geringeren Zinsfuß.

Nachdem schon zu Beginn der Tätigkeit der Privatbank von ihr auf den Nutzen einer Kontokorrentverbindung für ihre Kunden hingewiesen worden war, tauchte der Gedanke 1861 wieder auf.[3]) Firmen, die mit der Bank in Giroverkehr ständen, sollten gegen

---

[1]) V.d.K. 1861 S. 4.
[2]) V.d.K. 1862 S. 2.
[3]) Instruktionen S. 3.

Verpfändung leicht realisierbarer Waren einen offenen Kredit erhalten, auf den sie täglich Ab- und Zuschreibungen vornehmen könnten, ohne dabei weitere Unkosten zu haben. Die Zinsen sollten nach Maßgabe der Kontobewegungen erhoben werden. Diese Einrichtung kam auch allmählich in Übung, doch hat sie damals keinen erheblichen Umfang angenommen.

In derselben Zeit, im Jahre 1863, entsteht eine für das Publikum sehr angenehme und bequeme Einrichtung: verschlossene Wertpakete, sogen. Depots, in den großen und festen Tresors der Bank gegen eine geringe Gebühr deponieren zu können. Die Pakete mußten gut verpackt, beschnürt und gesiegelt sein und wurden gegen Empfangsbescheinigung angenommen. Oft wurde auch ein Stichwort für die Herausgabe vereinbart. Im ersten Jahre erhielt die Bank 39 Pakete zur Aufbewahrung, wofür im ganzen 64 Tlr. Gebühren gezahlt wurden.

Auch den Scheckverkehr suchte die Bank zu beleben durch Ausgabe neuer Scheckformulare, die den heute üblichen entsprechen.

Überhaupt war das Geschäft in diesen Jahren recht rege.

Der bei dem Geldüberflusse niedrige Börsenzinsfuß erweckte eine lebhafte Nachfrage auswärtiger Geldinstitute nach Devisen, was nicht ohne Einfluß auf den Umsatz bleiben konnte. Dieser hatte sich daher auch 1862 gegen 1858 fast verdreifacht (vgl. Tab. I Rubrik 1). Auch der Giroumsatz überschritt in demselben Jahre zum ersten Male 100 Mill. Mk.

Unter diesen Umständen konnte die häufige Präsentation der Noten seitens des Kgl. Bankkontors nicht mehr die Schwierigkeiten der ersten Jahre für die D.P.A.B. mit sich bringen. Der öftere Umschlag des Kapitals — 97 mal in 1862 gegen 35,5 mal in 1858 (vgl. Tab. I Rubrik 3) —, der gestiegene Umsatz, das wachsende Vertrauen des Publikums zu den Noten der Privatbank, der zeitweise auftretende Mangel an Noten der Preußischen Bank und vor allem die Zunahme des fremden Kapitals erleichterten der Privatbank die Einlösung der Noten bedeutend. Die Einlösung geschah fast immer in kurzen, nicht über 14 Tage laufenden Wechseln auf preußische Bankplätze, nur selten bei ausdrücklichem Wunsche des Bankkontors in bar. Durchschnittlich zirkulierten im Jahre 1862 täglich 978 134 Tlr. und damit die größte überhaupt je erreichte Zirkulationssumme. Eingelöst wurden 1860 wöchentlich 138 000 Tlr. oder 13,8 % des gesamten Notenkapitals.

Schon im Jahre 1863 kam die Privatbank zu der Ansicht, daß die Stückelung der Noten in größere Appoints den Verkehrsbedürfnissen des Ostens mehr entspräche als die kleinen Appoints. Es wurden daher je 100 000 Tlr. zu 20 und 50 Tlr. dem Verkehr

entzogen und an ihrer Stelle 200 000 Tlr. zu 100 Tlr. ausgegeben. Da diese seltener an die Kasse der Bank zurückkamen, war damit zugleich eine Kostenersparnis erreicht. Die Zusammensetzung der Notenappoints war also jetzt folgende:

100 000	Tlr.	neue	Noten	à 10	Tlr.
300 000	„	alte	„	à 20	„
200 000	„	„	„	à 50	„
200 000	„	„	„	à 100	„
200 000	„	neue	„	à 100	„
1 000 000	Tlr.				

In diesen ruhig fortschreitenden Entwicklungsgang der Bank traf Anfang 1863 die Revolution in Polen, die den gesamten Danziger Handelsstand mit großer Besorgnis erfüllte. Die Ankunft von Galeeren und Traften mit Getreide aus Oberpolen, Galizien und Rußland verzögerte sich infolge fehlender Arbeitskräfte;[1]) der Weichseltransport hatte ferner unter einem minimalen Wasserstande zu leiden; die Konjunktur war schlecht und die Konkurrenz von Eisenbahn und Dampfschiff nicht zu unterschätzen. Bei den sinkenden Preisen konnten daher Verluste naturgemäß nicht ausbleiben.

Die Folgen reichten hinüber ins folgende Jahr, in dem am 1. Februar außerdem die Feindseligkeiten mit Dänemark begannen.

Als vom 19. April bis 20. Juli mit einer Unterbrechung von fünf Wochen die Blockade über Danzigs Hafen verhängt war, wurde das Befahren der Ostsee von preußischen Schiffen wegen der Kapereigefahr möglichst vermieden. Der Export wie Import seewärts war also für einen großen Teil der schiffbaren Jahreszeit brachgelegt.

Das Jahr 1864 ergab daher eine Abnahme des Wertes der Einfuhr um 1,2 Mill. Tlr., der Ausfuhr um 6,3 Mill. Tlr. Zu diesem Resultat trugen auch die fortdauernden Unruhen in Polen ihr Teil bei, indem sie dem Importverkehr nach dort folgende Schranken setzten: Einmal waren die Kreditverhältnisse des Landes Vorsicht gebietend, dann aber setzten Verkehrsstörungen fast nie aus. Endlich veranlaßten die ungünstigen Valutaverhältnisse die polnischen Händler, sich nur auf die notwendigsten Einkäufe zu beschränken.

Hinzu kam eine Geldkrisis von England, die im Verein mit dem bedeutenden Silberexport nach Asien wie in den anderen Welthandelsstaaten so auch in Deutschland große Geldkalamitäten

[1]) V.d.K. 1863 S. 1.

hervorrief. Wenn auch der Zinsfuß in diesem Jahre in Frankreich zweimal, in England gar dreimal so oft wechselte wie in Preußen, und wenn er hier auch mit 7% (im Oktober) an den französischen mit 8% (im Mai und Oktober) sowie an den englischen mit 9% (im Mai und September) nicht heranreichte, so war die Geldknappheit in Preußen doch bedeutend.

Zwar konnte die Privatbank aus dem höheren Auslandszinsfuße ihren Nutzen ziehen, indem sie zur Begebung größerer Devisenbestände auf Frankreich, England oder Holland schritt; doch war das nur teilweise ein Ersatz für den Ausfall an sonstigen Zinsen und Provisionen infolge des geringen Umsatzes.

Sie hatte sich ferner infolge gesunkener Getreidepreise und der schlechten Ernte auf dem Lande in Lombarddarlehen etwas reichlich engagiert und mußte sogar Anträge auf solide Diskontierungen und Lombarddarlehen ablehnen. Das war zurückzuführen auf die trotz der herangezogenen Depositen immer noch sehr geringen Betriebsmittel der Bank. Andererseits war es sicher ein Zeichen dafür, daß die Bank sich gut eingebürgert hatte und oft gesucht wurde.

Die Privatbank bemühte sich nun, in der richtigen Einsicht, daß die Lebhaftigkeit des Umsatzes eine geminderte Notenpräsentation seitens der Preußischen Bank bewirke sowie die Rentabilität des Instituts wesentlich erhöhe, die erwiesene Knappheit ihrer Betriebsmittel zu beheben, indem sie mehr fremde Kapitalien heranzuziehen suchte.

Allerdings stieß dieses Beginnen bei den unruhigen Zeiten auf erhebliche Schwierigkeiten. Wohl erhielt die Bank die landesherrliche Erlaubnis, das Depositenmaximum auf 2 Mill. Tlr. zu erhöhen, doch die Depositengelder blieben vorläufig noch aus.

Dazu hatte der Dänische Krieg das Vertrauen des Depositenpublikums zu sehr erschüttert. Hinzu kam, daß die ländlichen Wirtschaften der Landkreise, mit denen die Privatbank zu arbeiten begonnen hatte, infolge der niedrigen Getreidepreise nicht mehr wie bisher Depositen einlegten, sondern im Gegenteil häufig noch Kredit verlangten.

Als der Diskont infolge der kriegerischen Ereignisse andauernd stieg, hatte sich die Privatbank in ihren Depositenzinssätzen dieser Erhöhung nicht angeschlossen, da sie diese als nur vorübergehend ansah und nicht zu viel Kapital zu hohen Zinsen heranziehen wollte. Ob diese Kalkulation der Privatbank damals richtig war, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls war die Folge eine bedeutende Abnahme der Depositengelder; diese hatten nämlich betragen:

1862: 2 607 000 Mk.
1863: 2 470 500 „
1864: 1 946 800 „
1865: 1 594 000 „

Die Abnahme bezifferte sich also in drei Jahren auf über 1 Mill. Mk. für die Privatbank, damals eine bedeutende Summe!

Zu dieser Abnahme fremder Gelder gesellten sich Konkurrenzsorgen. Verschiedene kleinere Provinzialbanken wußten nämlich Depositen zu wesentlich höheren Zinsen heranzuziehen, und dieser Grund war für die Privatbank mitbestimmend, im Jahre 1865 teils ihren Depositenzinsfuß zu erhöhen, teils durch Verkürzung der Kündigungsfristen der Depositen dem Publikum entgegenzukommen.

So wurde Ultimo Februar 1865 das Konto mit 6 monatlicher Kündigung unter Beibehaltung des Zinsfußes von 3 % auf 3 monatliche Kündigung gesetzt. Andererseits wurde das Konto mit 2 monatlicher Kündigung am 15. Januar 1866 im Zinsfuße von 2 ½ auf 3 % erhöht.

Die wichtigste Neuerung aber auf dem Gebiete des Depositenverkehrs war für die Privatbank die Einführung eines variablen Zinsfußes, der sich automatisch nach dem Diskont der Preußischen Bank einstellte. Die Einführung dieses variablen Zinsfußes bei der Privatbank war schon im Jahre 1858 unter Hinweis auf die günstigen Erfolge, welche die Ritterschaftliche Privatbank in Pommern und die Bremer Bank in Bremen mit ihm erzielt hatten, angeregt worden, damals jedoch vergeblich. Jetzt führte man ihn doch ein, und zwar wurden die bisher 6 monatlich kündbaren Gelder seit 1. März 1865 mit 1 % unter Bankdiskont verzinst, wobei der Minimalsatz auf 3 %, der Maximalsatz auf 5 % normiert wurde. Schon 1866 wurde dann der Minimalzinsfuß dieses Kontos von 3 % auf 3 ⅛ % erhöht unter gleichzeitiger Herabsetzung der Kündigungsfrist von 6 Monaten auf 3 Monate. Damit verschwand das Konto mit 6 monatlicher Kündigung überhaupt aus den Büchern der Bank. Es blieben jetzt nur noch Depositen mit 2 und 3 monatlicher Kündigungsfrist in ihrem Besitze.

Damit erreichte das Suchen nach den für Depositengläubiger wie -schuldner günstigsten Einlagemodalitäten bis auf weiteres sein Ende. Die Bank hatte mit der Einführung des variablen Zinsfußes sicher einen guten Griff getan und eine Einrichtung geschaffen, die den Interessen beider Teile, des Publikums wie der Bank, entsprach.

Für dieses Mal aber kamen die Reformen der Privatbank zu spät. Die ungünstige wirtschaftliche Lage tat das übrige: Ihr

Plan, durch gesteigerte Depositenheranziehung ihre Mittel mit ihrem Wirkungskreis in Übereinstimmung zu bringen, war als gescheitert anzusehen. Die Bank mußte aus dieser Tatsache für die Zukunft lernen, daß einmal abgezogene Depositen sehr schwer wieder zu ergänzen sind.

Sie versuchte daher einen anderen Weg: Sie beantragte beim Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eine Kapitalserhöhung um 500 000 Tlr. auf 1 500 000 Tlr. unter gleichzeitiger Erweiterung des Notenprivilegiums bis zur gleichen Summe. Da die erweiterte Notenemission verworfen, die Erhöhung des Aktienkapitals jedoch genehmigt wurde, suchte der Verwaltungsrat wie die Direktion im März 1866 das Einverständnis der Aktionäre wenigstens zur Kapitalerhöhung zu erlangen, jedoch auch vergeblich. Die Abstimmung ergab eine bedeutende Majorität für das Beibehalten des bisherigen Grundkapitals.

So war es nicht verwunderlich, daß bei den beschränkten Mitteln der Privatbank ihr Gesamtumsatz von 1862 mit rund 291 Mill. Mk. auf rund 228 $^1/_2$ Mill. Mk. im Jahre 1864, also in 2 Jahren um etwa 62 $^1/_2$ Mill. Mk. sank. Selbst im folgenden Jahre stieg er nur vorübergehend um 3 Mill. Mk. (vgl. Tab. I Rubrik 1).

Eine Folge des verminderten Umsatzes war wieder eine erhöhte Noteneinlösung, die übrigens größtenteils mit kurzen, selten über 10 Tage laufenden Wechseln auf Bankplätze bewerkstelligt wurde (vgl. Tab. XII Rubrik 3).

Die Klagen der Privatbank über die erwähnte Konkurrenz der Provinzialbanken und besonders der Bankierfirmen wurde noch auf anderem Gebiete laut: im Effektengeschäft. Da nämlich die Privatbank nach ihren Geschäftsbestimmungen nur preußische Papiere handeln durfte, wandte sich der Handel in ausländischen Effekten, die sich beim Publikum immer mehr Eingang verschafften, den kleineren Banken und Bankiers zu, die damit das Haupteffektengeschäft in die Hand bekamen.

Wieder war es zu Beginn des Jahres 1866 eine von England ausgehende Finanzkrisis, die, wie schon 2 Jahre vorher, den deutschen Geldmarkt in ihren Strudel teilweise mit hineinzog. Infolge der Akte von 1862 betr. die Gründung von Aktiengesellschaften waren nämlich in England von 1863 bis 1866 im ganzen 3026 Gesellschaften mit einem Kapital von zusammen 619,3 Mill. £ gegründet worden. Das infolge einiger Zusammenbrüche erweckte Mißtrauen des Publikums verdichtete sich 1866 sogar zu einer Panik. Die unmittelbare Folge war ein Steigen

des englischen Diskonts auf 10%, auf welcher Höhe er sich drei volle Monate hielt. Naturgemäß war dieser außerordentlich hohe Zinsfuß auch für die maßgebenden deutschen Banken insofern bestimmend, als sie sich durch Diskonterhöhung vor dem Abflusse größerer Summen Metallgeldes ins Ausland schützen mußten.

War die eine Komponente auf wirtschaftlichem Gebiete zu suchen, so ergänzte sie eine andere politischer Natur.

Denn schon der April brachte die Befürchtung eines kriegerischen Zusammentreffens zwischen Österreich und Preußen.

Infolgedessen zeigte der an sich schon schwache Markt in den Haupthandelszweigen völlige Stagnation und dämmte die Spekulationslust erheblich ein. Jeder suchte seine Mittel in greifbarer Nähe zu haben und sich nach Möglichkeit gegen Verluste zu sichern.

Auch die Privatbank machte sich kriegsbereit, indem sie, dem Beispiele der Preußischen Bank folgend, soweit es nur ihre Mittel erlaubten, Devisen kaufte und sich so im Ausland einen Rückhalt schuf. Ferner suchte sie der bei Ausbruch eines Krieges stets zu beobachtenden starken Abhebung von Depositen durch Vergrößerung des Metallvorrates zu begegnen; auch die in größerem Maßstab zu erwartende Noteneinlösung suchte sie sich durch Einschränkung der Zirkulationsmenge der Noten zu erleichtern.

Als dann Mitte Juni der Krieg tatsächlich ausbrach, fand er sie vollkommen gerüstet: Ein Austausch von Noten gegen Silber kam nur selten vor. Auch die zahlreich gekündigten Depositen vermochte die Bank glatt zur Auszahlung zu bringen, sie verzichtete sogar bei Geldern mit nur 2monatlicher Kündigung auf ihr Kündigungsrecht und kam dem Verlangen sofortiger Auszahlung bereitwillig nach.

Das zunehmende Vertrauen der Allgemeinheit zu der Privatbank hingegen zeigte sich darin, daß ein großer Teil der ausgesprochenen Kündigungen seitens des Publikums bald wieder rückgängig gemacht, wirklich abgehobene Summen dagegen in kurzer Zeit wieder eingezahlt wurden. Die Bank reduzierte in den letzten Monaten trotz des großen Geldangebots ihren Depositenzinsfuß nicht aus dem Grunde, weil sie „im Interesse der Banknotenzirkulation auf den Zufluß möglichst vieler Depositen halten mußte und lieber für den Augenblick auf größeren Vorteil verzichten" wollte.[1]) Die natürliche Folge war, daß die Depositengelder bis zum Ende des Jahres gegen den Bestand in der Mitte des Jahres um mehr als das Doppelte gestiegen waren, und

[1]) 1866.

zwar vom 2. Juli mit 1138000 Mk. auf 2346000 Mk. am 17. Dezember.

Mit ein Grund zu diesem günstigem Ergebnis war in der Beendigung des Krieges zu sehen, der nach nur 7wöchentlicher Dauer Deutschland mit dem Siege auch die politische Einigung brachte, die es seit Begründung des Zollvereins (1833) auf wirtschaftlichem Gebiete schon besaß.

Inzwischen hatten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse Danzigs gegen die früher betrachteten Zustände der 1850er Jahre kaum wesentlich verändert:

Danzig sowie Westpreußen waren immer noch wirtschaftlich isoliert, denn dem Export aus dem fruchtbaren weiteren Hinterlande Danzigs fehlte noch immer die direkte Eisenbahnlinie Warschau-Danzig, während die Weichsel als Transportweg zu unzuverlässig war. Der Import nach jenen Ländern aber hatte den Prohibitivzoll für die meisten Waren zu tragen, so weit er nicht den ungünstigen Kreditverhältnissen Polens überhaupt wich.

Allerdings erhielt das westpreußische Eisenbahnnetz in diesen Jahren einige neue Linien, doch von diesen war für Danzig eigentlich nur der 1867 vollendete Schienenweg nach dem Hafen Neufahrwasser, der Danzig direkt an die See heranführte, von Vorteil. Die Strecken Dirschau—Schneidemühl und Thorn—Insterburg dagegen, die 1869/70 eröffnet wurden, schnitten wiederum den Verkehrsweg Danzigs mit dem Hinterlande und zogen den Verkehr des von ihnen durchquerten Westpreußen nur noch mehr von Danzig ab.

Zur Selbsthilfe vermochte Danzig aber nicht zu greifen, da es zu kapitalarm war, um ohne Hilfe des Staates den Bau einer Privatbahn, die eine direkte Verbindung Danzig—Warschau herstellen sollte, in die Hand zu nehmen.[1]) So weit nämlich Danziger Kapital nicht in Polen und der Provinz für Vorschüsse auf zu liefernde Getreide oder Holz arbeitete, wurde es von dem Handel und der Reederei beansprucht.

Die Reederei, die in früheren Jahren den Hauptteil des Exports von Danzig aus besorgt hatte, erreichte äußerlich zwar ihre höchste Blüte im Jahre 1868 mit 131 Segelschiffen, innerlich aber war sie schon lange Jahre im Absterben begriffen. Schon von 1869 ab sank auch die Zahl der Schiffe unaufhaltsam, denn die in England in großer Zahl gebauten Dampfer nahmen der Segelschiffahrt eine Linie nach der anderen ab und machten infolge des großen Angebots die Frachten für Segler sehr wenig lohnend. Während im Jahre 1860 die Dampfer von der Gesamt-

[1]) V.d.K. 1867 S. 5.

zahl der einkommenden Schiffe nur 5,8 % betragen hatten, stiegen sie in 10 Jahren auf 18 %, nach der Verdrängung sogar von 8,3 % auf 35,8 %.

Entsprechend bewegte sich die Seeeinfuhr Danzigs langsam aber stetig aufwärts, während die Ausfuhr je nach den Zufuhren aus dem Hinterlande sich sprunghaft veränderte. Der Durchschnitt der Jahre 1860—1869 war für die Seeeinfuhr 18387000 Mk., für die Seeausfuhr 62275000 Mk.

Nach dem Kriege trat Ruhe ein und zugleich sank infolge des großen Geldangebots der Bankſatz auf die normale Höhe. Trotzdem fehlte aber noch jede Spekulationsluſt, was zur Folge hatte, daß der Wert der seewärtigen Ein- und Ausfuhr gegen das Vorjahr erheblich zurückblieb und daher bei der Privatbank die auf Lombard ausgeliehenen Gelder einen Rückgang von ca. 1,4 Mill. Mk. zu verzeichnen hatten. Dieser Zustand zwang die Bank zum Halten recht erheblicher Kaſſenbestände — sie beliefen sich im Durchschnitt des Jahres auf täglich 175000 Mk. —, die wiederum nicht geringe Zinseinbußen zur Folge hatten.

Auch die Jahre 1867 und 1868 zeigten dasselbe Bild, so daß die großen aus kaufmännischen Kreiſen zufließenden Summen in vielen Fällen zu niedrigem Zinsfuße an fremden Börsenplätzen verwertet werden mußten.

Am 16. März 1867 hatte die Privatbank ihr erstes Dezennium vollendet. Da die Fortdauer der Bank von der Generalversammlung einstimmig befürwortet wurde, beschloß man eine Verlängerung auf weitere 15 Jahre. Gleichzeitig wurde das Statut den Grundsätzen des neuen allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs angepaßt.

Neben der D.P.A.B. arbeiteten jetzt in Danzig das Bankkontor der Preußischen Bank, der Danziger Sparkaſſenverein — seit 27. März 1867 Danziger Sparkaſſen-Aktien-Verein — und der 1865 gegründete Vorschußverein zu Danzig, e. G. m. u. H. 1869 kam noch der Danziger Hypotheken-Verein hinzu.

Das Zusammenwirken des Kgl. Bankkontors, des Danziger Sparkaſſen-Aktien-Vereins und D.P.A.B. werden wir in unserem 3. Abschnitt näher zu beleuchten haben. Die anderen beiden Institute konnten der Privatbank kaum eine nennenswerte Konkurrenz machen; denn der Vorschußverein, der nur seinem kleinen Kreiſe von Mitgliedern diente, konnte deshalb nur sehr wenig in die Intereſſensphäre der Privatbank eingreifen, während der Hypothekenverein wegen seiner auf ganz anderem Gebiete liegenden Zweckbestimmung als Konkurrenzunternehmen für die Privatbank gar nicht in Betracht kam.

Das Geschäft der Jahre 1867/68 stand unter dem Drucke der politisch noch immer nicht völlig hergestellten Ruhe. Neben geringen Devisenankäufen und Lombardbeleihungen – das zugeführte Getreide wurde übrigens meist rasch exportiert, kam also nicht zur Beleihung — wurde auch im Effektengeschäft nicht viel umgesetzt. Der Grund hierfür war in der erwähnten Beschränkung der Privatbank auf den Handel nur preußischer Papiere zu suchen.

Hinzu kam, daß die Privatbank bei der Geldfülle 1866/67 ihre Effektenbestände bedeutend vergrößerte. Diese setzten sich Ultimo 1867 zusammen aus 397600 Mk. preußischen Staats- und Kommunalpapieren sowie 120000 Mk. diversen Eisenbahnstammaktien (vgl. Tab. VII).

Die andauernden Kursrückgänge in diesen Papieren jedoch ließen es ratsam erscheinen, den verhältnismäßig großen Bestand wieder loszuschlagen, was bis 1869 auch wenigstens zur Hälfte gelang.

So wurden wieder Mittel frei, die jetzt bei der auf den schleppenden überseeischen Absatz zurückzuführenden starken Geldnachfrage rege Beschäftigung fanden. So war dadurch ein kleiner Ausgleich geschaffen für die knappen Depositenmittel.

Diese hatten sich in den Jahren 1866—1868 ziemlich auf gleicher Höhe der Bestände gehalten, trotz der 1868 erfolgten Reduktion des Zinsfußes auf beiden vorhandenen Konten. Im folgenden Jahre aber machte sich doch wieder die schon früher nach Herabsetzung des Zinsfußes beobachtete Zurückziehung von Depositen bemerkbar. Besonders maßgebend war dieser Grund für das Privatpublikum, weil schon damals das Publikum bei Unterbringung von Geldern zu wenig auf die gebotene Sicherheit und viel mehr auf hohe Zinsen sein Augenmerk richtete und dabei außer acht ließ, daß Kapitalien, für die eine Verzinsung von 4 bis 5 %, ja sogar 6 % bei einem Bankfatze von 4 % gewährt wird, in Geschäften und Unternehmungen ihre Anlage suchen müssen, die sich ihrer riskanten Natur wegen nicht immer mit den Grundsätzen einer soliden Verwaltung in Einklang bringen lassen.[1])

Ein anderer Teil der Gelder wurde der Bank von kaufmännischen Kreisen entzogen, die sich durch den erwähnten langsamen Absatz von Exportgütern dazu gezwungen sahen.

Hingegen stellte gegen Schluß des Jahres eine auswärtige Kommune der Bank 300000 Mk. zur Verfügung, wozu noch 990000 Mk. des Danziger Magistrats kamen.

---

[1]) 1869.

Übrigens zögerte die Privatbank in der damaligen Zeit nicht, wenn auch in Ausnahmefällen, so doch damit im Prinzip, von ihrem Kündigungsrecht der Depositengelder Gebrauch zu machen, ein Schritt, den heute die Bank wohl kaum unternehmen würde.

Die Zinsvergütung hingegen, die sich in der Regel eng an den Bankfatz der Preußischen Bank anschloß, lief schon damals vom Tage der Einzahlung bis zu dem der Abhebung.

Auf den Giro- und Inkassoverkehr machte die Privatbank immer wieder aufmerksam mit dem Erfolge, daß tatsächlich bedeutendere Firmen in ausgedehnterem Maße als bisher die Einziehung von Wechseln, Rechnungen und Quittungen durch die Bank besorgen ließen; das Gros des Publikums jedoch konnte für diese Einrichtung immer noch nicht gewonnen werden.

In das Jahr 1869 fällt auch die erste Beteiligung der Privatbank an einer Stadtanleihe. Es war die von der Stadt Danzig aufgenommene 5 %ige Anleihe von 3 900 000 Mk. Das Danziger Publikum zeichnete darauf allerdings im ganzen nur 450 000 Mk., wofür der Grund in der Ablenkung des Kapitals durch höher verzinsliche ausländische Papiere zu suchen war.[1])

Die Notenzirkulation hielt sich bei reichlicher Metalldeckung in der Höhe der letzten Jahre.

Die Privatbank mußte übrigens dem Danziger Bankkontor für die ihm von außerhalb zugehenden Noten das Porto ersetzen, wenn sie die Annahme der Noten seitens aller Filialen der Preußischen Bank sicherstellen wollte. Dieser Portobetrag belief sich z. B. 1872 auf 3261 Mk.

Das Kriegsjahr 1870 brachte Danzig eine schwere Zeit, die plötzliche Kriegserklärung Frankreichs und die damit zusammenhängende Aussicht auf Blockade des Hafens brachte bedeutende Summen eigenen und fremden Kapitals in Gefahr; denn die meistens auf Kredit beruhenden Handelsbeziehungen nach dem Inneren des Landes, besonders nach Rußland und Polen, mußten eingeschränkt oder auch abgebrochen werden. Desgleichen suchte man über See möglichst seinen Lieferungsverpflichtungen nachzukommen und die großen Lagerbestände durch Transport ins Ausland, zumal nach England, sicherzustellen.

Als nun noch eine (bald wieder aufgehobene) Bestimmung des Generalgouverneurs der Küstenlande die Ausfuhr sämtlichen Getreides verbot, da erreichte die geschäftliche Unruhe ihren Höhepunkt. Die unmittelbare Folge war ein enormes Steigen der

[1]) V.d.K. 1869 S. 47.

Frachten und Arbeitslöhne. Auch Schiffe waren nur mit Mühe zu erhalten.

Auf nicht verladungsfähige Waren suchte man bei den Kreditinstituten Vorschüsse nach.[1]) Zum Glück nahm die Preußische Bank mit ihrer unbeschränkten Notenausgabe der Situation viel von ihrer Gefährlichkeit; ebenso zahlte der Sparkassen-Aktien-Verein erhebliche Summen Depositengelder zurück, vom 15. Juli bis 1. August allein 660 000 Mk.

Auch die Privatbank beteiligte sich in den ihr gesteckten Grenzen nach Kräften daran, der Stadt über die schwere Zeit hinwegzuhelfen, indem sie besonders auf die notwendige eigene Liquidität hielt. Sie gab Noten nur sehr vorsichtig aus und suchte sie möglichst am Platze zu halten, wo sie lieber genommen wurden und daher nicht so schnell zur Kasse zurückflossen, wie aus weiteren Entfernungen, wo sie weniger bekannt waren.

Das ganze Geschäft der Bank spiegelte den Charakter des unruhigen Jahres wieder: So diskontierte die Bank in der Woche vom 15. bis 23. Juli für 1 290 000 Mk. Wechsel, zahlte 300 000 Mk. Depositen aus und brachte 303 000 Mk. ihrer Noten zur Einlösung. Die Zahlen zeigen, daß die Privatbank ihr möglichstes tat, eine ernstere Krisis zu verhüten. Wieder, wie schon 1866, zahlte die Bank Depositengelder, für die eine 2 monatliche Kündigung vereinbart war, auf Wunsch sofort aus, was besonders bei Gelegenheit der Subskription auf die neu aufgelegten norddeutschen Anleihen vorkam.

Trotzdem war am Jahresende sogar eine Zunahme der deponierten Gelder gegen das Vorjahr zu verzeichnen.

Die inzwischen eingetretene Blockade der Ostsee war nicht sehr ernst zu nehmen, denn schon nach kurzer Zeit suchte die französische Flotte die Heimat auf.

Die Beendigung des Krieges brachte dann mit dem bekannten Gesamtaufschwung in Deutschland auch für Danzig eine enorme Steigerung des Handels und aller mit ihm zusammenhängenden Erwerbsstände sowie eine Erweiterung der Industrie in der Provinz Westpreußen.

Infolgedessen nahm der Import von englischen und schottischen Kohlen, die einen großen Konsum in der Stadt selbst und der Provinz fanden, bedeutend zu und gibt mit seinem Mehrbedarf von über 100 % gegen 1865 ein Bild von dem wirtschaftlichen Aufschwung Danzigs und des deutschen Ostens überhaupt. Auch fast alle sonstigen Importzweige hatten eine gute Konjunktur

[1]) V.d.K. 1870 S. 3.

aufzuweisen. So kam es, daß sich das Verhältnis zwischen See-import und -export immer günstiger stellte.

Während nämlich der Import im Jahre
1860 nur 25,5 %
des Exports ausmachte, stieg diese Zahl in
1865 auf 32,24 %,
1870 „ 49,46 %,
1872 „ 95,93 %,
1873 „ 119,97 %.

Hier fällt besonders in die Augen die Zunahme des Imports von 1870 bis 1873 um 70 %. Der 1873 den Export überragende Import sank allerdings 1874 wieder auf 91 %, in welcher Höhe er sich dann auch weiter hielt.

Das beste Bild aber der aufsteigenden Gesamtwirtschaft Danzigs in diesen Jahren gibt uns ein Blick in die Geschäftstätigkeit der Danziger Banken.

In den Jahren 1870—1872 zeigten nämlich die Depositen der drei wichtigsten Banken in Danzig, des Kgl. Bankkontors (inkl. der Zweiganstalten Marienwerder und Culm) der D.P.A.B. und des Sparkassen-Aktien-Vereins folgende Bestände per Ultimo in 1000 Mk.:

	1870	1871	1872	Steigerung 1870—1872	
				in 1000 Mk.	in %
Kgl. Bankkontor	2 928	3 666	5 412	2 484	45,9
D.P.A.B. . .	2 764	3 475	3 712	948	25,9
D. Sp.-A.-B. .	4 230	5 793	6 858	2 628	38,3
Zusammen	9 922	12 934	15 982	6 060	36,7

Die durchschnittliche Steigerung der Depositen aller drei Banken war demnach in den 2 Jahren 1870—1872 allein 36,7 %. Das Kgl. Bankkontor und in geringerem Maße der Sparkassen-Aktien-Verein überragten diesen Durchschnitt, doch selbst die 25,9 % der Privatbank sind eine ansehnliche Steigerung für 2 Jahre.

Mit dieser Zunahme an fremden Geldern korrespondierte bei der Privatbank ein lebhaftes Gesamtgeschäft. Der Umsatz erreichte 1871 mit 355,3 Mill. Mk. den Höchststand der ersten 25 Jahre der Bank (vgl. Tab. I Rubrik 1); besonders belebt war ferner die Kreditgewährung auf Lombardkonto (vgl. Tab. VI Rubrik 1). Auch das Girokonto wurde eifriger benutzt, es ergab sogar 1871 mit fast 169 Mill. Mk. den größten überhaupt je erreichten Giro-umsatz der Bank (vgl. Tab. II).

Wieder beteiligte sich die Bank bei Emissionen; diesmal bei der 1870 erfolgten Begebung der Norddeutschen Bundesanleihen und Schatzscheine, jedoch infolge der Wirkungen des Krieges nur in geringem Maße.

Dagegen konnte sie sich an der Gründung der auf Grund des Aktiengesetzes vom 11. Juni 1870 auch in Danzig und in der Provinz Westpreußen ins Leben tretenden zahlreichen Industrieunternehmungen in keiner Weise beteiligen, da ihr Statut als Zettelbank sie von jeder Spekulation fernhielt. Trotzdem begrüßte sie die neuentstehenden Unternehmungen mit voller Sympathie und stellte sich das Programm, ihnen innerhalb ihres legitimen Geschäftskreises in anderer Weise förderlich zu sein, wenn sie angegangen werden sollte.

Wie überall im Deutschen Reiche, so zog auch in Danzig die Gründerzeit der Jahre 1871/72 mit ihren Folgen ihre verderbenbringenden Kreise. Von den in diesen Jahren in Danzig gegründeten 15 Aktienunternehmungen verschiedenster Geschäftszweige verteilten nur drei für 1874 eine Dividende, während die übrigen mit einer Unterbilanz abschlossen, von denen wiederum zwei in Liquidation traten.[1]) Den Schaden hatte natürlich in der Hauptsache das Privatpublikum zu tragen.

Es wurden u. a. gegründet: die Danziger Schiffahrts-Aktien-Gesellschaft zur Belebung der Reederei, ferner Portlandzementfabriken, chemische und Superphosphatfabriken, die Danziger Aktien-Bierbrauerei, Glashütten, Maschinenbau- und Kesselfabriken sowie die Danziger Schiffswerft und Kesselschmiede.

Von Bankunternehmungen wurde 1871 der Danziger Bankverein als Industriebank mit 1 Mill. Tlr. Aktienkapital gegründet; er trat jedoch schon 1875 in Liquidation.

Als dann 1873 die gewaltige Krisis, nach Bosenicks Meinung „die einzige richtige Krisis, die die modernen Banken durchgemacht haben",[2]) die bekannte Deroute an der Fondsbörse hervorrief, blieb auch Danzig trotz der verhältnismäßig reichlich geübten Zurückhaltung des Danziger Publikums vor großen Verlusten nicht bewahrt. Gewissenlose Agenten und viele Bankiers und Banken an den Hauptbörsenplätzen trugen einen großen Teil der Schuld daran, indem sie viele zum Börsenspiel weit über deren Kapitalkraft verleiteten bezw. durch zu weitgehenden Spekulationskredit das Spiel überhaupt erst ermöglichten.

---

[1]) V.d.K. 1874 S. 41.

[2]) Alfred Bosenick, Neudeutsche gemischte Bankwirtschaft. Ein Versuch zur Grundlegung des Bankwesens Bd. 1, München-Berlin 1912, S. 25.

Zu diesen erheblichen Kapitalverlusten gesellte sich unglücklicherweise noch eine abfallende Konjunktur der Haupthandelszweige Danzigs.

Trotzdem der Salzhandel im Jahre 1873 infolge des 1872 aufgehobenen Salzmonopols für Polen gegen das Vorjahr um 50 %, der Petroleumimport sogar um 60 % gestiegen war, so waren infolge der ungünstigen Preise doch nur Verluste zu verzeichnen.

Am schlechtesten aber stand es mit Getreide. Die Gesamtein- und ausfuhr in diesem Artikel sank nämlich von ca. 683 000 t (à 1000 kg) im Jahre 1862 mit einigen Schwankungen bis 1873 auf ca. 245 000 t, betrug also gegen den Anfang der 60er Jahre nur noch $^1/_3$. Welchen Wertausfall dieser Rückgang mit sich bringen mußte, ist daraus ersichtlich, daß 1871 der Wert der Getreideeinfuhr $44^1/_2$ % der Gesamteinfuhr, die Getreideausfuhr 46 % der Gesamtausfuhr betrug.[1])

In Mitleidenschaft gezogen wurde naturgemäß nebst der Spedition auch die Reederei, die außerdem durch Sturm bis auf 92 Segler im Jahre 1876 gelichtet wurde, während die Zahl der Seedampfer nicht über 7 hinauskam.[2])

Eine weitere Folge war ein Ausfall am Arbeitsmarkte und damit eine Wirkung auf die weitesten Kreise Danzigs.

Infolgedessen legte sich die D.P.A.B., wie auch die anderen Banken, in Kreditgewährungen bedeutende Beschränkungen auf.

Dadurch wurden die zu der Bank in großen Mengen zurückfließenden Depositen — ihr Bestand vermehrte sich von 1872 bis 1874 um 26,7 %, von 1870 bis 1874 also insgesamt um 64,3 % — beschäftigungslos, zum Teil mußten sogar aus kaufmännischen Kreisen stammende Gelder — bei Geldern von privater Seite tat man es schon damals nicht — zurückgewiesen werden.

In dieser Zunahme der deponierten Gelder drückte sich nur wieder die allgemeine Handelsstockung aus, welche die Gelder in die Kassen der Banken wandern ließ, bis sie bei lebhafterem Handel wieder beschäftigt wurden.

Der Giroverkehr hatte seinen 1871 erreichten Höhepunkt bereits 1872 überschritten und erlebte bis 1874 sogar einen Rückgang im Umsatz von 169 Mill. Mk. auf 90 Mill. Mk. (vgl. Tab. II). Die Zahl der Folieninhaber war im Jahre 1873 nur 135.

---

[1]) V.d.K. 1873 S. 2.
[2]) V.d.K. 1876 S. 1.

In diese ersten Jahre nach der Reichsgründung spielt der Gedanke einer Umgestaltung des deutschen Bank- und Münzwesens hinein.

Die Frage der Preußischen Bank wurde bekanntlich durch das Bankgesetz vom 14. März 1875 mit dem Aufgehen der Preußischen Bank in der Deutschen Reichsbank gelöst. Es kam nun auch darauf an, die verschiedenen Wertzeichen möglichst sämtlicher bestehender Notenbanken — die Erteilung neuer Privilegien war den Einzelstaaten untersagt — zu unifizieren, um ihre Buntscheckigkeit zu beseitigen und den Geldverkehr zu erleichtern. Gab es doch neben dem Staatspapiergeld in Deutschland noch

1846	6	Mill.	Tlr.
1856	82	„	„
1869	236	„	„
1872	456	„	„ Banknoten,[1])

1875 im ganzen 140 verschiedene Arten von Noten.

So wurde auch die Zukunft der Privatnotenbanken und damit der D.P.A.B. in die Diskussion gezogen. Allerdings erschien es im Augenblick nicht angebracht, der D.P.A.B. mit den übrigen Privatzettelbanken sofort das Notenprivileg zu nehmen und sie damit in ihrem Fortbestehen zu gefährden. Denn tatsächlich war das Privileg für die Bank damals noch eine Lebensbedingung, da der Nationalreichtum in Deutschland noch nicht so groß und besonders der deutsche Osten noch nicht so kapitalkräftig war, daß die Bank sich durch Depositenbeschaffung einen rentablen Betrieb hätte sichern können.

So behielt denn die D.P.A.B. das Recht der Notenausgabe bis zur Höhe ihres Grundkapitals von 3 Mill. Mk. mit dem Vorbehalte, daß bei $^1/_3$ Metall- und $^2/_3$ Wechseldeckung der Gesamtsumme 1 272 000 Mk. steuerfrei, der Rest gegen eine Steuer von 5 % p. a. zirkulieren durften. Für diese indirekte Kontingentierung war der Durchschnittsumlauf von 1867, 1868, 1869 zugrunde gelegt. Es lag darin zweifellos eine Bevorzugung der Banken, die in den genannten Jahren nicht mehr Noten hatten ausgeben *können* gegen die, welche nicht mehr hatten ausgeben *wollen* — wie z. B. die D.P.A.B. —, doch war schwer ein anderer Modus der Berechnung zu finden.

Der Wunsch der Privatbank, nur größere Appoints à 100 Mk. ausgeben zu dürfen, erfüllte sich. Sie beeilte sich daher im Jahre 1874 ihre Talernoten einzuziehen.

Um dem Publikum die Einlösung der abgerufenen Noten zu erleichtern, war die Privatbank gesetzlich verpflichtet, Einlösungs-

[1]) Otto Münsterberg, Vor 40 Jahren, Danzig 1911, S. 20.

stellen in allen Teilen Deutschlands zu errichten. In Berlin wurde es die Deutsche Bank. Diese Einrichtung wurde allerdings nur wenig benutzt.

Der Präklusivtermin für die Noten war auf den 31. Januar 1876 festgesetzt. Die bis zu diesem Tage nicht eingelösten Noten übermachte die Bank nach ihrer statutarischen Bestimmung dem Magistrat der Stadt Danzig zu mildtätigen Zwecken.

Schon vom 7. Juli 1875 ab kamen die neuen Marknoten der D.P.A.B. in Umlauf.

Inzwischen hatte die Bank am 1. Januar 1875 auch die Markrechnung im Verkehr und in ihren Büchern eingeführt.

Sie hielt, um stets ihre Notenemission bis zum Maximum von 3 Mill. Mk. anspannen zu können, einen festen Metallschatz von mindestens 1 Mill. Mk. (vgl. Tab. XII Rubrik 2).

Ihr Bestreben mußte jetzt dahin gehen, die Notenzirkulationsmenge innerhalb des steuerfreien Kontingents zu halten, doch schon 1875 mußte sie die Grenze überschreiten, was in den 1880er Jahren zur ständigen Erscheinung wurde.

Das neue Bankgesetz verpflichtete die D.P.A.B., alle im Reiche umlaufsfähigen Noten in Zahlung zu nehmen und nur an die ausgebende Bank direkt oder durch Zahlungen auf deren Hauptsitz zurückgelangen zu lassen. Auch die Noten der D.P.A.B. mußten von allen deutschen Bankanstalten in Städten über 80 000 Einwohnern, ferner von den Filialen der Preußischen Bank, soweit sie in Preußen lagen, angenommen werden. Die außerpreußischen Filialen waren zur Annahme nicht mehr verpflichtet.

Bei der Einlösungsstelle der Privatbank in Berlin wurden 1876 nur 346 500 Mk. ihrer Noten vorgelegt. Da sich jedoch hieran auch die Reichsbank beteiligte, war für die D.P.A.B. die Situation dadurch insofern bedeutend erschwert, als sie ihr Dispositionen oft gestört sah. Später löste die Reichsbank allerdings wieder in Danzig ein.

Als im Jahre 1876 die Reichsbank den Giroverkehr eröffnete, trat die Privatbank ihm unverzüglich bei. Damit gab diese zugleich ihre führende Stellung auf dem Gebiete des Zahlungsausgleichs in Danzig an die Reichsbankhauptstelle ab. Die Privatbank hatte, in richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit des Giroverkehrs für die Bank wie für das Wirtschaftsleben Danzigs die Einrichtung seit 20 Jahren, allerdings nicht mit dem Erfolge, den sie sich im Interesse der Allgemeinheit gewünscht hätte, im lokalen Verkehr gepflegt und verschloß sich jetzt auch der Erweiterung nicht, welche die Reichsbank dem Giroverkehr durch die Ausbreitung auf das ganze Reich gab. Nach einem kurzen Aufschwung im Jahre 1875

sank der Umsatz auf diesem Konto in den Folgejahren bei der Privatbank stetig zugunsten der Reichsbank (vgl. Tab. II).

Das Bankgesetz brachte der D.P.A.B. auch noch andere Neuerungen. So änderte sie 1876 ihr Statut im Sinne des neuen Gesetzes:

Es trat eine Verschärfung der Lombardbedingungen ein, indem Staats- und Kommunalpapiere, landschaftliche Pfandbriefe und deutsche Eisenbahnobligationen bis $^3/_4$ ihres Kurswertes (früher $^4/_5$), Schuldverschreibungen und Eisenbahnprioritätsobligationen nicht deutscher Staaten mit 50 % des Kurswertes beliehen werden durften. Ferner mußte eine strenge Auswahl der Beleihungsobjekte vorgenommen werden, was der Privatbank die Konkurrenz mit anderen nicht gebundenen Banken sehr erschwerte.

Dagegen wurde der Depositenverkehr ohne jede Einschränkung freigegeben.

Direkt verboten waren folgende Geschäfte: Hypothekenbeleihung, das Akzeptieren von Wechseln, Terminhandel in Waren und Effekten sowie Bürgschaftsleistung für Terminhandel.

Wenn auch im Jahre 1877 auf politischem Gebiete der russisch-türkische Krieg wie auf wirtschaftspolitischem die Ersetzung der bisher in Papier gezahlten russischen Eingangszölle durch Goldzahlungen, die eine Erhöhung der Zölle um ca. 35 % bedeuteten,[1]) nicht spurlos an dem Danziger Handel vorübergingen, so stand dieser doch in der Hauptsache unter dem günstigen Einflusse des vollendeten Bahnbaues Marienburg—Mlawa.

Die, wie wir sahen, schon ca. 20 Jahre gewünschte direkte Verbindung Danzigs mit der Hauptstadt seines Hauptlieferanten für Getreide und Holz, Rußlands, wurde endlich 1877 zur Wirklichkeit und Danzig wurde damit Endpunkt der 81 Meilen langen Bahnstrecke Danzig—Marienburg—Mlawa—Mlawka—Praga(Warschau)—Lublin—Kowel.

Die Folge war ein kolossaler Aufschwung im Getreide- und teilweise auch im Holzhandel Danzigs. Der Wert der Gesamtausfuhr — wobei Getreide und Holz die Hauptrolle spielen — stieg von 1876 auf 1877 von 111 Mill. Mk. auf 122 Mill. Mk., der Wert der Einfuhr von 129 Mill. Mk. auf 154 Mill. Mk., die Seeausfuhr allein um 64,8 %.

Ein Bild der Zunahme der Bahnzufuhren im Jahre 1877, zugleich auch den Beweis der relativen Abnahme des Weichseltransports zugunsten der Eisenbahn innerhalb 15 Jahren zeigen die folgenden Zahlen.

[1]) V.d.K. 1876 S. 3.

Das Verhältnis der Weichselzufuhren zur Bahnzufuhr war[1]):

1862	18 : 4
1871	15 : 4
1876	5 : 4
1877	5 : 6.

An Getreide allein kam die Weichsel herab[2]):

1862	82 %
1871	79 %
1877	46 %
1878	37 %

1882 nur 25 %, also im letzten Jahre ca. 75 % per Eisenbahn. Auch der Holztransport wandte sich mehr und mehr der schnelleren Eisenbahn zu.

An dieser günstigen Wirkung der neuen Eisenbahnstrecke nahmen die weitesten Kreise Danzigs teil.

Auch die Privatbank beteiligte sich lebhaft an der Kreditgewährung und arbeitete im Wechsel- und Lombardkonto recht zufriedenstellend. Auch der Umsatz ließ nichts zu wünschen übrig; da beschworen in der zweiten Hälfte des Jahres mehrere schwere Schläge für die Privatbank die kritischste Zeit herauf, die sie je gehabt hat.

Einmal war es die Gepflogenheit der Reichsbank, plötzlich statt der bisher üblichen 8tägigen Einlösung der bei ihr eingehenden Noten der Privatbank diese täglich vorzulegen. Dieses Kampfmittel rührte an den Grundfesten der Privatbank, indem es neben großen Kassenbeständen auch eine Einschränkung der Notenemission und damit des Betriebskapitals nötig machte.

Zum anderen zog der Zusammenbruch zweier Banken, der Ritterschaftlichen Privat-Bank in Stettin und besonders der Lauenburger Kreditgesellschaft Otto Schmalz die Privatbank arg in Mitleidenschaft.

Ihre Verluste bei dem Fall der letzten Firma bezifferten sich auf ca. 326 000 Mk.[3]) Sie hatte seit längeren Jahren mit ihr in Diskontverbindung gestanden. Der persönlich haftende Gesellschafter der Firma genoß allgemeines Vertrauen, das Geschäftsgebaren des Hauses erschien solide, Dividende war in den letzten Jahren in Höhe von 10 bis 12 % ausgeschüttet worden. Die Firma erschien also durchaus vertrauenswürdig, bis sich durch einen Zufall fortgesetzte Verschleierungen herausstellten, welche die Privatbank veranlaßten, selbst den Konkurseröffnungsantrag zu stellen.

---

[1]) V.d.K. 1877 S. 2.
[2]) V.d.K. 1878 S. 2.
[3]) 1877.

Den erheblichen Verlust konnte die Privatbank nur dadurch decken, daß sie in diesem Jahre von der Ausschüttung einer Dividende Abstand nahm — es war das einzige Mal in ihrer Wirksamkeit — und den Jahresgewinn mit . . 236012 Mk.
sowie eine vorhandene Spezialreserve mit . . . 35000 „
zusammen 271012 Mk.
auf den Verlust abschrieb.

Hinzu kam, gleichfalls aus diesen Zwischenfällen resultierend, als indirekter Schaden der Bank ein bedeutender Vertrauensmangel des großen Publikums. In kurzer Zeit wurden ihr in einem Run der Depositengläubiger über $2^1/_2$ Mill. Mk. Depositen entzogen, die wieder großenteils ohne Einhaltung der Kündigungsfrist ausgezahlt wurden.

Vor Jahresschluß flossen zwar wieder etliche Depositen zurück, doch trotzdem blieb der Bestand per Ultimo 1877 mit 2,5 Mill. Mk. hinter dem von 1876 mit 4,2 Mill. Mk. um 40,8 % zurück. Auch noch in den folgenden Jahren hielt der Mangel an Vertrauen fremde Gelder von der Kasse der Privatbank fern.

Infolge der großen Verluste im Jahre 1877 blieb die Dividende in diesem Jahre aus. Diese Tatsache sowie das Weichen des Aktienkurses — von 117,5 % am 20. April auf 103 % am 20. November — ließen in auswärtigen Kreisen wieder den Gedanken einer Liquidation der Bank aufkommen, zumal die Auflösung bei dem intakten Grundkapital der Bank nebst 25 % Reservefonds günstig zu werden versprach. Das in Danzig gebildete Komitee gegen die Auflösung verhinderte indes mit den in wenigen Tagen überreichlich eingegangenen Anträgen gegen die Auflösung überhaupt die Einbringung eines solchen Antrages.

Dieser konnte auch nicht im Sinne des Danziger Handelsstandes sein, denn die Privatbank war für den Geldverkehr Danzigs wesentlich geworden: So wurden z. B. 1877 diskontiert[1]):

bei der Reichsbank	50421000 Mk.
bei der D.P.A.B.	43287000 „
beim Sparkassen-Akt.-B.	14488000 „
	108196000 Mk.

davon:

Rediskontierungen bei Reichsbank	9474000 Mk.	
Rediskontierungen bei Sparkassen-Akt.-B. . . .	1852000 „	11826000 Mk.
Diskontierungen an Publikum		96370000 Mk.
wovon auf D.P.A.B. entfallen		43287000 „

das sind 46,6 %.

[1]) V.d.K. 1877 S. 83.

Sollte also — so äußerten die ältesten der Kaufmannschaft[1]) in demselben Jahre — bei einer durchschnittlichen Diskontierungsfrist von 2 bis $2^1/_2$ Monaten der Geldbetrag von ca. 7 bis 9 Mill. Mk. beschafft werden, so könnten die anderen beiden Institute nur teilweise Ersatz bieten, die Privatbank sei also eine Notwendigkeit für das Kreditsystem Danzigs.

Allerdings eröffnete im Jahre 1878 die von der Westpreußischen Landschaft mit 1,2 Mill. Mk. Grundkapital gegründete Westpreußische Landschaftliche Darlehenskasse ihre Tätigkeit, da jedoch ihre Kreditgewährung sich in der Hauptsache auf ihre Mitglieder, also ländliche Besitzer erstreckte, trat sie mit der Privatbank auf dem Gebiete der Kreditgewährung vorläufig noch gar nicht in Konkurrenz. Einzig in der Depositenaufnahme tat sie der Privatbank zwar einigen, doch nur geringen Abbruch.

Das Zeitalter der Maschine und des Dampfschiffs machte sich inzwischen immer deutlicher im Bilde des Danziger Verkehrs bemerkbar.

Die ein- und auslaufenden Schiffe betrugen nämlich:

1861:	5348 Stück	= 867 799	Reg.-t,	davon	13,06 % Dampfer
1871:	4495 „	= 889 726	„	„	29,48 % „
1881:	3351 „	= 945 556	„	„	60,72 % „

Das bedeutet eine Zunahme des Hafenverkehrs überhaupt um 7,6 % in 20 Jahren, des Dampferverkehrs aber um 80,3 %.

Der Dampferverkehr überstieg die Segelschiffe an Registertons zum ersten Male 1877, 1883 auch an Zahl, um dann seine dominierende Stellung nicht wieder aufzugeben.

Gleichzeitig erkennt man aus obigen Zahlen die zunehmende Größe der Schiffe. Diese war im Jahre

1861	durchschnittlich	162,3	Reg.-t	pro	Schiff
1871	„	197,9	„	„	„
1881	„	266,3	„	„	„

Im Gegensatz dazu wurden immer mehr Segelschiffe der Danziger Reederei außer Fahrt gesetzt; so im Jahre 1879 allein 70 Schiffe. Auch Reparaturen nahm man an Seglern fast nie mehr vor, sondern verkaufte sie lieber zu Spottpreisen.

Die neue Verbindung mit dem Hinterlande, die Bahn Marienburg—Mlawa, erlitt, nachdem sie Danzig 1878 mit über 388 000 t die größte je notierte Getreidezufuhr gebracht hatte, durch die Öffnung der Häfen des Schwarzen Meeres nach Be-

[1]) V.d.K. 1877 S. 83.

endigung des russisch-türkischen Krieges einigen Abbruch, blieb aber trotzdem für Danzig auch fernerhin naturgemäß sehr wichtig.

Auch die Weichsel begann auf dem Gebiete des Verkehrswesens für Danzig eine größere Rolle zu spielen, als 1879 für eine Regulierung auf die Dauer von 14 Jahren hinaus $8^1/_2$ Mill. Mk. bewilligt wurden.[1])

Von einschneidender Bedeutung war ferner für das Danziger Wirtschaftsleben der Übergang des Reichs zur Schutzpolitik, die den Interessen gerade des Ostseehafens zuwiderlaufen mußte. Daher zeigte das Geschäft Danzigs, besonders in den Hauptexportartikeln Getreide und Holz, sowie im Import in diesen Jahren eine außerordentliche Ruhe.

Allerdings erschien im gleichen Jahre am Danziger Markte ein Artikel heimischer Provenienz, der für Danzig von steigender Bedeutung sein sollte: der Zucker. Während in den Vorjahren die vorhandenen vier Zuckerfabriken Westpreußens, von denen die erste 1869 gegründet war, nur geringe Quantitäten verladen hatten, gingen 1879 schon 1 209 000 kg nach England. Die westpreußischen Zuckerfabriken stiegen bis 1883 auf 14 Stück. Auch die Nachbarprovinzen, besonders Posen, lieferten aus ihren Fabriken nach Danzig, da dieses unter die Zollämter aufgenommen wurde, über die laut Gesetz vom 26. Juni 1869 Zucker gegen Zollvergütung exportiert werden durfte.[2])

Der stille Handel brachte einen Geldüberfluß mit sich, der den Diskont außerordentlich niedrig hielt. Der durchschnittliche Zinsfuß der Reichsbank war:

1878	Diskont	4,34 %,	Lombard	5,34 %
1879	"	3,70 %,	"	4,68 %
1880	"	4,24 %,	"	5,15 %.

Dabei konnte die Privatbank bei ihrem seit der Münzreform eingeführten Zinsfuße von $3\,^3/_{10}$ % als Minimum für 3 monatlich kündbare Depositen nicht gut abschneiden; sie sah sich daher gezwungen, im Jahre 1879 das Minimum der 3-monatigen Gelder auf 3 %, den Zinsfuß der 2 monatigen auf $2\,^1/_2$ % zu ermäßigen. Der Depositenbestand nahm daher 1879 auch gegen das Vorjahr wiederum ab (vgl. Tab. III, Rubrik 2).

Indessen vermehrten sich die Schwierigkeiten, welche die Reichsbank allen Privatnotenbanken durch die tägliche Einlösung der Noten machte, immer mehr, so daß sich die D.P.A.B. bei dem großen Geldangebot veranlaßt sah, 1878 1 Mill. Mk. Noten aus

---

[1]) V.d.K. 1879 S. XXXVII.
[2]) V.d.K. 1879 S. I.

dem Verkehr zu ziehen. Es wurden von der Reichsbank bei ihr zur Einlösung präsentiert:

Mk.					Mk.
1876: 10134000	bei einer Zirkul.-Menge	von	durchschn.		2325000
1877: 14930000	"	"	"	"	2354000
1878: 20283000	"	"	"	"	1956000
1879: 16285000	"	"	"	"	1732000
1880: 14480000	"	"	"	"	1637000
1881: 15255000	"	"	"	"	1611000

Der durchschnittliche Notenumlauf mußte also seitens der Privatbank im Jahre

1876:	4,4 mal
1877:	6,3 "
1878:	10,4 "
1879:	9,4 "
1880:	8,9 "
1881:	9,5 "

eingelöst werden. Hieraus ist die geminderte Umlaufsfähigkeit der Noten der D.P.A.B. in den Jahren seit 1877 deutlich zu erkennen, wenn man die Zahlen früherer Jahre in Vergleich zieht (vgl. Tab. XII, Rubrik 5).

Die Kalamität der Notenpräsentation seitens der Reichsbank erreichte jedoch ihren Höhepunkt, als die Reichsbank die Noten der D.P.A.B. nicht mehr, wie seit 1877, täglich, sondern 1879 in ganz unregelmäßigen Zeitabschnitten präsentierte. Die Folge für die Privatbank war die Notwendigkeit einer nochmals bedeutend erhöhten Kassenhaltung. Unter diesen Umständen entzog sie weitere 200 000 Mk. Noten dem Verkehr.

Infolge des verminderten Notenumlaufs betrug die Goldreserve:

bis	1. Mai	1878	noch	1 000 000 Mk.
"	17. Mai	1878	"	900 000 "
"	25. Juni	1879	"	800 000 "
"	2. Dezember	1879	"	750 000 "
"	31. Dezember	1879	"	670 000 "
	im Jahre	1880	"	660 000 "
	" "	1881	"	630 000 "

Das Vorgehen der Reichsbank erschien um so rigoroser, als die Privatbank bei ihr ein Girokonto in einer Höhe unterhielt, die eine Sicherheit der Noteneinlösung gewährleisten mußte. Es wurden der Privatbank z. B. im Laufe des Jahres 1878 über 12 Mill. Mk. auf Reichsbank-Girokonto gutgeschrieben.

Diese Maßnahmen der Reichsbank dienten eben alle dem Endzweck einer Zentralisation des Geldverkehrs in ihren eigenen Händen.

Auch auf dem Gebiete des Wechseldiskontgeschäfts spielte die Reichsbank der Privatbank insofern übel mit, als sie Wechsel unter ihrem offiziellen Banksatz zu einem Satze kaufte, der dem Berliner Priratdiskont nahe kam. Zwar hatte auch die D.P.A.B. schon früher bei Geldüberfluß Wechsel in Appoints von mindestens 10 000 Mk. unter Bankdiskont angekauft, doch immer nur ausnahmsweise. Die Konkurrenz der Reichsbank zwang naturgemäß jetzt die Privatbank zur Annahme niedrigerer Diskontsätze auch bei kleineren Appoints.

Auch auf anderen Gebieten machte sich die Konkurrenz der Reichsbank für die Privatbank unangenehm bemerkbar, indem nämlich die Reichsbank bei Lombarddarlehen gegen Verpfändung von Schuldverschreibungen des Reichs oder eines deutschen Staates seit 12. März 1884 eine Ermäßigung des Lombardzinsfußes um $^1/_2$ % eintreten ließ, was naturgemäß einen Abzug von Darlehen gegen solche Papiere zur Reichsbank zur Folge hatte.

Im übrigen machte sich für die Privatbank besonders die Konkurrenz des Danziger Sparkassen-Aktien-Vereins fühlbar, der schon damals das Lombardgeschäft in Danzig beherrschte. Nach seinen Lombardsätzen mußte sie oft die ihrigen einrichten.[1]) Auch die Normierung der Beleihungsgrenzen im neuen Bankgesetze ließen die Privatbank im Nachteil gegen den von diesen Beschränkungen freien Sparkassen-Aktien-Verein.[2])

Im Effektengeschäft hatte die Privatbank immer noch sehr unter der Konkurrenz kleinerer Lokal- und Provinzialinstitute zu leiden, die An- und Verkäufe zu beispiellos niedrigen Kommissionssätzen ausführten, die nach Meinung der Privatbank[3]) bei reeller Bedienung einen auch nur bescheidenen Nutzen kaum abwerfen konnten.

Auch die Konkurrenz Berliner Banken und Bankiers machte sich einige Jahre später im Diskontgeschäft fühlbar.[4])

Mit dem Jahre 1881 beschloß die D.P.A.B. die ersten 25 Jahre ihrer Tätigkeit. Zugleich stand sie vor Jahren des Aufschwungs, welche ihr selbst die großen Schwierigkeiten der unregelmäßigen Notenpräsentation der Reichsbank immer weniger fühlbar werden ließen.

---

[1]) So 1874.
[2]) 1881.
[3]) 1884.
[4]) Im Jahre 1888, vgl. V.d.K. 1888 S. 68.

Die Fortdauer der Bank über 1882 hinaus wurde einstimmig beschlossen und bis 1. Januar 1891 bestimmt.

Auch das Notenprivileg sollte beibehalten werden. Die Bank konnte sich noch nicht dazu entschließen, dieses zweischneidige Vorrecht der Notenemission aufzugeben. Sie fühlte selbst, daß das Recht der Notenausgabe bei unruhigem Geldmarkte nur ein nominelles Recht war, da das notwendige Halten hoher Kassenbestände die volle Ausnutzung illusorisch machte.

Sie hätte den Versuch wagen dürfen, ihr Betriebskapital statt durch Notenemission auf andere Weise, besonders durch Heranziehung von Depositen, sich zu verschaffen. Dazu war sie fest genug in Danzigs ganzem Wirtschaftsleben gewurzelt. Wozu sie 15 Jahre früher infolge der gesamten Wirtschaftslage noch nicht fähig gewesen war, jetzt hätte sie es bei dem zunehmenden Kapitalreichtum Ostelbiens durchführen können: eine Entwicklung in freiere Bahnen hinüber ohne die einengenden Beschränkungen der Privatnotenbanken.

Diesen Schritt tat die Bank jedoch noch nicht, sie erstrebte aber wenigstens eine Erweiterung ihres Geschäfts innerhalb der ihr gesteckten Grenzen.

Es war dieses der merkliche Einfluß eines neuen geschäftlichen Geistes, der mit dem Eintreten Wilhelm Seefrieds in die Direktion der Privatbank zum Erwachen kam. Seefried brachte als Prokurist der Deutschen Bank (Berlin), London Agency neue Ideen mit und führte sofort eine nähere Verbindung zwischen der Privatbank und der Deutschen Bank, Berlin herbei,[1]) mit der sie noch heute in sehr freundschaftlichen Beziehungen steht.

In diesen Jahren wird auch der schon erwähnte neue Zweig des Danziger Exports, der Zuckerhandel, zu einem maßgebenden Faktor im Wirtschaftsleben der Handelsstadt. Der bisher direkt nach Magdeburg verkaufte Zucker fand nämlich jetzt in Danzig selbst einen Markt, und einheimische Firmen traten selbst als Käufer auf. Der Zuckerhandel bot so zugleich ein Äquivalent für den 1883 bis 1885 rückläufigen Getreide- und Holzhandel.

Als dann 1885 eine Absatzstockung eintrat, mußten große Lagerbestände, unter ihnen besonders Zucker, beliehen werden. Auch die Privatbank mußte hier lebhaft mit ihrer Hilfe eingreifen. Von den bei ihr Ultimo Dezember 1885 ausgeliehenen Lombarddarlehen in Höhe von 3 991 000 Mk. entfielen auf Waren allein 3 508 000 Mk.

Korrespondierend damit zeigte das Angebot von Devisen infolge des stillen Getreide- und Holzgeschäfts einen Rückgang,

---

[1]) Denkschrift I S. 10.

für den vielleicht die Tatsache bezeichnend ist, daß sich Ultimo Dezember 1884 nur ein, 1885 kein Appoint auf das Ausland im Portefeuille der Bank fand.

Das Bestreben der Bank ging im übrigen dahin, vermöge kulanter Bedingungen ihren Kundenkreis auf den verschiedensten Gebieten der Banktätigkeit zu erweitern. Sie verzichtete auf einen größeren Gewinn im Einzelgeschäft und suchte ihn durch erhöhte Umsätze zu erreichen. Damit machte sie sich einen wichtigen Grundsatz neuzeitlicher Banktechnik zu eigen.

Ihr erster Schritt auf dem Wege, ihren Kundenkreis auszudehnen, war die Einrichtung eines neuen Depositenkontos, das bei verschiedenen Kündigungsfristen bezw. bei täglicher Rückzahlung verschiedene Zinsen vergütete. Es gelang ihr so, hauptsächlich Gelder öffentlicher Kassen heranzuziehen.

Dem bisher vernachlässigten Effektenkommissionsgeschäft wendete die Bank in diesen Jahren gleichfalls ein größeres Interesse zu und konnte trotz der großen Konkurrenz kleinerer Bankiergeschäfte auf diesem Gebiete bei den niedrigen Kommissionssätzen doch durch gesteigerten Umsatz, besonders in einheimischen Werten, einen guten Erfolg erzielen. Die angekauften Effekten (worin allerdings auch eigene Effekten enthalten sind), hatten im Durchschnitt der Jahre 1877—1881 430 000 Mk. betragen und steigerten sich im Durchschnitt der Jahre 1882—1884 auf 1 739 000 Mk., also um mehr als das Vierfache.

In Verbindung damit traf die Bank 1884 die für Danzig neue Einrichtung der Annahme offener wie geschlossener Effektendepots. Sie verpflichtete sich auf Wunsch zugleich auch zur Verwaltung der offenen Depots, d. h. Abtrennung der Zins- und Dividendenscheine und Einziehung dieser Scheine bei Fälligkeit, Entgegennahme von Hypothekenzinsen, Kontrolle der Auslosung, zum Inkasso verloster oder rückzahlbarer Papiere, zur Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslosung, Bezug von Couponsbogen oder definitiven Stücken sowie Geltendmachung des Bezugsrechts der deponierten Aktien.

Diese Einrichtung fand beim Publikum bald Anklang und wurde viel gebraucht.

Einen lebhaften Umfang erreichte in diesen Jahren ferner das Konsortialgeschäft. Die Bank beteiligte sich nämlich im Jahre 1882 z. B. an der Übernahme von 500 000 Mk. 4 %iger Danziger Kreisanleihe. Von diesen gab sie den größten Teil weiter und behielt nur einen kleinen Rest im Eigenbestand.

In Gemeinschaft mit der Direktion der Diskontogesellschaft, Berlin und M. A. von Rothschild & Söhne, Frankfurt a. M.

übernahm die Bank in demselben Jahre 2 550 000 Mk. 4 %ige Danziger Stadtanleihe.

Auch an der Emission von 80 Mill. Mk. 4 %igen Preußischen Konsols erhielt die Bank eine Unterbeteiligung.

Im Juni 1884 endlich emittierte sie mit der Deutschen Bank 3 Mill. Mk. 4 %ige Westpreußische Provinzialanleihe.

Von den industriellen Emissionen förderte die Privatbank als Konsortialbeteiligte die Anleihe der Zuckerfabrik Schwetz, wobei die Bank sich hypothekarisch sicherstellen ließ.

Im Jahre 1884 findet auch zum ersten Male das schon 1862 im Lombardverkehr in Aussicht genommene, damals aber noch völlig unentwickelte Kontokorrentgeschäft einen nennenswerten Platz in den Büchern der D.P.A.B. Ultimo 1884 betragen die Debitoren dieses Kontos 2 074 000 Mk., von denen 635 000 Mk. bei Banken und sonstigen Korrespondenten der Bank laufen, während 1 439 000 Mk. gegen Faustpfand erteilt sind. Bedingung war vorläufig noch, daß der Debetsaldo stets voll gedeckt, ein Überziehen des Kontos seitens der Schuldner also unmöglich sein sollte.

Entsprechend der Lebhaftigkeit des Geschäfts zeigten die Gesamtumsätze von 1881 bis 1885 eine Zunahme von 307 Mill. Mk. auf 444 Mill. Mk., d. i. um 137 Mill. Mk. = 31 %. Im Jahre 1885 verteilte die Privatbank zugleich ihre höchste je erreichte Dividende mit 10 $^1/_2$ %.

Infolge des steigenden Umsatzes fiel es der Bank nicht schwer, unter größtmöglicher Ausnutzung ihres Notenrechts den Einlösungsansprüchen der Reichsbank nachzukommen.

Schon 1882 setzte sie wieder 900 000 Mk. der zurückgezogenen Noten in Umlauf, denen bis 1885 noch die übrigen 300 000 Mk. folgten, so daß die Bank in letztgenanntem Jahre wieder bei 1 Mill. Mk. Golddeckung den durchschnittlichen Umlauf von 2 922 600 Mk. verzeichnen konnte.

In diesen Jahren vermochte die Privatbank trotz der häufigen Einlösung der Noten — es mußte der durchschnittliche Notenumlauf im Jahre

1882:	9,0	mal
1883:	8,4	„
1884:	9,1	„
1885:	10,2	„
1886:	10,3	„

eingelöst werden — doch ihr Privilegium gut auszunützen. Zugleich war 1885 mit 2 922 600 Mk. der höchste Notenumlauf der Bank seit 1862 erreicht. Er hielt sich dann in den folgenden Jahren bis zur Kündigung des Notenprivilegs der Privatbank

etwas tiefer, doch so, daß er das Ergebnis der Bank günstig beeinflußte (vgl. Tab. XII, Rubrik 1).

Ende 1885 wurde ein vollständiger Umbau des Banklokals vorgenommen, da die Räumlichkeiten für das infolge des starken Geschäftsverkehrs erhöhte Beamtenpersonal nicht ausreichten.

Der Wechsel in der Direktion, in die an Stelle Seefrieds am 15. November Arnold Langerfeldt eintrat, führte die Bank auf dem eingeschlagenen Wege zum neuzeitlichen Betriebe weiter. Langerfeldt brachte, wie sein Vorgänger Prokurist der London Agency der Deutschen Bank, auch dieselben Maximen mit.

Allerdings fand er nicht die gleiche politisch und wirtschaftlich günstige Lage der Vorjahre.

Die Befürchtungen, Frankreich werde einen Racheakt für Sedan ins Werk setzen, hielten den Handel Danzigs in Unruhe, so daß die Unternehmungslust bedeutend abflaute.

Die daraus resultierende Geldflüssigkeit drückte den Zinsfuß immer mehr. Es notierte der durchschnittliche

	Bankdiskont	Privatsatz
1885	4,12%	—
1886	3,28%	2,35%
1887	3,41%	2,28%
1888	3,32%	2,00%
1889	3,68%	$1\frac{3}{8}$—$1\frac{1}{2}$%.

Unter diesen Umständen konnte der Wechselankauf für Banken nicht erstrebenswert erscheinen, es nahmen auch die Diskontierungen von Wechseln bei den größten Danziger Banken, der Reichsbank, der D.P.A.B. und dem D.Sp.A.B.

von 1885 auf 1886 um ca. 9 Mill. Mk.
„ 1886 „ 1887 „ „ $15\frac{1}{2}$ „ „

ab. An dieser Abnahme war die Privatbank mit rund 5 bezw. 11 Mill. Mk. beteiligt.

Hinzu kamen die immer günstigeren Bedingungen von Berliner Bankinstituten, die mit dazu beitrugen, das Diskontgeschäft in Danzig selbst zu schmälern.

In den Jahren 1885 und 1886 fand die Privatbank zwar noch einen Ersatz für das minimale Diskontgeschäft, indem sie größere Summen im Warenlombard anlegte, doch als in den Jahren darauf die Getreide- und Zuckerzufuhren schnell zur Verladung kamen, war auch diese Anlagemöglichkeit beschränkt.

Diese Tatsache bewog die Privatbank 1888 dazu, sich vorübergehend einen größeren Bestand deutscher Staatspapiere zu halten, die bei vorübergehend lebhafterem Markte und damit ein-

tretendem Geldbedürfnisse im Herbst mit Kursgewinn abgesetzt werden konnten.

Ein Beweis dafür, daß viele Gelder in Handel und Industrie eine lohnende Verwendung nicht fanden, ist in der Zunahme der Giroeinlagen der Reichsbank zu sehen, die auf ca. 26 Mill. Mk. von 1886 auf 1887 zu beziffern ist; die Einleger verzichteten damit bekanntlich auf einen Zinsertrag.

Dieselbe Erscheinung machte sich bei der Privatbank bemerkbar. Die Depositen flossen ihr reichlich zu — es betrug der durchschnittliche Bestand der Jahre 1886—1888 5 367 000 Mk. — in einem Moment, wo die Anlage der Gelder fast unmöglich war.

Im übrigen beteiligte sich die Bank an der Konvertierung der 4 %igen Westpreußischen Pfandbriefe in 3 ½ %ige im Jahre 1887, im Jahre darauf an der Konvertierung von 4 Mill. Mk. 4 %iger Westpreußischer Provinzialanleihe.

Der Herbst des Jahres 1889 brachte dann nach dem dauernden Rückgang des Zinsfußes einen vollständigen Umschwung, wobei das eine Extrem in das entgegengesetzte verfiel. Das Geld wurde knapp und die einheimischen Staatspapiere erlitten infolge großen Angebots fast durchgängig erhebliche Kursrückgänge. Da die Bank genügende laufende Mittel zur Verfügung hatte, hielt sie ihre großen Effektenbestände, um sie bei besseren Kursen loszuschlagen. Der Bestand per Ultimo Dezember 1889 betrug 1 ½ Mill. Mk. und übertraf den vorjährigen Bestand um rund 1 Mill. Mk.

Die Bank hatte nämlich auch in diesem Jahre bei der absolut nicht lohnenden Anlegung der Gelder im Diskont- oder Lombardgeschäft ihre disponiblen Kapitalien in Effekten angelegt, und zwar kaufte sie einen größeren Posten der zur Abstempelung in 3 ½ %ige Preußische Konsols aufgerufenen 4 %igen Eisenbahnprioritäten, die bei dem damaligen Kurse eine Verzinsung von fast 3 ⅞ % gewährten.

Die 1890 andauernde Versteifung des Geldmarkts führte zu weiteren Kursrückgängen erstklassiger Effekten; die Privatbank sah sich daher gezwungen, auf ihren Effektenbestand, der sich zum größten Teil aus preußischen und deutschen Staatsanleihen zusammensetzte, einen erheblichen Betrag abzuschreiben, der den infolge des höheren Zinssatzes erzielten Mehrgewinn an Zinsen und Provisionen vollständig absorbierte. Sie wollte den Bestand nur bei besseren Kursen veräußern, zumal ihre flüssigen Mittel es ihr gestatteten, den inzwischen um etwa 1 % gehobenen, am 11. Oktober sogar auf 5 ½ % gestiegenen Diskontsatz auszunutzen. Eine Hebung der Geschäftsumsätze blieb daher nicht aus.

Da jedoch die Geldversteifung dauernd zu werden schien, be-

mühte sich die Privatbank, mehr langbefristete Depositengelder in ihren Besitz zu bringen. Sie suchte daher die in den letzten Jahren nur in besonderen Fällen benutzte 6monatliche Kündigung für Depositen durch Einrichtung eines besonderen Kontos wieder zu beleben, auf dem sie 1% unter Banksatz, als Minimum $2^1/_2$%, als Maximum 4% vergütete. Tatsächlich war der Bestand auf diesem Konto Ultimo 1890: 768000 Mk.

Werfen wir einen Blick rückwärts auf die Entwicklung der Depositengelder bei der D.P.A.B. im Vergleich zu anderen Privatnotenbanken, so ergibt sich für diejenigen vier Banken, die sich ihr Betriebskapital in hervorragender Weise durch fremde Gelder gegen Kündigung zu beschaffen suchten, nämlich für die Bremer Bank, die Frankfurter Bank, die Sächsische Bank sowie die Danziger Privat-Aktien-Bank, folgendes Bild. Es betrugen die an eine Kündigungsfrist gebundenen Verbindlichkeiten im Durchschnitt der Jahre 1876—1889 in Millionen Mark[1]) bei der:

Bank	Grundkapital in Mill. Mk.	Steuerfreie Notenreserve in Mill. Mk.	Kurzfristige Verbindlichkeiten in Mill. Mk.
Bremer Bank . .	16,6	4,5	13,4
Frankfurter Bank .	17,1	10,0	4,5
Sächsische Bank .	30,0	16,8	6,4
D.P.A.B. . . .	3,0	1,3	4,0

Von diesen vier Banken hatte, wie ersichtlich, die D.P.A.B. bei ihrer geringen steuerfreien Notenreserve von 1,3 Mill. Mk., doch 3mal so viel Depositengelder in ihrem Besitze, während relativ mit ihr die Bremer Bank gleichsteht (nämlich 1 : 3), während bei den beiden anderen genannten Banken die fremden Gelder nur einen Bruchteil der Notenreserve bilden.

Das seinerzeit seitens der Regierung bis 1. Januar 1891 verlängerte Notenprivilegium der D.P.A.B. hätte am 1. Januar 1890 von der Regierung gekündigt werden können. Doch da nach Äußerungen des Finanzministers Dr. v. Scholz im Abgeordnetenhause am 8. Februar 1890 die verbündeten Regierungen an der bestehenden Notenausgabe nichts zu ändern beabsichtigten, sollten die Aktionäre der Bank in einer außerordentlichen Generalversammlung über die Beibehaltung des Notenprivilegs beschließen. Da traf jedoch wider Erwarten, veranlaßt durch den Ministerwechsel, mit dem zugleich andere Anschauungen zur Geltung kamen, die Kündigung des Notenprivilegs zum 31. Dezember 1890

[1]) H. Hartung, Die Notenbanken unter dem Bankgesetz von 1875, in Conrads Jahrb. Bd. 56 3. Folge 1, 1891 Bd. 1 S. 189.

ein. Damit beschloß die D.P.A.B. eine 34jährige Tätigkeit als Privatnotenbank.

Was sie in diesen Jahren auf den verschiedenen Gebieten ihrer Tätigkeit für Danzig und für das engere Westpreußen geleistet hat, werden wir im 3. Abschnitt zu betrachten haben.

Jedenfalls hatte sie sich für Danzig als wirtschaftlicher Faktor unentbehrlich gemacht, und ihr Fortbestehen als Kreditbank, womit wir uns im nächsten Teil beschäftigen werden, stand außer Frage.

III. Die Übergangszeit der D.P.A.B. 1891—1897.

Mit der Aufhebung des Notenprivilegs der D.P.A.B. fiel auch die beengende Schranke der Geschäftsbestimmungen für Privatnotenbanken sowie die staatliche Aufsicht.

Gerne hätte die Privatbank schon früher diese Fesseln ihrer individuellen Freiheit von sich geworfen, doch das Notenprivileg erschien zu begehrenswert und wichtig, um es aufgeben zu sollen. In diesem langen Festhalten an dem Notenrecht und dem durch dieses bedingten engen Geschäftskreis ist indes der Grund dafür zu suchen, daß die Privatbank am Danziger Markte bis vor wenigen Jahren noch nicht ein größeres Übergewicht hatte, das ihr als alteingesessener Bank gegenüber anderen nur durch Zweiganstalten in Danzig vertretenen Banken zugestanden hätte.

Jedenfalls unterblieb, trotz des fallenden Notenprivilegs, die allgemein erwartete Auflösung der Privatbank, und sie trat mit dem 1. Januar 1891 ohne weiteres in einen erweiterten, von jeder gesetzlichen Beschränkung freien — allerdings auch risikovolleren — Geschäftskreis, in den Kreis einer reinen Kreditbank, ein.

Der neue geschäftliche Geist, der mit Seefried und Langerfeldt seinen Einzug gehalten hatte, erleichterte den Übergang dazu ganz bedeutend.

Es fiel jetzt also das Erfordernis einer bestimmten Anzahl von Giranten für Diskontwechsel, die Bedingungen im Lombardverkehr wurden der Privatbank anheimgestellt, auch der Handel ausländischer Effekten stand der Bank nunmehr frei.

Zugleich erhielt das Kontokorrentgeschäft seine eigentliche Bedeutung dadurch, daß nunmehr auch — im Gegensatz zu der früheren Handhabung — Blankokredite in laufender Rechnung gewährt wurden. Zahlen über den Umfang dieser ungedeckten Kredite liegen allerdings erst seit 1900 vor.

Eine weitere Erleichterung für die Privatbank bestand darin, daß sie mit dem Fortfall der Notenzirkulation vom Halten einer fixen Metalldeckung absehen konnte, wodurch zugleich ein Teil

ihres Grundkapitals frei wurde. Dieses blieb wie bisher auf nur 3 Mill. Mk. stehen.

Es konnte aus diesem Grunde für die Bank als günstig angesehen werden, daß Anfang der 1890er Jahre Handel und Erwerbsleben Danzigs sich noch in Stagnation befanden; denn unter diesen Umständen überstiegen die Anforderungen wenigstens nicht die jetzt durch Fortfall der Notenemission geschwächte Kapitalkraft der Bank.

Besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde der Danziger Getreidehandel. Er wies in den Jahren 1891/92 einen so schlechten Stand auf, wie ihn die Aufzeichnungen nie vorher gezeigt hatten. Das schlechte Ernteergebnis in Holland, Belgien, Ungarn, Rumänien und besonders Deutschland wirkte zusammen mit dem gesteigerten lokalen Bedarf Danzigs — er betrug 1890 bereits 75—80 % der inländischen Zufuhren — und den großen Anforderungen der Danziger Mühlen und ergab die für Danzig exorbitante Tatsache, daß der notwendigste heimische Bedarf durch mehrere Dampferladungen Weizen und Roggen aus Petersburg gedeckt werden mußte.

Der Zustand verschlimmerte sich zu einer Panik an der Getreidebörse, als Rußland infolge einer Mißernte gerade seiner getreidereichsten Gebiete am 11. August ein Ausfuhrverbot für Roggen, Roggenmehl und Kleie erließ. Am 21. November folgte dann das Ausfuhrverbot für Weizen, Gerste und Hafer. Beide Verbote blieben bis Mitte 1892 in Geltung.

Dazu kam noch im Verkehr mit Rußland ein Zollkrieg in den Jahren 1892/93. Da Deutschland mit Österreich-Ungarn, Italien, der Schweiz und Belgien Handelsverträge geschlossen hatte, so bedeutete das für die Staaten, mit denen das Deutsche Reich seine handelspolitischen Beziehungen nicht durch Verträge geregelt hatte, die Einführung von Differenzialzöllen.[1]) Rußlands Entgegnung auf die Erhöhung des deutschen Zolls auf russische Produkte um 50 % war die Einführung des Maximaltarifs, allerdings in der Hauptsache nur auf deutsche Industrieerzeugnisse. Der Bezug der Fabrikate aus England kam indessen wenigstens der Danziger Spedition zugute.

Erst der 1894 mit Rußland geschlossene Handelsvertrag machte dem Zollkriege ein Ende und befreite damit den Danziger Handel von dem Drucke.

Die folgenden vergleichenden Zahlen geben davon ein treffliches Bild. Während nämlich 1892 die Gesamtausfuhr seewärts mit 431 588 t, sowie die Getreideausfuhr seewärts mit nicht ganz

[1]) V.d.K. 1892 S. 1.

60 000 t relativ und absolut den niedrigsten je aufgezeichneten Stand erreichte, überragte im Jahre 1894 die Gesamtseeausfuhr den Durchschnitt der Jahre 1884—1893 um 11 %, die Seeeinfuhr im Durchschnitt 1884—1893 sogar um 31 %.

Mit einem Worte sei noch der Reederei gedacht, eines der wichtigsten Erwerbszweige Danzigs. Der aufkommende Dampferbetrieb hatte die Zahl der Segelschiffe stetig aus dem Verkehr verdrängt. So waren in Danzig vorhanden:

1871:	115	Segler	und	3	Dampfer
1876:	93	"	"	7	"
1881:	75	"	"	10	"
1886:	55	"	"	18	"

Welche enorme Entwertung daher die Segelschiffe damals erlitten, mag die Tatsache beweisen, daß die George Linkesche Reederei, früher die größte Seegelschiffreederei der Ostsee, bei ihrer Auflösung 1890 ihre noch übrigen 18 Schiffe für 80 000 Mk. verkaufen mußte, von denen jedes früher 80 000—120 000 Mk. gekostet hatte.[1])

Entsprechend den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Danzigs gestaltete sich auch das Geschäft der D.P.A.B. in den ersten Jahren ihrer Wirksamkeit als Kreditbank. Die Schwankungen in ihrem Umsatze, der 1891 383 Mill. Mk. betrug, zeigten folgendes Bild:

Ultimo	1891	bis	Ultimo	1892	—62	Mill.	
"	1892	"	"	1893	+53	"	
"	1893	"	"	1894	—45	"	
"	1894	"	"	1895	+72	"	(vgl. Tab. I).

Besonders lebhaft war das Wechsel- und Kontokorrentgeschäft, doch mußte die Bank zu großen Rediskontierungen schreiten, um ihre flüssigen Mittel zu erhöhen.

Seit 1892 findet sich bei der Privatbank als neuer Geschäftszweig die Bürgschaftsleistung für ihre Kunden, z. B. gegenüber Behörden bei Verdingungen oder für Zollforderungen usw. Dieser unter dem Notenprivileg verbotene Zweig erreichte immerhin die Ausdehnung von 173 000 Mk. in 1892 und stieg in dieser Periode sogar auf 715 000 Mk. in 1897 (vgl. Tab. IX).

Trotz des Überganges zu dem Geschäftskreis einer Kreditbank hatte die Privatbank sich doch das Vertrauen des Publikums zu erhalten vermocht. Das zeigten die Depositen, die sich nach wie vor auf der Höhe von etwa 4 Mill. Mk. hielten (vgl. Tab. III Rubrik 23).

---

[1]) Otto Münsterberg, Vor 40 Jahren, Danzig 1911, S. 49.

Als Konsortin übernahm die D.P.A.B. 1893 in Gemeinschaft mit den Firmen Meyer & Gelhorn und Benning Ließmann 350000 Mk. 5 %ige Grundschuldanleihe der Zuckerfabrik Ließau.

Von den Noten der Privatbank zirkulierten

am 31. Dezember 1891 noch	117200 Mk.
von denen 1892 noch	71700 „
zur Einlösung gelangten. Die restlichen	45000 „

verfielen der gesetzlich bestimmten Präklusion mit dem 31. Dezember 1892.

Die eingegangenen Noten im Betrage von 2954500 Mk. wurden am 8. März 1893 notariell protokolliert und nach Revision durch den Kgl. Staatskommissar vernichtet.

Die 45500 Mk. nicht eingelösten Noten wurden statutengemäß dem Magistrat der Stadt Danzig zu mildtätigen Zwecken überwiesen. Es wurde ihm anheimgestellt, nach dem 31. Dezember 1892 eingehende Noten seinerseits bei der Bank einzulösen.

Inzwischen stellte sich mit dem Jahre 1894 wieder die früher erwähnte Anlageschwierigkeit von 1890 ein. Der Bankdiskont blieb nämlich hinter dem Vorjahre um fast 1 % zurück — im Durchschnitt 3,12 % gegen 4,07 % — und betrug vom 5. Februar bis 31. Dezember 1894 nur 3 %. So entschloß sich die Bank bei fehlender Anlagegelegenheit im laufenden Geschäft vorübergehend größere Posten Preußischer Konsols und Deutscher Reichsanleihe anzukaufen. Diese Effekten boten immerhin bei ihrem Kursstande eine Verzinsung von $3\frac{3}{4}$ %; die Bank realisierte dann im Herbst bei der üblichen Nachfrage nach Zuckerlombard diese 3 %igen Papiere bei gestiegenen Kursen.

Das Ausdehnungsbedürfnis der Bank zeigte sich in der erstmaligen Erhöhung des Aktienkapitals um $1\frac{1}{2}$ Mill. Mk. im Jahre 1894. Man hielt die Zeit für gekommen, die schon im Jahre 1865 angeregte, doch damals am Widerstand der Aktionäre gescheiterte Kapitalserhöhung vornehmen zu können. Damit war der erste wichtige Schritt vorwärts getan, der Vorläufer der erst 1899 ganz in die Erscheinung tretenden neuzeitlichen Periode der D.P.A.B.

Die Emission erfolgte in der Weise, daß 1500000 Mk. Namensaktien à 1500 Mk. ausgegeben wurden. Der Zeichnungspreis von 125 % sollte in der Weise beglichen werden, daß 25 % sofort bei der Zeichnung bis 1. Mai, fernere Einzahlungen mit je 25 % am 1. Juni, 2. Juli, 1. August und 1. September geleistet werden sollten. Die alten Aktionäre übten das ihnen zugestandene Bezugsrecht von je einer neuen Aktie auf zwei alte so zahlreich aus, daß

anderweitige Zuteilungen nur in sehr geringem Umfange pro rata vorgenommen werden konnten. Das Agio von 25 % wurde dem gesetzlichen Reservefonds I zugeführt, der dadurch auf der statutenmäßig festgesetzten Höhe von 25 % des Aktienkapitals erhalten wurde. Die Reichsstempelabgabe auf die neuen Aktien betrug übrigens ca. 14 000 Mk.

Mit dieser ersten größeren Kapitalserhöhung änderte die D.P.A.B. auch ihre Zweckbestimmung; sie erweiterte nämlich in § 1 ihres Statuts ihren Zweck dahin: „Handel und Gewerbe durch den Betrieb von Bankier- und anderen Geschäften und durch Teilnahme an Bank-, Handels-, Industrie- und anderen Unternehmungen zu unterstützen".[1]).

In diese Zeit fällt auch der weitere Ausbau des Kontokorrentkredits. Es wurden nämlich die 1891 noch streng gefaßten Bestimmungen über Blankokredite, wonach solche Kredite von 5000 Mk. an die Zustimmung des Verwaltungsrats erforderten, 1894 dahin erweitert, daß die Direktion mit Zustimmung nur des amtierenden Verwaltungsratsmitgliedes Blankokredite bis 50 000 Mk. erteilen durfte. Diese technische Erleichterung erschien auch deswegen wünschenswert, um mit auswärtigen Banken und Bankiers erfolgreich konkurrieren zu können.

Wie wir sahen, brachte der Handelsvertrag mit Rußland vom Jahre 1894 eine große Befreiung für den Danziger Handel; ebenso die in demselben Jahre erfolgte Aufhebung des Identitätsnachweises für auszuführendes Getreide. Diese Bestimmung hatte gerade Danzig seit ihrer Einführung 1879 schwer treffen müssen, da hier das Mischungsverfahren von Getreide deutscher und russischer Provenienz von großer Bedeutung war und meist bessere Preise brachte. Diese Aussicht eröffnete sich nun 1894 wieder.

Auch sonst machte sich der Geist einer neueren besseren Zeit in Danzig immer mehr bemerkbar, verursacht zum Teil durch den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung des Reichs, teils durch die räumliche Ausdehnung der alten Festung selbst. Die Niederlegung der Wälle verpflanzte nämlich die Industrieetablissements immer mehr auf das Gebiet außerhalb der Stadt. Die infolgedessen außerordentlich lebhafte Bautätigkeit trug viel zum Bevölkerungswachstum und zum Wohlstand Danzigs bei.

Ein Bild von der zunehmenden Konsumtionsfähigkeit der Stadt und Provinz geben die folgenden Zahlen. Die seewärtige Einfuhr, die neben der Spedition nach dem Hinterlande seit den

[1]) Statut 1894 § 1.

1870er Jahren in steigendem Maße dem Eigenbedarf Danzigs diente, stieg an Wert relativ stärker als die seewärtige Ausfuhr. Es betrug nämlich:

	der seewärtige Eingang		der seewärtige Ausgang	
1860	15,8	Mill. Mk.	62,6	Mill. Mk.
1870	24,0	„ „	48,5	„ „
1880	53,0	„ „	58,4	„ „
1890	64,4	„ „	92,9	„ „
1897	92,3	„ „	102,0	„ „

Es hatte sich also in den fast 40 Jahren von 1860 bis 1897 die Seeeinfuhr im Werte fast versechsfacht, die Seeausfuhr dagegen bei Berücksichtigung ihrer Schwankungen nur etwa verdoppelt. Allerdings reichte die Seeeinfuhr im allgemeinen trotzdem an Wert noch nicht an die Seeausfuhr heran, erreichte oder übertraf sie an Wert nur sehr selten, z. B. in Jahren sehr schlechter Getreideernte, wie 1873, 1876 oder in 1892 wegen des Ausfuhrverbots von Getreide aus Rußland.

Betrachtet man daneben die Ziffern der seewärtigen Ein- bezw. Ausfuhr in Doppelzentnern, so ergibt sich von 1894 an ein dauerndes Überwiegen der Seeeinfuhr über die Seeausfuhr.

Aus diesen beiden Tatsachen ist zu folgern, daß neben der sicher gesteigerten Spedition nach Rußland, Polen usw. auch der Eigenbedarf der Stadt und Provinz nicht unerheblich zugenommen hatte. Wir ersehen ferner aus dem langsameren Steigen des Warenwerts gegenüber der Warenmenge der Einfuhr, daß immer noch die eingeführten Waren geringwertiger waren als die ausgeführten.

Alle diese wirtschaftlichen Vorgänge blieben naturgemäß nicht ohne günstigen Einfluß auf die Kreditinstitute der Stadt.

Die Privatbank konnte daher ihr nunmehr auf $4^1/_2$ Mill. Mk. erhöhtes Kapital bei gesteigerten Umsätzen gut verwenden.

Auch fremde Gelder flossen ihr, besonders immer im zweiten Quartal des Jahres reichlich zu, 1896 sogar so reichlich, daß die Bank wiederum Anlage in Effekten suchen mußte. Sie erwarb daher, da die 3 %igen Staatspapiere kaum noch steigerungsfähig erschienen, landschaftliche Pfandbriefe, Kommunalobligationen und Danziger Hypothekenverein-Pfandbriefe.

Der Herbst desselben Jahres aber brachte eine starke Geldnachfrage am Danziger Markte und damit große Effektenangebote, welche die Kurse aller erstklassigen Anlagewerte bedeutend drückten. Unter diesen Umständen stand die Privatbank von einem Verkaufe ihrer eigenen Papiere ab und mußte die Effektenbestände zu den niedrigen Kursen per Ultimo Dezember in die Bilanz einsetzen.

Der Ausfall auf diesem Konto betrug daher ca. 43 000 Mk. und beeinflußte den Gesamterfolg dadurch sehr ungünstig.

Zugleich trat aber infolge der gesteigerten lokalen Geldbedürfnisse im Herbste 1896 der Privatsatz in ein derartig ungünstiges Verhältnis zum Bankdiskont — nämlich 3,04 % zu 3,65 %, also der Unterschied nur 0,61 % (gegen 1,11 % in 1895) —, daß die sonst üblichen Rediskontierungen der Privatbank nicht verlockend erscheinen konnten. Trotzdem mußten sie im Herbste, wenn auch nur zum Banksatze, vorgenommen werden, um den großen Kreditansprüchen gerecht werden zu können. Es mußten sogar ungewöhlich viel Wechsel rediskontiert werden, wie die Bestandziffern per Ultimo zeigen. Es betrug nämlich, trotzdem der Wechsel a n k a u f von 1896 mit 30 655 000 Mk. den des Vorjahres noch um 120 000 Mk. überragte, der Wechsel b e s t a n d 1896 nur 931 000 Mk. gegen 1 195 000 Mk. des Vorjahres.

Der Kursrückgang der fest verzinslichen Effekten nahm dann im Jahre 1897 seinen Fortgang und verminderte den Wert des Effektenbestandes noch mehr. Der Kurs der 3 %igen Deutschen Reichsanleihe, von der die Privatbank fast 1 Mill. Mk. besaß, ging z. B. in diesem Jahre um 1,7 % zurück. Der Grund dafür war die allgemein günstige Lage der Industrie sowie die lebhafte Nachfrage des Publikums nach Industriepapieren, die infolgedessen fast alle größere Kurssteigerungen erlebten.

Bis zum Jahre 1899 hatte die Privatbank mit der Entwertung der erstklassigen Effekten zu kämpfen und erst in genanntem Jahre gelangen ihr einige günstige Realisationen.

Da die Bank berechtigtermaßen vor einer weiteren größeren Effektenanlage doch zurückschreckte, suchte sie trotz des niedrigen Reichsbanksatzes von 3 % vermehrte Anlage in Wechseln, zumal Zucker-, Getreide- und Holzvorschüsse nicht lebhaft genommen wurden.

Fassen wir die Übergangsjahre der D.P.A.B. in ihrem Ergebnis zusammen, so sehen wir, daß die Bank von 1891 bis 1897 oft mit Schwierigkeiten geeigneter Anlagemöglichkeit zu kämpfen hatte, wofür der Grund in den allgemeinen, außerordentlich ruhigen Markt- und Geldverhältnissen zu suchen war. Zugleich aber konnten wir auch die Vorboten einer neuen Zeit beobachten: die erste Kapitalserhöhung und die erweiterte Zweckbestimmung der Bank als einen Reflex der einsetzenden Bau- und Industrieentwicklung Danzigs, sowie die zunehmende Bedeutung des Kontokorrentkredits, der ein ausgesprochenes Charakteristikum allerdings erst in der neuzeitlichen Periode der Bank werden sollte.

IV. Die D.P.A.B. als reine Kreditbank 1898—1912.

Der Anfang der dritten Periode der D.P.A.B., in die wir jetzt eintreten, ist eng verknüpft mit dem Namen von Goßler. Auf seine Anregung als Oberpräsident von Westpreußen, als welcher er 1898 in der Provinzialhauptstadt sein Amt antrat, ist die industrielle Entwicklung Danzigs und die fernere Gestaltung der D.P.A.B. zurückzuführen.

Er wollte in Danzig neben dem altherkömmlichen Handel eine leistungsfähige Industrie schaffen. Die Gewinnung neuen Terrains außerhalb der Stadt durch die Niederlegung der Wälle, sowie die eifrige Bautätigkeit ließen den Zeitpunkt zur Ausführung des Planes als günstig erscheinen, wenngleich man sich über die sonst zu überwindenden Schwierigkeiten nicht im unklaren war.

Zu diesen gehörten vor allem die Rayonbeschränkungen in dem neuen Terrain, die naturgemäß stark konkurrenzerschwerend wirkten. Sie konnten erst allmählich beseitigt werden.

Des weiteren mußten die lokalen Eisenbahn- und Hafenanlagen dem neuen Wirtschaftszweige angepaßt werden. Es wurde denn auch die seit 1866 bestehende Eisenbahn Danzig—Neufahrwasser mit der 1889 gebauten Weichseluferbahn im Jahre 1899 durch eine Schleifenbahn verbunden. Es sei gleich hinzugefügt, daß heute die 1905 erbaute und 1909 erweiterte Holmbahn das lokale Eisenbahnnetz Danzigs vervollständigt.[1])

Auch der Hafen wurde nach Erweiterung des Hafenkanals im Jahre 1870 durch die 1899 erfolgte Umwandlung des sogen. „Bassins" bei Neufahrwasser zum Freibezirk neuzeitlichen Ansprüchen angepaßt und 1903 durch den „Kaiserhafen" vergrößert.

Nicht so gut ließen sich die wichtigen Fragen der Materialbeschaffung und des Heranziehens der nötigen Arbeitskräfte lösen.

Die Beschaffung der im Osten Deutschlands nicht vorhandenen beiden wichtigsten Materialien, Kohle und Eisen, wurde durch die Bahn- und Seefrachten ganz erheblich verteuert. Bei regem Bedarf mußten außerdem die Lieferungsfristen für Eisen oft 2 oder 3 mal so lang sein, wie sonst üblich.[2])

Am schlechtesten stand es mit dem Halten von geübten Arbeitern. Der Zug nach dem Westen lockte die ausgelernten jüngeren Arbeiter aus den Fabriken des Ostens, teils infolge des noch

[1]) Zu erwähnen ist noch die 1884 erbaute Speicherbahn, die die Speicherinsel durchquert und die Waren mit Pferdebetrieb bis an die Speicher führt. Die Speicherinsel liegt inmitten der Stadt, begrenzt von der Mottlau und der „Neuen Mottlau".

[2]) V.d.K. 1899 S. 78.

höheren Lohns in den alten Industriegegenden, teils wegen der schlechten Wohnungsverhältnisse in ihrer Heimat. Kaum der 20. Teil[1]) der gelernten Arbeiter blieb seßhaft trotz der in manchen Industrien bis 10 % jährlich — z. B. 1897/98 im Holzbearbeitungsgewerbe — gesteigerten Löhne.

Werfen wir einen Blick auf die im Jahre 1898 in Danzig bereits bestehenden industriellen Unternehmungen, so finden wir noch in der Hauptsache die alten bereits erwähnten[2]) Industriezweige vor.

Die Spiritus-, Sprit- und Likörfabrikation hatte sich weiter ausgedehnt, hinzugetreten waren 15 Buchdruckereien, ferner als neuester Zweig zwei Zuckerraffinerien. Erwähnt sei ferner vorausnehmend die von der Norddeutschen Waggonbauvereinigung 1899 errichtete Waggonfabrik Danzig. Die wichtigste Industrie Danzigs, der Schiffbau, war neben der Kaiserlichen Werft vertreten durch die alte J. K. Klawittersche Werft, ferner durch die Danziger Schiffswerft und Maschinenbauanstalt Johannsen & Co., die 1889 die liquidierende Werft von F. Devrient übernommen hatte, sowie endlich durch die 1889 gegründete Werft von F. Schichau, die sich zu der größten Werftanlage Danzigs erweitert hat.

Diese verschiedenen Industriezweige wollte nun v. Goßler weiter ausgebaut bezw. durch Neugründungen erweitert sehen.

Besonders geeignet, eine führende Rolle bei der Industrialisierung Westpreußens zu spielen, erschien als älteste Bank der Provinz die D.P.A.B., da solche Finanzierungen eine wertvolle Erweiterung ihres Geschäftsgebiets insofern bringen mußten, als sich ihre Beziehungen zu der Industrie dann auch über das Emissionsgeschäft hinaus auf andere bankmäßige Transaktionen erstrecken mußten. An den Verwaltungsratssitzungen nahm daher auch für einige Zeit der Oberpräsident auf Einladung der Bank teil und ließ sich so in die Verhältnisse aufs genaueste einweihen. Die Bank hingegen suchte seinen Intentionen nach Möglichkeit zu folgen.

Die Privatbank nahm also an der Bewegung zur Förderung der Industrie regen Anteil und beteiligte sich finanziell bis Ende 1899 in der Hauptsache an folgenden Gesellschaften: an den Nordischen Elektrizitätswerken, Aktien-Gesellschaft, Schellmühl bei Danzig; an der Schrauben-, Muttern- und Nietenfabrik, Aktien-Gesellschaft in Schellmühl; an der Aktien-Gesellschaft für Stuhlfabrikation, Danzig; an der Danziger Elektrische Straßenbahn, Aktien-Gesellschaft, Danzig; an der Firma Wieler & Hardtmann,

[1]) V.d.K. 1898 S. 4.
[2]) vgl. S. 5 f. u. S. 54.

Aktien-Gesellschaft, Danzig; an der Aktien-Gesellschaft „Holm" sowie an der Zuckerfabrik Schwetz.

Von diesen Unternehmungen waren die Nordischen Elektrizitätswerke 1897 als Nordische Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft gegründet und erweiterte ihre Zweckbestimmung 1899 zugleich mit der Firma in Nordische Elektrizitäts- und Stahlwerke, Aktien-Gesellschaft. Außerdem führte sie die von ihr 1898 erworbenen Ostdeutschen Industriewerke Marx & Co. als getrennten Betrieb weiter. Sie errichtete ferner in Straßburg (Wpr.), Briesen und Graudenz, Memel und Stolp i. Pom. elektrische Zentralen, die zum Teil mit dem Bau von Klein- oder Straßenbahnen verbunden waren. Im Frühjahr 1900 wurde dann noch auf dem Holm (bei Danzig) ein Martin- und Siemens-Gußstahlwerk der Gesellschaft, verbunden mit Walzwerk und Walzendreherei, aufgeführt.[1])

Das ursprünglich auf 1 Mill. Mk. normierte Aktienkapital der Gesellschaft wurde 1899 um 1 Mill. und in demselben Jahre nochmals um 2 Mill. Mk. zur Errichtung des Walzwerks erhöht.

Die Gesellschaft erzielte

1897	eine Dividende	von	5 %
1898	"	"	8 %
1899	"	"	8 %
1900	"	"	7 %.

Mit den Mitte 1901 bei der Kreditanstalt für Industrie und Handel in Dresden sowie der Aktien-Gesellschaft Elektrizitätswerke vorm. O. L. Kummer & Co. in Dresden eintretenden Katastrophen hörte jedoch für das Unternehmen der Warenkredit und damit fast jedes Geschäft auf; das Ende des Jahres zeigte denn auch eine Unterbilanz von 385200 Mk.

Die Sanierung hatte inzwischen ein Konsortium unter Führung der Kgl. Preußischen Seehandlung in Berlin eingeleitet unter der Bedingung der Mitwirkung der Stadt Danzig. Auch die D.P.A.B. nahm daran teil. Es wurde der Gesellschaft ein hypothekarisches Darlehen von $2\,^1/_2$ Mill. Mk. gewährt, von denen 250000 Mk. auf die Privatbank entfielen. Die alten Aktien wurden zusammengelegt, die damalige Beteiligung der Bank von 250000 Mk. auf 62000 Mk.; auf Bezug neuer Aktien verzichtete die Privatbank.

Nach dieser Sanierung kamen für das Werk bessere Zeiten, die z. T. wohl ihrer Zugehörigkeit zum Oberschlesischen Stahlwerksverbande zuzuschreiben waren.

Doch bald änderte sich wieder das Bild. Schon 1905 war wieder eine Sanierung nötig, bei der u. a. abermals die Kgl.

[1]) Handbuch der Aktien-Gesellschaften, Jahrgang 1908/09, Teil II, S. 732.

Preußische Seehandlung und die Stadt Danzig beteiligt waren. Der dritte Heilversuch 1906 versagte, und die Gesellschaft sah sich gezwungen, am 31. Januar 1907 Konkurs anzumelden.

Die Hypothekenforderung der D.P.A.B. belief sich im ganzen auf 325 000 Mk., d. h. $^1/_{10}$ sämtlicher Hypothekenschulden der Gesellschaft, und mußte von der Privatbank fast ganz abgeschrieben werden.

Im Gegensatz zu dieser wenig glücklich verlaufenen Gründung, an der die Privatbank allerdings, wie gesagt, nur mit $^1/_{10}$ des Gesamtkapitals der Gesellschaft beteiligt war, zeigen die anderen erwähnten mit Hilfe der D.P.A.B. ins Leben getretenen Unternehmungen insofern ein günstigeres Bild, als sie, wenn auch z. T. nach größeren Verlusten, sich doch bis heute noch lebensfähig erhalten haben. Betrachten wir sie nunmehr im einzelnen:

Die Schrauben-, Muttern- & Nietenfabrik wurde unter Beteiligung der D.P.A.B. am 29. April 1899 in Danzig unter der Firma Nietenfabrik Danzig gegründet und änderte schon in demselben Jahre am 18. Dezember ihre Firma. Den Betrieb eröffnete sie 1901 in Schellmühl.[1])

Das Grundkapital betrug 300 000 Mk., woran sich die Privatbank mit 50 000 Mk. beteiligte. Die Kreditgewährung war gegen hypothekarische Sicherheit auf 65 000 Mk. im Maximum fixiert.

Doch schon in demselben Jahre bedurfte das Unternehmen einer Sanierung. Es wurde Herbst 1901 in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges in Betrieb genommen. Bei dem herrschenden Arbeitsmangel mußte bei außerordentlich gedrückten Preisen gearbeitet werden, während die Maschinen infolge Mangels an geschulten Arbeitern nicht voll ausgenutzt werden konnten.[2]) Außerdem stellte sich das Kapital der Gesellschaft mit 300 000 Mk. schon im Jahre der Inbetriebnahme als zu klein heraus und wurde durch Ausgabe von Vorzugsaktien ergänzt mit der Eventualität der Zusammenlegung der alten Aktien. Die D.P.A.B. bezog noch 25 000 Mk. Vorzugsaktien, so daß ihre Beteiligung auf 75 384 Mk. anwuchs. Die Fabrik arbeitete allerdings noch bis 1906 mit Verlust.

Nach nochmaliger Sanierung im Jahre 1906, an der sich wiederum die D.P.A.B. beteiligte, beträgt das Aktienkapital der Gesellschaft nunmehr 735 000 Mk. Die Firma verteilte zum ersten Male

	1906/07	6 %
dann	1907/08	2 %
	1908/09	0 %

[1]) Handbuch der Aktien-Gesellschaften Jahrg. 1909/10 Teil II S. 455.
[2]) B.d.K. 1905.

Dividende. Bis 1912 ist jedoch wieder eine Besserung zu verzeichnen.

Die Privatbank sicherte sich eine Kontrolle über den Geschäftsgang der Gesellschaft durch Entsendung eines Vertreters in den Aufsichtsrat.

Dieselbe Kontrollmaßregel behielt sich die D.P.A.B. auch bei ihrer finanziellen Beteiligung an der 1899 in Danzig gegründeten Aktien-Gesellschaft für Stuhlfabrikation (Patent Terlinden) vor, die 1901 als Ostdeutsche Holzindustrie Aktien-Gesellschaft nach Gossentin bei Neustadt (Wpr.) verlegt wurde.[1]) Die Fabrik arbeitete mit einem Grundkapital von 2 Mill. Mk.

Die Krisis von 1901 blieb auf das Unternehmen nicht ohne schwere Nachwirkung. Die Tilgung des Verlustes, an der sich auch die D.P.A.B. beteiligte, wurde in der Weise vorgenommen, daß das Kapital durch Zusammenlegung im Verhältnis 4:1 auf 500 000 Mk. reduziert wurde.

Nach ihrem großen Brande im Jahre 1907 arbeitete die Gesellschaft zufriedenstellend und verteilte von 1908/09—1912/13 an Dividenden: 5, 7, 7½, 8 und 8 %. Sie beschäftigte 1908 600 Arbeiter, 50 Beamte und 600 Heimarbeiter. Seit 1911 firmiert sie: Stuhlfabrik Gossentin und arbeitet mit einem Kapital von 1 250 000 Mk.

Auch an der Gründung der „Danziger Elektrische Straßenbahn", Aktien-Gesellschaft in Danzig im Jahre 1899 beteiligte sich die D.P.A.B., worauf die Gesellschaft 1900 bezw. 1901 auf der Strecke Danzig—Neufahrwasser—Brösen den Verkehr eröffnete.[2]) Mit dieser Strecke stellte sie eine günstige neue Verbindung mit dem Hafen Danzigs her. Es folgten Verbindungen mit fast allen Vororten Danzigs; in Neufahrwasser ist die Gesellschaft auch zur Abgabe von elektrischem Strom für Licht und Kraft berechtigt und zählte 1908 178 Anschlüsse.

Das Kapital der Gesellschaft wurde von ursprünglich 1 Mill. Mk. bei Verschmelzung der Bahn mit dem Danziger Betriebe der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft im Jahre 1903 auf 4,3 Mill. Mk. erhöht. Im gleichen Jahre trat auch die D.P.A.B. von ihrer Beteiligung an der Gesellschaft zurück. An Dividenden wurden von 1906—1909 ausgeschüttet je 6½ %.

Noch heute ist die Danziger Elektrische Straßenbahn-Aktien-Gesellschaft das wichtigste öffentliche Verkehrsmittel Danzigs.

Erwähnt sei ferner die mit Hilfe der Privatbank im Jahre

---

[1]) Handbuch der Aktien-Gesellschaften Jahrg. 1909/10 Teil I S. 1563 und Salings Börsenpapiere 1913 Teil II.

[2]) Handbuch der Aktien-Gesellschaften Jahrg. 1909/10 Teil I S. 1975 und Salings Börsenpapiere 1910/11 Teil II S. 1719.

1899 aus einer offenen Handelsgesellschaft umgewandelte Firma Wieler & Hardtmann Aktien-Gesellschaft zu Danzig.[1]) Der Zweck der Firma sind Spedition und Handelsgeschäfte, von denen besonders Zuckerspedition bevorzugt wird. Die verteilte Dividende betrug im Durchschnitt der Jahre 1899/1900—1908/09: 6,45 %, seit 1909/10: 4, 8, 8 % bei einem Kapital von 2 Mill. Mk.

Der Vollständigkeit halber sei noch der Beteiligung der Privatbank bei der Aktien-Gesellschaft „Holm“ [2]) gedacht, die eine Aufteilung der Holm-Insel bei Danzig zu Industriezwecken verfolgte. Die Gesellschaft, die mit einem Kapital von 1 Mill. Mk. arbeitete, befindet sich heute in Liquidation.

An der 1906 in Konkurs geratenen Zuckerfabrik Schwetz endlich war die Privatbank in einer Form beteiligt, die einen Verlust ausschloß. Die Fabrik nahm übrigens als „Zuckerfabrik Schwetz G. m. b. H.“ unter weiterer finanzieller Beteiligung der D.P.A.B. ihren Betrieb wieder auf und arbeitet sehr günstig.

Wir sahen die Beteiligung der D.P.A.B. an der neueren Bewegung der Industrialisierung des Ostens trotz der z. T. nicht geringen Verluste der Bank recht günstig verlaufen. Bis heute haben sich mit einer Ausnahme alle erwähnten Unternehmungen, die mit Hilfe der Privatbank ins Leben traten, zu rentablen Betrieben entwickelt.

Bei ihrer Beurteilung muß man stets mit den außerordentlich schwierigen Verhältnissen in Bezug auf die Produktionsfaktoren rechnen, mit denen die im Osten erwachsenden industriellen Unternehmungen zu kämpfen haben. Bei den fallierten Elektrizitätswerken traten nun zu den allgemeinen Faktoren — es ist an die Beschaffung von Rohprodukten, Arbeitskräften und Kapital gedacht — noch Syndikatsfragen hinzu: der Oberschlesische Stahlwerksverband war zwar nur mit einigem Kapital an dem Werke beteiligt, wußte sich indessen über seine Quote hinaus erweiterte Machtbefugnisse gegenüber dem Werke zu sichern. Man gestand sie ihm um so lieber zu, als man auf seine technischen wie auch finanziellen Erfahrungen und Unterstützung rechnete. Scheinbar lag indessen den Oberschlesischen Werken nicht gerade viel daran, sich selbst eine Konkurrenz an der See großzuziehen, die sich noch dazu der besonderen Fürsorge der Königlichen Staatsregierung zu erfreuen schien. Der Schluß wird also wohl nicht unberechtigt sein, daß in der Haltung der Oberschlesischen Werke mit ein Hauptgrund des Fehlschlagens jener großartigen Idee der Gründung einer Schwerindustrie im Osten zu suchen ist.

---

[1]) Handbuch der Aktien-Gesellschaften Jahrg. 1909/10 Teil II S. 229 und Saling 1910/11 S. 1769.

[2]) Salings Börsenpapiere Teil II.

Die D.P.A.B. mußte infolge ihrer geringen Beteiligung mit ihrem Einfluß auf das Unternehmen naturgemäß sehr zurücktreten.

Dennoch gingen die drei Sanierungen bei den Nordischen Elektrizitätswerken wie auch die zwei der Schrauben-, Muttern- & Nietenfabrik sowie endlich die Sanierung der Stuhlfabrik Gossentin, wie wir sehen, nicht spurlos an der D.P.A.B. vorüber. Die schweren Jahre sind indessen mit dem Jahre 1909 als überwunden zu betrachten.

Die Beziehungen der Privatbank zu den genannten Unternehmungen erstreckten sich ferner auch auf den laufenden Betriebskredit, der in der Hauptsache als Kontokorrent- und Akzeptkredit gewährt wird.

Es mußte der Bank deshalb darauf ankommen, die unter ihrer Mitwirkung gegründeten Unternehmungen dauernd zu kontrollieren. Sie tat dieses durch Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der betreffenden Gesellschaft, und zwar der Schrauben-, Muttern- & Nietenfabrik, Schellmühl, der Stuhlfabrik Gossentin, der Firma Wieler & Hardtmann, der Danziger Reederei Aktien-Gesellschaft sowie der Holm-Gesellschaft. Noch heute ist die Bank in den genannten Gesellschaften mit Ausnahme der Schrauben-, Muttern- & Nietenfabrik vertreten.

Die erwähnte Besserung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse des Ostens machten übrigens fast alle Industriezweige mit, besonders aber die Bearbeitungsgewerbe, die teilweise zum Großbetrieb übergingen, so Holzschneidemühlen, Zuckerfabriken und Zuckerraffinerien, ferner das Transportgewerbe sowie die mit Danzig eng verbundene alt eingesessene Schiffsbauindustrie.

Wenden wir uns nun dem sogen. regulären Geschäft der Privatbank in diesen ersten Jahren ihrer neuesten Periode zu, so können wir feststellen, daß die Bank seit dem Jahre 1899 bewußt daraufhinarbeitete, dem Kontokorrentverkehr eine wachsende Ausdehnung zu geben.

Tatsächlich erscheinen auch Forderungen in laufender Rechnung in genanntem Jahre per Ultimo mit fast 7,5 Mill. Mk. im Bestande der Debitoren; von diesen 7,5 Mill. Mk. sind 7 220 000 Mk. gedeckt und nur 256 000 Mk., d. s. 3,4 %, ungedeckt.

Die Deckung erfolgte durch Roh- oder Fertigprodukte, durch Wertpapiere, in seltenen Fällen durch ausstehende Forderungen.

Neben der bedeutenden Ausbreitung des Kontokorrentverkehrs ging in jenen Jahren bei der Privatbank eine Weiterentwicklung anderer schon lange gepflegter, bezw. eine Aufnahme neuer Geschäftszweige einher.

So wurde die Erteilung von Vorschüssen auf gute Hypo-

theken ausgedehnt; der Scheckverkehr breitete sich immer weiter aus und verfügte über mehr als 150 Scheckeinlösestellen im Deutschen Reiche. Erwähnt sei ferner die Erweiterung des Lombardgeschäfts zu dem Reportgeschäft, wobei bekanntlich Effekten durch Durchführung von Effektentermingeschäften lombardiert werden.

Als neue Form der Kreditgewährung ist die Akzepterteilung seitens der Privatbank an Kaufleute und Industrielle zu nennen. Ultimo 1900 liefen 4550 Mk. Akzepte der Bank, erreichten jedoch schon 1905 die Summe von 100 000 Mk. (vgl. Tab. X). Im großen und ganzen war allerdings die Bank mit ihrem Akzepte ziemlich zurückhaltend, jedenfalls mehr als ihre Konkurrenz.

Daneben kamen ganz neue Geschäftszweige in Aufnahme: Die Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen auf alle größeren Städte des In- und Auslandes, — welch letzte Einrichtung besonders für das reisende Publikum von Wichtigkeit ist —; ferner die Gewährung von Baugeldern zur Förderung der mit dem Fall der Wälle aufgelebten Bautätigkeit, meist in Form sukzessiver Ratenanweisung eines Bausachverständigen gegen Wechsel des Kreditsuchenden; dann die Ablösung von Pfandbrief-, Hypotheken- und Grundschulden auf städtische und ländliche Besitzungen.

Endlich sei der anläßlich eines Umbaues der abermals zu beschränkten Bankräume eingerichteten feuersicheren Gewölbe- und Safesanlage gedacht, die hauptsächlich der Annehmlichkeit des Publikums dienen sollte.

Den mit der Industrialisierung des Ostens sowie mit der großartigen Entwicklung des Kontokorrentverkehrs an sie gestellten großen Ansprüchen suchte die Privatbank im Jahre 1899 durch eine weitere Kapitalserhöhung auf 6 Mill. Mk. gerecht zu werden, zumal sich mit steigendem Diskont auch die Kreditansprüche hoben.

Es wurden 1000 Aktien à 1 500 Mk. zum Kurse von 125 % mit dem Bezugsrecht von einer neuen Aktie auf 3 alte den alten Aktionären angeboten. Es waren im Gegensatz zu den bisherigen Emissionen Inhaberaktien. Das Kapital war bald voll gezeichnet. Der Agio floß nach Abzug der Emissionskosten, wie üblich, dem Reservefonds I zu.

Sehr wichtig für die weitere Entwicklung der D.P.A.B. war das Erscheinen der beiden anderen größeren Provinzialbanken des deutschen Ostens in Danzig.

Als erste übernahm die 1897 als Kreditbank in Königsberg gegründete Norddeutsche Kredit-Anstalt im Jahre 1898 die Danziger Bankfirmen Baum & Liepmann und errichtete in Danzig ihre erste Zweigstelle. Sie arbeitete damals mit einem Aktienkapital von 8 Mill. Mk.

Schon zwei Jahre später erschien die in Posen und Königsberg ansässige Ostbank für Handel und Gewerbe, die 1856 als Provinzial-Aktienbank des Großherzogtums Posen in Posen gegründet war und bis 1898 diese Firma behalten hatte. Sie gehörte zu den Privatnotenbanken, die, wie die Privatbank, 1890 ihr Notenprivileg aufgaben.

Diese beiden Banken verwirklichten also zum ersten Male im Osten den Gedanken, in der Provinz durch Gründung von Niederlassungen neue Stützpunkte zu gewinnen.

Das veranlaßte auch die D.P.A.B. aus ihrer reservierten Haltung herauszutreten, teils um das Absplittern ihrer alten ländlichen Kundschaft zu verhüten, teils um eine Erweiterung des Kundenkreises auf die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung sowie das kapitalkräftige Privatpublikum herbeizuführen. Das bedeutete nichts anderes, als eine Ausbreitung der Bank auf die Provinz durch Filialen und Agenturen, die berufen sein sollten, durch lokale Beziehungen einen neuen Stamm von Kunden zu schaffen und damit im Interesse der Liquidität der Bank einen Ausgleich in der Risikoverteilung herbeizuführen. Ferner sollte damit die Möglichkeit einer erhöhten Heranziehung fremder Gelder gegeben sein.

Tatsächlich hatte die Zahlungs- und Sparfähigkeit der ostelbischen Landwirtschaft seit der Besserung der Verkehrsbedingungen des Ostens erheblich zugenommen. Ein Bild dieser Zunahme geben die mit der wirtschaftlichen Potenz im Kausalzusammenhange stehenden Zahlen der gelieferten Getreidequantitäten, wobei allerdings nur die Zufuhren von Getreide *nach* Danzig in die Erscheinung treten.

Es kamen im Durchschnitt der Jahre folgende Getreidemengen aus dem Inneren des Landes nach Danzig (in 1000 t)[1]:

	inländisches	*ausländisches*	*zusammen*
1886—1890	86	145	231
1891—1895	97	113	210
1896—1900	144	93	237
1901—1905	179	63	242
1906—1910	260	95	355
1910	366	103	469
1911	471	129	600

Die Zahlen zeigen eine Zunahme der inländischen Getreidelieferungen innerhalb 25 Jahren um mehr als das Fünffache und damit bei geringerer Anteilnahme des ausländischen — besonders

[1]) Danzigs Handel und Industrie (herausgegeben von der Danziger Verkehrszentrale) 1912 S. 14 f.

des russischen und polnischen Getreides — ein relatives und absolutes Anwachsen der Anteilnahme inländischen Getreides an der Gesamtgetreidezufuhr nach Danzig. Die florierende Landwirtschaft brachte aber wiederum — und das ist noch heute so im Osten — auch vielen anderen Erwerbszweigen gute Jahre und machte sie sparfähiger.

Daher war der Gedanke der Errichtung von Agenturen in der Provinz Westpreußen, der schon 1857 im ersten Statut der Privatbank vorgesehen, damals aber wie auch später 1865 wegen Mangels an Kapital nicht zur Ausführung gekommen war, jetzt spruchreif und mit der gestiegenen Kapitalkraft der Bank ausführbar.

Am 24. Oktober 1900 wurde also in Stolp i. Pom. die erste Filiale der Privatbank errichtet. Damit hatte die Bank den ersten Schritt hinausgetan, nicht nur aus Danzig, sondern sogar hinaus aus Westpreußen und zugleich ihre Entwicklung von einer Lokalbank zur Provinzialbank begründet.

Das gefestigte Vertrauen zur Privatbank, das die neue Aktienemission noch gestärkt hatte, drückte sich in der Zunahme der Umsätze, besonders auf Depositen-, Kontokorrent-, Wechsel- und Lombardkonto aus, woraus zugleich auf eine gesteigerte Kundenzahl zu schließen ist.[1])

Folgende Tabelle veranschauliche den Fortschritt des laufenden Geschäfts der Privatbank in den Jahren 1898—1900 (Bestand per Ultimo in Millionen Mark):

Jahr	Depositen	Kontokorrent	Wechsel	Lombard	Gesamtumsatz
1893–1897 (Durchschnitt)	3,92	7,22	1,31	3,33	384,32
1898	3,86	6,84	1,55	2,49	421,68
1899	6,17	9,68	1,42	3,89	410,80
1900	11,66	11,88	5,16	4,78	548,44

Das Ergebnis dieser Tabelle stellen die folgenden Zahlen nach Prozenten dar. Es betrug die Steigerung zirka:

	1899—1900	1898—1900
Depositen	90 %	200 %
Kontokorrent	20 %	70 %
Wechsel	270 %	230 %
Lombard	25 %	100 %
Gesamtumsatz	33 %	30 %

[1]) 1900.

Wir ersehen hieraus den gewaltigen Aufschwung, der die neueste Periode der Privatbank einleitete.

Das Depositenkonto führte übrigens von 1899 an buchmäßig nur noch zwei Konten, von denen das eine die bisher 2 monatlich kündbaren Depositen als Gelder „ohne Kündigung und mit 1 monatlicher Kündigung", das andere die bisher 3- und 6 monatlichen sowie die verschieden kündbaren Depositen als Gelder „mit längerer Kündigung" aufnahm.

Allerdings brachte schon das Jahr 1901 mit der allgemeinen Krisis auch für die Privatbank eine schwere Zeit. Vor allem hatte sie manche Sorge um ihre neu gegründeten Industrieunternehmungen auszustehen.

Die durch den südafrikanischen Krieg und die chinesischen Wirren sowie durch die Überproduktion hervorgerufene Anspannung des deutschen Geldmarktes hatte zu bedeutenden Krediteinschränkungen im Reiche gezwungen. Die daraus resultierende allgemeine Krisis fand in Danzig speziell noch insofern neue Nahrung, als hier noch schlechte Getreidejahre — der Rückgang des Getreideexports von 1900 bis 1901 war allein 23 % — das ihrige taten, den allgemeinen Zustand zu verschlimmern.

Neben den verwandten Erwerbszweigen, der Reederei und den Bearbeitungsgewerben, wurden besonders hart das Baugewerbe und, wie wir bereits im einzelnen sahen, die neu entstandenen Industrieunternehmungen getroffen.

Eine Reaktion auf die dahinter stehende D.P.A.B. konnte in diesem Falle nicht ausbleiben: Es wurden nicht unbedeutende Abschreibungen nötig.

Den Verlusten der D.P.A.B. auf Konsortialkonto stand zwar im ersten Semester 1901 ein befriedigender Verlauf des regulären Bankgeschäfts gegenüber, doch bald ließ auch dieses nach, trotz des guten Erfolges der neuen Stolper Filiale. Die schlechte Getreide- und Zuckerrübenernte nebst der geringen Holzeinfuhr, besonders im Jahre 1902, drückte naturgemäß der ganzen wirtschaftlichen Lage Danzigs und somit der D.P.A.B. ihren Stempel auf.

Befördernd auf die Abwanderung der Depositen wirkte auch das Weichen des Diskonts von durchschnittlich 5,34 % im Jahre 1900 auf 4,10 % im Jahre 1901 und im folgenden Jahre sogar auf 3,32 %.

Die folgende Tabelle soll den Rückgang in den wichtigsten Geschäftszweigen der Privatbank von 1900 auf 1902 zeigen. Sie bildet zugleich eine Ergänzung zu der Tabelle auf S. 67.

Es war der Bestand per Ultimo in Millionen Mark:

Jahr	Depositen	Kontokorrent	Wechsel	Lombard	Gesamtumsatz
1900	11,66	11,88	5,16	4,78	548,44
1901	8,52	11,26	3,65	3,46	583,94
1902	7,52	9,76	5,35	3,12	442,30

Wir finden auf Depositen-, Kontokorrent- und Lombardkonto sowie im Gesamtumsatz eine mehr oder weniger große Abnahme, während das Wechselkonto nach starkem Sinken im Jahre 1901 im folgenden Jahre wieder emporschnellt.

Nach außen hin drückte sich die Wirkung der Krisis auf die Privatbank in ihrer Dividende pro 1901 und 1902 mit nur je 5 % aus, einem Satze, den sie das letztemal 1879 verteilt hatte, wobei allerdings zu beachten ist, daß das Kapital inzwischen auf das Doppelte gewachsen war.

Das Jahr 1903 brachte eine Erholung von dieser Depression. Es begann das Erwerbsleben Danzigs wie der Geschäftsgang der D.P.A.B. jetzt einer aufsteigenden Linie zu folgen, die mit nur einer Senkung im Jahre 1907/08 bis heute noch diese Tendenz beibehalten hat.

Der Getreidehandel Danzigs wurde relativ immer weniger abhängig von seinem weiteren Hinterlande, da die inländische Ernte einen stetig größer werdenden Anteil an der Getreidezufuhr Danzigs nahm. Neben Getreide wurde auch das Zucker- und Holzgeschäft lebhafter, was sich, wie gewöhnlich, auch im Gewerbe und auf dem Arbeitsmarkte Danzigs günstig bemerkbar machte.

Auch die Industrie Danzigs zeigte ein freundlicheres Aussehen.

Die Rückwirkung der allgemein gebesserten Wirtschaftslage auf die D.P.A.B. blieb nicht aus. Sie fühlte sich stark genug den von ihr eingeschlagenen Weg der Filiation weiter zu verfolgen. Sie richtete also 1903 in Mewe (Wpr.) und Marienburg (Wpr.) Agenturen ein, von denen die letzte 1905 in eine Filiale verwandelt wurde. Im Jahre 1904 folgten eine Filiale in Graudenz (Wpr.) sowie eine Agentur in Berent (Wpr.); zu gleicher Zeit erhielt die Stolper Niederlassung, die bisher gut abschloß, ein neues eigenes Bankgebäude. Das folgende Jahr brachte Dirschau (Wpr.) und Deutsch-Eylau (Wpr.) Agenturen sowie Köslin (Pom.) eine Depositenkasse.

Das Jahr 1906 brachte mit seiner wirtschaftlichen Hochkonjunktur der Allgemeinheit ein gutes Geschäftsjahr, der D.P.A.B. zugleich am 16. Juni ihr 50jähriges Geschäftsjubiläum. Bei dem

stetig gesteigerten Verkehr wurde abermals ein Umbau nötig. Es wurde daher das im Jahre vorher von der Westpreußischen Provinzial-Landschafts-Direktion für 375 000 Mk. gekaufte Grundstück Langgasse Nr. 34, das an das bisher auf Langgasse Nr. 33 beschränkte Geschäftslokal anstößt, mit den bisherigen Räumen verbunden.

Die aufsteigende Linie des wirtschaftlichen Lebens erreichte im Jahre 1906 bis auf weiteres ihren Höhepunkt, der sich auch in der Besserung des Baumarktes aussprach, der mit Recht als bestes wirtschaftliches Barometer gilt.[1]) Es konnte nicht ausbleiben, daß auch die Geschäfte der Privatbank an der allgemeinen Aufwärtsbewegung teilnahmen, wozu noch zum Teil der hohe Durchschnittsdiskontsatz von 5,15 % beitrug.

Die folgenden Zahlen sollen ein Bild von diesem enormen Fortschritt der Privatbank in den Jahren 1900—1912 geben.

Es betrug nämlich der Bestand per Ultimo in Millionen Mark:

Jahr	Depositen	Kontokorrent	Wechsel	Lombard	Effekten	Gesamtumsatz
1900	11,66	11,88	5,16	4,78	1,37	548,44
1903	7,12	10,82	3,75	3,16	1,32	465,57
1906	13,04	15,90	7,18	3,51	1,49	843,13
1909	14,34	26,99	8,20	—	2,02	1067,90
1912	20,87	43,73	10,60	—	2,63	2107,52

Der auf allen Konten sichtbare Niedergang im Jahre 1903 ist der Nachwirkung der Krisis von 1901 zuzuschreiben, während die Zahlen von 1906 ab eine deutliche Sprache reden von der Aufwärtsbewegung der Privatbank in den Wogen der Gesamtwirtschaft Danzigs.

Zugleich sind sie ein Beweis dafür, daß der von der Bank eingeschlagene Weg, sich durch Filiation ihr Betätigungsfeld in der Provinz zu erhalten und auszudehnen, der richtige war.

Daher breitete die Bank sich im Jahre 1906 in Westpreußen und Pommern weiter aus durch Errichtung einer Depositenkasse in Lauenburg i. Pom. sowie Agenturen in Culmsee (Wpr.), Lessen (Wpr.), Straßburg (Wpr.) und Schwetz (Wpr.).

In demselben Jahre führte die Bank, um ihr Kapital in ein besseres Verhältnis zu den Verbindlichkeiten zu bringen, eine Kapitalserhöhung um 2 Mill. Mk. auf 8 Mill. Mk. durch, von denen

1332 Inhaberaktien auf je 1500 Mk.,
2 „ „ „ 1000 „

[1]) V.d.K. 1909 Einleitung.

lauteten, mit der Maßgabe, daß jede Aktie à 500 Tlr. oder 1500 Mk. 3 Stimmen, jede à 1000 Mk. 2 Stimmen in der Generalversammlung haben sollte.

Von diesen neu emittierten Aktien erhielt der alte Inhaber der Firma Heinrich Westphal & Sohn in Stolp 400 500 Mk. in Zahlung auf die bei dieser Firma neu aufgenommene Kommanditbeteiligung, während der Rest mit 1 599 500 Mk. von einem Konsortium zum Kurse von 120 % den alten Aktionären angeboten wurde. Diese konnten das Bezugsrecht von je einer neuen Aktie auf vier alte ausüben. Das Agio kam mit 235 215 Mk. wie üblich zum Reservefonds I.

Das Konsortialkonto der Bank stieg infolge der Beteiligung an Staats- und Eisenbahnanleihen sowie durch die dauernde Kommanditbeteiligung bei Heinrich Westphal & Sohn auf mehr als das Dreifache des Vorjahrs; es waren Ultimo 1906 1 327 837 Mk. gegen 416 606 Mk. Ultimo 1905.

Die D.P.A.B. überstand diese Zeit gut, trotz der enormen Ausfälle im Konsortialgeschäft, und vermochte sogar 1906 6½ %, von 1907 ab 7½ % Dividende auszuschütten.

Jetzt war die schwere Zeit der neu erwachenden Industrialisierung des Ostens für die Privatbank überwunden, da brachte die wirtschaftliche Depression von 1907 wieder neue Sorgen.

Die Mitte 1907 immer mehr zum Stillstand kommende Aufwärtsbewegung des Wirtschaftslebens verwandelte sich nämlich allmählich ins Gegenteil. Die Geldknappheit, noch verschärft durch amerikanische Finanzkatastrophen, machte die Hypothekenbeschaffung für die mit dem Baugewerbe in Beziehung stehenden Handels- und Fabrikationszweige besonders schwer und führte infolgedessen zu manchem Zusammenbruche.

Die Danziger Banken hatten daher eine schwere Zeit, doch konnten sie ihr Teil dazu beitragen, die Krisis, deren Wirkung allerdings nicht entfernt an die von 1873 heranreichte, in Danzig auf das Mindestmaß zu beschränken, wobei ihnen nicht unwesentlich der meist hohe Bankdiskont zustatten kam, der Ende 1906 7 %, Ende 1907 sogar 7½ % betrug.

Auch die D.P.A.B. wurde in Mitleidenschaft gezogen. Bei ihr selbst machten sich die Nachwirkungen besonders 1908 bemerkbar — in diesem Jahre kamen auch die Niederlassungen Stolp und Graudenz nicht ohne Verlust davon —, während sie 1907 in der Hauptsache nur unter dem Kursnachlasse der Staatspapiere und Renten zu leiden hatte, der Ende des Jahres Abschreibungen von über 62 000 Mk. auf Effektenkonto nötig machte.

Trotzdem vergrößerte sie infolge der Geldflüssigkeit des nächsten Jahres ihre Bestände an erstklassigen Effekten bald wieder, so daß sie Ultimo 1908 1 993 000 Mk. (gegen 1 572 000 M. des Vorjahres) ausmachten. Sie setzten sich aus Staatspapieren, landwirtschaftlichen Pfandbriefen, Danziger Hypotheken-Vereins-Pfandbriefen und anderen fest verzinslichen Schuldverschreibungen zusammen.

Die große Geldverbilligung der Jahre 1908/09 — der Diskont sank auf 4 % Mitte 1908 und war 1909 sogar 7 Monate hindurch nur 3 ½ % — brachte für die Banken ein außerordentlich ungünstiges Verhältnis zwischen Bankdiskont und Depositenzinssatz. So mußte auch die Privatbank dem höheren Depositenzinsfuße der öffentlichen Kassen folgen, um sich konkurrenzfähig zu erhalten, während bei ihren Aktivgeschäften der niedrige Reichsbanksatz für sie maßgebend war.

In diesen Jahren 1907—1909 war die Ausbreitung der Bank besonders lebhaft. Sie errichtete zwei Depositenkassen, nämlich 1907 in Zoppot (Wpr.), 1908 in Danzig-Langfuhr, die 1909 an den Markt verlegt und ausgebaut wurde. Die Agentur Culmsee wurde 1907 zur Depositenkasse erweitert, ebenso 1909 in Pr.-Stargard (Wpr.) eine neue Depositenkasse errichtet.

Ferner entstanden 9 Agenturen, und zwar 1907 in Schlawe (Wpr.), 1909 in Westpreußen: Karthaus und Neustadt,
in Ostpreußen: Neidenburg,
in Pommern: Belgard, Bublitz, Rügenwalde, Rummelsburg und Treptow an der Rega.

Die Bank übernahm endlich 1908 die infolge Todesfalls des Inhabers in Liquidation tretende Bankfirma Ernst Poschmann in Danzig und führte die Liquidation glatt durch.

Wir stehen jetzt mit unserer Schilderung in der Gegenwart. Die politischen Ereignisse der Marokkokrise in 1911, des italienisch-türkischen und der Balkankriege im Jahre 1912 sind noch in aller Erinnerung.

Die Banken hatten, wie der gesamte Wirtschaftsorganismus, eine schwere Zeit, in der sie nicht genug Zurückhaltung üben konnten. Die Kriegsfurcht hatte wieder die übliche Erscheinung der gesteigerten Depositenabhebung bei den Sparkassen gezeitigt. Trotz allem behielt infolge der herrschenden optimistischen Stimmung die Gesamtwirtschaft Danzigs ihre aufsteigende Tendenz bei.

Von grundlegender Bedeutung für diese Entwicklung Danzigs war vor allem die Förderung des Verkehrswesens. Dieses veranschaulichen die folgenden Zahlen, die einmal den Eisenbahnverkehr für Versand von Danzig (da nur dafür Vergleichszahlen

vorhanden sind), dann den Weichselverkehr von und nach Danzig geben.

Es betrug[1]) in t der Durchschnitt des Jahrfünfts:

	Eisenbahnverkehr	Weichselverkehr	Zusammen
1881—1885	227 600	149 800	377 400
1891—1895	292 600	211 200	503 800
1901—1905	677 700	218 800	896 500
1906—1911	1 007 500	249 000	1 256 500
Zunahme in 30 Jahren	ca. 800 000	ca. 100 000	ca. 900 000.

Diese Zahlen — die natürlich nur relative Größen geben können — zeigen einmal die gewaltige Zunahme der Zufuhren an Zucker, Getreide und Holz aus dem Hinterlande mit ca. 900 000 t in 30 Jahren, zugleich aber geben sie einen Beweis für die Verdrängung der alten Zufuhrstraße der Weichsel durch die Eisenbahn.

Dasselbe Bild zeigt sich im Seeverkehr. Auch hier hat der Dampf das Segel fast ganz aus dem Felde geschlagen.

Es gingen nämlich im Danziger Hafen ein und aus:

	Segelschiffe	Dampfer	Zusammen
1881	2035	1316	3351
1891	1261	2406	3667
1901	734	2785	3519
1911	635	4836	5471.

Die Wirkung dieser Verkehrsverbesserung zur See drückt sich in den Zahlen der gesamten Seeein- und -ausfuhr Danzigs aus. Sie betrug im Durchschnitt des Jahrfünfts[2]):

1881—1885	977 000 t
1891—1895	1 135 300 t
1906—1911	1 905 000 t.

Sie hat sich also in 30 Jahren verdoppelt.

Seine Abnehmer findet Danzig auf dem Weltmarkte:

Für Zucker ist es hauptsächlich Großbritannien, Westdeutschland, Norwegen und Dänemark. — Für Getreide kommen neben dem Hauptabnehmer Großbritannien besonders Norwegen, Schweden, Dänemark und Finnland in Betracht. Die vier letztgenannten Länder beziehen durchschnittlich über 100 000 t jährlich, das sind $^2/_5$ der Getreideausfuhr und über $^1/_7$ der Gesamtausfuhr Danzigs.[3]) — Für Holz ist hauptsächlich Großbritannien zu nennen.[4])

---

[1]) Danzigs Handel und Industrie S. 10.
[2]) Danzigs Handel und Industrie S. 9.
[3]) K. Thieß, „Danzig und Skandinavien" in Nordland 1912 Heft 9 S. 2.
[4]) Danzigs Handel und Industrie S. 18.

Auch die Industrie war in ruhiges Fahrwasser gekommen und macht heute im allgemeinen die aufsteigende Bewegung mit.

Ebenso günstig entwickelte sich das Geschäft der Danziger Banken. Von wesentlicher Bedeutung war dabei der wachsende Wohlstand im Osten, der es infolge günstiger Lage fast aller Erwerbszweige wie besonders der Landwirtschaft zu fortschreitender Kapitalbildung brachte.

Diesem Vorgange hatte auch die D.P.A.B. Rechnung getragen, indem sie, wie wir sahen, immer zahlreichere Niederlassungen in Westpreußen, Ostpreußen und Pommern errichtete.

Wie wesentlich diese Beziehungen zu der Provinz für die Privatbank wurden, zeigt uns ein Blick auf die Tabelle S. 70: Alle Konten — das Lombardkonto ist leider auf dieser Tabelle nur bis 1906 zu verfolgen, da es seit 1909 buchungsmäßig unter den Debitoren verschwindet; es weist jedoch ebenfalls in neuerer Zeit eine große Steigerung auf — alle Konten also haben sich seit 1900, seit der Entwicklung der Privatbank zur Provinzialbank, wesentlich gehoben. Das Depositen-, das Wechsel- und das Effektenkonto ist in den 12 Jahren 2 mal, der Verkehr in laufender Rechnung 3 mal, der Gesamtumsatz sogar fast 4 mal größer geworden.

Die Privatbank hat also ihren Zweck, den sie mit der Errichtung von Niederlassungen verfolgte: immer mehr für Handel, Industrie und Landwirtschaft in den östlichen Provinzen ein Kreditinstitut zu werden und so zur Hebung des Kredits im Osten beizutragen, vollkommen erreicht. Das bestätigt die große Zahl der Beziehungen der Bank zur Provinz.[1])

Daß ihr eigener Nutzen dabei nicht zurücksteht, zeigt die von 1907 an $7^1/_2$ % betragende Dividende.

Dabei ist die bedeutende Konkurrenz der anderen Banken wohl zu berücksichtigen, die, wie die Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen/Königsberg oder die Norddeutsche Kredit-Anstalt in Königsberg, in Danzig sowohl wie im ganzen Osten durch Filialen vertreten sind.

Von den in Danzig selbst domizilierenden Banken machen noch die Reichsbankhauptstelle und der Danziger Sparkassen-Aktien-Verein der Privatbank bedeutendere Konkurrenz — wir werden noch später darüber zu verhandeln haben —, dagegen tritt die Landschaftliche Bank der Provinz Westpreußen bei einem Gesamtumsatz von fast 700 Mill. Mk. im Jahre 1912 gegen 2107 Mill. Mk. der D.P.A.B. außer im Effektengeschäft nur im Kontokorrent mit erheblicheren Umsätzen (1912: 118 683 000 Mk. inkl. laufende Rechnung mit Banken und Bankhäusern sowie

[1]) 1910.

Vorschuß- und Lombard-Verkehr gegen 884 279 000 Mk. inkl. Lombard und Giro der Privatbank) hervor, während der Vorschußverein zu geringe Umsätze erzielt, um als nennenswerte Konkurrenz für die Privatbank in Betracht zu kommen.

In der Provinz erwächst den Niederlassungen der Aktienbanken eine nennenswerte Konkurrenz durch die Genossenschaftsbanken, die ihren Genossen zu billigeren Sätzen Kredite erteilen, sowie fremde Gelder durch günstigere Konditionen an sich ziehen. Eine Konkurrenz der Berliner Großbanken durch Filialerrichtung ist im Osten nicht vorhanden.[1])

In letzter Zeit ist übrigens diese Konkurrenz der Danziger Banken in manchen Punkten gemildert und in ein gewisses Zusammenarbeiten verkehrt worden, das sich in Danzig selbst wie auch in den Filialstädten bemerkbar macht.

Den Anstoß gibt teils die Berliner Stempelvereinigung, der ja schon eine Menge größerer Städte auf dem Wege einer Verständigung der Banken derselben Stadt zu gemeinsamem Vorgehen in gewissen Angelegenheiten gefolgt sind, teils der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E.V.) zu Berlin.

Bereits älteren Datums ist die Tatsache, daß Emissionen öfter von allen größeren Danziger Banken gemeinsam übernommen werden und die Ausschreibungen in den Tageszeitungen oft für alle betreffenden Banken in einer Annonce vereint erfolgen. Neuerdings ist eine Übereinkunft der Danziger Banken dahin zustande gekommen, daß die beteiligten Institute sämtliche Einzahlungen, die nach $12^1/_2$ Uhr gemacht werden, erst für den folgenden Werktag valutieren. Auch eine Vereinbarung über Depositenzinssätze ist angebahnt worden, jedoch bisher noch nicht getroffen.

Erwähnt sei übrigens, daß die Privatbank in Übereinstimmung mit den Gepflogenheiten einer großen Anzahl von Kreditbanken seit 1909 alle zwei Monate ihren Status veröffentlicht, seit Oktober 1911 nach dem von der Reichsbank angeregten Bilanzschema. Unter den 86 veröffentlichenden Kreditbanken mit einem Kapital von über 1 Mill. Mk. steht die D.P.A.B. an 34. Stelle.[2])

Die bald nach der Gründung der Deutschen Bank beginnenden eng freundschaftlichen Beziehungen der D.P.A.B. zu genannter Bank bestehen noch heute fort.

Die Erweiterung des Kundenkreises, die großen Einlagen fremder Gelder, sowie das Bestreben sich weiter auszudehnen, veranlaßten die Privatbank zu zwei weiteren Kapitalserhöhungen in den Jahren 1910 und 1911.

---

[1]) Nach Nordosten ist am weitesten vorgedrungen die Bank für Handel und Industrie, die in Stargard i. Pom. eine Niederlassung unterhält.

[2]) vgl. Reichsanzeiger vom 30. März 1913 Beil. Nr. 5.

1910 kamen durch die Deutsche Bank, Berlin 2 Mill. Mk. neue Aktien der D.P.A.B. zur Ausgabe zum Kurse von 120 % bei einem Bezugsrecht von 3 Stück = 3000 Mk. neuen Aktien auf je 12000 Mk. alte. Die Aktien waren Inhaberaktien, wie auch die ursprünglich sämtlich auf Namen lautenden Aktien Nr. 1—3000 auf Antrag der Aktionäre zum Teil in Inhaberaktien umgewandelt wurden.

Inzwischen gewann die Bank in der Provinz neue Stützpunkte: 1910 wurde im April die alte Posener Bankfirma Goldschmidt & Kuttner übernommen und zur Filiale umgewandelt. Desgleichen folgten eine Filiale in Elbing und die Erweiterung der Neustädter Agentur zur Depositenkasse. Auch das neue Stadtviertel am Danziger Hauptbahnhofe, wohin der Verkehr sich neuerdings lebhafter wandte, erhielt eine Depositenkasse. Agenturen wurden errichtet in Riesenburg (Wpr.) und Schivelbein (Wpr.).

Das Jahr 1911 brachte die Depositenkassen in Dt.-Krone (Wpr.), Falkenburg (Pom.) und in Danzig-Neufahrwasser; ferner erhielt die Filiale in Marienburg ein neues Bankgebäude, während das Haus der Graudenzer Filiale angekauft wurde.

In demselben Jahre trat die Privatbank in freundschaftliche Beziehungen zu der 1904 gegründeten Kommanditgesellschaft Danziger Vereinsbank, Stein, Laasner & Co. in Danzig, bei der sie sich seitdem kommanditarisch beteiligt.

Damit hört bis auf weiteres die Ausbreitung der Bank auf. Die Konkurrenz der anderen Banken des Ostens macht sich selbst in kleineren Plätzen so sehr bemerkbar, daß eine Erweiterung des Arbeitsfeldes dort kaum noch möglich erscheint.[1])

Überblicken wir die Gesamtausdehnung der D.P.A.B. bis Ende 1912, so finden wir neben der Zentrale in Danzig und

3 Stadtdepositenkassen noch
5 Filialen,
8 Depositenkassen,
15 Agenturen und
2 Banken mit Kommanditeinlagebeteiligung.

Die Bank ist also vertreten (außer in Danzig und Vororten):

in 16 Orten der Provinz Westpreußen,
„ 10 „ „ „ Pommern,
„ 1 „ „ „ Ostpreußen und
„ 1 „ „ „ Posen.

Es sei hier noch einiges Allgemeine über die Niederlassungen der D.P.A.B. gesagt.

---

[1]) V.d.K. 1911 S. 30.

Da die Privatbank alle ihre Niederlassungen ohne Anlehnung an ein bereits bestehendes Geschäft gründete — die einzige Ausnahme ist die 1910 erfolgte Übernahme der Posener Bankfirma Goldschmidt & Kuttner und ihre Umwandlung in eine Filiale der Privatbank —, hatten diese im Anfang einen mehr oder weniger schweren Stand und die Bank mußte, wie wir sahen, öfter zu Kapitalserhöhungen schreiten, um die großen Investitionen in den neuen Unternehmungen besser durchführen zu können.

Jedoch spricht dabei naturgemäß auch die Größe und Form der Niederlassung mit, denn die Kommandite, Filiale und sogar die Depositenkasse verursacht wegen ihrer Größe bedeutend mehr Anlagekosten wie auch Generalunkosten als die Agentur.

Die Agentur, die bekanntlich nach deutschem Rechte nicht eintragungsfähig ist, wird bei der Privatbank durch einen Bankagenten versehen. Es werden dazu ortsangesessene, angesehene Persönlichkeiten auserwählt, die sich in guter finanzieller Lage befinden, z. B. selbständige Kaufleute oder Rechtsanwälte.

Der Agent handelt im Namen der Privatbank und hat begrenzte Vollmacht, die sich in der Hauptsache auf die Annahme von fremden Geldern und Effekten, auf den Giro- und Scheckverkehr und ähnliches bezieht. Über empfangene Depositenbeträge z. B. stellt der Agent im Namen der Bank Interimsquittungen aus, während die Ausfertigung des Depositenscheins durch die Bank selbst erfolgt. Der Agent ist meist an den Giroverkehr der Reichsbank, soweit diese am Ort vertreten ist, angeschlossen.

Sämtliche Agenturen, wie auch die Depositenkassen, Filialen und Kommanditen, stehen unter direkter Aufsicht der Zentrale. Eine Ausnahme machen nur die drei Pommerschen Depositenkassen, nämlich Köslin, Lauenburg i. Pom. und Falkenburg, welche der Aufsicht der Filiale Stolp unterstehen. Stolp wird wiederum von der Zentrale kontrolliert.

Die Privatbank sucht durch diese Kassen vor allem eine nähere Verbindung mit der Provinz: die Niederlassung zieht aus den Kreisen mittlerer und kleinerer Gewerbetreibenden sowie von kapitalkräftigen Privaten die Depositen an sich; sie effektuiert — mit Ausnahme der Agenturen — alle lokalen Kreditgeschäfte; sie steht daher in enger Fühlung mit den Erwerbszweigen und gibt die im Verkehr mit ihren Kunden über diese erworbenen Kenntnisse an die Zentrale weiter.

Es sind das regelmäßige Auszüge, die monatlich die Salden des Kontokorrentkontos und die Effektenengagements — diese werden neuerdings achttägig abgefaßt — enthalten. Auch über die hereingenommenen Wechsel sind Wechselzettel auszufüllen und täglich der Zentrale einzureichen. Die schwach entwickelte Industrie

macht die Führung von Spezialisten über diese, wie sie bei westlichen Banken üblich ist, unnötig.

Zur Regelung der Befugnisse der Niederlassungen der Privatbank sind seitens der Zentrale einheitliche Instruktionen erlassen. Die Vereinheitlichung kann in diesem Falle nichts schaden, da die Verhältnisse der einzelnen Kassen trotz ihrer Lage in verschiedenen Provinzen ziemlich überall dieselben sind.

Ein selbständiges Handeln ist den Niederlassungen in der Hauptsache nur in folgenden beiden Fällen gestattet: Sie dürfen Vorschüsse gegen börsengängige Effekten gewähren sowie Depositen annehmen.

Alle sonstigen Kreditgeschäfte dürfen nur nach Genehmigung der Zentrale vorgenommen werden.

Für die Beleihung von Effekten sind folgende Grenzen aufgestellt: Vom Staate garantierte mündelsichere Papiere (deutsche Reichsanleihe, preußische Konsols usw.) sowie Kommunalobligationen dürfen mit 90 %, fest verzinsliche Papiere (wie landwirtschaftliche Pfandbriefe, Hypothekenpfandbriefe usw.) mit 80 %, Aktien je nach spekulativem Charakter und Kursstand zwischen 50 % und 70 % beliehen werden. Einer Beleihung von Wechseln oder Hypotheken seitens der Niederlassung hat eine Genehmigung der Zentrale vorauszugehen.

Die Kontrolle, die monatlich erfolgt, erstreckt sich auf sämtliche Niederlassungen einschließlich der Kommanditen. Es werden sämtliche Bestände, wie Kasse, Sorten und Coupons, der Wechsel-, der Lombard- und der Effektenbestand sowie die betreffenden Buchungen Stück für Stück geprüft.

Diese genaue Kontrolle ist im Interesse einer steten Aufsicht der Zentrale über ihre Niederlassungen durchaus erforderlich. Die Zentrale der D.P.A.B. beschäftigt denn auch drei Herren und eine Dame ständig als Revisoren. Denn nur so ist ein dauerndes Zusammenarbeiten zwischen Zentrale und Niederlassungen und damit ein Nutzen aus der Filiation zu ziehen.

Dieser fruchtbaren Entwicklung der Privatbank nach außen durch Niederlassungen entsprach ein Ausbau der Geschäfte im Innern, besonders unter Berücksichtigung der neuzeitlichen Ansprüche des Publikums.

Den aus Österreich zu uns gekommenen Zweig der Diskontierung von Buchforderungen pflegt die Privatbank im eigentlichen Sinne zwar nicht, doch läßt sie sich wohl von ihren alten Kunden bei vorübergehend überzogenem Konto Buchforderungen als Sicherheit zedieren. Die Beleihung geschieht hier also generell

im Gegensatz zu der sonst üblichen speziellen Diskontierung der Buchforderungen.

Weiter räumt die Bank in neuester Zeit dem Publikum die Annehmlichkeit ein, Steuerzahlungen durch sie besorgen zu lassen, ferner gibt sie Beamten die Möglichkeit, Gehaltszahlungen seitens der vorgesetzten Behörde direkt auf ihr Scheckkonto einzahlen zu lassen.

Eine besondere Abteilung ist der Vermittlung erst- und zweitstelliger Hypothekenbeleihungen gewidmet.

Endlich erteilt die Bank jede Auskunft über Fundierung, Rentabilität und Kursentwicklung von Wertpapieren, sowie über sonstige Geschäftszweige und dient damit in der Hauptsache dem der Börse fernerstehenden Privatpublikum. Fortlaufend orientieren die wöchentlich erscheinenden „Neuesten Börsen-Nachrichten" über den Effekten- und Geldmarkt.

Da für 1912 infolge allgemein günstiger Wirtschaftsverhältnisse eine weitere Fortentwicklung zu erwarten stand, schritt die Bank zu einer weiteren Kapitalserhöhung um 4 Mill. Mk. auf 14 Mill. Mk., die wieder von der Deutschen Bank in Berlin übernommen und zu 122 % abgegeben wurden. Das Bezugsrecht wurde fast ausnahmslos gebraucht. Die Erhöhung war bei voller Dividendenberechtigung der Aktien pro 1912 in den ersten Monaten des genannten Jahres durchgeführt.

Allerdings legte die dauernde politische Unsicherheit, die sich mit einer großen Geldknappheit vereinigte, der Bank im Abschluß von Geschäften mit neuen Kunden eine ziemliche Reserve auf. Sie bevorzugte daher mehr ihre alten lokalen Verbindungen mit Handel und Industrie.

Auch auf die erstklassigen Papiere, besonders Staatspapiere, blieb die politische Lage bekanntlich nicht ohne Einfluß, so daß die Privatbank wiederum erhebliche Abschreibungen auf Effektenkonto vornehmen mußte und daher ein Zurückbleiben des Erträgnisses auf diesem Konto gegen das Vorjahr um 23 400 Mk. zu verzeichnen hatte.

Einen Ausgleich schaffte, wie schon 1906/07, der hohe Zinsfuß mit seinen besseren Erträgnissen auf Zinsenkonto.

Welche verhältnismäßig großen Summen in den letzten Jahren bei der Privatbank umgesetzt wurden, mögen einige Zahlen beweisen.

Es betrugen in 1000 Mk.

	Depositen-einzahlungen	Wechsel-diskontierungen	Kontokorrent-[1]) auszahlungen	Gesamt-umsätze
1909	22 687	110 414	412 800	1 067 900
1912	43 125	203 467	848 279	2 107 520
Steigerung	20 438	93 053	471 479	1 093 620.

Wir sehen, wie der Verkehr auf diesen wichtigsten Konten sich innerhalb der letzten drei Jahre fast verdoppelt, auf dem Kontokorrentkonto sogar mehr als verdoppelt hat.

Alle größeren Niederlassungen der Bank erhielten eine Safeeinrichtung in Stahlkammern. Diese Safes werden in vier verschiedenen Größen jahrweise zur Aufbewahrung von Wertgegenständen und Wertpapieren unter Mitverschluß des Inhabers und der Bank vermietet. Diese Einrichtung der Privatbank kommt immer mehr in Gebrauch, wie auch die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren und sonstigen Vermögensstücken in offenen Depots stetig mehr beliebt wird.

Die Bank suchte sich auch sonst, wie wir schon sahen, durch Einrichtungen, wie sie der heutige Bankbetrieb erfordert, stets auf der erforderlichen Höhe zu erhalten.

Überblicken wir die 56jährige Tätigkeit der D.P.A.B., so können wir beobachten, wie die Bank sich aus kleinen Anfängen heraus zu einem bedeutenden volkswirtschaftlichen Faktor im Wirtschaftsleben des deutschen Ostens emporgearbeitet hat.

Die erste Periode der Bank sehen wir eng verknüpft mit dem Notenprivileg, das trotz der billigen Beschaffungsmöglichkeit von Barmitteln doch zum großen Teil illusorisch gemacht wird durch die ablehnende Haltung der öffentlichen Kassen und besonders der Preußischen Bank sowie durch den damit verbundenen eng begrenzten Geschäftskreis.

Trotzdem greift die Bank in den schweren Kriegszeiten von 1866 und 1870/71 kräftig ein. Sie beweist ferner ihre gute Fundierung auf dem Vertrauen ihrer Klientel, als ihr im Jahre 1877 die Auflösung droht.

Und wenn sie nach außen nicht merklich hervortreten kann, so geht ihr innerer Ausbau doch immer vorwärts, indem sie immer neue Geschäftszweige in ihren Betätigungskreis zieht, in-

[1]) Bei den Umsatzzahlen des Kontokorrentverkehrs ist zu beachten, daß seit 1909 das Lombardkonto, seit 1910 auch das Girokonto auf Kontokorrentkonto fortgeführt werden. Allerdings wird noch ein Lombardkonto für bestimmte Verpfändungen geführt, doch tritt auch dort die bisher von uns gemachte Scheidung zwischen Lombard- und Kontokorrentkonto in den Hintergrund.

dem sie ferner ihr Wirkungsgebiet allmählich auch auf die Provinz ausdehnt.

Schon lange war sie soweit vorbereitet, um unbeschadet die Notenausgabe entbehren und den erweiterten Anforderungen einer Kreditbank entsprechen zu können, doch erst 1890 erhält sie die volle Freiheit einer Kreditbank durch Fortfall des Privilegs.

Die Folge ist eine Erweiterung der Geschäfte und die erste Kapitalserhöhung der Bank in dieser zweiten, der Übergangsperiode der Jahre 1891—1897. Eine dauernde Anlageschwierigkeit der disponiblen Gelder erkannten wir als ein Charakteristikum jener Jahre.

Mit dem Beginn der neuen Gründerzeit im deutschen Osten tritt auch die Privatbank mit dem Jahre 1898 wieder mehr hervor und beteiligt sich an mehreren industriellen, an Verkehrs- und Handelsunternehmungen.

Parallel damit geht der Ausbau des Filialnetzes in den Provinzen Westpreußen, Ostpreußen, Pommern und Posen und eröffnet der Bank einen steigenden Einfluß auf die Wirtschaft der östlichen Provinzen. Die Kapitalserhöhungen häufen sich und das Vertrauen, das die Bank genießt, wird immer stärker.

So ist der große und anhaltende Aufstieg der Passiv- wie der Aktivgeschäfte, die Ausdehnung des gesamten Wirkungsgebietes der Bank bis heute wohl begreiflich. Beides ist so bedeutend, daß es bedauerlich erscheinen muß, daß die Privatbank die erst 1891 beschrittene Bahn als Kreditbank nicht schon früher eingeschlagen hat.

In der festen Zuversicht auf kommende günstige Zeiten hat die Bankleitung sich schon 1910 durch Grundstückserwerb die Möglichkeit zur Ausdehnung ihres Geschäfts gesichert. Schon heute ist diese Erweiterungsnotwendigkeit in greifbare Nähe gerückt.

2. Abschnitt: Die D.P.A.B. als privatwirtschaftliches Unternehmen.

Nachdem uns der 1. Abschnitt vom Standpunkt des Historikers aus einen Einblick in die geschichtliche Entwicklung der D.P.A.B. wie auch in die Entwicklung der als Hintergrund dienenden allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse Danzigs gewährt hat, soll uns dieser Abschnitt noch mehr in die Bank hineinführen und sie uns in ihrem Handeln vom rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte zeigen.

I. Die Kapitalbeschaffung.

Die Grundlage jedes Bankbetriebes ist das Kapital, mit dem er arbeitet. Dieses „arbeitende Kapital" setzt sich jedoch, wie bei jeder Bank, so auch bei der D.P.A.B. aus verschieden qualifizierbaren Kapitalteilen zusammen, und zwar einmal aus dem sogen. Unternehmungskapital, das aus Aktienkapital und echten Reserven besteht und der Bank dauernd erhalten bleibt, dann aus den befristeten Betriebsmitteln, d. h. Geldern, die der Bank jederzeit gekündigt werden können. Darunter sind zu verstehen: Seitens der Bank selbst emittierte Noten, Depositen, Kontokorrentkreditoren, Giroeinlagen und Akzepte.

Wir wollen nunmehr den einzelnen Kategorien dieser Kapitalteile unsere Betrachtung zuwenden, bemerken jedoch von vornherein, daß wir die erwähnten echten Reserven vorläufig ausscheiden und der Besprechung für später vorbehalten.

Das Aktienkapital der D.P.A.B., das nach den Normativbestimmungen für Privatnotenbanken[1]) im Maximum auf 1 Mill. Taler normiert war, war bis zum 25. November 1857 voll eingezahlt im Besitze der Bank. Die 2000 Namensaktien à 500 Tlr. waren voll dividendenberechtigt.

Doch schon in wenigen Jahren reichte dieses Aktienkapital nicht mehr aus für den schnell emporblühenden Betrieb, und Direktion und Verwaltungsrat suchten im Jahre 1865 eine Kapitalserhöhung von 1,5 Mill. Mk. auf 4,5 Mill. Mk. herbeizuführen. Zugleich sollte die von den Normativbestimmungen ebenfalls auf 1 Mill. Tlr. = 3 Mill. Mk. festgesetzte Notenemission um 1,5 Mill. Mk. erhöht werden. Mit Hilfe dieser Kapitalserhöhung gedachte man die schon im Statut 1857 in Aussicht gestellte Errichtung von Agenturen in der Provinz zu verwirklichen, außerdem motivierte die Bank diese Forderung damit,[2]) daß mit Erweiterung der Mittel auch die Ablehnung sonst solider und sicherer Geschäfte, die oft zu Mißverständnissen Anlaß gäbe, fortfiele, daß ferner eine so bedeutend erhöhte Sicherheit das Publikum auch mehr bestimmen werde, seine momentan müßigen Geldvorräte vorzugsweise der Bank zu überweisen. Wir sahen beide Anträge am Widerstande der Regierung wie der Aktionäre scheitern. Der einzige Erfolg in dieser Angelegenheit war die Aufnahme des § 6 in das revidierte Statut von 1867, der lautete: „Eine außerordentliche Generalversammlung kann die Erhöhung des Grundkapitals auf 1 500 000 Tlr. beschließen".

[1]) s. Anm. 8.
[2]) 1865.

Doch noch fast 30 Jahre arbeitete die Privatbank mit dem gleichen Aktienkapital von 3 Mill. Mk. Erst der mit Erlöschen des Notenprivilegs seit 1. Januar 1891 sich in erhöhtem Maße einstellende Kapitalmangel — er war auch bis dahin oft in den Berichten der Bank zum Ausdruck gekommen — führte zur ersten Kapitalserhöhung im Jahre 1894, und zwar um jene 500 000 Tlr. = 1,5 Mill. Mk. Damit betrug das Aktienkapital 4,5 Mill. Mk.

Die mit dem Jahre 1898 in erheblichem Maße einsetzende Industrialisierung des deutschen Ostens im allgemeinen sowie die Ausbreitung der D.P.A.B. auf die östlichen Provinzen im speziellen waren dann in der letzten Periode der Bank die Gründe zu immer erneuten Aktienkapitalserhöhungen. So fanden denn auch statt:

1899	eine	Erhöhung	um	1,5	Mill.	Mk.	auf	6	Mill. Mk.
1906	"	"	"	2	"	"	"	8	" "
1910	"	"	"	2	"	"	"	10	" "
1912	"	"	"	4	"	"	"	14	" "

Die Aktien waren seit der Emission im Jahre 1899 stets Inhaberaktien; die in den Jahren 1857 und 1894 ausgegebenen Namensaktien konnten später gleichfalls auf Antrag des Besitzers in Inhaberaktien verwandelt werden.

Der Emissionskurs war 1894 125 %, 1899 wieder 125 % für die Aktionäre, der sonstige Zeichnungspreis 128,50 %. In den Jahren 1906 und 1910 wurden die neuen Aktien den bisherigen Aktionären mit je 120 % angeboten, während 1912 122 % erzielt wurden.

Das Bezugsrecht wurde immer mehr erschwert. Es kamen nämlich 1894 auf je zwei alte Aktien eine junge, 1899 stellte sich das Verhältnis sogar 3:1, 1906 4:1, 1910 12:3, um dann 1912 wieder auf 5:2 zu sinken.

Die Zulassung der Aktien an der Berliner Börse erfolgte je in den Emissionsjahren, seit 1910 auf Antrag der Deutschen Bank.

Die Emissionen, die seit 1906 von der Deutschen Bank in Berlin übernommen wurden, fanden stets raschen Absatz, so daß die Privatbank mit dem Erfolge stets zufrieden sein konnte.

Nicht so kann man das von der der D.P.A.B. als Privatnotenbank bis 1890 gestatteten Notenemission sagen. Sie war zwar für die Bank die billigste Beschaffungsart von Betriebskapital, zugleich aber auch in ihrer Ausdehnung durch die Normativbestimmungen sehr beschränkt und infolge der ablehnenden Haltung der Staatskassen sowie der Preußischen Bank und besonders der Reichsbank den größten Schwierigkeiten ausgesetzt.

Der im Maximum auf 3 Mill. Mk. festgesetzte Notenumlauf

erreichte nämlich tatsächlich nur folgende Summen. Im Durchschnitt der Jahre:

1861—1865:	2 921 000	Mk.
1866—1870:	2 829 000	„
1871—1875:	2 796 000	„
1876—1880:	2 001 000	„
1881—1885:	2 405 000	„
1886—1890:	2 692 000	„ (vgl. Tab. XII Rubrik 1).

Doch diese als Zirkulationssummen genannten Zahlen waren für die Privatbank tatsächlich nicht in vollem Umfange disponible Gelder, sondern mußten noch mit mindestens $^1/_3$ in bar gedeckt sein. Diese Deckung, die sich in Wirklichkeit bei der Privatbank stets noch höher stellte (vgl. Tab. XII Rubrik 2), ist also noch in Betracht zu ziehen, wenn man den wirklichen Nutzen aus dem Notenprivileg erkennen will. Tab. XIII gibt in Rubrik 6 jährlich die freien, d. h. nicht bar gedeckten, Summen aus dem Notenprivileg, auf die wir später noch zurückkommen.

Neben dieser Einschränkung durch die Normativbestimmungen spielten, wie wir schon im 1. Abschnitt öfter sahen, die Präsentationsschwierigkeiten der Preußischen Bank und später der Reichsbank eine große Rolle. Das zeigen schon obige Zahlen, besonders der Jahre 1876—1880, in denen die Rückziehung von 1,2 Mill. Mk. Noten durch die Privatbank infolge jener erwähnten Schwierigkeiten ihren Ausdruck findet.

Noch besser erkennen wir die zunehmende Häufigkeit der Präsentation der Privatbanknoten seitens der Reichsbank und ihrer Vorgängerin aus folgenden Zahlen, die angeben, wie oft der durchschnittliche Notenumlauf der D.P.A.B. von ihr im Jahre eingelöst werden mußte; es geschah dieses im Durchschnitt der Jahre

1858—1860:	9,4	mal
1861—1865:	5,9	„
1866—1870:	5,7	„
1871—1875:	4,7	„
1876—1880:	7,9	„
1881—1886:	9,4	„ (vgl. Tab. XII Rubrik 5).

So erklärt es sich, daß die Kapitalversorgung durch Noten für die Privatbank nur von untergeordneter Bedeutung war.

Anders die am 30. Juni 1858 bei der D.P.A.B. eingeführte Annahme von Depositengeldern. Zwar war ihre Maximalgrenze gleichfalls bis 1865 auf 1 Mill. Tlr., von da ab auf 2 Mill. Tlr. = 6 Mill. Mk. festgesetzt, doch sie zeigten eine durchaus lebhaftere, weil freiere, Entfaltung als die Noten. Vorläufig mögen

die absoluten Zahlen ein Bild ihrer Bedeutung als Betriebsmittel für die Privatbank geben. Es betrug nämlich der Depositenbestand im Durchschnitt der Jahre:

1860—1869: 2 187 000 Mk.
1870—1879: 3 711 000 „
1880—1889: 4 435 000 „
1890—1899: 4 159 000 „
1900—1912: 12 584 000 „ (vgl. Tab. III Rubrik 2).

Besonders fällt hier das erhebliche Anschwellen seit 1900 ins Auge, wofür der Grund, wie schon im 1. Abschnitt erwähnt, in der Filiation der Bank zu suchen ist.

Parallel neben diesen zumeist aus privaten Kreisen stammenden Einlagen auf Depositenkonto laufen die hauptsächlich von kaufmännischer Seite stammenden Guthaben im Kontokorrent. Diese, bis 1890 in ihrem Bestande ziemlich schwankend (vgl. dazu Tab. XIII Rubrik 10), bildeten allerdings erst seit jenem Jahre, also mit dem Eintritt der D.P.A.B. in den Geschäftskreis einer Kreditbank, eine rationelle Ergänzung der Depositengelder. Die Durchschnittsbestände — in den jährlichen Beständen sind allerdings seit 1909 auch die Giroeinlagen enthalten — zeigen nämlich einen Fortschritt von

2 513 000 Mk. im Durchschnitt 1890—1899
auf 8 975 000 „ „ „ 1900—1912

(vgl. für die einzelnen Jahre Tab. IV Rubrik 10). Schon diese absoluten Zahlen charakterisieren die Kontokorrentkreditoren als einen, zumal in neuester Zeit, gleichfalls ganz bedeutenden Faktor der Kapitalbeschaffung für die Privatbank.

Es blieben nunmehr noch von befristeten Betriebsmitteln der Privatbank zu betrachten: die Giroeinlagen und die Akzepte. Während erste fast durchgehend in kleineren Summen (vgl. dazu Tab. XIII Rubrik 14) jährlich von Anbeginn der Bank in ihren Bilanzen erscheinen, tauchen die Akzepte erst in den allerletzten Jahren, nämlich mit einer Ausnahme erst seit 1904 auf. Ihr Höchstbetrag ist übrigens 1912 mit 2,9 Mill. Mk. erreicht: eine sehr geringe Summe gegenüber dem gesamten arbeitenden Kapital der Bank.

Diesem gesamten arbeitenden Kapital — auch „werbendes Kapital" genannt — und seiner Zusammensetzung wenden wir uns nunmehr zu (vgl. zu folgendem Tab. XIII). Es zeigt bei der D.P.A.B. folgende Steigerung. Setzt man das Jahr 1857 mit 3,9 Mill. Mk. Gesamtkapital = 100, so betrug es:

1860 mit 6,4 Mill. Mk. = 163,3
1870 „ 8,7 „ „ = 221,1

1880	mit	8,4	Mill.	Mk.	= 215,3
1890	„	12,8	„	„	= 327,0
1900	„	22,9	„	„	= 587,0
1910	„	45,9	„	„	= 1173,7
1912	„	59,8	„	„	= 1530,0.

D. h. also, das Gesamtkapital hat sich in den 56 Jahren gegen 1857 153 mal vergrößert! Dieses werbende Kapital setzt sich nun, wie gesagt, aus Unternehmungskapital (= dividendenberechtigtes Aktienkapital + echte Reserven) und aus den befristeten Betriebsmitteln zusammen. Diese Zusammensetzung hat sich aber bei der Privatbank in den einzelnen Zeitläufen sehr verschieden gestaltet.

Als erste Erscheinung drängt sich uns das Verhältnis zwischen Unternehmungskapital und befristeten Betriebsmitteln auf. Es zeigt sich nämlich, daß erstes die Tendenz hat zugunsten der befristeten Betriebsmittel zu sinken. Diese entgegengesetzte Tendenz beider Kapitalbestandteile ist selbst bei den vorhandenen Schwankungen einwandfrei aus folgenden Zahlen abzulesen, welche die Anteilnahme der beiden Kategorien des werbenden Kapitals an letztem zeigen. Es betrugen nämlich:

	Unternehmungskapital	Befristete Betriebsmittel
1857	77,0 %	23,0 %
1860	49,2 %	50,8 %
1870	40,9 %	59,1 %
1880	45,0 %	55,0 %
1890	30,5 %	69,5 %
1900	30,2 %	69,8 %
1911	23,6 %	76,4 %
1912	29,0 %	71,0 %.

Danach hat sich das Verhältnis beider Reihen von 1857 bis 1912 direkt umgekehrt. Es ist als sicher anzunehmen, daß die befristeten Betriebsmittel auch in Zukunft die eingeschlagene Richtung nach oben weiter verfolgen werden; daran ändert auch nichts der scheinbare Rückfall im Jahre 1912, dessen Ursache lediglich in der Kapitalserhöhung der Privatbank um 4 Mill. Mk. zu suchen ist.

Die schon 1860 gegen das Unternehmungskapital überwiegenden befristeten Betriebsmittel bestehen bis zu dem genannten Jahre zwar noch zum größeren Teile aus Noten — erwähnt sei, daß die Tab. XIII Rubrik 6 den jährlichen Notenumlauf abzüglich der Dritteldeckung darstellt, wobei die Deckung mit 1 Mill. Mk. angenommen wurde, wenn sie nicht zu ermitteln war —, doch schon vom Jahre 1861 ab werden die Noten stets, bis auf eine Ausnahme 1865, von den Depositengeldern übertroffen und sinken sogar seit 1872 unter die Hälfte der Depositen, um dann nach

einem kurzen letzten Anschwellen von 1887 an im Jahre 1890 mit Aufhebung des Notenprivilegs der D.P.A.B. ganz zu verschwinden.

Daneben steht das Unternehmungskapital von 1857 bis 1883 noch immer — im Verhältnis zu den einzelnen Positionen des Gesamtpostens „befristeten Betriebsmittel" — an erster Stelle, die es erst mit dem Jahre 1884 und der erheblichen absoluten und relativen Steigerung der Depositen an diese abtreten muß.

Hierin schafft jedoch schon das Aufhören des Notenprivilegs 1890 eine Änderung insofern, als es ein plötzliches relatives Anwachsen der Teilnahme des Unternehmungskapitals (mit 43,8 %) am Gesamtkapital bringt. Etwa in gleicher Höhe halten sich die Depositen, denen sich die Kontokorrentkreditoren mit nur 8,0 % sowie die Giroeinlagen mit 3,1 % an die Seite stellen.

Dieses relative Anwachsen des Unternehmungskapitals führt in den Folgejahren sogar bei steigendem Anteil der Kontokorrentkreditoren zu einem relativen Zurückbleiben der Depositen und damit bis zum Jahre 1899 zu folgender Zusammensetzung des Gesamtkapitals: An erster Stelle steht (mit über 40 %) das Unternehmungskapital, dann die Depositengelder mit einigen Prozenten weniger; ihnen folgen die Kontokorrentkreditoren, die teilweise sogar vor die Depositen treten — so 1897 mit 33,5 % gegen 24,5 % der Depositen —, endlich in weitem Abstande die Giroeinlagen.

Das Jahr 1900 stellt dann wieder die Depositen (mit 50,8 %) an die Spitze und auch die folgenden Jahre vermögen sie nicht zu verdrängen; das Unternehmungskapital, das von 1891 bis 1899, also in der zweiten Periode der Bank, die erste Rolle gespielt hat, tritt, wie früher von 1884 bis 1890, an die zweite Stelle, bis dann das Jahr 1909 folgende heute noch geltende Zusammenstellung des Kapitals bringt:

An erster	Stelle die Depositen	mit 35—36 %
„ zweiter	„ „ Kontokorrentkreditoren	„ 31—35 %
„ dritter	„ das Unternehmungskapital	„ 23—29 %

sowie die zum ersten Male 1900 mit 0,02 %, heute mit etwa 4—5 % erscheinenden Akzepte der Bank.

II. Die Einnahmen.

Wir wenden uns jetzt der Betrachtung der Einnahmen der D.P.A.B. zu, wobei bekanntlich Brutto- und Nettoeinnahmen zu scheiden sind.

Uns beschäftigen zuerst die Bruttoeinnahmen (vgl. dazu Tab. XIV). Diese setzen sich bei der Privatbank sowohl in ihrer

Zeit als Notenbank wie in der als Kreditbank in der Hauptsache aus Zinsen, Provisionen und Erträgnissen aus Effekten zusammen. Es treten ferner seit 1906 noch Gewinne aus dauernden Beteiligungen hinzu.

Die Gesamtzinsen bestehen bis Anfang der 1880er Jahre aus Zinsen auf inländische, Zinsen und Kursgewinne auf ausländische Wechsel, Zinsen auf Lombardgeschäfte und anderweitigen kleineren Zinserträgnissen. Seit 1885 etwa treten dann Zinsen aus laufenden Rechnungen mit 4,2 % des Aktienkapitals — gegen Wechsel 10,0 % und Lombard 3,6 % — hinzu, um schon 1895 die Zinserträgnisse des Wechsel- und Lombardkontos zusammengenommen zu übertreffen und sich 1907 — in diesem Jahre gestattet das Material den letzten Vergleich — auf 11,2 % des Aktienkapitals zu stellen gegenüber 6,7 % der Wechsel- und 3,1 % der Lombarderträgnisse. Im Durchschnitt stellt sich die Teilnahme des Kontokorrentkontos am Zinsgewinn:

auf 5,2 % des Aktienkapitals in den Jahren 1885—1889
„ 4,9 % „ „ „ „ 1890—1899
„ 8,0 % „ „ „ „ 1900—1907
(vgl. Tab. XIV Rubrik 6).

An zweiter Stelle der Zinserträgnisse sehen wir also heute Zinsen und Kursgewinne auf Wechsel stehen. Früher, vor dem Jahre 1892, also in der Zeit des Notenprivilegs der Privatbank, hatte der Wechselertrag sogar dauernd die erste Stelle aller Gewinne behauptet, denn damals war die Anlage in Wechseln größtenteils die privatwirtschaftlich lohnendste und zugleich die liquideste Anlage der Privatnotenbank. Zwar hatten sich die Schwankungen des Bankdiskonts auch auf den jährlichen Erträgen des Wechselkontos, das ja aufs engste mit jenem verknüpft ist, widergespiegelt, doch nie — mit Ausnahme der Jahre bis 1860, die hier nicht ins Gewicht fallen können — waren sie bis zur Eröffnung des Kontokorrentverkehrs unter 8 % des Aktienkapitals gesunken und erreichten 1875 mit 13,9 % des Aktienkapitals ihre Höchstsumme überhaupt. Die Durchschnittszahlen stellen sich hier auf:

9,4 % in 1860—1869
11,8 % „ 1870—1879
8,3 % „ 1880—1889
2,9 % „ 1890—1899
4,4 % „ 1900—1907 (vgl. Tab. XIV Rubrik 2).

Der Übergang von der Privatnotenbank zur Kreditbank im Jahre 1891 brachte also, wie ersichtlich, eine bedeutende Verschiebung der Wechselerträgnisse nach unten. An die erste Stelle

der Zinserträgnisse trat nunmehr der Kontokorrentverkehr mit 4,9%, ihm folgte das Lombardgeschäft, dessen Durchschnitte waren:

1860 — 1869: 2,1 %
1870 — 1879: 1,9 %
1880 — 1889: 2,5 %
1890—1899: 3,4 %
1900 — 1907: 2,7 % (vgl. Tab. XIV Rubrik 4).

Dann erst kam das Wechselgeschäft mit 2,9 %.

Erst die Zeit seit 1900 reihte dann wieder die Wechsel vor das Lombardgeschäft.

Dieses blieb denn auch an Umfang mit Ausnahme des Jahrzehnts 1890—1899 stets im Hintertreffen. Es war allerdings ein von der Privatbank recht gesuchtes, weil einträgliches Geschäft, doch verbot das Streben nach Erhaltung der Liquidität der Bank eine größere Anlage hierin.

Die erwähnten Zinserträgnisse ergeben, trotz ihrer großen Unterschiede an sich, doch — unter Abzug der bezahlten Zinsen — ein recht ruhiges Bild der Entwicklung der Gesamtzinseneträge und damit einen Beweis der gesunden Geschäftspolitik der Bank. Sie betragen nämlich im Durchschnitt:

1860—1869	9,7 %	des	Aktien-Kapitals	
1870—1879	9,8 %	„	„	
1880—1889	9,6 %	„	„	
1890—1899	8,3 %	„	„	
1900—1912	10,2 %	„	„	(vgl. Tab. XIV Rubrik 8).

Die Steigerung in der neuesten Periode der Bank hängt mit der erwähnten Entwicklung des Kontokorrentgeschäfts zusammen.

Doch dieses Kontokorrentgeschäft brachte nicht nur dem Zinsenkonto, sondern auch dem Provisionskonto erhebliche Zugänge an Erträgen, und gerade letztes ist besonders geeignet, den Charakter der Bank als Noten- bezw. als Kreditbank widerzuspiegeln, denn eben auf Provisionskonto zeigt sich der Einfluß des Kontokorrentgeschäfts am deutlichsten.

Folgende Zahlen, die den durchschnittlichen Provisionsertrag zeigen, mögen dieses veranschaulichen.

Er betrug:

1860—1869	0,06 %	des	Aktien-Kapitals	
1870—1879	0,08 %	„	„	
1880—1889	0,9 %	„	„	
1890—1899	1,6 %	„	„	
1900—1912	3,6 %	„	„	(vgl. Tab. XIV Rubrik 15).

Wir sehen hier im Gegensatz zum Zinsenkonto ein dauerndes,

recht erhebliches Anschwellen, nämlich um das sechzigfache in 53 Jahren.

Gleichfalls eine nicht geringe, wenn auch nur achtfache Steigerung hat das Erträgnis aus Effekten und (seit 1906) dauernden Beteiligungen aufzuweisen, und zwar stellen sich die Zahlen folgendermaßen:

Der Durchschnitt

1860—1869	betrug	0,2	%
1870—1879	„	0,6	%
1880—1889	„	1,02	%
1890—1899	„	1,09	%
1900—1912	„	1,6	% (vgl. Tab. XVI Rubrik 13).

Das Effekten- und Konsortialkonto nimmt also eine verhältnismäßig untergeordnete Stellung in den Bruttoeinnahmen der Privatbank ein.

Eine nähere Illustration des Zusammenwirkens der Zinsen sowie der Provisionen, ferner der Erträgnisse auf Effekten und dauernde Beteiligungen mag folgende Tabelle geben, bei der das Durchschnittsergebnis aus Effekten für das Jahrzehnt 1860—1869 mit 1 gesetzt ist. Es ergibt sich dann:

	Zinsen	Provisionen	Effekt. u. dauernde Beteilig.
1860—1869	48	1/3	1
1870—1879	49	1/2	3
1880—1889	48	5	5
1890—1899	41	8	5
1900—1912	55	18	8

Daraus ergibt sich das Verhältnis der drei Ertragskategorien seit Beseitigung des Notenprivilegs mit etwa:

1890—1899	8	:	1 1/2	:	1
1900—1912	7	:	2	:	1

während sich dieses Verhältnis z. B. bei den 9 Berliner Großbanken nach Bosenick[1]) auf etwa:

1/2 : 1/4 : 1/4—1/6

stellt. Daraus erhellt also, daß die Privatbank nicht so Gewinne aus risikovollen Geschäften, sondern in noch weitergehenderem Maße als die vergleichsweise angeführten Berliner Banken hauptsächlich Zinsen und Provisionsgewinne zu machen sucht.

All diese Erträge finden, wie gesagt, ihren Niederschlag im Bruttogewinn. Dieser hat sich in den 56 Jahren des Bestehens der Bank, abgesehen von Schwankungen infolge Konjunkturen,

[1]) vgl. Alfred Bosenick a. a. O. S. 86.

stetig aufwärts bewegt, und zwar absolut von 220 000 Mk. in 1858 auf 2 234 000 Mk. in 1912, hat sich also absolut verzehntfacht. Relativ hob er sich gleichfalls bedeutend.

Es ist vielleicht nicht uninteressant festzustellen, in welchem Maße die Zentrale sowie die einzelnen Zweigstellen der D.P.A.B. an diesem Endresultate mitwirken. Darüber geben uns nun die gezahlten Gemeindeeinkommensteuern Auskunft. Danach nahmen im Durchschnitt der Jahre 1911/12 und 1912/13 am Gesamtergebnis des Bruttogewinns teil: Die Zentrale (inkl. 3 Stadtdepositenkassen) mit 73,3 %, die 5 Filialen mit 19,4 %, von denen Stolp an erster Stelle mit 9,8 % steht; die 8 Depositenkassen trugen 5,65 % bei, während die 15 Agenturen mit nur 1,64 % die Reihe schließen. Das Geschäft spielt sich also zu fast drei Vierteilen in Danzig selbst ab, während nur über $^1/_4$ auf die Provinz entfällt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß ein großer Teil der Provinzgeschäfte in Danzig selbst abgewickelt wird.

Nach Absetzung der gesamten Geschäftsunkosten vom Bruttogewinn erhält man bekanntlich den sogen. „statistischen Reingewinn".[1]) Nach Abzug des jeweiligen Vortrages aus dem alten Geschäftsjähre erhält man den „Gesellschafts-Reingewinn",[1]) mit dem wir im folgenden unter der Bezeichnung Nettogewinn arbeiten.

Die folgende Zusammenstellung bringt die Brutto- und Nettogewinne, wie auch die Gesamtunkosten der Privatbank im Durchschnitte der einzelnen Dezennien in Prozenten des Aktien-Kapitals:

	Bruttogewinn	Nettogewinn	Unkosten
1860—1869	11,9 %	8,1 %	3,8 %
1870—1879	14,5 %	7,9 %	6,6 %
1880—1889	15,6 %	9,2 %	6,4 %
1890—1899	14,0 %	8,6 %	5,4 %
1900—1912	18,5 %	8,4 %	10,1 % (vgl. Tab. XV).

Die Nettogewinne, die sich absolut von 184 000 Mk. in 1858 auf 1 358 000 Mk. in 1912, also um das 7,4fache, relativ aber kaum gehoben haben, bleiben hier, wie ersichtlich — ganz abgesehen von den Schwankungen — allmählich immer mehr hinter den Bruttogewinnen zurück.

Ein recht anschauliches Bild der Entwicklung der Bruttogewinne gibt das Diagramm I. Hier sehen wir, wie sich Brutto- und Nettogewinn-Kurve ganz allmählich voneinander entfernen, so daß die ursprünglich 1857 kaum 1 % des Aktien-Kapitals betragende Spannung sich öfter (so 1874, 1886, 1908 usw.) auf

[1]) Nach Bosenick a. a. O.

9 %, ja 1907 sogar auf 14 % erweitert. Ganz evident zeigt das Jahr 1901 die Wirkung der Krisis, denn hier tritt die größte Spannung mit 19 % zutage. Der Bruttogewinn steigt erheblich, während der Nettogewinn ebenso stark sinkt; das ist das Bild von 1901. Ein Vergleich der Kurven der Gewinne und des Reichsbankdiskonts läßt merkliche Beziehungen zwischen beiden nicht hervortreten.

III. Die Unkosten.

Das stets zunehmende Zurückbleiben der Nettogewinne hinter den Bruttogewinnen, eine Erscheinung, die sich, besonders in neuester Zeit, bei fast allen Kreditbanken bemerkbar macht, hat ihren Grund in den dauernd steigenden Geschäftsunkosten.

Die gesamten Geschäftsunkosten, unter denen Steuern, allgemeine Verwaltungskosten, Pensionen, ferner Abschreibungen, Rückstellungen für unsichere Forderungen sowie Tilgung von Verlusten figurieren, sind in Tab. XV Rubrik 5 in Prozenten des Aktienkapitals errechnet, gleichzeitig aber kann man sie auch im Diagramm I verfolgen. Da sehen wir die Unkostenkurve im großen und ganzen (außer den Jahren 1874 und 1875) bis 1899 in angemessenem Abstande unter der Kurve des Nettogewinns verlaufen.

Dann aber verursachte die Ausbreitung der Bank über den Osten sowie die Einrichtung von Tresoranlagen in allen größeren Zweiganstalten der Bank solche Kosten, zugleich machten auch die Beteiligungen der D.P.A.B. an den Industriegründungen Danzigs und seiner Provinz Abschreibungen in größerer Höhe nötig, so daß die Gesamtunkosten sich von 1899 bis 1901 um 14 % des Aktien-Kapitals erhöhten. Zwar brachten die Folgejahre wieder niedrigere Prozentsätze der Unkosten, doch noch bis 1908 bleibt die Unkostenkurve über der des Nettogewinns. Dann erst sinkt sie wieder herunter und steht 1912 auf 6,2 % gegen 9,7 % der Nettogewinne.

Unter diesen Gesamtunkosten spielen eine Hauptrolle die „allgemeinen Verwaltungskosten"; diese wuchsen sowohl infolge der steigenden Geschäftsaufwendungen für das sich jährlich vermehrende Personal der Bank als auch infolge von Bücheranschaffungen zu der in immer größerem Umfange nötigen Kontrolle von 25 000 Mk in 1858 auf 658 000 Mk. in 1912, also um das sechsundzwanzigfache (vgl. Tab. XVI Rubrik 3).

Seit 1865 mußte die Bank ferner nach vergeblicher Reklamation eine Kommunaleinkommensteuer von 5000 Mk. zahlen, die sich nach Hinzukommen der Grund- und Gebäudesteuer sowie der Staatssteuern bis 1912 auf 103 000 Mk. gehoben, sich also

absolut inzwischen 20 mal vergrößert hat (vgl. Tab. XVI Rubrik 1). Die relativen Zahlen steigen allerdings etwas langsamer. Es betrug nämlich der Durchschnitt der Steuern und öffentlichen Abgaben zuzüglich der allgemeinen Verwaltungskosten:

1860—1869	1,3 %	des Aktien-Kapitals
1870—1879	1,9 %	" "
1880—1889	2,1 %	" "
1890—1899	2,3 %	" "
1900—1912	4,1 %	" " (vgl. Tab. XVI Rubrik 5).

Die Steigerung ist also in den 40 Jahren (1860—1899) 1 %, von da ab in der neuzeitlichen Periode der Bank 1,8 % des Aktien-Kapitals.

Das Diagramm I veranschaulicht dieses langsame Steigen der Kurve der allgemeinen Verwaltungskosten zuzüglich Steuern und öffentlicher Abgaben. Während nun im Jahre 1901 — dem markantesten Jahre dieses Diagramms — die Gesamtunkosten in der angegebenen Weise rapide steigen, sind die allgemeinen Verwaltungskosten und Steuern fast gar nicht an dieser Steigerung beteiligt. Der Verlauf der Kurve bestätigt also die oben angegebenen Gründe des Steigens der Unkosten von 1899 auf 1901. In neuester Zeit laufen dann aber die Kurven „Gesamtunkosten" und „allgemeine Verwaltungskosten und Steuern" recht erheblich zusammen; so finden sich seit 1899 nur Spannungen von 1,4 %, ein Beweis, daß die Unkosten der Privatbank heute größtenteils Verwaltungskosten sind, eine Erscheinung, welche die D.P.A.B. mit fast allen Kreditbanken teilt.

IV. Die Abschreibungspolitik.

In der Differenz zwischen den Gesamtunkosten und den allgemeinen Verwaltungskosten und Steuern sind als ein weiterer wichtiger Posten der Gewinnberechnung die Abschreibungen zu nennen.

Es kommen bei der Privatbank besonders in Betracht Abschreibungen auf ihre Bankgebäude in Danzig, Danzig-Langfuhr, Graudenz, Stolp, Marienberg sowie auf Inventar, worunter besonders die Safeanlagen stark ins Gewicht fallen; ferner waren in den ersten Jahren bis 1861 auf Gründungskosten im ganzen 14 034 Mk. sowie für Anfertigung neuer Noten bis 1882 diverse Abschreibungen zu machen, die zwischen je 2000 und 11 000 Mk. schwankten. Die Abschreibungen auf Bankgebäude und Inventar erreichten erst in den letzten Jahren bedeutendere Summen (nähere Angaben enthält Tab. XVII).

Neben diesen unbedingt erforderlichen sind noch erwähnenswert die durch den Geschäftsgang speziell veranlaßten Abschreibungen,

besonders auf Konsortialbeteiligungen und Kontokorrentforderungen. Seit 1900 erscheinen nämlich jährlich erhebliche Summen unter diesen Rubriken in den Bilanzen der Bank, die sich zwischen 25 000 Mk. und 260 000 Mk. halten.

V. Die Reservenpolitik.

Von größerem Interesse sind die Reserveveſtellungen der Bank, die ja als gesetzlich erforderlicher Reservefonds (I) zur eventuellen Auffüllung des Grundkapitals und als freiwilliger Reservefonds (II) zur eventuellen Auffüllung der Dividenden auf 5 % eine wirksame Stütze des Aktienkapitals bilden (vgl. Tab. XVIII). Die Quote, die jährlich dem gesetzlichen Reservefonds zugeführt wurde, betrug bei der Privatbank bis 1866 20 %, von da ab bis zur Erreichung der erforderlichen 25 % des Grundkapitals (= 750 000 Mk.) im Jahre 1874 nur noch $16\frac{2}{3}$ %. Dieser Fonds hielt sich meistens auf dem geforderten Stand von $\frac{1}{4}$ des Aktienkapitals, zeigte jedoch auch Schwankungen nach unten bei den häufigeren Kapitalserhöhungen, bei denen das Agio, das dem Reservefonds I zufloß, nach Abzug der Emissionskosten den Fonds nicht ganz auf der vorgeschriebenen Höhe zu halten vermochte. So betrug er:

1899	nur 24,9 %	des Aktien-Kapitals	von	6	Mill. Mk.
1906	„ 21,7 %	„	„	8	„ „
1907	„ 23,2 %	„	„	8	„ „
1910	„ 22,5 %	„	„	10	„ „
1911	„ 22,5 %	„	„	10	„ „
1912	„ 19,9 %	„	„	14	„ „

Eine Auffüllung des Aktienkapitals brauchte übrigens bis 1912 aus ihm noch nicht vorgenommen zu werden.

Dagegen wurde in dem für die Privatbank so überaus ungünstigen Jahre 1901 der Reservefonds II zur Ergänzung der Dividende auf 5 % mit 50 000 Mk. in Anspruch genommen. Allerdings blieb dieses das einzige Mal. Seine Entstehung dankt dieser Fonds den Lehren des einzigen dividendenlosen Jahres der Privatbank, des Jahres 1877. Im darauffolgenden Jahre trat er mit 30 000 Mk. ins Leben, erhöhte sich bis 1867 auf 118 000 Mk., um von 1888 an durch jährliche Rückstellung einer Quote von $\frac{1}{10}$ des Reingewins bis 1912 auf 688 227 Mk. zu wachsen.

Der Bestand beider Reservekonten zusammen stellte sich durchschnittlich in Prozenten des Aktien-Kapitals:

1860—1869	auf	11,2 %
1870—1879	„	23,8 %
1880—1889	„	27,5 %
1890—1899	„	30,0 %
1900—1912	„	30,9 %

Außer diesen statutarisch festgelegten Reserven finden sich seit 1909 noch Rücklagen für Talonsteuer, die sich bis 1912 insgesamt auf 75 000 Mk. belaufen (vgl. Tab. XVIII Rubrik 10), sowie ferner der 1906 errichtete Beamtenpensions- und Unterstützungsfonds, der später noch Erwähnung finden wird.

Endlich sei der in dem Gewinnübertrage auf das jeweilig folgende Jahr enthaltenen stillen Reserven gedacht, die trotz häufiger Schwankungen die Tendenz haben, immer größer zu werden. Sie stiegen von 1857 mit 225 Mk. auf 132 161 Mk. Ende 1912 (vgl. Tab. XVIII Rubrik 8). Die Privatbank tut mit dieser erhöhten Rückstellung dasselbe, was sich bei fast allen Kreditbanken in neuerer Zeit immer mehr bemerkbar macht: Sie sucht ihre stillen Reserven in Form des Vortrages mit ihrem gestiegenen Aktienkapital in Einklang zu bringen, um sich dadurch für unvorhergesehene Fälle einen ersten Rückhalt zu schaffen.

VI. Die Liquidität.

Wenn wir jetzt zu dem für jede Bank wie jedes kaufmännische Unternehmen überhaupt wichtigsten Probleme der Liquidität übergehen, so sei von vornherein gesagt, daß wir im folgenden nur eine rein theoretische Berechnung geben können, die deshalb nicht einwandfrei ist, weil sie nur Quantitäten, nicht Qualitäten gibt und geben kann, denn „es ist ein vergebliches Bemühen, die Bonität und Liquidität einer Bank von ihren Bilanzen ablesen zu wollen".[1]) Um jedoch ein einigermaßen anschauliches Bild wenigstens von den „Quantitäten" der Liquidität der D.P.A.B. zu erhalten, schlagen wir folgenden Weg ein.

Wir sehen, ob und inwieweit die Bank ihre schnell fälligen Verbindlichkeiten, zu denen wir eigene Noten, Depositen, Kontokorrentkreditoren, Girogelder und Akzepte rechnen, in liquiden Mitteln erster Klasse,[2]) welche Kasse, Coupons und Sorten, Wechsel, Guthaben erster Banken und Bankiers sowie Reports und Lombards umfassen sollen, angelegt hat. Da zeigen uns denn die Zahlen (vgl. Tab. XIV Rubrik 1 u. 3), daß die Privatbank dieses bis 1893 — mit einer Ausnahme im Jahre 1888 — stets durchgeführt hat.

Das folgende Jahr (1894), mit seiner ersten Kapitalserhöhung und der fortschreitenden Erweiterung der Geschäfte der D.P.A.B. als Kreditbank brachte eine Änderung dahin, daß von den

[1]) vgl. Alfred Lansburgh, Das deutsche Bankwesen, Berlin-Charlottenburg 1909, S. 15.

[2]) Bosenick a. a. O. nennt sie „disponibel-liquide Mittel".

6 739 000 Mk. fälligen Verbindlichkeiten 433 000 Mk. nicht mehr durch die disponibel-liquiden Mittel gedeckt wurden. Dieser Überschuß über die Paridedeckung der fälligen Verbindlichkeiten durch die disponibel-liquiden Mittel vergrößerte sich mit den Jahren auf 19 191 000 Mk. in 1912 (vgl. Tab. XIX Rubrik 4). Zur Deckung dieses Überschusses mußten in erster Linie die eigenen Effekten der Privatbank in Betracht kommen — sie wurden von uns aus dem Grunde nicht zu den Deckungsmitteln erster Klasse gerechnet, weil eine Realisation der meist sehr großen Posten desselben Papiers seitens der Bank am Markte leicht auf Schwierigkeiten stoßen kann — sowie neben dieser Effektendeckung subsidiär die Kontokorrentdebitoren zur Deckung herangezogen werden. Die Tab. XIX zeigt in Rubrik 6 die jährlichen auch durch Effekten nicht gedeckten Reste der fälligen Verbindlichkeiten, während die Rubrik 7 derselben Tabelle die dagegen vorhandene Deckung durch Debitoren im Kontokorrent zeigt. Daraus sehen wir, daß

1895	9,7 %
1900	25,2 %
1905	37,1 %
1910	31,1 %
1912 sogar	50,4 %

der genannten Debitoren zur Deckung hätten herangezogen werden müssen.

Vergleichsweise sei bemerkt, daß dieser Prozentsatz bei den 9 Berliner Großbanken im Jahrfünft 1906—1910 zwischen 48,8 % (Berliner Handelsgesellschaft) und 82,2 % (Direktion der Diskonto-Gesellschaft) schwankt. Wir sehen also trotz der vielleicht hoch erscheinenden 50,4 % Kontokorrentdebitoren, die — theoretisch — zur Deckung herangezogen werden müßten, die D.P.A.B. nur dem Zug der Zeit folgen, wozu nicht zum geringsten Teil die große Konkurrenz der anderen ostdeutschen Banken beiträgt.

Doch wir haben damit diese Untersuchung über Liquidität noch nicht abgeschlossen, denn eine noch deutlichere Sprache als diese absoluten Zahlen reden die relativen (vgl. Tab. XIX Rubrik 3) sowie ihre graphische Darstellung im Diagramm II. Im Jahre 1857 waren nämlich die fälligen Verbindlichkeiten zu 235,6 % durch disponibel-liquide Mittel gedeckt und sanken dann bis 1887 auf 129,6 %. Das folgende Jahr bringt das erste Mal einen Stand unter 100 %, der dann nach einer kurzen Zwischenzeit von 5 Jahren von 1894 ab das Reguläre wird. Im Jahre 1912 ist der Tiefstand mit 54,7 % erreicht.

Die Liquidität der D.P.A.B. hat also innerhalb 56 Jahren die Skala von 235,6 % bis 54,7 % durchlaufen, eine bedeutende Spannung! Doch das sei nochmals gesagt, daß diese absteigende

Linie der Quantitäten zum Teil durch verbesserte Qualitäten korrigiert werden kann (welche Feststellung uns das Material versagt) und so trotzdem die Liquidität der Bank sich nicht unbedingt so verschlechtert zu haben braucht, wie es hier den Anschein erweckt.

VII. Die Lage der Angestellten.

Wir werfen nunmehr noch einen Blick auf die Stellung der D.P.A.B. zu ihren Beamten. Dabei müssen wir ganz allgemein hinzufügen, daß die folgenden Angaben keineswegs für die ganzen 56 Jahre, ja kaum für die letzten 5 Jahre gelten, denn gerade ein Betrieb, der eine so freie Organisation hat wie die D.P.A.B., bindet sich auch gegenüber seinen Angestellten nicht durch eine beamtenmäßige Schematisierung der Beziehungen zu diesen.

Dabei ist zum größten Teil die persönliche Tüchtigkeit des Angestellten selbst das bestimmende Moment, obgleich heute bei der großen Zahl der Angestellten die Tendenz zur „Verbeamtung" zweifellos schon zutage tritt.

Die Zahl der Angestellten (einschließlich weibliche Angestellte und Boten) war

im Jahre	1910	157
„ „	1911	190
„ „	1912	207.

Davon entfielen:

1910 auf die Zentrale 62, auf die Niederlassungen 95 Angestellte
1911 „ „ „ 68, „ „ „ 122 „
1912 „ „ „ 74, „ „ „ 133 „

Über die Gehaltshöhe kann man nur für die ersten Dienstjahre der Angestellten nähere Angaben machen.

Die Lehrlinge, die $2^1/_2$ Jahre lernen müssen, erhalten nach dem ersten Jahre 20 Mk., nach dem zweiten Jahre 30 Mk. Taschengeld pro Monat sowie eine Gratifikation von meist 50 Mk. je zu Weihnachten und zum Abschluß.

Der ausgelernte Beamte erhält 1200—1500 Mk., um dann in den ersten Jahren meist jährlich um 200—300 Mk. zu steigen. Er kommt also in 2—3 Jahren auf 1800—2100 Mk. bei einer Gratifikation von meist je 100 Mk. zu Weihnachten und zum Abschluß.

Für spätere Jahre lassen sich nicht einmal Durchschnittszahlen angeben, nur so viel sei gesagt, daß die Gratifikation zumeist einem Monatsgehalt entspricht. Die älteren Beamten, zumal die Prokuristen, werden durch eine Tantieme am Gewinne interessiert.

Etwas anders stellen sich diese Verhältnisse in den Zweig-

anstalten, die je nach ihrer Größe und Beamtenzahl verschiedene Gehälter aufweisen.

Zum Jubiläum des 50jährigen Bestehens der D.P.A.B. am 17. Juni 1907 wurde die bereits seit 1905 bestehende Spezialreserve auf 60000 Mk. erhöht und damit ein Beamtenpensions- und Unterstützungsfond begründet. Zwar waren schon in früheren Jahren Beamten der Bank und deren Witwen Pensionen und Renten ausgezahlt worden, doch wollte die Privatbank mit diesem Unterstützungsfond ihre sozialen Aufgaben auch dem gestiegenen Beamtenheere gegenüber erfüllen und damit dem Vorgange der meisten größeren Banken folgen.

Der Fonds vergrößerte sich bis 1910 jedoch nur auf 90000 Mk., da die Bank schon 1909 beschloß, sich dem in demselben Jahre gegründeten Beamtenversicherungsverein des deutschen Bank- und Bankiergewerbes (a. G.) zu Berlin vom 1. Januar 1910 ab anzuschließen und so ihre Beamten für den Fall der Arbeitsunfähigkeit und für ihr Alter, ferner um deren Familien im Falle des Todes des Ernährers sicherzustellen.

Die Beiträge zu dieser Pensionskasse, die $8^1/_2$ % des Jahreseinkommens des Beamten betragen, werden zu $4^1/_2$ Teilen von der Bank, zu 4 Teilen vom Beamten getragen und monatlich von ihm erhoben. Die Privatbank hatte 1910 über 12000 Mk., 1912 sogar 15500 Mk. an Pensionsversicherungsbeiträgen zu zahlen.

Die neben dieser freiwilligen sozialen Aufgabe laufende obligatorische Reichsversicherung findet bei der D.P.A.B. folgende Regelung:

Bei der Krankenversicherung zahlt der Versicherte das Eintrittsgeld allein; die Versicherungsbeiträge werden mit $^2/_3$ vom Angestellten, mit $^1/_3$ von der Bank geleistet. Für Schreiber, Kassenboten und Bureaudiener zahlt die Bank sowohl das Eintrittsgeld als auch die vollen Beiträge zur Krankenversicherung.

Die Invaliditäts- und Altersversicherung zahlt die Bank für das gesamte Personal vollständig.

Neben dieser pekuniären Versorgung der Beamten für Gegenwart und Zukunft geht als soziale Pflicht der Bank die Urlaubsgewährung. Jeder Beamte, der länger als ein Jahr auf der D.P.A.B. tätig ist, sowie die Kassenboten und Bureaudiener erhalten einen Urlaub von einer Woche. Dieser steigt für jüngere ausgelernte Beamte auf 2—3 Wochen, während ältere Beamten zumeist 4 Wochen beurlaubt werden.

Erwähnt sei noch zum Schluß, daß sämtlichen Beamten auf Guthaben, die sie bei der D.P.A.B. unterhalten, 5 % Zinsen vergütet werden. Zugleich haben die Angestellten die Verpflichtung einzugehen, bei anderen Banken keine Börsengeschäfte abzuschließen.

VIII. Der Kursstand der Aktien, die Dividendenpolitik und die Realverzinsung.

Die Kursbewegung der Privatbankaktien sowie die der verteilten Dividende der Bank, die wir jetzt zum Schluß betrachten wollen, greift zwar über das Gebiet der inneren Tätigkeit der Bank insofern hinaus, als hier Beziehungen zwischen ihr und ihren Aktionären berührt werden; doch muß diese Materie trotzdem in dem privatwirtschaftlichen Abschnitte zur Sprache kommen, weil hier das Privatinteresse des Aktionärs am Gewinne ausschlaggebend ist, welches das volkswirtschaftliche Interesse am Fortbestehen des Instituts leider nur zu oft hintansetzt.

Nachfolgende Tabelle zeigt den Durchschnitt der verteilten Dividenden, der Aktienkurse per Ultimo Dezember sowie das Zusammenwirken beider zur Realverzinsung. Es betrug im Durchschnitt der Jahre:

	Dividende		Kurs	Realverzinsung	
1858—1869	6,1 %		100,6 %	6,0 %	
1870—1879	5,9 %		111,9 %	5,2 %	
1880—1889	8,1 %	6,73 %	125,4 %	6,5 %	5,73 %.
1890—1899	7,7 %		140,4 %	5,5 %	
1900—1912	6,8 %		124,4 %	5,5 %	

Die Dividende, die im Durchschnitt der 55 Jahre 6,73 % betrug, blieb im Durchschnitt der Jahre 1858—1879 unter diesem allgemeinen Durchschnitt, wobei der Tiefstand des Jahrzehnts 1870—1879 auf den schädigenden Einfluß des Unglücksjahres 1877 zurückzuführen ist. Auch das Krisenjahr 1901 hatte bei den großen Unkosten einen so geringen Nettogewinn gebracht, daß der Dividendenergänzungsfonds Reserve II in Funktion treten und 50 000 Mk. zur Auffüllung der Dividende auf 5 % hergeben mußte.

Sonst konnte die Dividende stets aus dem Nettogewinn allein gedeckt werden. Sie erreichte sogar im Jahrzehnt 1880—1889 10 auch $10^1/_2$ % jährlich (vgl. Tab. XX Rubrik 1), zugleich im Durchschnitt den höchsten Stand mit 8,1 %.

In neuester Zeit macht sich, wie allgemein bei Kreditbanken, auch bei der D.P.A.B. die Tendenz geltend, die Dividende zu stabilieren; es wurden denn auch seit 1905 ständig $7^1/_2$ % verteilt, wodurch der Vorteil erreicht ist, daß die in ihrem jeweiligen Ertrage ungleichen Jahre sich mit Hilfe des Vortrages ausgleichen.

Das Diagramm II veranschaulicht den Verlauf der Dividendenkurve der D.P.A.B. sowie den des offiziellen Banksatzes (im jährlichen Durchschnitt). Es ist daraus ersichtlich, daß — mit Ausnahme des Jahres 1877, das keine Dividende brachte — die

Dividendenkurve bis etwa Anfang der 1880er Jahre sich im wesentlichen der Kurve des Diskonts parallel hielt. Vom genannten Zeitpunkt an erhebt sich dagegen die Dividende infolge des überaus regen Geschäfts recht bedeutend über den Diskont und kommt erst wieder seit 1900 in den früher üblichen Abstand von ihm. Doch dieser Zustand hält nur kurze Zeit an; die Stabilierung der Dividende der Privatbank läßt die Dividendenkurve in neuester Zeit von dem Bankdiskont ganz unabhängig erscheinen.

Mit der Dividende läuft der jeweilige Aktienkursstand bekanntlich keineswegs immer parallel, da er durch individuelle Momente von außen her stark beeinflußt werden kann. Trotzdem zeigen die Aktienkurse der D.P.A.B. im Durchschnitt der Jahrzehnte, wie wir soeben sahen, eine entschiedene Tendenz nach oben (vgl. S. 99). Erst der Durchschnitt 1900—1912 bringt einen Rückschlag von 16 % gegen das Jahrzehnt 1890—1899. Den niedrigsten Kurs per Ultimo zeigt Tabelle XX in Rubrik 2 — mit Ausnahme der Jahre bis 1863 — wieder 1877 mit 101,50 %, den höchsten 1895 mit 149 %.

Setzt man nun Dividende und Aktienkurs in Beziehung zueinander, so erhält man die sich für den Aktionär tatsächlich ergebende Verzinsung, die Realverzinsung. Diese ist bei der D.P.A.B. mit 5,73 % im Durchschnitt sämtlicher Jahre als durchaus günstig zu bezeichnen. Dabei wirken Dividende und Kurs gleichsam nivellierend auf die Realverzinsung ein (vgl. S. 99 bezw. Tab. XX).

Noch deutlicher sieht man es auf Diagramm II: Bleibt z. B. die verteilte Dividende vorübergehend konstant, so bewirkt ein steigender Kurs ein Fallen der Realverzinsung (vgl. die Jahre 1861/62, 1864/65, 1894/95, 1905/06, 1907/09), wogegen ein fallender Kurs eine höhere Realverzinsung zur Folge hat (vgl. 1858/59, 1862/63, 1880/81, 1888/90, 1898/1900, 1906/07, 1911/12). Bleibt dagegen etwa der Kurs konstant, so geht die Realverzinsung der Dividende parallel (vgl. 1870/76, 1878/79, 1891/92).

Das Diagramm II gibt noch Veranlassung zu einem außerordentlich interessanten Vergleich der Kurven der Realverzinsung und des Bankdiskonts. Während nämlich, wie die oben (S. 99/100) angestellten Vergleiche gezeigt haben, zwischen Dividenden- und Bankdiskontkurve im Verlauf keine dauernde einheitliche Tendenz festzustellen war, paßt sich die Kurve der Realverzinsung, weil sie eben als Funktion der Dividende und der steigenden oder fallenden Aktienkurse dem Geldmarkte besser folgt, dem jeweiligen Bankdiskont stark an. Denn wir finden zwischen den Kurven des Bankdiskonts und der Realverzinsung eine auffallende

Parallelität in ihrem ganzen Verlaufe, die nur in zwei Fällen unterbrochen wird. Einmal im Jahre 1877, wo die Dividende infolge des Konkurses der Lauenburg Kredit-Gesellschaft auf 0 % sinkt und der Aktienkurs keine dementsprechende Einbuße erleidet; dann in den Jahren 1882—1888. Hier war es die große Umsatzsteigerung, die zu hohen Gewinnen und Dividenden führte. So entstehen in unserem Diagramm die Kulminationspunkte der Dividende im Jahre 1883 mit 9 %, 1885 mit $10^1/_2$ %; dazu kommt im Jahre 1886 politische Unsicherheit, die eine kritische Geschäftslage, große Zurückhaltung der Bank und damit ein rapides Fallen des Aktienkurses von 136 % Ultimo 1885 auf 104,60 % Ultimo 1886 hervorruft. So erklärt sich der Kulminationspunkt der Realverzinsung mit 9,5 % im Jahre 1886. Das bald wiederkehrende Vertrauen führt den Aktienkurs per Ultimo 1887 auf 139,25 % zurück, zugleich die Realverzinsung auf ihren früheren Stand, und mit dem Jahre 1888 haben wir wieder die fast völlige Parallelität der betrachteten Kurven.

Wir kommen damit zum Schluß unserer privatwirtschaftlichen Betrachtungen über die D.P.A.B. und müssen ihr bei einer durchschnittlich 5,73 % betragenden Realverzinsung für den Aktionär die privatwirtschaftliche Lebensfähigkeit unbedingt zuerkennen. Damit ist aber zugleich die Vorbedingung unserer weiteren Ausführungen über die volkswirtschaftlichen Qualitäten der D.P.A.B. erfüllt.

3. Abschnitt: Die D.P.A.B. und die Volkswirtschaft. Der Nutzen der Bank für das Wirtschaftsleben Danzigs und der östlichen Provinzen Deutschlands.

Der vorige Abschnitt zeigte uns die D.P.A.B. von der rein privatwirtschaftlichen Seite lediglich als Erwerbsanstalt. Dieser volkswirtschaftliche Abschnitt dagegen soll uns wieder, wie in der Betrachtung ihrer Entwicklungsgeschichte, mitten hineinstellen ins Wirtschaftsleben und uns die Fäden aufzudecken suchen, die hinüber und herüber zwischen Bank und Gesamtwirtschaft bestimmte wirtschaftliche Funktionen auslösen.

A. Die Stellung der Bank zur Volkswirtschaft.

Wir betrachten nun zuerst die Regungen, die von der Bank ausgehend die Gesamtwirtschaft um sie herum beeinflussen und sich dadurch über das Privatwirtschaftliche hinaus in die Volkswirtschaft verflechten; dann gehen wir auf die Einflüsse ein, denen

die Privatbank als Subjekt der Volkswirtschaft von außen her ausgesetzt ist.

I. Das Wirkungsgebiet der D.P.A.B.

Umgrenzen wir zunächst das Betätigungsfeld der Privatbank nach außen hin, so sehen wir ihren Wirkungskreis während ihrer ersten Periode als Notenbank (bis 1890) örtlich in der Hauptsache auf Danzig selbst und seine nächste Umgebung beschränkt. Hier sollte sie die notwendige Ergänzung des Danziger Kontors der Preußischen Bank und des Danziger Sparkassen-Vereins sein, die beide allein einen ruhigen Geldumlauf und eine gesicherte Kreditgewährung in Stadt und Provinz nicht durchzuführen vermochten. So übernahm die D.P.A.B. bei ihrer Gründung am 16. März 1857 die Aufgabe, eine Lücke in der Zahlungs- und Kreditorganisation der Stadt auszufüllen. Wie schnell die neue Bank sich eine Stellung neben dem Preußischen Bankkontor zu schaffen wußte, geht aus folgender Tabelle hervor[1]):

In Talern	1858		1860		1861	
	Kgl. Bank	Privatbank	Kgl. Bank	Privatbank	Kgl. Bank	Privatbank
Eingänge an Platzdiskonten	3 268 016	3 496 506	2 970 672	5 082 378	4 117 321	6 370 656
Eingänge an Rimessen auf Inland . .	11 304 718	7 345 067	11 972 053	9 960 670	18 116 069	11 388 172
Wechsel auf Ausland	7 422	751 876	1 865 425	97 002	82 820	2 189 316
Lombard (neue Darlehen) . .	587 780	996 665	691 180	1 340 060	1 290 020	1 524 360
Verzinsliche Depositen	511 950	150 950	868 820	1 213 050	897 350	1 364 410

Wir ersehen daraus, daß die Privatbank bereits 1861 das Kgl. Bankkontor auf den Hauptgebieten seiner Tätigkeit (mit Ausnahme der Rimessen) überflügelt hatte, somit eine ebenbürtigere Gegnerin der älteren Rivalin war.

War es doch vor allem ihr Zweck, „Handel und Gewerbe zu unterstützen, zu befördern und zu beleben".[2]) Schon im ersten Jahre des Bestehens der neuen Bank äußern sich auch die Ältesten der Kaufmannschaft zu Danzig,[3]) die Bank sei eine Notwendigkeit für Danzigs Handel geworden. An anderer Stelle[1]) erkennen sie

[1]) Denkschrift II S. 48.
[2]) Statut 1857 § 1 Abs. 2.
[3]) V.d.K. 1857 S. 9.

an, die Bank habe ihren Zweck, „Handel und Industrie Unterstützung zu leihen", erfüllt. Auch die Bank selbst drückt 1871 die feste Überzeugung aus, „zur Weiterentwicklung des Handelsverkehrs Danzigs mit segensreichem Erfolg tätig" gewesen zu sein. Ein paar Jahre später sagt sie[2]: „Es ist nicht zu leugnen, daß die deutschen Privatbanken sich zu einem so bedeutenden Faktor des Verkehrslebens gemacht haben, daß sie geradezu unentbehrlich geworden sind, da ohne ihre Vermittlung die Masse der Geschäfte in der erforderlichen Zeitbegrenzung nicht zu bewältigen gewesen wäre. Aber auch die Verwaltung keinerer Zettelbanken, soweit sie an Orten domizilieren, deren Geschäftsverkehr ihrer bedurfte, haben keineswegs das Interesse ihrer Aktionäre in den Vordergrund gestellt, sondern sind bemüht gewesen, den kaufmännischen und gewerblichen Interessen zu dienen, zu deren Nutzen das Privilegium der Banknotenausgabe ihnen in erster Reihe erteilt wurde". Die D.P.A.B. exemplifiziert mit diesen Worten natürlich auf ihr eigenes Geschäftsgebaren. Ihr Wirken für Danzig illustrieren auch ihre folgenden Worte: „Die Gründer haben durch diese Schöpfung (der D.P.A.B.) dem Platze unzweifelhaft eine große Wohltat erwiesen und den Impuls zu einer stetigen erfreulichen Entwicklung des Handelsverkehrs an unserm Platze gegeben. Die Gründung des Instituts machte es möglich, daß der jedem Kaufmanne nötige Kredit auch jüngeren Firmen, die durch Intelligenz und Fleiß und Reellität zu Vertrauen berechtigten, zugänglich gemacht werden konnte, und manche von ihnen, die sich inzwischen in eine unabhängige Lage gebracht haben, gestehen es gerne zu, daß sie die Erreichung dieses Zieles der Mithilfe unseres Institutes zu danken haben".[3]

Besonders wandte sich die Privatbank dem Getreide- und Holzhandel zu, seit den 1880er Jahren auch mehr und mehr dem aufblühenden Zuckerhandel. Der rapide anwachsende Zuckerexport seit etwa 1881 erforderte große Vorschüsse seitens der Privatbank und brachte sie zugleich auch durch die kreditsuchenden Zuckerfabriken mit der Provinz in nähere Fühlung.

Damit begann die erste Kreditverbindung der Bank über die Wälle der Stadt hinaus. Die Landwirte kamen durch ihre Beteiligung der Zuckerfabriken in Berührung mit der Bank, und bald hatte sich so ein reger Kreditverkehr mit der Provinz entwickelt, der sich besonders auf das Getreidelombard und andere kurzfristige Geschäfte erstreckte, da ja langfristige Kreditgewährungen,

[1] V.d.K. 1859 S. 10.
[2] 1874.
[3] 1872.

wie sie die Landwirtschaft vornehmlich braucht, nicht in den Rahmen der Tätigkeit der damaligen Privatbank fielen.

Wenngleich die Privatbank den Zweck, die Industrie gleich dem Handel zu fördern, in ihr Programm aufgenommen hatte, so trat die Industrieunterstützung doch in den ersten Jahren sehr zurück, weil das Betätigungsfeld dazu in Danzig Mitte des vorigen Jahrhunderts, wie wir sahen,[1]) recht klein und gegen den das ganze Wirtschaftsleben der Stadt bestimmenden Handel, mit Ausnahme der Schiffsbauindustrie, verschwindend war. Erst mit der Anfang der 1870er Jahre einsetzenden sogen. Gründerzeit wird die Mitwirkung der Privatbank auf dem Gebiete der Industriekreditgewährung lebhafter. Sie begrüßt die neuentstandenen Institute mit voller Sympathie und ist gerne bereit, ihnen zur Erreichung ihrer Zwecke, soweit diese dem Wesen einer Zettelbank widersprechen, förderlich zu sein.[2])

Da „Privatbanken vorzugsweise mit dem Kredit arbeiten, den sie selbst beim Publikum genießen",[3]) so mußte es im Interesse der Privatbank liegen, sich eine möglichst ausgedehnte Privatkundschaft zu erwerben und zu erhalten, um von ihr Betriebsmittel in Form von Depositen zu erhalten. Wenn sie dabei große Kulanz walten ließ, so diente sie dadurch nicht nur ihrem privatwirtschaftlichen Interesse, sondern erfüllte zugleich noch den Zweck, als Sammelbecken auch kleinerer Beträge zu dienen, die in ihrer Gesamtheit eine gewaltige Kapitalmasse für die Kreditbedürfnisse der Allgemeinheit darstellen. Trotzdem war die Ausdehnung dieses Depositengeschäfts mit dem Publikum damals naturgemäß noch beschränkt.

Als dann die erwartete Prolongation des Notenprivilegs der D.P.A.B. im Jahre 1890 aus den uns bekannten Gründen nicht erfolgte, da beschloß die Bank „eine 34jährige für Stadt und Provinz ersprießlich gewesene Tätigkeit als Notenbank".[4])

Nach den Übergangsjahren 1891—1897, der ersten Periode der Privatbank als Kreditbank, während deren Dauer 1894 auch die Zweckfetzung der Bank dadurch erweitert wurde, daß sie „Handel und Gewerbe durch den Betrieb von Bankier- und anderen Geschäften und durch Teilnahme an Bank-, Handels-, Industrie- und anderen Unternehmungen zu unterstützen"[5]) berufen sein sollte, trat sie, wie wir sahen, im Jahre 1898 in die neuzeitliche Periode ein, in der wir heute noch stehen.

---

[1]) vgl. 1. Abschnitt.
[2]) 1871.
[3]) 1870.
[4]) 1890.
[5]) Statut 1894 § 1.

Die mit dem Jahre 1898 einsetzende stärkere Industrialisierung des Ostens gab der D.P.A.B. bald Gelegenheit, „die industrielle Entwicklung durch Kreditgewährung sowie durch Beteiligung an Aktienunternehmungen nach Möglichkeit zu fördern".[1])

Die in dieselbe Zeit fallende Niederlegung der Wälle brachte mit einer lebhaften Bautätigkeit zugleich der Privatbank ein weiteres Betätigungsfeld in der Baugeldgewährung.

Auch die Verbindungen nach der Provinz besonders mit der Landwirtschaft nahmen an Umfang bedeutend zu.

Teils um nun diese neuen Kreditverbindungen besser unter Aufsicht zu haben, teils um der Landbevölkerung die Kreditentnahme überhaupt erst möglich oder wenigstens bequemer zu machen, zugleich aber um Depositen aus dem deutschen Osten zu ziehen, begann die Bank 1900 mit der Dezentralisation des Betriebes durch Errichtung von Filialen, Depositenkassen und Agenturen in den Provinzen Westpreußen, Ostpreußen, Pommern und Posen.

Der Wert dieses Filialsystems für die Volkswirtschaft leuchtet ohne weiteres ein, wenn man bedenkt, daß durch die größere Anzahl von Kassen viel eher ein Ausgleich von Barbeständen herbeigeführt wird, indem die eine Kasse ihren großen Kassenbestand einer anderen Niederlassung überweist, die das Geld gerade gebraucht. Dadurch ist eine Verminderung des Bargeldumlaufs unzweifelhaft erreicht. Der erweiterte Scheckverkehr hat an diesem Erfolge ebenfalls teil.

Der hervorragendste Vorteil aber beim Filialsystem ist die dem Landwirt, dem Gewerbetreibenden wie dem größeren oder kleineren Kapitalisten gewährte Gelegenheit, auch die kleinsten Ersparnisse produktiv anzulegen. Treten sie in ein Kontokorrentverhältnis mit der D.P.A.B., so wird ihnen sogar ein Teil ihrer Kassenführung abgenommen und damit zugleich eine Erleichterung geschaffen.

Daß endlich durch die Errichtung von Niederlassungen der Privatbank ihr Kreditverkehr mit der Provinz gesteigert ist, zeigen ihre Worte im Jahresbericht 1910: „Die große Zahl unserer Beziehungen aus den Kreisen der Landwirtschaft bestätigt, daß auch dieser Zweck — Hebung des landwirtschaftlichen Kredits — erreicht ist".

Diese Kreditverbindung mußte den östlichen Provinzen sehr willkommen sein, denn bisher hatten sich auf dem Lande bankartige Kreditgelegenheiten meist nur angegliedert an Kolonialwarenhandlungen oder von Krämern nebenher ausgeübt gefunden.

---

[1]) 1899.

Es war also verständlich, daß die östliche Landbevölkerung die sichere und billigere Krediteinrichtung der Niederlassungen mit Freuden begrüßte.

Wir sehen hier die enge Verbindung zwischen dem Wirtschaftsleben und der Bank hergestellt durch wechselseitige Bedürfnisse. Die Bank ist gleichsam der feste Punkt, um den sich apozentrisch die Erwerbsstände gruppieren. Ihr obliegt dabei die Aufgabe, die wechselseitigen Beziehungen aller Teile ihrer Umgebung zu regeln.

Wir sind in der Lage, für die Jahre 1870—1874 vergleichende Angaben über den Gesamtumsatz der damals für Danzig wichtigsten drei Banken, des Danziger Kgl. Bankkontors, des Danziger Sparkassen-Aktien-Vereins und der D.P.A.B., zu machen, woraus sich am besten die Teilnahme der Privatbank an der Gesammwirtschaft Danzigs ersehen läßt.

Er betrug in 1000 Tlr.[1]):

Jahr	Kgl. Bankkontor einschl. Bankstellen		D.P.A.B.		D.Sp.A.B.	
	1000 Tlr.	%	1000 Tlr.	%	1000 Tlr.	%
1870	82918	42,6	101613	52,2	10073	5,2
1871	94458	41,8	118436	52,3	13402	5,9
1872	89297	42,7	101308	48,4	18275	8,9
1873	108722	50,1	88129	40,6	19987	9,3
1874	83294	42,5	94472	47,6	20761	9,9

Wir finden außer im Jahre 1873, dem Krisenjahr, den Gesamtumsatz der Privatbank an erster Stelle vor dem des Kgl. Bankkontors in Danzig und des Sparkassen-Aktien-Vereins, sehen also ein entschieden wichtiges Eingreifen der Privatbank in den Wirtschaftsprozeß Danzigs.

II. Die Formen der geschäftlichen Tätigkeit der D.P.A.B. in ihrer Wirkung auf die Gesamtwirtschaft des deutschen Ostens.

Wir wenden uns nunmehr den Betätigungsformen der Privatbank zu. Dabei ist vor allem zu beachten, daß dieser Kreis der *Formen* je nach dem Charakter der Bank verschieden weit gezogen ist.

Die Privatbank hatte von 1857 bis 1890 als Notenbank auch nur den beschränkten Geschäftskreis auszufüllen, wie er durch die Normativbestimmungen für Privatnotenbanken fest umschrieben war. Im Gegensatz dazu steht die 1891 einsetzende Zeit der freien Entwicklung als rein private Kreditbank. Wir werden auf diesen Unterschied noch öfter hinzuweisen haben.

[1]) V.d.K. 1870—1874.

1. Der Zahlungsverkehr.

Die Aufgabe der Privatbank in ihrer ersten Periode bestand einmal darin, neben der Preußischen Bank und ihrem Kontor in Danzig nach Kräften dem Zahlungsverkehr zu dienen.

a) Die Regelung des Geldumlaufs.

Als Mittel, den Geldumlauf zu regeln, war der Privatbank die Ausgabe von Banknoten an die Hand gegeben. In erster Linie ist dabei der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt maßgebend, daß durch die Banknotenausgabe „Umlaufsmittel geschaffen und wichtige Einwirkungen auf das Geldwesen ausgeübt" werden.[1] Doch bei der Errichtung der zahlreichen Privatnotenbanken um die Mitte des vorigen Jahrhunderts und so auch bei der D.P.A.B. spielte zugleich auch der privatwirtschaftliche Charakter der Banknotenausgabe als Mittel der Geldbeschaffung für die Bank eine Hauptrolle. Erst mit Gründung des Reiches und der damit zusammenhängenden gesteigerten Depositeneinlegung trat die privatwirtschaftliche Seite der Notenemission immer mehr zugunsten der volkswirtschaftlichen zurück, welch letzte uns hier interessiert.

Wir hatten bereits öfter Gelegenheit, die Schwierigkeiten, welche die Preußische Bank und später die Reichsbank der Privatbank durch die Notenpräsentation bereitete, zu beobachten. So kam es, daß die Zirkulationsmenge der Noten der Privatbank sich durchschnittlich nur auf $2^1/_2$ Mill. Mk. hielt. Wenn diese Summen auch für das gesamte Wirtschaftsleben ohne größere Bedeutung blieben, so bildeten sie doch eine wirksame Unterstützung des lokalen und provinziellen Verkehrs. Der oft auftretende Bedarf an Papiergeld in der Provinz Westpreußen[2] rief bald eine Nachfrage nach Privatbanknoten hervor, zumal wenn er mit einem direkten Mangel an preußischen Banknoten zusammentraf.[3] Da ermöglichte die Vermehrung an Umlaufsmitteln oft erst Transaktionen, die sonst hätten hingezogen event. unterlassen werden müssen. Allerdings vermochten sich die Noten der Privatbank in den entfernteren Teilen der Provinz und des Ostens überhaupt einen dauernden Platz nur schwer zu verschaffen.[4] Auch in Danzig selbst setzten die öffentlichen Kassen der Annahme von Privatbanknoten einen dauernden Widerstand entgegen, wodurch das Kgl. Bankkontor in Danzig in seiner ablehnenden Haltung noch bestärkt wurde. Ganz allmählich erst vermochten

[1] Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie, 8 Aufl. 1909, Bd. 1 S. 269.
[2] So 1861 und 1862.
[3] 1862.
[4] 1870, 1881.

sich die Noten der D.P.A.B. auch in den östlichen Provinzen einzubürgern.

Wenn die Privatbank schon 1863 in der Stückelung ihrer Noten von den kleinen 20 Tlr.- und 50 Tlr.-Noten zu den größeren Appoints à 100 Tlr. überging und sich auch später (1873) für die Beibehaltung lediglich großer Appoints aussprach, da deren Größe das gefürchtete Eindringen in die kleinen Kreise des Verkehrslebens unmöglich mache, während die bunte Vielseitigkeit der Appoints in verschiedenen Summen den Verkehr eher belästige als erleichtere,[1]) so steht diese praktische Handhabung in direktem Gegensatze zu Philippovichs Ansicht, der den kleiner gestückelten Noten eine bessere Umlaufsfähigkeit zuspricht, „da sie, je kleiner sie sind, um so mehr in die wirtschaftlich weniger gebildeten Kreise der Bevölkerung dringen und um so mehr nicht nach ihrer eigentlichen Bedeutung als Schuldschein, sondern ihrer zunächst sichtbaren Funktion nach wie Geld gewertet werden".[2]) Zu erklären ist diese Diskrepanz so, daß die D.P.A.B. wegen ihrer geringen Ausdehnung in den Kreisen kleinerer Handelsfirmen nicht das Vertrauen genoß, das die Danziger Kaufmannskreise, in denen eher große Appoints umliefen, in die Bonität der emittierenden Bank setzten.

Die im Jahre 1890 erfolgte Kündigung des Notenprivilegs entzog der D.P.A.B. einen Einfluß auf den Geldumlauf, den sie seit Eröffnung der Reichsbank nur noch in beschränktem Maße hatte ausüben können, vollständig.

b) Der Zahlungsausgleich.

Dagegen blieb der Privatbank auch über 1890 hinaus eine andere Aufgabe auf dem Gebiete der Regelung des Zahlungswesens, nämlich die Förderung des Zahlungsausgleichs durch Anwendung Geld ersparender Methoden. Die Gebiete der Betätigung lagen:

α) im Giro- und Abrechnungsverkehr,
β) im Scheckverkehr.

α) Der Giro- und Abrechnungsverkehr.

Da die Preußische Bank nur durch 100 teilbare Summen im Giroweg verrechnete, erblickten die Ältesten der Kaufmannschaft, wie wir sahen, in der Einrichtung eines umfassenden Giroverkehrs eine Hauptaufgabe der neuen Bank. Diese eröffnete auch schon im Laufe des August 1857 den Giroverkehr, der Ende Dezember

[1]) 1873.
[2]) Philippovich a. a. O. Bd. 1 S. 269.

desselben Jahres 24 Teilnehmer aufzuweisen hatte. Jedes Jahr fast brachte die Privatbank einen Hinweis auf die Vorteile einer solchen Giroverbindung für die betreffenden Kunden. Diese Einrichtung wurde in ihrem Wesen jedoch vielseitig unterschätzt, obgleich die Bank zu jeder möglichen Erleichterung in Abwicklung der Zahlungsverbindlichkeiten, soweit es die Danziger Usancen zuließen, die Hand bot. Ein gesteigerter Giroverkehr konnte nicht nur direkt den Girokunden, sondern indirekt auch der Allgemeinheit nützen, da das im Zahlungsausgleich freiwerdende Bargeld zur Gewährung von Krediten verwandt werden konnte.

Zwar nahm die Zahl der Konteninhaber bis 1873 auf 135 Stück zu, doch es setzte sich dieser Gedanke einer teilweise durch die Bank verwalteten Kassenführung der einzelnen Häuser nicht in dem Maße durch, wie es der Wichtigkeit dieser Einrichtung für den gesamten Zahlungsverkehr entsprochen hätte; sie wurde nicht entfernt so allgemein benutzt wie derartige Einrichtungen in Berlin und Hamburg. Immerhin erstreckte sie sich nicht nur auf die größeren Handelshäuser Danzigs, auf deren unmittelbare Anregung hin die Giroeinrichtung der Privatbank ins Leben getreten war, sondern umfaßte auch kleinere Geschäftsleute und Private.

Seit der Eröffnung des Giroverkehrs der Reichsbank am 10. April 1876 mußte die Privatbank ihre führende Stellung auf dem Gebiete des Zahlungsausgleichs in Danzig gleichfalls an die Reichsbank abtreten, ohne deshalb diesen Geschäftszweig ganz fallen zu lassen. Einige Zahlen mögen dies beweisen: Es betrug die Gesamtsumme der Giroeinzahlungen in 1000 Mk.:

Jahr	Bei d. Kgl. Bankkontor bezw. d. Reichsbankhauptstelle Danzig		Bei der D.P.A.B.	
	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%
1868	2748	4,2	61675	95,8
1877	109073	69,6	47622	30,4
1887	164756	84,8	29596	15,2
1897	374686	90,8	37937	9,2
1907	782755	97,9	16797	2,1

Die im Jahre 1868 mit 95,8 % führende D.P.A.B. mußte schon bis 1877 65 % an die Reichsbankhauptstelle Danzig abtreten, um allmählich bis 1907 auf 2,1 % gegen 97,9 % der Reichsbank zu sinken. Von 1868 bis 1907 hat sich also, wie ersichtlich, das Verhältnis der Teilnahme beider Institute am Giroverkehr in Danzig fast genau umgekehrt.

Zwar hatte die Privatbank im Gegensatz zu der stark verzweigten Reichsbank nur den lokalen Giroverkehr gepflegt, doch

sie hatte sich „unter allen preußischen Provinzialbanken besonders hervortuend um den Giro- und Scheckverkehr gekümmert. Die Eingewöhnung des Danziger Handelsstandes in diese so wichtige Tätigkeit eines gesunden Bankgeschäfts mag es herbeigeführt haben, daß er bei Benutzung der ... Einrichtung des Giroverkehrs der Reichsbank eine größere Rührigkeit zeigte, als der Durchschnitt anderer Plätze ergibt".[1]) Die Einnahmen auf Girokonto der Reichsbank ergaben nämlich:

	1876	1877
bei sämtlichen Reichsbankstellen . .	8392 Mill. Mk.,	13518 Mill. Mk.,
die Steigerung war also = 61 %;		
bei der Reichsbankstelle Danzig . .	48,4 „ „	109,1 „ „
die Steigerung war also = 127 %.		

Diese Zahlen sprechen deutlich genug für die fördernde Wirkung der D.P.A.B. auf den Zahlungsausgleich in Danzig. Allerdings nahm, wie wir sahen, der Giroverkehr der Privatbank zugunsten der Reichsbank recht erheblich ab. Er verschwindet seit 1910 buchungsmäßig im Kontokorrentkonto der Privatbank, wird aber noch heute in verhältnismäßig bescheidenem Umfange geführt.

Die Ergänzung des Giros bildet der Abrechnungsverkehr.[2]) Da in Danzig eine von der Reichsbank, wie anderswo, errichtete Abrechnungsstelle fehlt, ist dieser wichtige Zweig des Zahlungsverkehrs hier völlig unentwickelt. Auch andere Vereinigungen von Banken, wie etwa die Berliner Stempelvereinigung, gibt es in Danzig nicht.[3]) Die Folge ist eine schärfere Konkurrenz der einzelnen in Danzig ansässigen Bankinstitute untereinander, die erst in allerneuester Zeit zu einem Zusammengehen in manchen weniger wichtigen Punkten sich veranlaßt gesehen haben. Die Barregulierung hat neben dem Scheckverkehr immer noch eine bedeutende Ausdehnung, selbst im Verkehr der Banken untereinander.

β) Der Scheckverkehr.

Dem Giro- und Abrechnungsverkehr verwandt ist der Scheck durch das Bargeld ersparende Moment.

Es ist nicht genau festzustellen, wann die D.P.A.B. die Einrichtung des Scheckverkehrs traf. Fest steht nur, daß sie 1857 „der Stempelkosten wegen auf sie ausgeschriebenen Anweisungen das Akzept versagen mußte", während sie 1864 neue Scheckbücher ausgab. Auch dem Postscheckverkehr schloß sich die Bank schon

---

[1]) V.d.K. 1877 S. 83.

[2]) Rießer a. a. O. S. 123.

[3]) Bekanntlich hat sich diese Bewegung bisher noch auf 13 andere größere deutsche Städte verbreitet.

im Jahre der Eröffnung in Danzig (1909) an und erschloß so auch kleineren Wirtschaften die Vorteile des Zahlungsausgleichs.

Der Scheckverkehr erreichte bei der Privatbank allmählich eine immer größere Ausdehnung und wirkte, wie wir sahen,[1]) befruchtend auf den Gebrauch der Giro- und Scheckeinrichtung bei der Reichsbank seit dem Jahre 1876.

2. Der Kreditverkehr.

Mit dieser Regelung des Geldumlaufs und Zahlungsausgleichs erschöpfte sich die Aufgabe der Privatbank jedoch nicht. Sie wollte auch Gewerbe und Handel unterstützen, befördern und beleben, sie wollte „Kapitalien nutzbar machen".[2])

a) Die Beschaffung der Betriebsmittel.

Da uns hier lediglich die volkswirtschaftliche Seite der Kapitalbeschaffung interessiert, so sind es von den im 2. Abschnitt besprochenen Arten der Betriebsmittel auch nur die Notenemission sowie die fremden Gelder im Depositen- und Kontokorrentverkehr, die wir hier betrachten wollen.

α) Die Noten.

Wir hatten schon im vorigen (privatwirtschaftlichen) Abschnitte Gelegenheit festzustellen, daß die Notenemission an dem arbeitenden Kapital der Bank in den ersten Jahren ihres Bestehens — genau bis 1860 — unter den befristeten Betriebsmitteln die erste Stelle einnahmen. Die mehr und mehr wachsenden fremden Gelder der Bank drängten dann allerdings bis 1890 die Noten in ihrer Bedeutung mehr zurück, doch trotzdem trugen sie immer nennenswert dazu bei, der Bank in erhöhtem Maße Kreditgewährungen an das Publikum zu ermöglichen. So erfüllt also in diesem Zusammenhange die Bank durch die Emission von Noten noch eine andere volkswirtschaftliche Aufgabe — neben der Vermittlung des Geldumlaufs —: sie schafft damit eine Grundlage für Krediterteilungen.

β) Die fremden Gelder.

In der Hauptsache dienen dazu allerdings, wie erwähnt, die fremden Gelder, die über 1890 hinaus und heute mehr noch als früher von ausschlaggebender Bedeutung für die Kreditgewährung der D.P.A.B. und somit für die Gesamtwirtschaft Danzigs sind.

Doch nicht nur indirekt — durch die Kreditgewährung, die sie in erhöhtem Maße ermöglichen —, sondern auch direkt besitzen diese deponierten Gelder in den Händen der D.P.A.B. unzweifelhaft eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung:

---

[1]) vgl. S. 110.
[2]) Statut 1857 § 1.

Sie werden je nach ihrer Herkunft aus privaten oder kaufmännischen Kreisen der Privatbank mit verschiedenen Zwecken übergeben. Der private Einleger — meist Rentner, Beamte oder Angestellte — übergibt ihr seine eingekommenen Zinsen, Renten, seinen Gehalt oder sonstigen Einkünfte, um die deponierte Summe allmählich für den Konsum zu benützen. Oder er deponiert bei der Bank Einnahmen aus bezahlten Kaufpreisen oder aus verkauften Wertpapieren usw., solange bis eine endgültige Neuanlage für die Gelder gefunden ist. Der Produzent oder Händler dagegen übergibt der Bank sein Depositum mit dem Endzweck der Wiederverwendung in seinem Geschäftsbetrieb bei Bedarf.

Die Verwendung der Gelder ist verschieden, doch die Privatbank erfüllt beiden Arten von Geldern gegenüber dieselbe wirtschaftliche Funktion: Sie macht sie in jedem Augenblick und so lange nutzbar, wie der Gläubiger dieser Gelder sie nicht benutzen kann. Zugleich bietet sie eine sichere Aufbewahrungsstelle für solche im Moment müßigen Gelder. Und in diesen beiden Eigenschaften liegt die große volkswirtschaftliche Bedeutung dieser fremden Gelder der Privatbank, der Depositen und Kontokorrentkreditoren.

Spargelder kommen bei der Privatbank verhältnismäßig selten vor, der Grund dafür liegt darin, daß solche Sparkapitalien, die auf einem Konto als Endergebnis einer Wirtschaftsperiode entstehen können, zumeist in ihrer neuen Eigenschaft nicht lange bei der Bank bleiben, sondern fest, z. B. in Wertpapieren, angelegt werden.

Diese Spardepositen rekrutieren sich bei der Privatbank meist aus großen Summen, während die kleineren ohnehin in die Sparkassen, zumal den Danziger Sparkassen-Aktien-Verein, wandern. Überhaupt sind kleine Depositenbeträge bei der Privatbank verschwindend wenig zu verzeichnen, wie die folgenden Zahlen zeigen sollen:

Es wurden 1874 eingezahlt:

Größe der Posten	Zahl der Posten			
	2 monatlich (3 %)		6 monatl. (1 % unter Bkf. min. 3 1/3, max. 5 %)	
		%		%
Bis 150 Mk.	38	2,1	25	3,7
150— 300 „	140	7,7	48	7,2
300— 900 „	388	21,6	154	22,9
900—1800 „	399	22,3	161	24,0
1800—3000 „	305	17,0	128	19,1
über 3000 „	524	29,3	154	23,1
zusammen:	1794	100	670	100

Wir sehen hier die Posten über 3000 Mk. unter den zweimonatlich kündbaren Geldern mit 29,3 % vorherrschen. Ihnen folgen die Posten 900—1800 Mk. mit 22 %. Ähnlich stellt sich das Verhältnis bei den sechsmonatlich kündbaren Geldern, nur stehen hier die Posten 900—1800 Mk. an erster Stelle. Die Posten über 1800 Mk. betragen zusammen allein 46,3 % bezw. 42,2 %; ziemlich denselben Anteil haben die Posten 900—1800 Mk. mit 43,9 % bezw. 46,9 %. Dagegen stehen ganz zurück die kleinen Einzahlungen bis 300 Mk. mit 9,8 % bezw. 10,0 %. Heute nimmt die D.P.A.B. Beträge unter 100 Mk. im allgemeinen überhaupt nicht an und überläßt diese Tätigkeit den Sparkassen.

Die Beteiligung der D.P.A.B. an der Depositenaufnahme in Danzig trat Anfang der 1870er Jahre — für welche Zeit allein uns vergleichende Zahlen vorliegen — hinter der der anderen wichtigsten Danziger Banken, und zwar der Kgl. Preußischen Bank und des Danziger Sparkassen-Aktien-Vereins, verhältnismäßig zurück.

Es betrug der Bestand der fremden Gelder per Ultimo Dezember (in 1000 Mk.)[1]:

Jahr	Kgl. Bank bezw. Reichsbk.-Hptst. Dzg.		D.P.A.B.		D.Sp.A.B.	
	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%
1870	2928	30,9	2317	24,4	4231	44,7
1871	3667	28,4	3475	26,9	5794	44,7
1872	5412	33,8	3712	23,2	6858	43,0
1873	5876	33,9	4051	23,4	7383	42,7
1874	6523	34,3	4821	25,0	7658	40,7

Den relativ günstigsten Stand zeigt hier die Privatbank im Jahre 1871 mit 26,9 %, während er im übrigen ziemlich konstant auf ca. 24 % stehen bleibt. Dagegen nimmt der Depositenbestand des Danziger Sparkassen-Aktien-Vereins von 1870 bis 1874 um 4 % zugunsten der Preußischen Bank ab. Die Beteiligung der Privatbank beträgt also nur etwa ein Viertel.

Da die Reichsbank bekanntlich keine verzinslichen fremden Gelder annimmt, stellt sich die Teilnahme des Danziger Sparkassen-Aktien-Vereins und der D.P.A.B. an der Aufnahme fremder Gelder seit 1876 wie folgt[2]:

Der Bestand fremder Gelder betrug per Ultimo Dezember (in 1000 Mk.):

[1] V.d.K. 1870—1874.
[2] V.d.K. 1877, 1887, 1897, 1907.

Jahr	D.Sp.A.V.		D.P.A.V.					
			Depositen		Kontokorrent-Kreditoren		Zusammen	
	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%
1877	7 421	89,4	879	10,6	—	—	879	10,6
1887	12 717	71,9	4 140	23,4	855	4,7	4 995	28,1
1897	20 615	71,2	3 521	12,2	4 828	16,6	8 349	28,8
1907	25 636	51,9	13 969	28,3	9 745	19,8	23 714	48,1

Das Sinken der Teilnahme der D.P.A.V. an der Aufnahme fremder Gelder im Jahre 1877, wo sie sich nur mit 10,6 % beteiligte, ist aus dem Unglücksjahre und dem gesunkenen Vertrauen des Publikums herzuleiten. Dann zeigt sich bis 1897 ein ruhiges Steigen auf 28,8 %, dann aber setzt mit der beginnenden Filiation der Privatbank die lebhafte Steigerung auf 48,1 % ein. Doch selbst im Jahre 1907 noch befindet sich die Privatbank hinter dem Sparkassen-Aktien-Verein, wenn auch nur mit 3,8 %. Da weiteres Material fehlt, ist es leider nicht festzustellen, ob heute die D.P.A.V. den Sparkassenverein in der Aufnahme fremder Gelder schon überflügelt hat, es ist dieses jedoch bei der enormen Steigerung, welche die fremden Gelder in den letzten Jahren bei der D.P.A.V. — von 23,7 Mill. Mk. in 1907 auf 39,5 Mill. Mk. in 1912 — fanden, mit Bestimmtheit anzunehmen.

b) Die Kreditgewährung.

Der Beschaffung von Betriebsmitteln seitens der Privatbank entspricht die Nutzbarmachung der gesammelten Kapitalien durch Kreditgewährung an Unternehmer, Händler, Private usw. zu produktiven Zwecken. Die Einräumung dieser Kredite vollzieht sich bei ihr in den verschiedensten Formen, die wir jetzt nach ihrer volkswirtschaftlichen Seite hin betrachten wollen.

α) Das Wechsel- und Akzeptgeschäft.

Die älteste Form der Kreditgewährung war bei der Privatbank ihrer Stellung als Notenbank entsprechend das Wechselgeschäft.

Über die Ausdehnung der Kreditbeziehungen der Privatbank im Diskontgeschäft mögen folgende Zahlen unterrichten. Es befanden sich im Wechselbestande der Bank Ultimo 1874[1]):

[1]) 1874.

Größe der Appoints	Platzwechsel		Rimessen	
	Stück	%	Stück	%
Bis 150 Mk.	79	1	126	1,7
150— 300 „	745	9,3	530	7,0
300— 900 „	2297	28,9	1849	24,6
900—1800 „	1596	20,0	1795	23,9
1800—3000 „	1377	17,3	1160	15,4
über 3000 „	1872	23,5	2067	27,4
zusammen:	7966	100	7527	100

Die Platzwechsel von 300—900 Mk., die größtenteils aus dem kleineren Kaufmannsstand herstammen, stehen mit 28,9 % an erster Stelle vor den 23,5 % Wechseln über 3000 Mk., dem Produkte größerer Handelshäuser. Bei den Rimessenwechseln herrschen gleichfalls diese beiden Größenklassen vor, jedoch in umgekehrter Reihenfolge (mit 27,4 % bezw. 24,6 %). Die Diskontierung von Wechseln mittlerer Größe (300—1800 Mk.) nehmen allein einen Prozentsatz von 48,9 % bezw. 48,5 %, also fast die Hälfte aller Wechselkredite, ein; ihnen folgen die Größenklassen von 1800 Mk. aufwärts mit 40,8 % bezw. 42,8 %. Recht gering sind dagegen die Kredite unter 300 Mk. mit 10,3 bezw. 8,7 %. Wir sehen also die D.P.A.B. im Jahre 1874 sowohl im Dienste des kleinen Kaufmanns — und zwar vorwiegend — wie in dem großer Handelshäuser.

Stellen wir die D.P.A.B. in Parallele mit dem Kgl. Bankkontor zu Danzig und dem Danziger Sparkassen-Verein, so ergibt sich folgendes Zusammenwirken der drei Institute. Es wurden diskontiert bei [1]):

	Kgl. Bankkontor bezw. Rbk. Danzig		D.P.A.B.		D.Sp.A.B.		Gesamt	
	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%
1868	69 824	53,4	55 609	42,5	5 382	4,1	130 815	100
1877	50 955	46,5	44 212	40,3	14 488	13,2	109 655	100
1887	33 129	48,3	26 243	38,3	9 180	13,4	68 552	100
1897	50 829	45,9	26 990	24,4	32 881	29,7	110 700	100
1907	65 025	37,4	93 030	53,4	16 024	9,20	174 079	100

Es geben diese Zahlen allerdings infolge der zu berücksichtigenden Rediskontierungen der Privatbank und des Sparkassen-Aktien-Vereins bei der Reichsbank (die sich z. B. im Jahre 1887 bei der Privatbank auf 525 000 Mk., bei dem Sparkassen-

[1]) V.d.K. 1868, 1877, 1887, 1897, 1907.

verein auf 125 000 Mk. beliefen) kein absolut richtiges Bild des Zusammenwirkens der drei Banken. Man darf aus diesen Zahlen auch keinen Schluß auf die gesamten Bedürfnisse an Wechselkrediten in Danzig und Umgebung ziehen wollen, da die jüngeren Bank- und Bankierunternehmungen hier nicht in Betracht gezogen sind. Man erkennt jedoch den Anteil der Privatbank als recht bedeutend. Besonders fällt die Steigerung des Jahres 1907 mit 53,4 % der Privatbank gegen 37,4 % der Reichsbank und 9,2 % des Danziger Sparkassen-Aktien-Vereins ins Auge, die auf die großartige Entwicklung der Privatbank seit 1900 zurückzuführen ist.

Auch den Handel in ausländischen Wechseln, sogen. Devisen, hatte schon die Danziger Kaufmannschaft in ihrem Gutachten des Jahres 1856 über die Notwendigkeit der Privatbank für das Danziger Wirtschaftsleben als eine der wichtigsten Aufgaben der neu zu gründenden Bank hingestellt. Und wirklich schaffte die Privatbank mit ihrem Devisenbestand nicht nur einen Rückhalt für kritische Zeiten, sondern ersparte dem Publikum auch den kostspieligen Umweg einer Diskontierung solcher Valuten über Berlin.

Im Anschluß hieran noch ein paar Worte über den Akzeptkredit bei der Privatbank. Er findet sich bei ihr, wie wir im 1. Abschnitt sahen, seit 1900, und zwar in den Formen des Warenrembours- und Industrieakzepts sowie des Avals.

Als Warenrembourskzept bietet es dem Handel, zumal dem Überseehandel, große Vorteile, indem es wegen seiner Sicherheit und leichten Plazierbarkeit zur Verbesserung und Verbilligung des Rembourskredits beiträgt.

Unentbehrlich ist es ferner der Industrie geworden, die sich mit dem Akzept der Privatbank auf billige Weise Mittel zur Bestreitung laufender Betriebsausgaben oder einmaliger Materialkäufe besorgt. Die Akzeptkreditgewährung seitens der Privatbank an die Industrie tritt allerdings naturgemäß wegen der dünn gesäten industriellen Unternehmungen im Bereich der Bank bedeutend hinter dem Warenakzept zurück, doch ist sein volkswirtschaftlicher Wert wohl einleuchtend bei der immer noch vorhandenen Kapitalarmut des deutschen Ostens.

Der volkswirtschaftliche Wert des Akzepts der Privatbank als Avalkredit ist in der Vereinfachung und oft erst Ermöglichung der Verbindung zwischen Kaufmann und Behörde zu suchen.

Im ganzen ist die D.P.A.B. mit der Hergabe ihres Akzepts allerdings recht zurückhaltend (vgl. Tab. X); dem Spekulationskredit dient sie auf diesem Wege niemals.

β) Das Lombard- und Reportgeschäft.

Als das Komplement des Wechselkredits ist der Lombardkredit anzusehen. Beide stehen bei der Privatbank nämlich häufig, besonders in früheren Jahren, in Wechselwirkung derart, daß das Emporschnellen des einen oft ein Sinken des anderen Kontos hervorruft.[1] Auch an Beweglichkeit kommt diese Art der Kreditgewährung der Diskontierung von Wechseln ziemlich nahe. Es lag daher zugleich im Interesse der Privatbank und ihrer Klientel, wenn jene ihren Geschäftsfreunden, ohne ihnen dafür besondere Opfer aufzuerlegen, im Lombardverkehr tägliche Ab- und Zuschreibungen gestattete, wodurch gewissermaßen ein Verkehr in laufender Rechnung mit ihnen hergestellt wurde.[2] Diese Geschäftsfreunde waren besonders Getreide-, Holz- und Zuckerfirmen. Getreide- und Zuckerlombard war besonders im Herbst sehr gesucht.[3] Daneben rekrutiert sich die Klientel der Privatbank im Lombardverkehr natürlich auch aus Vertretern anderer Branchen und aus Privatleuten, die gegen gute Sicherheiten, besonders Wertpapiere, Kredit erhalten.

Über die Größe der gewährten Posten liegt leider kein genügendes Material vor. Wir sind jedoch in der Lage, den Umfang des Lombardverkehrs der Privatbank mit dem der anderen beiden ältesten, schon oft von uns zitierten Bankinstitute in Beziehung zu setzen. Es betrug die Kreditgewährung auf Lombardkonto (exkl. Vortrag)[4]:

Jahr	Kgl. Bankkontor bezw. Rbk. Dzg.		D.P.A.B.		D.Sp.A.B.		Gesamt	
	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%
1868	4 329	21,5	7 382	31,8	8 374	46,7	20 085	100
1877	5 011	17,0	8 553	29,1	15 858	53,9	29 422	100
1887	7 838	18,5	10 626	25,0	23 997	56,5	42 461	100
1897	19 995	29,7	10 656	15,8	36 708	54,5	67 359	100
1907	37 181	37,8	15 267	15,7	46 136	46,5	98 584	100

Wir sehen das im Vergleich zum Diskontgeschäft ruhiger verlaufende, bei allen drei Instituten fortgesetzt ansteigende Lombardgeschäft mit durchschnittlich 51,6 % hauptsächlich in den Händen des Danziger Sparkassen-Aktien-Vereins, der allerdings seit den

[1] vgl. dazu V.d K. 1888 S. 68: „Die Diskontierungen bei den (Danziger) Geldinstituten waren um ca. 5 Mill. Mk. geringer, das Lombardgeschäft ebenso viel höher". Vgl. ferner 1863, 1885.

[2] 1861.

[3] vgl. 1894, 1896.

[4] V.d.K. 1868, 1877, 1887, 1897, 1907.

1890er Jahren mehr und mehr davon an die Reichsbankhauptstelle abtreten mußte. Die D.P.A.B. sinkt indessen während der 40 Jahre allmählich von 31,8 % auf 15,7 %, steht also 1907 der Reichsbank um 22,1 %, dem Danziger Sparkassen-Aktien-Verein sogar um 30,8 % nach.

Die Kreditgewährung der drei Banken auf Lombard haben sich zwar, wie ersichtlich, von 1868—1907 absolut sämtlich stark vermehrt, indem sie sich bei der Preußischen Bank bezw. Reichsbank fast verneunfacht, bei der Privatbank zirka verdoppelt und bei dem Danziger Sparkassen-Aktien-Verein fast versechsfacht haben, relativ jedoch gingen sie bei der Privatbank in den 40 Jahren (1868—1907) von 31,8 % auf 15,7 % zurück. Ihre Beteiligung am Lombardverkehr ist also im Verhältnis zu den beiden anderen genannten Banken 1907 nur noch relativ gering, indem sie der Reichsbank um 22,1 %, dem Danziger Sparkassen-Aktien-Verein sogar um 30,8 % nachsteht. Dieses geschieht, wie gezeigt,[1]) zugunsten des Wechselverkehrs.

Gegen das im Jahre 1907 mit 15 Mill. Mk. Umsatz noch recht lebhafte Lombardgeschäft tritt das Reportgeschäft, das bekanntlich als Abart des reinen Lombardgeschäfts dem Börsenterminhandel in Wertpapieren dient, bei der Privatbank sehr zurück. Es findet sich bei ihr erst in der letzten Periode und hat sich auch in dieser nicht lebhaft entwickelt. Der Hauptgrund dafür ist das Fehlen einer lokalen Effektenbörse in Danzig. Näheres darüber zu berichten ist uns leider infolge Mangels an Unterlagen — die Reports erscheinen stets ungetrennt auf Lombardkonto — nicht möglich.

γ) Das Kontokorrentgeschäft.

Die weitaus gebräuchlichste Form jedoch der Kreditgewährung der Privatbank stellt der Kontokorrentverkehr dar. In bezug auf die eine für die Bank passive Seite dieses Kontokorrentverkehrs verweisen wir auf die bereits behandelte Annahme fremder Gelder im Depositen- und passiven Kontokorrentgeschäft.[2])

Hier haben wir die aktive Seite des so überaus vielseitigen Kontokorrentverkehrs zu betrachten. Tatsächlich kommen im Kontokorrentgeschäft fast alle Formen des Zahlungs- und Kreditverkehrs vor, die überhaupt in den Bereich einer Bank fallen. Da wir jedoch die einzelnen Geschäfte der Privatbank hier gesondert behandeln, so rechnen wir dem Kontokorrentgeschäft nur ihre Transaktionen bei Banken und Bankfirmen, ihre Debitoren in laufender Rechnung sowie (seit 1909) die Vorschüsse auf Waren und

[1]) s. S. 115 f.
[2]) vgl. S. 84 f.

Warenverschiffungen sowie die Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere zu.

In seinen Anfangsstadien schon 1861 bei der Privatbank vorhanden, wird dieses Geschäft von der Bank von hervorragender und bestimmender Bedeutung erst seit 1899 mit der Eröffnung von Blankokrediten. Heute ist es mit einem jährlichen Umsatz[2]) von 884 Mill. Mk. der ausgedehnteste Geschäftszweig der Bank.

Handel und Industrie Danzigs und der östlichen Provinzen genießen als Kontokorrentkunden der D.P.A.B. in weitgehendem Maße diese Einrichtung. Die Kontokorrentverbindung ermöglicht den Kunden der Bank einerseits durch teilweise Abgabe der Kassenführung eine große Erleichterung und Vereinfachung des Geschäftsganges und gestattet ihm, die Bank mittels Schecks jeden Augenblick, auch über sein augenblickliches Guthaben hinaus, in Anspruch zu nehmen. Andererseits aber trägt er, zumal als industrieller Kontokorrentkredit, die Tendenz in sich, die Selbständigkeit des Unternehmens durch strenge Überwachung seitens der Bank zu gefährden.

Die Privatbank beschränkt sich in der Hauptsache auf die Erteilung kurzfristigen Kredits im Kontokorrent sowohl an die einheimische Industrie sowie besonders an den Handel Danzigs und der östlichen Provinzen Preußens.

Um ein Bild davon zu erhalten, welchen Umfang das Kontokorrentgeschäft bei der D.P.A.B. im Vergleich zu anderen Kreditbanken erreicht, seien folgende Zahlen angeführt, welche die Kontokorrentdebitoren der Privatbank sowie den Durchschnitt der Kontokorrentdebitoren aller deutschen Kreditbanken mit einem Kapital von mindestens 1 Mill. Mk. ins Verhältnis setzt zu dem betreffenden eigenen Kapital (= Aktienkapital + echte Reserven):

Jahr	Zahl der Banken	Debitoren in 1000 Mk.		Eigenes Kap. (= Akt.-Kapital + Reserven) in 1000 Mk.		Verhältnis der Debitoren z. eigenen Kapital in %	
		Aller Banken Mk.	Der D.P.A.B. Mk.	Aller Banken Mk.	Der D.P.A.B. Mk.	Aller Banken %	Der D.P.A.B. %
1895	94	1 992 660	9 322	1 345 445	5 846	148,1	159,4
1908	169	6 604 652	20 115	2 253 673	10 450	203,0	192,5

Die geringen Abweichungen der Prozentsätze der Kontokorrentdebitoren der Privatbank gegen den Durchschnitt von

1895 + 11,3 %
und 1908 — 10,5 %

[2]) Im Jahre 1912.

beweisen nur, daß die Steigerung der Debitoren bei der Privatbank nicht so schnell vonstatten ging wie bei dem Durchschnitt der anderen Banken. Trotzdem kommen sich die relativen Zahlen doch sehr nahe und zeigen ein ganz ähnliches Bild der Kontokorrentausdehnung bei der D.P.A.B. wie bei den übrigen größeren Kreditbanken. Damit ist gezeigt, daß der Kontokorrentkredit der D.P.A.B. eine relativ ebenso breite Grundlage hat wie der unserer anderen Kreditbanken, deren fördernder Einfluß auf die Unternehmungslust zumal durch Kontokorrentkredit zur Genüge bekannt ist.

Besonders geeignet, unternehmende, aber nicht so kapitalkräftige Leute zu großen wirtschaftlichen Leistungen zu befähigen, ist der Blankokredit, der, wie bereits angedeutet, seit 1899 bei der Privatbank Eingang fand. Er machte

1899	etwa	$^1/_4$
1909	„	$^1/_6$
1910	„	$^1/_5$
1911	„	$^1/_3$
1912	„	$^1/_4$

aller Forderungen in laufender Rechnung aus.

Eine gewisse Einschränkung erleidet dieser Blankokredit allerdings dadurch, daß er vornehmlich nur solchen Kunden gewährt wird, von deren Geschäftstüchtigkeit man überzeugt ist bezw. sich durch nähere Prüfung der Vertrauenswürdigkeit und Vermögensverhältnisse überzeugt hat.

Der Kontokorrentverkehr gibt endlich der Privatbank ein vorzügliches Wirtschaftsbarometer in die Hand, da „regelmäßige Umsätze im Kontokorrentverkehr nur bei günstiger Lage des Handels und der Industrie sich einstellen können" und so „der Kontokorrentverkehr der Kreditbanken einen guten Einblick in die jeweilige wirtschaftliche Lage"[1]) gewährt.

Die Privatbank kann also die Ablesungen von diesem Barometer zur Grundlage ihres eigenen Handelns nach außen hin machen. Dieses Barometer gibt ihr also die Möglichkeit, etwa herannahenden Krisen durch Krediteinschränkungen beizeiten entgegenzutreten.

δ) Das Emissions- und Gründungsgeschäft.

Während die bisher besprochenen Arten des Kredits, der Wechsel-, Akzept-, Lombard-, Report- und Kontokorrentkredit, kurzfristig sind, haben wir es beim Emissionsgeschäft mit lang-

[1]) Rießer a. a. O. S. 213.

fristigem Kredit zu tun. Denn bei schlechtem Erfolg der Emission selbst oder bei schlechten Zeiten des finanzierten Unternehmens muß die Bank stets mit ihrer Unterstützung zur Hand und bereit sein, ihre Mittel eventuell für längere Zeit darin festzulegen.

Es sei von vornherein daran erinnert, daß bei der Emissionstätigkeit (dem sogen. Konsortialgeschäft) zu unterscheiden ist zwischen der gewerblichen Emission in Aktien- oder Obligationenform (als Gründungs- oder Umwandlungsgeschäft) und der Rentenemission für Staat und Kommunen (dem reinen Emissionsgeschäft).

Wir wenden uns zunächst der gewerblichen Emission der Privatbank zu und bemerken dabei, daß diese Form der Kreditgewährung bei der Bank in der Hauptsache erst mit ihrem Eintritt in die moderne Periode seit 1898 einsetzt. Bis dahin beteiligte sie sich nur in den Jahren 1883 und 1893 an der Obligationenübernahme zweier westpreußischer Zuckerfabriken, die heute noch existieren.

Wenn bei den industriellen Gründungen, an denen sich die D.P.A.B. beteiligte, die z. T. anfänglich eingetretenen Mißerfolge — es sei an die Sanierungen der Nordischen Elektrizitätswerke, der Schrauben-, Muttern- und Nietenfabrik sowie der Stuhlfabrik Gossentin erinnert — der Volkswirtschaft nicht unbedeutende Kapitalien entzogen, so ist den immer mehr emporblühenden Unternehmungen ein volkswirtschaftlicher Nutzen doch keineswegs abzusprechen.

Es sei im besonderen der Danziger Elektrischen Straßenbahn, Aktien-Gesellschaft, gedacht, die mit der Strecke Danzig—Neufahrwasser die wichtige Verbindung der Stadt mit ihrem Seehafen herstellte. Durch die Ausbreitung ihres Schienennetzes über sämtliche Vororte Danzigs ist sie inzwischen zu dem wichtigsten Beförderungsmittel im lokalen Verkehr der Stadt geworden.

Auch die Stuhlfabrik Gossentin ist mit ihrem erheblichen Aufschwung in den letzten Jahren ein wichtiger Vorposten der östlichen Industrie geworden.

Ebenso haben sich die Zuckerspeditionsfirmen Wieler & Hardtmann, Aktien-Gesellschaft in Danzig, sowie die Zuckerfabrik Schwetz, G. m. b. H., an denen beiden die D.P.A.B., wie wir sahen, beteiligt ist, gut bewährt, indem sie dem reichen Zuckerrübenbau der Provinz die Verarbeitung und den Absatz ermöglichen oder wenigstens erleichtern.

Diese Absatzschwierigkeit ist ja bekanntlich mit eins der wichtigsten Probleme der Industrie des deutschen Ostens neben den bereits berührten äußerst ungünstigen Arbeiter- und Materialbeschaffungsverhältnissen. Doch damit sind die Schwierigkeiten, mit denen die östliche Industrie zu kämpfen hat, noch nicht er-

schöpft. Wir sind der Ansicht, daß die wichtigsten Vorbedingungen einer Industrientwicklung im Osten die Beschaffung genügender Kapitalien und vor allem die Auswahl geeigneter, tüchtiger Männer sind, die diese exponierten Unternehmungen tatkräftig leiten. Wir haben immerhin schon einige Beispiele, die das Gesagte dokumentieren.

Neben diesem gewerblichen Emissionsgeschäft finden wir bei der D.P.A.B. auch die Rentenemission.

Denn auch als Geldgeberin bezw. Geldvermittlerin des Staats oder öffentlicher Körperschaften trat die Privatbank auf. Sie beteiligte sich an der Emission mehrerer Danziger Stadtanleihen, an Danziger Kreis- und Provinzialanleihen, sowie 1887 an der Konvertierung 4 %iger Westpreußischer Pfandbriefe. Sie hatte ferner Unterbeteiligungen an Staats- und Eisenbahnanleihen sowie 1882 an 4 %igen Preußischen Konsols.

Bei allen diesen gewerblichen und reinen Emissionen trat die Privatbank nicht als einzige Emittentin auf, sondern beteiligte sich daran als Mitglied von Konsortien bezw. erhielt nur Unterbeteiligungen von anderen Banken.

Doch auch so trug sie nach Kräfen dazu bei, die verhältnismäßig schwachen Geldquellen des Ostens zum Fließen zu bringen zugunsten der Industrie, des Handels und der gesamten Wirtschaft Danzigs und seiner Provinz.

c) Die übrigen Geschäfte der D.P.A.B.

Außer dem eigentlichen Zahlungs- und Kreditverkehr fallen bekanntlich noch andere Geschäfte in den Bereich einer Bank, die man wohl auch als indifferente Geschäfte bezeichnet.

Das erste und älteste derartige Geschäft der D.P.A.B. ist das Geldwechseln, das sogen. Sortengeschäft, sowie die Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen zum Fälligkeitstermin. Ebenso pflegte die Privatbank schon von ihrem ersten Geschäftsjahre als Notenbank an das Inkassogeschäft, auf dessen Vorteile, die in einer Vereinfachung der Geschäftsführung der betreffenden Kunden zu suchen sind, sie in Verbindung mit dem Girogeschäft fast jährlich in ihren Berichten früherer Jahre hinwies.

Das Effekten- und Effektenkommissionsgeschäft betrieb die Privatbank gleichfalls seit ihrer Gründung, jedoch infolge der drückenden Konkurrenz der Privatbankiers nur in bescheidenem Umfange. Erst im Jahre 1882 nimmt die Bank mit der Herabsetzung der Kommissionssätze einen lebhafteren Anteil an der Entwicklung dieses wichtigen Geschäfts, an dem sich fast alle Berufsgruppen beteiligen.

Erwähnt seien ferner die nur im Interesse des Publikums getroffenen Einrichtungen, wie die Aufbewahrung von Wertpaketen in offenen oder geschlossenen Depots (seit 1863) sowie die Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren (seit 1884). In Verbindung damit steht die Einrichtung von Safes in feuer- und diebessicheren Gewölben, wie sie sich heute in der Zentrale sowie in allen Depositenkassen und Filialen der Privatbank befinden. Die rege Benutzung dieser Einrichtungen durch das Publikum ist der beste Beweis ihrer allgemeinen Nützlichkeit.

Wir können hier nicht alle Einrichtungen erwähnen, die lediglich dem Interesse des Publikums dienen, es sei nur gedacht der Ausstellung von internationalen Kreditbriefen, der Abteilung für Hypothekenvermittlung sowie der über das ganze Reich verstreuten mehr als 150 Scheckeinlösestellen der Privatbank.

Alle diese lediglich der Bequemlichkeit des Publikums dienenden Einrichtungen sind eine Forderung unserer Zeit; die Beiträge für ihre Benutzung stehen dabei in gar keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen, der den weitesten Kreisen zugänglich ist. —

Unsere bisherigen Ausführungen in diesem Abschnitt beschäftigen sich mit den volkswirtschaftlichen Aufgaben der D.P.A.B. in normalen, ruhigen Zeiten, die darin bestehen, einen geregelten Zahlungsverkehr zu gewährleisten, den Zahlungsausgleich zu fördern sowie den Kreditverkehr nach allen Richtungen hin auszubauen.

Die Privatbank sah es ferner als ihre Pflicht an, die überall und besonders in wirtschaftlich hochstehenden Zeiten zutage tretenden Auswüchse im Wirtschaftsleben von ihrer Klientel möglichst fernzuhalten. Wie sie selbst sich als Notenbank bis 1890 streng von jeder Spekulation fernhielt, so suchte sie auch durch vorsichtige Krediterteilung solche Geschäftsleute, die geneigt erschienen, bei liberaler Kreditbewilligung sich zu Unternehmungen über ihre Kräfte verleiten zu lassen, in den ihnen angemessenen Grenzen zu halten. Auch die Ältesten der Kaufmannschaft stellten der Privatbank 1859 das Zeugnis aus, sie fördere nicht die Agiotage.

III. Die Bank in Krisen- und Kriegszeiten.

Von besonderer Wichtigkeit aber wird das zielbewußte Eingreifen der Bank in kritischen Zeiten, so vor und während des Eintritts von wirtschaftlichen oder politischen Störungen.

Greift einmal eine Krisis in den Wirtschaftsorganismus ein, so werden alle nach der Bank laufenden Fäden straff gespannt: Die Privatbank sah in solchen Fällen ihre Aufgabe darin, eine präventive Politik, ein vorsichtiges Eingreifen vor dem Ausbruch

der Krisis Platz greifen zu lassen. „Hierher gehören rechtzeitige Warnungen vor der Vergrößerung der Engagements, der Trassierungen und Kredite . . . und die langsame und vorsichtige, aber konsequente Vermehrung der Liquidität der Bank." [1])

Die Privatbank erlebte die allgemeinen Krisen der Jahre 1857/58, 1872/73, 1901/02 und die von 1907.

Schon im Gründungsjahre der D.P.A.B. sagte der Bericht der Ältesten über die Bank [2]): „Sie war trotz der mannigfachen Beschränkungen, denen sie gesetzlich unterworfen ist, in der Finanzkrisis von überaus günstiger Wirkung. Mit Liberalität und Umsicht hat sie bei dem erschütterten Vertrauen dem Geldmangel abgeholfen und dabei die übrigen Geldinstitute unserer Stadt kräftig unterstützt".

Auch bei der Fondsderoute der Jahre 1872/73 blieb die Privatbank nicht untätig. Ihr lag es ob, Kreditgewährungen beizeiten einzuschränken und ihre Mittel disponibel zu halten. Sie selbst äußert sich [3]): „Es konnte nicht fehlen, daß unsere Kapitalien (bei der schon zwei Jahre anhaltenden Handelskrisis und Verkehrsstockung) während des ganzen Jahres kaum den an uns gestellten Anforderungen entsprechen konnten, zumal die Fondsspekulation uns viele Depositen entzog und die gesteigerten Preise verschiedener Warengattungen auch größere Geldbeträge erforderten".

Desgleichen vermochte die Privatbank in den Kriesen der Jahre 1901 und 1907 helfend einzugreifen, bei der ersten allerdings nicht ohne erhebliche eigene Verluste.

Auch die Kriegsjahre fanden die D.P.A.B. gerüstet.

Während die Privatbank über ihre Haltung vor und während des dänischen Krieges von 1864 nichts Näheres berichtet, sehen wir sie 1866 sogleich mobilmachen, als „ein Krieg unvermeidlich erschien, was einen unverkennbaren Eindruck auf den Geldmarkt ausübte". [4]) Als der Krieg ausbrach, hatte die Bank ihre Maßnahmen bereits getroffen. Und diese bewährten sich: Präsentationen von Noten zum Austausch gegen Silber kamen im ganzen wenig vor und den großen Anforderungen, die der Depositenverkehr an die Bank stellte, konnte sogar durch sofortige Rückzahlung derjenigen Kapitalien, die ihr mit einem Vorbehalte einer gegenseitigen zweimonatlichen Kündigung übergeben waren, entsprochen werden. [5]) Die Ältesten hoben damals anerkennend hervor, [6]) daß

[1]) Rießer a. a. O. S. 17.
[2]) V.d.K. 1857 S. 9.
[3]) 1873.
[4]) 1866.
[5]) 1866.
[6]) V.d.K. 1866 S. 8.

die Privatbank, soweit ihre Mittel gingen, sowie die Preußische Bank besonders durch willige Aufnahme bedeutender Devisenmengen zur Unabhängigkeit des Danziger Weltmarktes von den größeren Börsenplätzen bedeutend beigetragen hätten.

Ebenso konnte sich die Kaufmannschaft 1870 nur lobend aussprechen über die „überlegte und umsichtige Unterstützung“ [1]) der Danziger Bankinstitute, die „bei Ausbruch des Krieges den Anforderungen mit anzuerkennender Kulanz“ [2]) entsprochen hätten.

Die Privatbank richtete auch 1870 ihr Augenmerk außer auf eine vorsichtige Notenemission auf die glatte und möglichst sofortige Auszahlung von Depositen. Den gesteigerten Kreditansprüchen entsprach die durch Vorschüsse auf solche Wertobjekte, die vor der einsetzenden Blockade der Ostsee nicht verladen werden konnten oder deren Verlauf zu angemessenen Preisen zeitweise unmöglich geworden war. „In der Woche vom 15. bis 23. Juli haben wir“, so sagte sie, „430000 Tlr. Wechsel diskontiert und daneben in dem gleichen Zeitabschnitte 100000 Tlr. Depositen herausgegeben und 101000 Tlr. unserer Noten eingelöst. Diese Zahlen, so winzig sie auch gegen die Umsatzziffern anderer mit großen Mitteln ausgerüsteter Institute erscheinen mögen, werden immerhin den Beweis liefern, daß wir auch zu unserm Teil bestrebt gewesen sind, alles zu tun, was in unsern Kräften stand, um einer Krisis zu begegnen oder Verwicklungen vorzubeugen ... Die Subskription auf die Norddeutsche Bundesanleihe fiel in die Zeit des gerade ergangenen, später zurückgenommenen Ausfuhrverbots, das uns nötigte, unsere Mittel zur Verfügung des durch die Maßregel hart bedrohten Handelsstandes möglichst bereitzuhalten, daher wir uns an der Subskription nur schwach beteiligen konnten.“ [3])

Es ist das wohl ein recht bezeichnendes Wort für das über den Rahmen des rein privaten Interesses hinausgehende Geschäftsgebaren der Privatbank.

B. Die D.P.A.B. und die Produktivstände.

Wir haben bisher den Wirkungs*kreis* der Privatbank und die *Formen* ihres Wirkens nach außen betrachtet und konnten alles in allem einen fördernden Einfluß der Bank auf das Wirtschaftsleben Danzigs feststellen. Dieser Einfluß wird jedoch infolge der Stellung der Bank inmitten der Volkswirtschaft oft

[1]) V.d.K. 1870 S. 45.
[2]) V.d.K. 1870 S. 4.
[3]) 1870.

von anderen Faktoren durchkreuzt, welche die wirtschaftliche Gesamtlage mit sich bringt. Da diese Faktoren politischer oder wirtschaftspolitischer Art auf die Erwerbsstände Danzigs ihre Einwirkung nicht verfehlen, so reflektiert sich diese stets auf die hinter den Unternehmungen stehende Privatbank. Insofern kann man von einer Einwirkung des Handels, der Industrie oder anderer Unternehmungen auf die Privatbank wohl sprechen.

Gehen reichliche Mengen von Getreide, Holz oder Zucker nach dem Ostseehafen, weist also der Handel im Verkehr Danzigs ein günstiges Jahr auf, so reagiert die Privatbank meist in demselben Sinne;[1]) auch wichtige wirtschaftspolitische Ereignisse, wie z. B. die Inbetriebnahme der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn im Jahre 1877, wirken mittels des dadurch speziell berührten Handels auch unfehlbar auf die Privatbank ein. Ebenso bleiben auch für den Handel oder die Industrie Danzigs ungünstige Geschäftsjahre nicht ohne Einfluß auf die Privatbank.[2])

Andererseits sind die Absatzverhältnisse der einzelnen Branchen von mittelbarem Einfluß auf die Verteilung der Kreditgewährungen innerhalb der einzelnen Konten der Bank. So wird eine rasche Verladung der über See auszuführenden Artikel bei der Bank ein erhöhtes Angebot von Devisen und Rimessenwechseln, dagegen ein Fallen von Lombardkreditanträgen zur Folge haben.[3]) Umgekehrt bringt die etwa nötige längere Lagerung von Ausfuhrartikeln ein Anwachsen der Lombard- und Kontokorrentkreditgewährungen und eine Abnahme von Guthaben kaufmännischer Kreise mit sich.[4])

Eine direkte Abhängigkeit der Privatbank von dem Handel Danzigs ist infolge Fehlens einer Kartellierung oder sonstigen näheren Zusammenschlusses im Danziger Handel so gut wie ausgeschlossen und auch bisher nicht nachweisbar, man müßte denn durch die immer größer werdende Zahl neu erstehender oder die immer weitere Ausdehnung schon eingesessener Handelsunternehmungen eine Erweiterung des Arbeitsfeldes der Bank herbeigeführt sehen wollen. Daraus wäre allerdings eine Förderung der Geschäfte und eine Ausbreitung des Wirkungskreises der Bank herzuleiten. Doch eine genaue Unterscheidung, wie weit hier Ursache und Wirkung reichen und von welcher Seite die Ursache ausgeht, ist hier nicht zu treffen.

Auch die wechselseitigen Beziehungen der Privatbank und

---

[1]) So 1882, 1904 usw.
[2]) So 1872, 1884, 1886, 1902, 1909 u. a.
[3]) So 1884.
[4]) So 1869, 1885, 1886.

der Industrie resultieren aus Wirkung und Gegenwirkung beider aufeinander:

Die Privatbank baute auf dem vorhandenen Stamm von Industrieunternehmungen ihren Geschäftskreis weiter aus, wiederum wurde erst durch die mitwirkende Kreditgewährung der Privatbank die Industrie der 90er Jahre ins Leben gerufen. Bei denjenigen neu gegründeten Unternehmungen, an denen die Privatbank mit beteiligt war, sicherte sie sich die Beeinflussung von vornherein durch Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat der betreffenden Gesellschaften.

Alles in allem hat die Privatbank sich nie dem Handel oder der Industrie Danzigs und seiner Provinz auf Gnade und Ungnade ergeben müssen; sie wußte immer noch ihr Gewicht geltend zu machen und ihre Stellung als nennenswerter Faktor im Wirtschaftsleben Danzigs zu wahren.

Tabelle I. **Gesamtumsatz.**

Jahr	Gesamtumsatz von einer Seite Mk.	Gegen Vorjahr Mk.	Das Aktienkapital ist im Jahre x mal umgesetzt worden
	1	2	3
1857	28 885 323	—	9,6 mal
1858	106 692 000	+ 77 806 677	35,5 „
1859	122 924 977	+ 16 232 977	41,0 „
1860	199 333 829	+ 76 408 852	66,4 „
1861	264 086 172	+ 64 752 343	88,0 „
1862	290 946 600	+ 26 860 428	97,0 „
1863	253 452 600	− 37 494 000	84,5 „
1864	228 554 010	− 24 898 590	76,2 „
1865	231 615 501	+ 3 061 491	77,2 „
1866	210 174 189	− 21 441 312	70,0 „
1867	286 944 924	+ 76 770 735	95,6 „
1868	310 221 639	+ 23 276 715	103,4 „
1869	297 764 739	− 12 456 900	99,2 „
1870	304 840 482	+ 7 075 743	101,6 „
1871	355 306 752	+ 50 466 270	118,4 „
1872	303 924 528	− 51 382 224	101,3 „
1873	264 386 874	− 39 537 654	88,1 „
1874	283 417 251	+ 19 030 377	94,5 „
1875	305 863 925	+ 22 446 674	101,9 „
1876	271 532 930	− 34 330 995	90,5 „
1877	306 943 895	+ 35 410 965	102,3 „
1878	284 136 666	− 22 807 229	94,7 „
1879	283 630 576	− 506 090	94,5 „
1880	289 089 730	+ 5 459 154	96,3 „
1881	306 599 997	+ 17 510 267	102,2 „
1882	345 852 703	+ 39 252 706	115,3 „
1883	375 545 405	+ 29 692 702	125,2 „
1884	403 546 393	+ 28 000 988	134,5 „
1885	444 146 747	+ 40 600 354	148,0 mal
1886	384 289 194	− 59 857 553	128,1 „
1887	325 535 087	− 58 754 107	108,5 „
1888	412 343 568	+ 86 808 481	137,4 „
1889	353 982 596	− 58 360 972	118,0 „
1890	374 627 426	+ 20 644 830	124,9 „
1891	383 296 369	+ 8 668 943	127,7 „
1892	321 291 830	− 62 004 539	107,1 „
1893	374 224 077	+ 52 932 247	123,7 „
1894	328 797 027	− 45 427 050	73,1 „
1895	401 345 972	+ 72 548 945	89,2 „
1896	414 004 117	+ 12 658 145	92,0 „
1897	403 222 608	− 10 781 509	89,6 „
1898	421 679 832	+ 18 457 224	93,7 „
1899	410 797 305	− 10 882 527	68,5 „
1900	548 438 089	+ 137 640 784	91,4 „
1901	583 936 805	+ 35 498 716	99,0 „
1902	442 298 620	− 141 638 185	73,7 „
1903	465 569 544	+ 23 270 924	74,3 „
1904	514 453 246	+ 48 883 702	84,1 „
1905	656 152 803	+ 141 699 557	109,3 „
1906	843 133 063	+ 186 980 260	105,4 „
1907	950 448 131	+ 107 315 068	118,8 „
1908	1 011 291 430	+ 60 843 299	126,4 „
1909	1 067 899 984	+ 56 608 554	133,5 „
1910	1 445 437 924	+ 377 537 940	144,5 „
1911	1 713 325 005	+ 267 887 081	171,3 „
1912	2 107 520 067	+ 394 195 062	150,5 „

Tabelle II. **Girokonto.**

Jahr	Girokonto Umsatz Mk.	Jahr	Girokonto Umsatz Mk.	Jahr	Girokonto Umsatz Mk.	Jahr	Girokonto Umsatz Mk.	Jahr	Girokonto Umsatz Mk.
	1		1		1		1		1
1857	4 331 054	1869	118 535 124	1881	70 119 238	1893	61 787 583	1905	50 206 875
1858	12 078 213	1870	122 677 873	1882	84 735 859	1894	46 503 650	1906	35 645 865
1859	24 412 904	1871	168 915 798	1883	78 287 210	1895	65 710 854	1907	33 280 932
1860	59 349 130	1872	118 532 096	1884	53 194 382	1896	83 063 431	1908	42 246 538
1861	85 453 406	1873	100 586 325	1885	55 626 604	1897	76 416 933	1909	31 270 514
1862	102 425 357	1874	90 083 112	1886	56 153 874	1898	71 375 999	1910	Konto-
1863	96 663 534	1875	127 361 750	1887	59 096 014	1899	66 543 978	1911	korrent-
1864	74 691 156	1876	90 704 364	1888	85 804 502	1900	78 191 696	1912	konto
1865	91 206 061	1877	95 250 363	1889	75 902 116	1901	76 095 249		
1866	86 117 328	1878	84 263 995	1890	77 687 814	1902	51 098 497		
1867	122 333 423	1879	75 953 761	1891	82 015 624	1903	50 724 956		
1868	123 314 110	1880	59 175 689	1892	59 260 397	1904	60 100 030		

Jahr	Umsatz auf Depositenkonto Mk.	Gesamtbestand der Depositen per Ultimo Mk.
	1	2
1857	—	—
1858	447 776	233 730
1859	1 061 220	466 830
1860	3 744 540	1 278 840
1861	4 093 230	2 140 020
1862	5 247 720	2 606 700
1863	4 430 280	2 470 470
1864	3 423 390	1 946 310
1865	3 875 310	1 593 690
1866	4 276 170	2 277 240
1867	5 891 550	2 219 070
1868	4 609 770	2 239 320
		990 000
1869	4 474 050	2 111 340
		446 840
1870	4 393 950	2 316 870
1871	6 325 290	3 475 470
1872	8 857 680	3 712 350
1873	7 033 980	4 051 050
1874	9 312 420	4 820 940
1875	7 273 080	4 215 500
1876	7 921 350	4 184 340
1877	6 755 110	2 476 540
1878	4 983 020	2 736 350
1879	4 454 290	2 671 840
1880	5 624 380	2 695 310
1881	5 225 320	2 456 960
1882	7 216 956	3 726 107
1883	8 586 974	3 280 845
1884	11 460 945	6 356 262

Jahr	Umsatz auf Depositenkonto Mk.	Gesamtbestand der Depositen per Ultimo Mk.	1. Ohne Kündigung und mit einmonatlicher Kündigung		2. Mit längeren Kündigungsfristen	
			Eingezahlt Mk.	Bestand p. Ult. Mk.	Eingezahlt Mk.	Bestand p. Ult. Mk.
	1	2	3	4	5	6
1885	9 297 432	5 675 415				
1886	12 774 662	6 958 622				
1887	9 352 641	4 140 347				
1888	10 333 948	5 002 522				
1889	8 981 428	4 060 199				
1890	8 524 961	3 812 243				
1891	9 750 905	4 045 165				
1892	8 510 257	3 693 456				
1893	9 070 507	3 874 665				
1894	10 237 836	4 717 360				
1895	10 302 373	3 943 066				
1896	9 270 451	3 951 120				
1897	7 811 067	3 520 889				
1898	7 661 806	3 860 649		1 181 326		2 679 323
1899	11 772 477	6 170 107	6 200 165	1 281 492	5 572 312	4 888 615
1900	22 539 070	11 656 449	13 757 855	2 717 460	8 771 215	8 878 989
1901	23 865 507	8 523 511	17 258 389	2 461 897	6 607 118	6 061 614
1902	19 161 995	7 815 156	13 660 978	1 958 162	5 501 017	5 856 994
1903	17 323 575	7 124 581	11 573 838	1 401 200	5 749 737	5 723 381
1904	14 389 014	8 062 989	8 297 852	1 531 554	6 091 162	6 531 435
1905	18 788 957	7 825 352	10 502 675	1 649 169	8 286 282	6 176 183
1906	23 279 463	13 037 725	12 469 134	2 104 923	10 750 329	10 932 801
1907	20 962 769	13 968 828	9 795 886	2 040 763	11 166 883	11 928 065
1908	22 305 339	14 383 000	12 822 400	2 655 124	9 482 939	11 727 876
1909	22 687 293	14 344 508	14 633 741	2 652 093	8 053 552	11 692 415
1910	35 086 651	16 764 161	26 580 255	4 563 796	8 506 396	12 200 365
1911	37 464 685	19 217 144	24 719 237	4 559 475	12 745 448	14 657 669
1912	43 125 442	20 870 914	30 565 672	5 885 900	12 559 770	14 850 014

Debitoren.
Kreditoren.

Tabelle IV. Kontokorrentkonto.

Jahr	Debitoren	Kreditoren	Jahr	I. Gesamtumsatz (von einer Seite des Buches)	II. Kontokorrentdebitoren (per Ultimo Dezember)							III. Kontokorrentkreditoren per Ultimo Dezember
					a) Bei Banken und sonstigen Korrespondenten	b) Gegen Faustpfand nach § 13, 3 b, c, d, e BankG.	c) Forderungen in laufender Rechnung			d) Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen	e) Vorschüsse auf Effekten	a—e) Zusammen	
							gedeckte	ungedeckte	zusammen				
	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
	1	2		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1857	30 654	8 699	1884	?	634 669	1 439 388	—	—	—	—	—	2 074 057	297 669
1858	16 886	107 678	1885	84 862 990	180 037	3 381 863	—	—	—	—	—	3 561 900	1 184 177
1859	27 155	23 073	1886	91 217 540	1 590 017	3 372 491	—	—	—	—	—	4 962 508	985 592
1860	119 054	16 776	1887	76 242 088	1 521 805	1 429 528	—	—	—	—	—	2 951 334	855 452
1861	205 276	44 541	1888	119 256 052	2 748 598	1 111 009	—	—	—	—	—	3 859 607	672 052
1862	64 726	26 205	1889	79 909 698	958 036	1 809 477	—	—	—	—	—	2 767 514	1 090 648
1863	102 077	45 463	1890	67 246 388	509 958	2 521 559	—	—	—	—	—	3 031 517	1 832 411
1864	81 044	52 156	1891	61 009 112	297 492	—	2 928 431	—	2 928 431	—	—	3 225 924	719 857
1865	240 516	29 464	1892	59 345 794	417 071	—	3 143 115	—	3 143 115	—	—	3 560 186	934 581
1866	208 669	98 314	1893	75 471 167	353 315	—	3 011 475	—	3 011 475	—	—	3 364 790	1 457 099
1867	189 887	26 908	1894	71 015 762	319 121	—	5 730 588	—	5 730 588	—	—	6 049 709	1 888 149
1868	112 690	207 565	1895	94 917 462	2 369 479	—	6 952 619	—	6 952 619	—	—	9 322 098	4 216 113
1869	195 401	33 155	1896	86 669 023	1 885 742	—	6 491 472	—	6 491 472	—	—	8 377 214	3 972 997
1870	167 183	194 688	1897	96 056 615	2 527 005	—	6 460 021	—	6 460 021	—	—	8 987 026	4 828 110
1871	442 415	310 606	1898	99 022 563	1 297 927	—	5 545 935	—	5 545 935	—	—	6 843 862	2 451 591
1872	232 835	283 293	1899	86 725 923	2 209 971	—	7 219 825	255 900	7 475 725	—	—	9 685 696	2 829 337
1873	252 957	154 308	1900	120 117 399	731 241	—	10 363 192	787 832	11 151 024	—	—	11 882 265	3 028 867
1874	215 902	342 008	1901	131 101 904	481 848	—	10 217 182	567 277	10 784 459	—	—	11 266 307	1 780 890
1875	178 465	96 905	1902	105 092 152	913 962	—	8 227 158	622 159	8 849 317	—	—	9 763 279	3 433 555
1876	111 877	460 883	1903	114 407 247	1 106 472	—	9 024 885	688 409	9 713 294	—	—	10 819 766	3 177 133
1877	532 284	114 642	1904	143 434 488	939 253	—	10 539 964	762 513	11 302 477	—	—	12 241 730	5 922 238
1878	211 522	65 173	1905	201 376 313	1 639 220	—	12 217 682	874 319	13 092 001	—	—	14 731 221	6 580 193
1879	414 200	114 996	1906	255 899 834	1 461 464	—	13 201 764	1 232 159	14 433 923	—	—	15 895 387	6 681 438
1880	571 984	87 444	1907	325 593 916	1 886 469	—	16 031 563	2 085 341	18 116 904	—	—	20 003 373	9 745 008
1881	728 360	291 246	1908	353 045 265	1 210 522	—	16 748 246	2 156 384	18 904 630	—	—	20 115 152	8 896 457
1882	757 798	1 205 600	1909	412 799 525	1 312 642	—	11 330 943	2 104 467	13 435 410	7 467 050	4 770 726	26 985 828	13 896 140
1883	370 805	1 115 655	1910	590 607 843	1 584 290	—	12 932 403	3 698 507	16 630 910	6 252 609	6 148 932	30 616 741	15 485 931
			1911	716 031 277	548 593	—	15 001 332	7 158 725	22 160 057	7 681 061	4 555 115	37 944 826	19 444 025
			1912	884 279 023	745 098	—	25 032 122	7 827 720	32 859 842	5 782 854	*)4 340 463	43 728 257	18 600 850

*) Seit 1912 „Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere" genannt.

Tabelle V.

Wechsel.

Jahr	Angekauft Mk.	Gesamtbestand per Ultimo Stück	Gesamtbestand per Ultimo Mk.
	1	2	3
1857	12 146 784	—	3 124 710
1858	35 905 296	—	3 718 771
1859	36 750 591	—	4 570 773
1860	52 839 013	—	4 926 115
1861	61 960 658	—	5 969 512
1862	68 143 525	—	6 349 733
1863	60 524 302	2051	5 981 616
1864	46 837 759	1998	6 184 169
1865	46 563 307	2535	5 705 053
1866	40 556 375	1801	6 729 228
1867	50 069 359	2080	6 256 367
1868	61 034 854	2323	6 928 733
1869	57 620 211	2419	7 267 705
1870	58 510 465	2356	7 115 303
1871	55 479 605	2068	18 839 129
1872	54 395 451	2074	7 234 888
1873	55 868 721	2425	7 710 990
1874	61 089 699	2532	9 290 543
1875	55 026 410	—	—
1876	50 561 599	—	—
1877	53 398 534	—	—
1878	45 777 562	—	—
1879	45 469 052	—	—
1880	47 200 708	—	—
1881	45 453 576	—	—
1882	46 952 029	—	—
1883	52 437 019	—	—
1884	47 680 521	—	—
1885	50 198 378	2012	4 676 515
1886	45 337 018	2259	6 368 429
1887	34 088 676	1677	5 032 393
1888	30 085 688	1431	4 520 340
1889	29 226 210	1475	4 618 975
1890	32 860 996	1387	3 846 447
1891	32 277 505	1193	1 723 061
1892	34 848 762	1419	2 093 658
1893	35 491 786	927	1 774 943
1894	29 508 067	1043	1 147 718
1895	30 536 013	729	1 195 197
1896	30 655 273	664	930 848
1897	34 145 000	571	1 512 624
1898	37 960 808	630	1 550 708
1899	38 451 644	—	1 418 158
1900	58 414 402	—	5 160 884
1901	64 445 328	—	3 650 192
1902	46 880 612	—	5 347 122
1903	44 846 586	—	3 753 177
1904	53 371 498	—	4 710 879
1905	66 638 470	—	4 647 164
1906	86 677 198	—	7 180 707
1907	112 752 928	—	8 648 025
1908	118 774 097	—	8 268 565
1909	110 413 542	—	8 197 310
1910	140 806 682	—	10 276 405
1911	178 612 775	—	11 017 668
1912	203 466 969	—	10 591 690

Jahr	Ausgeliehen gesamt	Lombardbestand per Ultimo				
		Zusammen a—d	a) Auf Staats- und Kommunalpapiere und Pfandbriefe	b) Auf Waren	c) Auf Wechsel	d) Auf Aktien
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
	1	2	3	4	5	6
1857	793 350	580 800	—	—	—	—
1858	2 989 995	1 233 330	—	—	—	—
1859	2 588 070	792 600	—	—	—	—
1860	4 020 180	1 304 040	—	—	—	—
1861	4 573 080	1 069 380	—	—	—	—
1862	4 553 970	1 427 850	—	—	—	—
1863	6 149 580	1 600 020	361 290	1 034 040	140 100	64 590
1864	7 232 910	1 306 350	566 230	576 330	54 300	109 590
1865	7 952 430	1 048 050	560 610	446 790	40 650	—
1866	6 488 550	924 210	575 100	349 110	—	—
1867	7 732 020	1 097 430	752 910	344 520	—	—
1868	7 381 860	997 350	804 600	192 750	—	—
1869	8 421 900	1 278 990	791 220	456 170	51 600	—
1870	8 092 785	1 307 355	756 105	284 010	54 900	212 340
1871	13 087 680	1 140 150	367 320	472 200	18 000	282 630
1872	12 911 550	1 837 470	421 770	1 017 900	—	397 800
1873	7 356 960	1 151 490	499 890	386 610	—	270 990
1874	6 439 050	761 790	379 260	136 800	—	245 730
1875	7 861 640	948 240	445 380	236 650	—	266 210
1876	9 404 320	1 031 660	601 760	325 300	—	104 600
1877	8 553 250	879 490	429 790	347 900	—	101 800
1878	10 197 650	896 940	545 640	284 100	—	67 200
1879	11 168 150	807 090	441 690	292 400	—	73 000
1880	7 338 380	587 400	395 400	151 200	—	40 800
1881	9 758 700	713 400	379 500	287 600	20 500	25 800
1882	11 076 700	1 343 500	671 150	555 400	116 950	—
1883	11 582 110	2 657 000	688 500	1 518 500	450 000	—
1884	9 029 150	2 115 650	528 750	1 318 900	268 000	—
1885	15 001 572	3 990 910	462 360	3 508 550	20 000	—
1886	9 550 302	1 918 591	328 750	1 575 841	14 000	—
1887	10 626 061	2 322 450	647 650	1 666 800	8 000	—
1888	12 490 020	2 444 380	522 080	1 916 300	6 000	—
1889	13 341 120	2 737 550	533 600	2 199 950	4 000	—
1890	14 632 980	3 303 870	757 270	2 546 600	—	—
1891	17 558 150	3 913 350	1 027 450	2 872 900	13 000	—
1892	12 225 750	2 845 340	1 018 740	1 826 600	—	—
1893	15 055 740	3 767 540	894 940	2 872 600	—	—
1894	14 606 560	4 736 250	896 450	3 839 800	—	—
1895	12 252 020	3 137 100	632 600	2 504 500	—	—
1896	12 065 350	3 086 800	740 400	2 346 400	—	—
1897	10 655 770	2 176 600	736 500	1 440 100	—	—
1898	11 487 550	2 492 150	760 450	1 731 700	—	—
1899	13 472 300	3 887 400	600 100	3 287 300	—	—
1900	12 992 900	4 778 400	731 700	4 046 700	—	—
1901	12 169 988	3 456 217	604 000	2 852 217	—	—
1902	10 566 192	3 116 005	532 353	2 583 652	—	—
1903	11 470 081	3 160 778	415 616	2 745 162	—	—
1904	12 532 325	4 704 904	457 022	4 247 882	—	—
1905	14 718 858	2 847 167	440 767	2 406 400	—	—
1906	10 219 767	3 510 735	327 135	3 183 600	—	—
1907	11 756 478	4 477 007	—	—	—	—
1908	9 490 818	3 816 723	—	—	—	—
1909	?	Konto-korrent-konto	—	—	—	—
1910	?		—	—	—	—
1911	?		—	—	—	—
1912	?		—	—	—	—

Jahr	Effektenumsatz Mk.	Effektenbestand (Wert) per Ultimo: Zusammen a—b Mk.	a) Staats-, Kommunalpapiere und Pfandbriefe Mk.	b) Aktien und Obligationen Mk.
	1	2	3	4
1857	—	3 654	—	—
1858	—	89 882	99 885	—
1859	—	94 473	105 015	—
1860	—	93 297	104 370	—
1861	—	87 162	98 145	—
1862	—	69 018	70 680	—
1863	—	72 210	77 775	300
1864	—	93 468	99 000	—
1865	—	169 882	183 030	—
1866	—	288 837	336 270	—
1867	—	537 478	397 620	120 000
1868	175 221	379 957	294 750	105 000
1869	74 212	202 832	182 025	45 000
1870	432 440	469 084	479 775	16 800
1871	364 797	143 773	106 875	42 600
1872	333 563	300 063	94 950	213 600
1873	216 906	198 523	168 675	—
1874	536 140	567 750	221 025	399 900
1875	85 885	395 000	256 050	159 300
1876	195 638	222 240	181 320	54 000
1877	235 108	262 783	274 345	—
1878	439 551	169 877	170 250	—
1879	280 562	136 557	132 810	—
1880	890 561	314 126	304 450	—
1881	305 736	181 216	175 475	—
1882	1 418 195	446 825	441 385	—
1883	2 757 346	294 590	288 885	—
1884	1 040 291	364 783	360 930	—
1885	2 774 582	124 499	120 255	—
1886	4 890 532	275 773	258 075	—
1887	3 537 218	294 219	304 015	—
1888	4 704 469	448 244	425 050	—
1889	5 841 226	1 546 022	1 494 175	—
1890	4 353 800	1 280 621	1 289 575	—
1891	3 518 124	418 313	445 205	—
1892	2 895 546	439 277	414 675	—
1893	4 794 403	507 123	509 520	—
1894	5 352 943	864 634	863 860	—
1895	7 073 241	818 388	819 725	—
1896	5 433 246	1 577 509	1 593 325	—
1897	4 974 077	1 917 780	1 961 300	—
1898	16 201 610	1 892 535	1 975 250	—
1899	2 479 280	1 845 812	1 459 962	385 850
1900	3 969 324	1 372 616	1 012 081	360 535
1901	6 295 021	932 265	614 530	317 736
1902	4 813 871	1 328 341	1 010 606	317 735
1903	5 081 647	1 316 488	1 022 035	294 453
1904	8 587 056	1 275 283	997 278	278 005
1905	18 973 317	1 355 139	1 143 914	211 225
1906	17 440 160	1 493 834	1 493 334	500
1907	12 779 711	1 572 290	1 474 320	97 970
1908	13 390 472	1 992 524	1 768 985	223 538
1909	—	2 017 423	1 721 883	295 540
1910	—	2 466 832	2 192 207	274 625
1911	—	2 622 888	2 470 368	152 521
1912	—	2 627 369		

Jahr	Tabelle VIII. Kupons und Sorten. Bestand per Ultimo Mk.	Tabelle IX. Bürgschaften. Bestand per Ultimo Mk.	Tabelle X. Akzepte. Bestand per Ultimo Mk.	Tabelle XI. Konsortialkonto. Bestand per Ultimo: Diverse Konsortialbeteiligungen Mk. 1	Bestand per Ultimo: Dauernde Beteiligung bei Banken und Bankfirmen Mk. 2	Bestand per Ultimo: Zusammen Mk. 3
1885	—	—	—	—	—	—
1886	16 949	—	—	—	—	—
1887	37 987	—	—	—	—	—
1888	24 924	—	—	—	—	—
1889	32 013	—	—	—	—	—
1890	69 875	—	—	—	—	—
1891	35 189	—	—	—	—	—
1892	28 907	172 650	—	—	—	—
1893	44 182	87 150	—	—	—	—
1894	18 004	404 500	—	—	—	—
1895	41 916	404 500	—	—	—	—
1896	37 443	734 500	—	—	—	—
1897	55 643	714 500	—	—	—	—
1898	33 958	1 284 500	—	—	—	—
1899	79 572	1 681 500	—	239 274	—	239 274
1900	94 910	1 837 640	4 550	308 741	—	308 741
1901	51 395	1 817 206	—	267 153	—	267 153
1902	10 444	1 982 981	—	264 702	—	264 702
1903	43 417	2 542 849	—	120 046	—	120 046
1904	32 915	2 731 436	10 855	312 721	—	312 721
1905	59 921	3 094 063	100 000	416 606	—	416 606
1906	103 537	3 904 253	36 000	532 837	[1]) 795 000	1 327 837
1907	54 346	4 818 860	734 000	537 737	795 000	1 332 737
1908	64 635	4 865 274	425 514	514 500	795 000	1 309 500
1909		4 267 180	734 000	1 222 423	795 000	2 017 423
1910	s. Kasse	4 661 974	*) 851 634	1 671 832	795 000	2 466 832
1911		*) 5 856 471	2 807 233	531 950	[2]) 1 025 000	1 556 950
1912		5 574 686	2 910 545	510 694	1 025 000	1 535 694

*) Seit 1911: Avale und Bürgschaften.

*) Seit 1910: Akzepte und Schecks.

[1]) Westphal & Sohn, Stolp.

[2]) Westphal & Sohn, Stolp und Danziger Vereinsbank, Stein, Laasner & Co., Danzig.

Tabelle XII. Noten.

Jahr	Notenumlauf im täglichen Durchschnitt Mk.	Notenbardeckung Mk.	Einlösung durch Preußische Bank bezw. Reichsbankhauptstelle: in Danzig (jährlich) Mk.	Einlösung durch Preußische Bank bezw. Reichsbankhauptstelle: in Berlin (jährlich) Mk.	Der durchschnittliche Notenumlauf muß im Jahre x mal eingelöst werden	Bemerkungen
	1	2	3	4	5	6
1857	1 200 000	*) 400 000	?	—	?	*) Als Mindestdeckung angenommen.
1858	2 145 000	*) 1 000 000	25 500 000	—	11,9 mal	
1859	2 411 100	*) 1 000 000	20 874 000	—	8,7 „	
1860	2 872 275	*) 1 000 000	21 600 000	—	7,5 „	
1861	2 913 417	*) 1 000 000	18 558 000	—	6,3 „	
1862	2 934 402	*) 1 000 000	15 621 000	—	5,3 „	
1863	2 926 884	*) 1 000 000	15 780 000	—	5,4 „	
1864	2 932 971	1 029 450	17 934 000	—	6,1 „	
1865	2 897 490	1 024 500	18 265 000	—	6,3 „	
1866	2 693 931	*) 1 000 000	16 746 000	—	6,2 „	
1867	2 861 490	1 034 742	17 031 000	—	6,0 „	
1868	2 896 236	1 009 371	16 173 000	—	5,6 „	
1869	2 919 129	1 021 902	15 181 000	—	5,2 „	
1870	2 776 152	*) 1 000 000	15 876 000	—	5,7 „	
1871	2 847 024	*) 1 000 000	13 581 000	—	4,8 „	
1872	2 863 452	*) 1 000 000	12 387 000	—	4,3 „	
1873	2 850 204	1 028 238	15 744 000	—	5,5 „	
1874	2 765 820	1 091 100	13 410 000	—	4,9 „	
1875	2 654 534	1 131 387	11 003 600	—	4,1 „	
1876	2 325 121	1 070 752	9 787 000	+ 346 500	4,4 „	
1877	2 353 558	1 000 000	14 930 000	—	6,3 „	
1878	1 956 191	900 000	20 283 000	—	10,4 „	
1879	1 732 375	750 000	16 285 000	—	9,4 „	
1880	1 637 087	660 000	14 480 000	—	8,9 „	
1881	1 611 240	630 000	15 255 000	—	9,5 „	
1882	1 886 200	*) 800 000	15 180 000	1 770 000	9,0 „	
1883	2 687 400	1 000 000	19 933 000	2 475 000	8,4 „	
1884	2 916 887	1 000 000	23 710 000	2 810 000	9,1 „	
1885	2 922 600	*) 1 000 000	26 810 000	2 905 000	10,2 „	
1886	2 702 900	*) 1 000 000	25 132 000	2 766 000	10,3 „	
1887	2 572 700	*) 1 000 000	?	?	?	
1888	2 790 780	*) 1 000 000	?	?	?	
1889	2 727 300	*) 1 000 000	?	?	?	
1890	2 668 700	*) 1 000 000	?	?	?	

Tabelle XIII.

Zusammensetzung des arbeitenden Gesamtkapitals.

Jahr	I. Unternehmungskapital					II. Befristete Betriebsmittel											Gesamtkapital (arbeitendes Kapital)	
	Dividendenberechtigtes Aktienkapital		Echte Reserven		I. Gesamt	a) Noten		b) Depositen		c) Kontokorrentkredit		d) Akzepte		e) Guthaben der Girogläubiger		II. Gesamt		
	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	in %	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	1000 Mk.	%	in %	1000 Mk.	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1857	3 000	76,7	11	0,3	77,0	800	20,5	—	—	9	0,2	—	—	91	2,3	23,0	3 911	100
1858	3 000	65,7	47	1,0	66,7	1145	25,0	234	5,1	108	2,3	—	—	41	0,9	33,3	4 575	100
1859	3 000	59,2	82	1,6	60,8	1411	27,9	467	9,2	23	0,4	—	—	87	1,7	39,2	5 070	100
1860	3 000	47,3	122	1,9	49,2	1872	29,0	1 279	20,0	17	0,3	—	—	95	1,5	50,8	6 385	100
1861	3 000	39,4	167	2,2	41,6	1913	25,7	2 140	28,3	45	0,6	—	—	288	3,8	58,4	7 553	100
1862	3 000	37,6	213	2,6	40,2	1934	24,1	2 607	32,5	26	0,3	—	—	232	2,9	59,8	8 012	100
1863	3 000	36,3	258	3,4	39,7	1927	25,1	2 470	32,2	45	0,6	—	—	180	2,4	60,3	7 680	100
1864	3 000	40,1	314	4,2	44,3	1903	25,5	1 946	26,0	52	0,7	—	—	261	3,5	55,7	7 476	100
1865	3 000	41,8	369	5,4	47,2	1873	26,3	1 594	22,4	29	0,4	—	—	266	3,7	52,8	7 131	100
1866	3 000	38,4	429	5,5	43,9	1694	21,7	2 277	29,1	98	1,3	—	—	314	4,0	56,1	7 812	100
1867	3 000	37,4	464	5,8	43,2	1827	22,9	2 219	27,9	27	0,3	—	—	454	5,7	56,8	7 991	100
1868	3 000	35,9	498	6,0	41,9	1887	22,7	2 239	26,9	208	2,5	—	—	491	6,0	58,1	8 323	100
1869	3 000	33,7	539	6,0	39,7	1899	21,3	3 101	34,8	33	0,4	—	—	342	3,8	60,3	8 914	100
1870	3 000	34,3	579	6,6	40,9	1776	20,3	2 763	31,6	195	2,2	—	—	433	5,0	59,1	8 746	100
1871	3 000	31,0	623	6,4	37,4	1847	19,1	3 475	36,0	311	3,2	—	—	419	4,3	62,6	9 675	100
1872	3 000	30,3	667	6,8	37,1	1863	18,8	3 712	37,6	283	2,9	—	—	351	3,5	62,8	9 876	100
1873	3 000	29,3	715	6,9	36,2	1823	17,7	4 051	39,3	154	1,5	—	—	544	5,3	63,8	10 287	100
1874	3 000	27,5	750	7,0	34,5	1674	15,4	4 821	44,3	342	3,1	—	—	291	2,7	65,5	10 878	100
1875	3 000	30,3	750	7,5	37,8	1523	15,3	4 215	42,4	97	1,0	—	—	352	3,5	62,2	9 937	100
1876	3 000	30,2	750	7,5	37,7	1255	12,6	4 184	42,1	461	4,6	—	—	298	3,0	62,3	9 948	100
1877	3 000	37,8	750	9,4	47,2	1354	16,7	2 476	31,0	115	1,4	—	—	293	3,7	52,8	7 988	100

1878	3 000	38,1	780	9,9	48,0	1056	13,4	2 736	34,7	65	0,9	—	—	239	3,0	52,0	7 876	100
1879	3 000	38,1	780	10,0	48,1	1032	13,2	2 672	34,1	115	1,5	—	—	242	3,1	51,9	7 841	100
1880	3 000	35,7	780	9,3	45,0	1577	18,7	2 695	32,0	87	1,0	—	—	282	3,3	55,0	8 421	100
1881	3 000	39,8	780	10,0	49,8	981	12,7	2 457	31,8	291	3,8	—	—	228	1,9	50,2	7 737	100
1882	3 000	29,6	780	7,7	37,3	1086	10,9	3 726	36,8	1 206	11,9	—	—	328	3,1	62,7	10 126	100
1883	3 000	29,3	780	7,6	36,9	1687	16,6	3 281	32,1	1 116	10,9	—	—	358	3,5	63,1	10 222	100
1884	3 000	22,9	830	6,4	29,3	1917	15,0	6 357	49,1	298	2,3	—	—	552	4,3	70,7	12 954	100
1885	3 000	23,3	830	6,4	29,7	1923	14,1	5 675	44,1	1 184	9,3	—	—	261	2,8	70,3	12 873	100
1886	3 000	21,6	868	6,3	27,9	1703	12,3	6 959	50,2	986	7,1	—	—	281	2,5	72,1	13 873	100
1887	3 000	27,9	868	8,0	35,9	1573	14,5	4 140	38,3	855	7,9	—	—	376	3,4	64,1	10 812	100
1888	3 000	25,7	880	7,5	33,2	1791	15,3	5 003	42,7	672	5,7	—	—	361	3,1	66,8	11 707	100
1889	3 000	25,2	893	7,5	32,7	1727	14,5	4 060	34,1	1 091	9,2	—	—	1128	9,5	67,3	11 899	100
1890	3 000	25,5	905	7,7	33,2	1669	14,2	3 812	32,4	1 832	15,6	—	—	558	4,6	66,8	11 776	100
1891	3 000	33,5	919	10,3	43,8	—	—	4 041	45,1	720	8,0	—	—	280	3,1	56,2	8 964	100
1892	3 000	34,3	928	10,6	44,6	—	—	3 693	42,3	935	10,7	—	—	184	2,1	55,1	8 740	100
1893	3 000	31,7	942	10,0	41,7	—	—	3 875	41,1	1 457	15,5	—	—	155	1,7	58,3	9 429	100
1894	4 500	35,7	1330	10,6	46,3	—	—	4 717	37,6	1 889	15,0	—	—	133	1,1	53,7	12 569	100
1895	4 500	33,4	1346	9,5	42,9	—	—	3 943	27,6	4 216	26,5	—	—	277	1,9	56,0	14 282	100
1896	4 500	31,9	1359	9,4	41,3	—	—	3 951	27,2	3 973	27.4	—	—	714	4,1	58,7	14 497	100
1897	4 500	31,3	1369	9,5	40,8	—	—	3 521	24,5	4 828	33,5	—	—	172	1,2	59,2	14 390	100
1898	4 500	35,1	1380	11,0	46,0	—	—	3 861	30,8	2 452	19,5	—	—	351	3,6	53,9	12 544	100
1899	6 000	35,8	1778	10,4	46,2	—	—	6 170	36,2	2 829	16,1	—	—	262	1,5	53,8	17 039	100
1900	6 000	22,3	1804	7,9	30,2	—	—	11 656	50,8	3 029	17,0	5	0,02	455	2,0	69,82	22 949	100
1901	6 000	31,3	1754	9,1	40,4	—	—	8 524	44,4	1 781	9,3	—	—	1149	5,9	59,6	19 208	100
1902	6 000	30,8	1761	9,0	39,8	—	—	7 815	40,1	3 434	17,6	—	—	500	2,5	60,2	19 510	100
1903	6 000	31,7	1775	9,4	41,1	—	—	7 125	37,5	3 177	16,7	—	—	896	4,7	58,9	18 973	100
1904	6 000	26,9	1798	7,9	34,8	—	—	8 063	35,2	5 922	25,9	11	0,1	1113	4,0	65,2	22 907	100
1905	6 000	25,5	1830	7,8	33,3	—	—	7 825	33,3	6 580	28,0	100	0,4	1195	5,0	66,7	23 530	100
1906	8 000	27,4	2102	6,9	34,3	—	—	13 038	42,8	6 681	20,9	36	0,1	596	1,9	65,7	30 453	100
1907	8 000	22,6	2264	6,3	28,9	—	—	13 969	39,2	9 745	27,3	734	2,1	909	2,5	71,1	35 621	100
1908	8 000	22,0	2450	6,9	28,9	—	—	14 683	41,3	8 896	24,9	426	1,2	1318	3,7	71,1	35 773	100
1909	8 000	20,2	2493	6,3	26,5	—	—	14 345	36,3	13 896	35,2	734	2,0	—	—	73,5	39 468	100
1910	10 000	21,6	2799	6,1	27,7	—	—	16 764	36,5	15 486	33,9	852	1,9	—	—	72,3	45 901	100
1911	10 000	18,3	2860	5,3	23,6	—	—	19 217	35,4	19 444	35,8	2807	5,2	—	—	76,4	54 328	100
1912	14 000	23,1	3456	5,9	29,0	—	—	20 871	35,0	18 601	31,1	2911	4,9	—	—	71,0	59 839	100

Tabelle XIV.

Zusammensetzung des Bruttogewinns.

Jahr	I. Zinserträgnisse								II. Gewinn aus Effekten und dauernden Beteiligungen					III. Provisionen		Bemerkungen
	a) aus Wechseln		b) aus Lombardierungen		a) aus laufender Rechnung		Zusammen a—c	Zinsertrag abzüglich bezahlter Zinsen in %	a) Aus Effekten		b) Aus dauernden Beteiligungen		Zusammen a—b	Mk.	%	
	Mk.	%	Mk.	%	Mk.	%	%	%	Mk.	%	Mk.	%	%			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
1857	75 858	2,5	11 535	0,4	—	—	2,9	2,88	714	0,024	—	—	0,024	—	—	Sämtliche
1858	172 436	5,7	40 764	1,3	400	0,013	7,013	6,91	6 348	0,21	—	—	0,21	—	—	% in % des
1859	167 944	5,6	44 048	1,5	52	0,0017	7,1017	6,75	8 487	0,28	—	—	0,28	—	—	Aktienkapitals
1860	215 369	7,2	41 548	1,4	586	0,019	8,6019	7,52	18 361	0,61	—	—	0,61	—	—	
														Überschuß a. Provisionen		
1861	251 415	8,4	66 069	2,2	—	—	10,6	8,83	7 604	0,25	—	—	0,25	1 725	0,057	
1862	262 472	8,7	67 163	2,2	13	0,0004	11,9004	9,39	6 092	0,20	—	—	0,20	1 943	0,065	
1863	270 550	9,0	79 414	2,6	38	0,0013	11,6013	9,26	1 990	0,066	—	—	0,066	1 816	0,060	
1864	331 719	11,0	90 009	3,0	—	—	14,0	12,88	4 193	0,14	—	—	0,14	1 966	0,065	
1865	313 646	10,4	66 699	2,2	—	—	12,6	10,94	1 659	0,055	—	—	0,055	1 175	0,039	
1866	340 830	11,3	73 425	2,4	744	0,025	13,725	11,65	210	0,007	—	—	0,007	3 048	0,10	
1867	297 202	9,9	38 817	1,3	1 812	0,060	11,26	8,57	9 726	0,32	—	—	0,32	2 865	0,095	
1868	262 179	8,7	47 315	1,6	15 180	0,50	10,8	8,59	9 333	0,31	—	—	0,31	2 160	0,072	
1869	275 277	9,2	59 579	2,0	9 954	0,33	11,5	9,25	11 226	0,37	—	—	0,37	2 769	0,092	
1870	371 508	12,4	68 721	2,9	—	—	15,3	11,54	28 629	0,95	—	—	0,95	2 721	0,091	
1871	297 852	9,9	72 622	2,4	4 990	0,16	12,5	9,5	33 305	1,11	—	—	1,11	5 818	0,19	
1872	343 966	11,4	77 111	2,6	12 453	0,41	14,4	10,2	10 540	0,35	—	—	0,35	31 590	1,05	
1873	402 102	13,4	77 410	2,6	5 178	0,17	16,2	11,6	12 755	0,42	—	—	0,42	2 549	0,085	
1874	407 631	13,6	55 458	1,8	10 935	0,36	15,8	10,5	21 084	0,70	—	—	0,70	2 288	0,076	
1875	417 565	13,9	43 329	1,4	—	—	15,3	10,1	4 948	0,16	—	—	0,16	2 437	0,081	
1876	375 174	12,5	46 112	1,5	—	—	14,0	9,5	19 330	0,64	—	—	0,64	1 570	0,052	
1877	366 928	13,3	43 254	1,4	—	—	14,7	10,3	15 647	0,52	—	—	0,52	2 012	0,067	

1878	273 060	9,1	47 158	1,6	474	0,016	10,716	7,9	16 394	0,54	—	—	0,54	2 676	0,089
1879	246 898	8,2	37 026	1,2	—	—	9,4	6,7	15 367	0,51	—	—	0,51	1 697	0,056
1880	259 078	8,6	30 832	1,0	—	—	9,6	6,9	22 657	0,75	—	—	0,75	1 441	0,048
1881	273 411	9,1	33 847	1,1	—	—	10,2	7,3	14 602	0,29	—	—	0,29	2 577	0,086
1882	315 979	10,5	45 169	1,5	3 705	0,12	12,12	8,8	18 340	0,61	—	—	0,61	3 936	0,13
1883	314 619	10,5	66 719	2,2	11 663	0,39	13,09	9,6	38 895	1,29	8 218	0,27	1,56	24 312	0,81
1884	298 652	9,9	101 848	3,4	37 453	1,25	14,55	10,75	24 453	0,81	—	—	0,81	32 019	1,07
1885	300 607	10,0	108 767	3,6	125 188	4,2	17,8	11,9	25 035	0,83	—	—	0,83	45 011	1,5
1886	220 937	7,3	118 878	3,9	200 805	6,7	17,9	11,8	26 265	0,87	—	—	0,87	58 612	1,9
1887	232 665	7,7	73 471	2,4	166 753	5,5	15,6	10,5	45 213	1,51	—	—	1,51	44 069	1,5
1888	146 840	4,9	82 631	2,7	135 427	4,5	12,1	9,2	49 369	1,64	—	—	1,64	40 630	1,3
1889	144 157	4,8	96 814	3,2	148 083	4,9	12,9	9,7	40 207	1,34	—	—	1,34	33 364	1,1
1890	183 725	6,1	121 093	4,0	127 018	4,2	14,3	10,4	—	—	—	—	—	42 418	1,4
1891	153 884	5,1	139 439	4,6	124 947	4,1	13,8	9,6	37 681	1,25	—	—	1,25	46 406	1,5
1892	117 658	3,9	122 639	4,1	139 867	4,6	12,6	9,3	42 723	1,42	—	—	1,42	47 874	1,6
1893	100 233	3,3	148 243	4,9	162 992	5,4	13,6	10,4	27 953	0,93	—	—	0,93	50 845	1,7
1894	89 464	2,0	144 614	3,4	154 426	3,4	8,8	6,6	68 575	1,52	—	—	1,52	62 104	1,4
1895	69 575	1,5	135 526	3,0	255 751	5,7	10,2	7,7	85 224	1,89	—	—	1,89	71 747	1,6
1896	63 976	1,4	121 320	2,7	271 119	6,0	10,1	7,9	42 817	0,95	—	—	0,95	73 332	1,6
1897	79 504	1,8	109 688	2,4	224 038	5,0	9,2	7,1	63 162	1,40	—	—	1,40	76 201	1,7
1898	84 081	2,0	99 330	2,2	225 149	5,0	9,2	7,0	61 915	1,47	—	—	1,47	81 975	1,8
1899	121 764	2,0	142 926	2,4	358 951	6,0	10,4	7,3	21 324	0,35	—	—	0,35	109 271	1,8
1900	273 195	4,5	220 133	3,7	515 196	8,6	16,8	10,3	23 411	0,39	—	—	0,39	155 314	2,6
1901	273 249	4,5	191 677	3,2	477 666	8,0	15,7	9,0	91 546	1,52	—	—	1,52	178 107	3,0
1902	182 097	3,0	117 464	1,9	422 254	7,0	11,9	7,9	81 425	1,34	—	—	1,34	145 305	2,4
1903	216 465	3,6	121 485	2,0	384 698	6,4	12,0	8,0	45 426	0,76	—	—	0,76	144 008	2,4
1904	221 045	3,7	164 101	2,7	404 131	6,7	13,1	9,0	50 622	0,84	—	—	0,84	156 236	2,6
1905	246 568	4,1	153 360	2,6	455 132	7,6	14,3	10,0	81 502	1,36	—	—	1,36	192 576	3,2
1906	392 818	4,9	177 569	2,2	656 260	8,2	15,3	10,2	68 167	0,85	27 820	0,35	1,20	213 036	2,7
1907	537 612	6,7	250 893	3,1	894 329	11,2	21,0	13,4	19 184	0,24	79 640	1,00	1,24	270 277	3,4
1908	—	—	968 166	*12,1	—	—	12,1	12,1	36 294	0,45	127 683	1,59	2,04	340 301	4,3
1909	—	—	838 760	10,5	—	—	10,5	10,5	44 618	0,56	132 732	1,66	2,22	355 006	4,4
1910	—	—	1 079 251	10,8	—	—	10,8	10,8	73 042	0,73	127 558	1,27	2,00	403 824	4,0
1911	—	—	1 105 506	11,1	—	—	11,1	11,1	84 649	0,85	148 938	1,49	2,34	462 736	4,6
1912	—	—	1 502 522	10,7	—	—	10,7	10,7	61 275	0,44	128 288	0,92	1,36	541 790	3,8

*) Von 1908 ab sind die Zinserträgnisse nach Abzug der bezahlten Zinsen eingesetzt (vgl. Bilanzen der D.P.A.B.).

Tabelle XV.

Brutto- und Nettogewinn. Gesamtunkosten.

Jahr	Bruttogewinn		Nettogewinn		Gesamtunkosten in %	Bemerkungen
	Mk.	%	Mk.	%		
	1	2	3	4	5	6
1857	88 116	2,9	57 691	1,9	1,0	Alle % in % des Aktienkapitals
1858	221 025	7,4	183 579	6,1	1,3	
1859	221 367	7,4	176 945	5,9	1,5	
1860	276 660	9,2	205 160	6,8	2,4	
1861	327 858	10,9	230 361	7,7	3,2	
1862	346 131	11,5	229 642	7,6	3,9	
1863	356 665	11,9	229 562	7,6	4,3	
1864	429 868	14,3	287 568	9,6	4,7	
1865	392 781	13,1	278 780	9,3	3,8	
1866	419 331	14,0	306 410	10,2	3,8	
1867	340 434	11,3	210 579	7,0	4,3	
1868	336 987	11,2	211 290	7,0	4,2	
1869	360 037	12,0	247 850	8,2	3,8	
1870	471 585	15,7	244 754	8,1	7,6	
1871	415 015	13,8	267 149	8,9	4,9	
1872	478 546	15,9	270 291	9,0	6,9	
1873	499 998	16,6	299 410	10,0	6,6	
1874	497 647	16,6	233 270	7,8	8,8	
1875	470 743	15,7	229 135	7,6	8,1	
1876	445 603	14,8	228 607	7,6	7,2	
1877	431 622	14,4	234 090	7,8	6,6	
1878	340 409	11,3	200 506	6,7	4,6	
1879	303 192	10,1	163 895	5,4	4,7	
1880	314 933	10,5	179 500	6,0	4,5	
1881	324 441	10,8	179 347	6,0	4,8	
1882	387 132	12,9	216 045	7,2	5,7	
1883	467 757	15,6	294 445	9,8	5,8	
1884	494 566	16,5	310 196	10,3	6,2	
1885	604 685	20,2	341 248	11,4	8,8	Alle % in % des Aktienkapitals
1886	625 501	20,9	370 762	12,3	8,6	
1887	562 174	18,7	318 764	10,6	8,1	
1888	454 900	15,2	278 878	9,3	5,9	
1889	462 628	15,4	283 534	9,4	6,0	
1890	474 256	15,8	282 713	9,4	6,4	
1891	502 359	16,7	293 503	9,8	6,9	
1892	470 765	15,7	250 152	8,3	7,4	
1893	490 347	16,3	310 318	10,3	6,0	
1894	519 185	11,5	317 254	7,1	4,4	
1895	617 827	13,7	424 494	9,4	4,3	
1896	572 567	12,7	376 969	8,4	4,3	
1897	552 597	12,3	345 371	7,7	4,6	
1898	582 453	12,9	367 033	8,2	4,7	
1899	754 239	12,6	450 287	7,5	5,1	
1900	1 187 253	19,8	496 080	8,3	11,5	
1901	1 362 246	22,7	222 171	3,7	19,0	
1902	948 547	15,8	311 871	5,2	10,6	
1903	913 566	15,2	378 708	6,3	8,9	
1904	996 138	16,6	474 740	7,9	8,7	
1905	1 129 140	18,8	553 017	9,2	9,6	
1906	1 535 672	19,2	730 428	9,1	10,1	
1907	2 051 938	25,6	873 381	10,9	14,7	
1908	1 472 445	18,4	741 923	9,3	9,1	
1909	1 371 118	17,1	754 482	9,4	7,7	
1910	1 683 677	16,8	936 211	9,4	7,4	
1911	1 801 832	18,0	1 016 026	10,2	7,8	
1912	2 233 878	15,9	1 358 356	9,7	6,2	

Diagramm I.

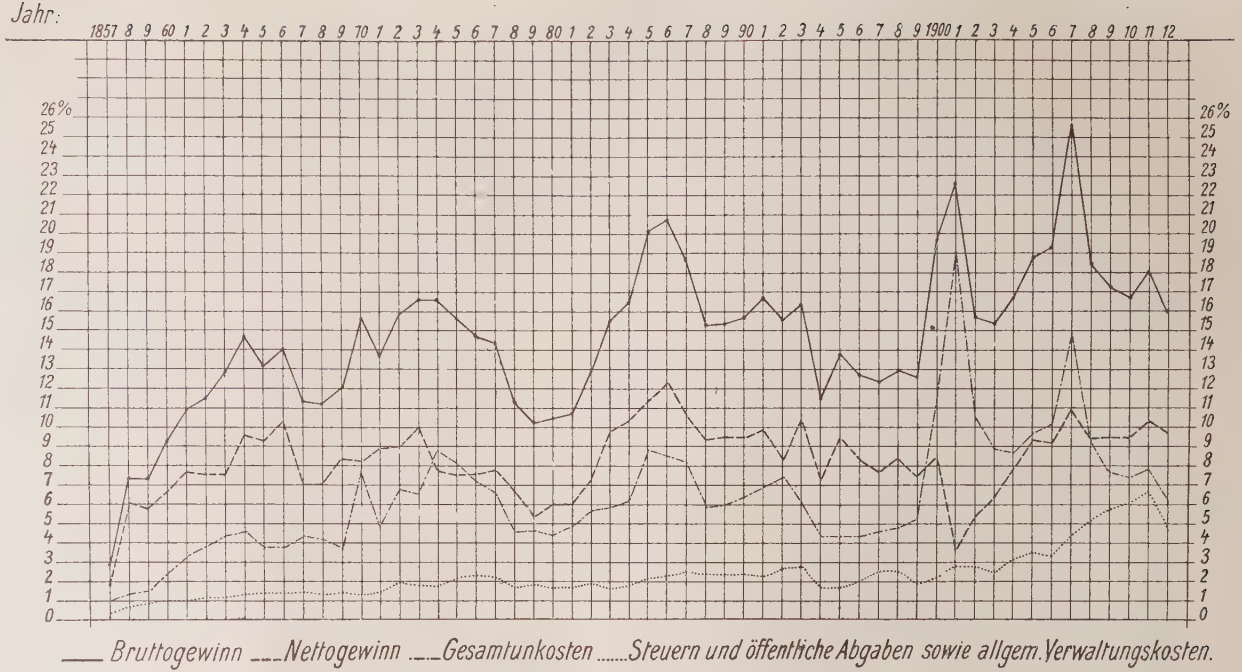

Jahr:
1857 8 9 60 1 2 3 4 5 6 7 8 9 70 1 2 3 4 5 6 7 8 9 80 1 2 3 4 5 6 7 8 9 90 1 2 3 4 5 6 7 8 9 1900 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12
26% 25 24 23 22 21 20 19 18 17 16 15 14 13 12 11 10 9 8 7 6 5 4 3 2 1 0
Bruttogewinn
Nettogewinn
Gesamtunkosten
Steuern und öffentliche Abgaben sowie allgem. Verwaltungskosten.

Tabelle XVI. Unkosten.

Jahr	Steuern u. öffentliche Abgaben		Allgemeine Verwaltungskosten		Steuern, Abgaben und Verwaltungskosten in %	Pensionen	Bemerkungen
	Mk.	%	Mk.	%		Mk.	
	1	2	3	4	5	6	7
1857	—	—	12 056	0,4	0,4	—	Alle % in % des Aktienkapitals
1858	—	—	25 138	0,8	0,8	—	
1859	—	—	27 964	0,9	0,9	—	
1860	—	—	30 594	1,0	1,0	—	
1861	—	—	30 816	1,0	1,0	—	
1862	—	—	34 551	1,1	1,1	—	
1863	—	—	33 498	1,1	1,1	—	
1864	—	—	35 109	1,2	1,2	—	
1865	5 000	0,2	35 245	1,2	1,4	—	
1866	5 781	0,2	35 868	1,2	1,4	—	
1867	7 791	0,3	36 822	1,2	1,5	—	
1868	6 624	0,2	37 689	1,2	1,4	—	
1869	6 285	0,2	38 283	1,3	1,5	—	
1870	6 252	0,2	36 951	1,2	1,4	—	
1871	14 613	0,5	40 857	1,3	1,5	—	
1872	14 492	0,5	44 211	1,5	2,0	—	
1873	15 777	0,5	43 542	1,4	1,9	—	
1874	15 702	0,5	41 430	1,4	1,9	—	
1875	18 558	0,6	44 285	1,5	2,1	—	
1876	19 033	0,6	46 967	1,6	2,2	—	
1877	17 374	0,6	46 490	1,5	2,1	—	
1878	11 755	0,4	43 466	1,4	1,8	—	
1879	10 071	0,3	46 735	1,6	1,9	—	
1880	9 493	0,3	44 061	1,5	1,8	—	
1881	10 749	0,3	45 547	1,5	1,8	—	
1882	12 667	0,4	45 954	1,5	1,9	5 400	
1883	13 147	0,4	43 559	1,4	1,8	9 600	
1884	15 252	0,5	43 576	1,4	1,9	9 600	
1885	17 991	0,6	45 418	1,5	2,1	5 100	Alle % in % des Aktienkapitals
1886	18 708	0,6	48 662	1,6	2,2	4 092	
1887	22 044	0,7	54 360	1,8	2,5	4 530	
1888	23 215	0,8	47 253	1,6	2,4	4 272	
1889	23 223	0,8	47 694	1,6	2,4	3 840	
1890	23 185	0,8	47 545	1,6	2,4	1 140	
1891	19 746	0,6	50 900	1,7	2,3	—	
1892	29 714	1,0	50 196	1,7	2,7	—	
1893	32 992	1,1	50 821	1,7	2,8	—	
1894	32 310	0,7	51 244	1,1	1,8	—	
1895	31 232	0,7	50 470	1,1	1,8	—	
1896	41 396	0,9	50 715 790 991	1,1	2,0	—	
1897	49 209	1,1	62 118	1,4	2,5	—	
1898	51 324	1,1	64 592	1,4	2,5	—	
1899	41 035	0,7	71 601	1,2	1,9	—	
1900	37 045	0,6	90 193	1,5	2,1	—	
1901	49 226	0,8	121 458	2,0	2,8	—	
1902	55 987	0,9	116 576	1,9	2,8	—	
1903	41 880	0,7	108 742	1,8	2,5	—	
1904	36 838	0,6	149 076	2,5	3,1	—	
1905	34 477	0,6	175 101	2,9	3,5	—	
1906	39 635	0,5	228 325	2,9	3,4	—	
1907	50 168	0,6	299 961	3,7	4,3	—	
1908	62 260	0,8	343 467	4,3	5,1	—	
1909	82 234	1,0	381 825	4,8	5,8	—	
1910	96 333	1,0	504 403	5,0	6,0	12 243	
1911	100 317	1,0	562 932	5,6	6,6	13 839	
1912	102 916	0,7	658 356	4,1	4,8	15 527	

Tabelle XVII.

Abschreibungen.

Jahr	Abschreibungen				Jahr	Abschreibungen	
	auf Bankgebäudekonto	auf Inventarkonto	auf Gründungskosten	auf Notenanfertigungskosten		auf Bankgebäudekonto	auf Inventarkonto
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.
	1	2	3	4		1	2
1857	—	—	3 177	—	1885	16 118	—
1858	3 989	489	1 206	3 153	1886	—	—
1859	—	490	1 206	3 155	1887	8 000	875
1860	—	490	1 206	7 887	1888	7 200	655
1861	4 143	1 968	7 239	—	1889	6 480	490
1862	3 220	2 644	—	5 945	1890	5 830	370
1863	—	—	—	536	1891	2 490	280
1864	—	246	—	10 548	1892	—	210
1865	—	—	—	—	1893	—	155
1866	—	66	—	—	1894	—	115
1867	1 206	40	—	3 070	1895	—	90
1868	—	—	—	—	1896	—	65
1869	—	—	—	—	1897	—	49
1870	—	777	—	—	1898	—	145
1871	—	—	—	2 184	1899	—	2 261
1872	—	—	—	—	1900	15 000	2 946
1873	—	1 080	—	—	1901	13 125	3 465
1874	—	—	—	15 000	1902	—	3 000
1875	—	—	—	—	1903	—	4 100
1876	—	—	—	—	1904	—	5 328
1877	—	—	—	—	1905	5 772	12 711
1878	—	—	—	—	1906	25 318	12 157
1879	—	—	—	—	1907	25 000	25 652
1880	—	—	—	—	1908	25 000	28 875
1881	—	—	—	—	1909	25 000	25 966
1882	—	—	—	—	1910	25 000	30 693
1883	—	—	—	—	1911	25 000	38 726
1884	—	—	—	—	1912	40 001	18 720

Tabelle XVIII. Reserven.

Jahr	I. Echte Reserven							II. Andere Reserven			Bemerkungen
	Reserve I			Reserve II			Reserve I u. II in %	Vortrag auf neue Rechnung (stille Reserve) Mk.	Beamten-pensions- u. Unterstützgs.-Fonds Mk.	Rücklage f. Talon-steuer Mk.	
	Quote	Mk.	%	Quote	Mk.	%					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1857	20 %	11 306	0,4	—	—	—	0,4	225	—	—	Alle % in % des Aktienkapitals
1858	20 %	47 330	1,6	—	—	—	1,6	94	—	—	
1859	20 %	82 028	2,7	—	—	—	2,7	854	—	—	
1860	20 %	122 157	4,1	—	—	—	4,1	513	—	—	
1861	20 %	167 405	5,6	—	—	—	5,6	995	—	—	
1862	20 %	212 609	7,1	—	—	—	7,1	814	—	—	
1863	20 %	257 760	8,6	—	—	—	8,6	604	—	—	
1864	20 %	314 242	10,5	—	—	—	10,5	928	—	—	
1865	20 %	369 065	12,3	—	—	—	12,3	291	—	—	
1866	20 %	429 176	14,3	—	—	—	14,3	446	—	—	
1867	16 2/3	463 642	15,5	—	—	—	15,5	432	—	—	
1868	16 2/3	498 222	16,6	—	—	—	16,6	986	—	—	
1869	16 2/3	538 864	18,0	—	—	—	18,0	83	—	—	
1870	16 2/3	578 852	19,3	—	—	—	19,3	1 939	—	—	
1871	16 2/3	622 802	20,8	—	—	—	20,8	960	—	—	
1872	16 2/3	666 654	22,2	—	—	—	22,2	489	—	—	
1873	16 2/3	715 137	23,8	—	—	—	23,8	219	—	—	
1874	Vervollständigt	750 000	25,0	—	—	—	25,0	1 713	—	—	
1875	—	750 000	25,0	—	—	—	25,0	1 979	—	—	
1876	—	750 000	25,0	—	—	—	25,0	1 928	—	—	
1877	—	750 000	25,0	—	—	—	25,0	—	—	—	
1878	—	750 000	25,0	—	30 000	1,0	26,0	1 135	—	—	
1879	—	750 000	25,0	—	30 000	1,0	26,0	2 092	—	—	

1880	—	750 000	25,0	—	30 000	1,0	26,0	2 351	—	—
1881	—	750 000	25,0	—	30 000	1,0	26,0	2 453	—	—
1882	—	750 000	25,0	—	30 000	1,0	26,0	2 503	—	—
1883	—	750 000	25,0	—	30 000	1,0	26,0	5 091	—	—
1884	—	750 000	25,0	—	80 000	2,7	27,7	5 763	—	—
1885	—	750 000	25,0	—	80 000	2,7	27,7	6 471	—	—
1886	—	750 000	25,0	—	118 000	3,9	28,9	1 504	—	—
1887	—	750 000	25,0	—	118 000	3,9	28,9	14 771	—	—
1888	—	750 000	25,0	1/10	130 415	4,4	29,4	14 236	—	—
1889	—	750 000	25,0	1/10	142 929	4,8	29,8	15 126	—	—
1890	—	750 000	25,0	1/10	155 378	5,2	30,2	14 541	—	—
1891	—	750 000	25,0	1/10	168 767	5,6	30,6	10 504	—	—
1892	—	750 000	25,0	1/10	177 789	5,9	30,9	11 199	—	—
1893	—	750 000	25,0	1/10	192 420	4,3	29,3	11 679	—	—
1894	Aglo	1 125 000	25,0	1/10	205 076	4,6	29,6	8 910	—	—
1895	—	1 125 000	25,0	1/10	221 501	4,9	29,9	12 831	—	—
1896	—	1 125 000	25,0	1/10	234 060	5,2	30,2	11 786	—	—
1897	—	1 125 000	25,0	1/10	243 683	5,4	30,4	7 866	—	—
1898	—	1 125 000	25,0	1/10	254 759	4,3	29,3	9 691	—	—
1899	Aglo	1 499 666	24,9	1/10	278 154	4,6	29,5	21 784	—	—
1900	Refi	1 500 000	25,0	1/10	303 762	5,1	30,1	31 156	—	—
1901	—	1 500 000	25,0	—	253 762	4,2	29,2	3 327	—	—
1902	—	1 500 000	25,0	1/10	260 949	4,4	29,4	4 130	—	—
1903	—	1 500 000	25,0	1/10	274 819	4,6	29,6	18 140	—	—
1904	—	1 500 000	25,0	1/10	298 293	5,0	30,0	36 400	—	—
1905	—	1 500 000	25,0	1/10	329 595	4,1	29,1	48 607	—	—
1906	Aglo	1 735 215	21,7	1/10	366 464	4,6	26,3	65 376	30 000	—
1907	—	1 856 954	23,2	1/10	407 527	5,1	28,3	57 208	60 000	—
1908	—	2 000 000	25,0	1/10	449 719	5,6	30,6	60 832	69 700	—
1909	—	2 000 000	25,0	1/10	493 167	4,9	29,9	65 591	79 700	20 000
1910	Aglo	2 252 000	22,5	1/10	546 788	5,5	28,0	68 814	90 000	40 000
1911	—	2 252 000	22,5	1/10	608 391	4,3	29,8	116 620	—	60 000
1912	Aglo	2 788 000	19,9	1/10	688 227	4,9	24,8	132 161	—	75 000

Tabelle XIX. Liquidität.

Jahr	I. Disponibelliquide Mittel: Kasse, Kupons, Sorten, Wechsel, Guthaben erster Banken u. Bankiers, Reports u. Lombards in 1000 Mk.	II. Befristete Betriebsmittel = fällige Verbindlichkeiten: Kontokorrentkreditoren, Depositen, Akzepte, Girogelder, Noten in 1000 Mk.	Verhältnis I:II ist Liquidität %
	1	2	3
1857	5 181	2 199	235,6
1858	6 432	3 384	190,1
1859	6 636	3 579	185,4
1860	7 440	4 392	169,4
1861	8 505	5 472	155,4
1862	9 084	5 875	154,6
1863	8 925	5 694	156,7
1864	8 589	5 259	163,3
1865	8 079	4 890	165,2
1866	8 850	5 691	155,5
1867	8 592	5 700	150,7
1868	9 123	5 937	153,7
1869	9 825	6 477	151,7
1870	9 621	6 390	150,6
1871	11 464	7 206	159,1
1872	10 734	7 344	146,2
1873	11 253	7 746	145,3
1874	11 643	8 454	137,7
1875	11 081	7 665	144,5
1876	11 609	7 943	146,2
1877	9 073	5 885	154,2
1878	9 543	6 040	158,0
1879	9 375	6 029	155,5
1880	9 146	6 064	150,8
1881	9 040	5 976	151,3
1882	10 608	8 260	128,4
1883	11 185	7 755	157,1
1884	12 564	10 206	123,1

Jahr	I. Disponibelliquide Mittel: Kasse, Kupons, Sorten, Wechsel, Guthaben erster Banken u. Bankiers, Reports u. Lombards in 1000 Mk.	I. Befristete Betriebsmittel = fällige Verbindlichkeiten: Kontokorrentkreditoren, Depositen, Akzepte, Girogelder, Noten in 1000 Mk.	Verhältnis I:II ist Liquidität %	Überschuß der fälligen Verbindlichkeiten; ist anderweitig zu decken mit 1000 Mk.	Davon könnten m. eigenen Effekten gedeckt werden 1000 Mk.	Es bleibt also ein Rest von 1000 Mk.	Dieser Rest ist durch Debitoren in laufend. Rechnung zu decken m. 1000 Mk.	Der Rest beträgt also % der Debitoren in laufend. Rechnung
	1	2	3	4	5	6	7	8
1885	10 688	10 120	105,6	—	—	—	—	—
1886	11 833	11 226	105,4	—	—	—	—	—
1887	10 851	8 371	129,6	—	—	—	—	—
1888	8 922	9 036	98,7	114	448	—	—	—
1889	10 131	9 279	109,2	—	—	—	—	—
1890	9 626	9 202	104,6	—	—	—	—	—
1891	6 052	5 162	117,2	—	—	—	—	—
1892	5 506	4 858	113,3	—	—	—	—	—
1893	6 228	5 487	113,5	—	—	—	—	—
1894	6 306	6 739	93,6	433	865	—	—	—
1895	6 941	8 436	82,3	1 495	818	677	6 953	9,7
1896	6 826	8 638	79,0	1 810	1578	232	6 491	3,6
1897	6 375	8 521	74,8	2 146	1918	228	6 460	3,5
1898	5 492	6 664	82,4	1 172	1893	—	—	—
1899	7 982	9 261	86,2	1 279	1846	—	—	—
1900	10 964	15 145	72,4	4 181	1373	2 808	11 151	25,2
1901	7 974	11 454	69,6	3 480	932	2 548	10 784	23,6
1902	9 653	11 749	82,2	2 096	1328	768	8 849	8,7
1903	8 376	11 198	74,8	2 822	1316	1 506	9 713	15,5
1904	10 780	15 109	71,3	4 329	1275	3 054	11 302	27,0
1905	9 483	15 700	60,4	6 217	1355	4 862	13 092	37,1
1906	12 183	20 351	59,8	8 168	1494	6 674	14 434	46,2
1907	15 849	25 357	62,5	9 508	1572	7 936	18 117	43,8
1908	14 068	25 023	56,2	10 955	1993	8 962	18 905	47,9
1909	22 835	28 975	78,8	6 140	2017	4 123	13 435	30,7
1910	25 456	33 102	76,9	7 646	2467	5 179	16 631	31,1
1911	28 068	41 468	67,7	13 400	2623	10 777	22 160	48,2
1902	23 192	42 383	54,7	19 191	2627	16 564	32 860	50,4

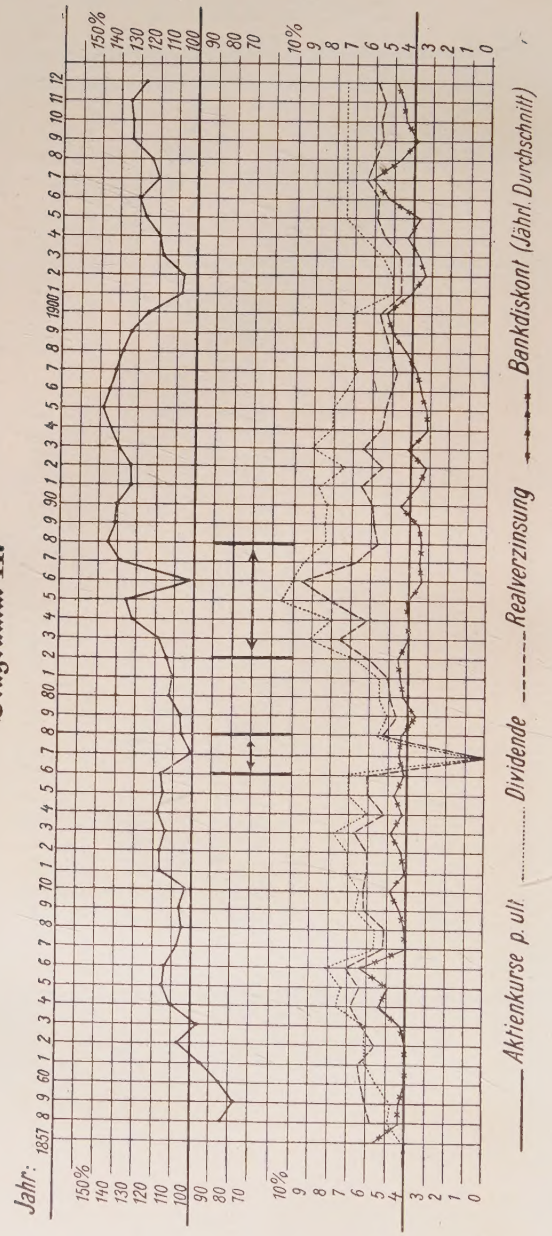
Tabelle XX.

Dividende, Kurse, Realverzinsung.

Jahr	Dividende %	Kurse per Ultimo [1]) %	Realverzinsung %	Jahr	Dividende %	Kurse per Ultimo [1]) %	Realverzinsung %
	1	2	3		1	2	3
1857	4	?	?	1885	10,5	136,—	8,0
1858	4,8	83,50	5,7	1886	10	104,60	9,5
1859	4,6	77,50	6,0	1887	9,5	139,25	6,9
1860	5,33	85,50	6,2	1888	8,25	146,—	5,6
1861	6	95,50	6,3	1889	8,25	142,—	5,8
1862	6	107,—	5,6	1890	8,25	140,50	5,9
1863	6	98,—	6,1	1891	8,66	133,—	6,5
1864	7,5	110,50	6,8	1892	7,33	134,25	5,5
1865	7,3	114,25	6,4	1893	9	140,—	6,4
1866	8	113,50	7,0	1894	8	145,—	5,5
1867	5,5	108,—	5,1	1895	8	149,—	5,4
1868	5,5	106,50	5,1	1896	7,25	146,—	5,0
1869	6,5	107,—	6,1	1897	6,75	142,—	4,7
1870	6,33	104,—	6,1	1898	7	139,—	5,0
1871	7	117,50	6,0	1899	7	135,25	5,2
1872	7	117,—	6,0	1900	7	126,50	5,5
1873	7,75	114,—	6,8	1901	5	109,75	4,6
1874	6	118,—	5,1	1902	5	108,50	4,6
1875	7	116,25	6,0	1903	5,5	119,25	4,6
1876	7	117,50	6,0	1904	6,5	120,50	5,4
1877	0	101,50	0	1905	7,5	127,75	5,9
1878	5,5	106,—	5,2	1906	7,5	130,60	5,7
1879	5	107,60	4,6	1907	7,5	120,—	6,2
1880	5,5	112,95	4,9	1908	7,5	124,50	6,0
1881	5,5	110,—	5,0	1909	7,5	133,—	5,7
1882	6,66	113,—	6,0	1910	7,5	133,—	5,7
1883	9	119,—	7,6	1911	7,5	135,50	5,5
1884	8	131,50	6,1	1912	7,5	128,50	5,8

[1]) Die Aktienkurse nach „Salings Börsenpapiere“ und „Danziger Zeitung“.

Diagramm II.



Robert Noske, Borna-Leipzig, Großbetrieb für Dissertationsdruck.

Lebenslauf.

Ich, Ewald Gerchel, bin am 19. April 1888 zu Danzig geboren. Meine Vorbildung genoß ich auf den Kgl. Gymnasien zu Bromberg und später zu Danzig, wo ich Ostern 1909 das Zeugnis der Reife erhielt. Darauf wandte ich mich dem Bankfache zu und absolvierte eine $2^1/_2$jährige Lehrzeit auf der Danziger Vereinsbank, Stein, Laasner & Co. in Danzig. Gleichzeitig war mir Gelegenheit geboten, von Oktober 1909 bis Oktober 1911 auf der Technischen Hochschule zu Danzig-Langfuhr nationalökonomische und juristische Studien zu treiben, die ich in München und Berlin fortsetzte. Seit Oktober 1912 war ich dann in Tübingen bei der staatswissenschaftlichen Fakultät immatrikuliert, wo ich am 3. März 1914 mein Rigorosum bestand.